

Potsdamer Konferenz

(Niederschrift der sowjetischen Delegation von den Verhandlungen)

vom 17. Juli bis 2. August 1945

QUELLE:

*Das Potsdamer Abkommen, Berlin (DDR), 1984
(Übersetzung: Dr. Eduard Ullmann, Berlin)*

INHALT

3	...	Erste Sitzung - 17. Juli 1945
11	...	Zweite Sitzung - 18. Juli 1945
18	...	Dritte Sitzung - 19. Juli 1945
29	...	Vierte Sitzung - 20. Juli 1945
39	...	Fünfte Sitzung - 21. Juli 1945
50	...	Sechste Sitzung - 22. Juli 1945
60	...	Siebente Sitzung - 23. Juli 1945
68	...	Achte Sitzung - 24. Juli 1945
77	...	Neunte Sitzung - 25. Juli 1945
81	...	Zehnte Sitzung - 28. Juli 1945
89	...	Elfte Sitzung - 31. Juli 1945
103	...	Zwölfte Sitzung - 1. August 1945
113	...	Dreizehnte (abschließende) Sitzung - 1. August 1945
119	...	Anmerkungen

Erste Sitzung 17. Juli 1945

Churchill: Wer soll auf unserer Konferenz den Vorsitz führen?

Stalin: Ich schlage den Präsidenten der USA, Truman, vor.

Churchill: Die englische Delegation unterstützt diesen Vorschlag.

Truman: Ich übernehme den Vorsitz dieser Konferenz.

Ich gestatte mir, mehrere Fragen aufzuwerfen, die sich vor unserer Begegnung angesammelt haben und dringend einer Erörterung bedürfen. Dann wollen wir die Tagesordnung selbst beraten.

Churchill: Wir werden die Möglichkeit haben, Ergänzungen zur Tagesordnung einzubringen.

Truman: Eine der brennendsten Aufgaben ist gegenwärtig die Schaffung irgendeines Mechanismus zur Regelung des Problems der Friedensverträge, sonst wird sich die Wirtschaft in Europa in Zukunft zum Schaden der Sache der Alliierten und der ganzen Welt entwickeln.

Die Erfahrung der Versailler Konferenz nach dem ersten Weltkrieg lehrt, daß eine Friedenskonferenz, wenn sie nicht vorher von den Siegermächten vorbereitet wird, mit sehr viel Mängeln behaftet sein kann. Eine Friedenskonferenz ohne vorherige Vorbereitung tagt in der gespannten Atmosphäre miteinander im Streit liegender Parteien, was sich zwangsläufig auf die Ausarbeitung der Konferenzbeschlüsse auswirkt.

Ich schlage deshalb, ausgehend von den Erfahrungen der Versailler Konferenz, vor, gleich jetzt einen Rat der Außenminister zu bilden, dem die Minister Großbritanniens, der UdSSR, der USA, Frankreichs, Chinas angehören, das heißt die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der auf der Konferenz in San Francisco gebildet wurde. Dieser Ministerrat zur Vorbereitung der Friedenskonferenz muß so bald als möglich nach unserem Treffen zusammentreten. In diesem Geiste und auf dieser Linie habe ich den Entwurf über die Bildung des Rates der Außenminister zur Vorbereitung der Friedenskonferenz abgefaßt, der Ihnen zur Prüfung überreicht wurde.

Churchill: Ich schlage vor, diese Frage unseren Außenministern zu übergeben, die darüber beraten und uns auf der nächsten Sitzung Bericht erstatten werden.

Stalin: Einverstanden. Mir ist nur die Teilnahme des Außenministers Chinas in diesem Rat unklar. Es geht doch wohl um europäische Probleme? Inwiefern ist da die Teilnahme eines Vertreters Chinas angebracht?

Truman: Diese Frage können wir nach dem Bericht der Außenminister erörtern.

Stalin: Gut.

Truman: Über den Kontrollrat für Deutschland. Dieser Rat soll seine Arbeit so schnell als möglich, entsprechend dem bereits geschlossenen Abkommen, aufnehmen. Zu diesem Zweck lege ich Ihnen einen Entwurf zur Erörterung vor, der Grundsätze enthält, die unserer Meinung nach richtungweisend für die Arbeit dieses Kontrollrates sein sollen.

Churchill: Ich hatte keine Möglichkeit, dieses Dokument zu lesen, aber ich werde es mit großer Aufmerksamkeit und Wertschätzung lesen, und dann könnte das Dokument beraten werden. Diese Frage ist so umfassend, daß sie nicht an die Außenminister zur Erörterung überwiesen werden sollte, vielmehr müssen wir selbst sie prüfen und beraten und sie dann im Bedarfsfalle an die Minister übergeben.

Truman: Wir könnten diese Frage morgen beraten.

Stalin: Wir können diese Frage auch morgen beraten. Die Minister könnten sich damit schon vorher vertraut machen, was nicht stört, da wir selbst uns parallel mit dieser Frage vertraut machen werden.

Churchill: Für unsere Minister reichen bereits die Aufgaben aus dem ersten Dokument. Vielleicht könnte man ihnen dann morgen auch diese Frage übergeben?

Stalin: Gut, übergeben wir sie also morgen.

(Truman verliest den Inhalt eines Memorandums, in dem es heißt, daß die drei Mächte mit den Beschlüssen in der Erklärung von Jalta über das befreite Europa eine Reihe von Verpflichtungen gegenüber den befreiten Völkern Europas und den ehemaligen Vasallen Deutschlands übernommen haben. Diese Beschlüsse sehen bei der Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme im befreiten Europa eine abgestimmte Politik der drei Mächte und ihr gemeinsames Vorgehen auf demokratischer Grundlage vor.)

Truman: Nach der Konferenz von Jalta wurden Verpflichtungen, die wir in der Erklärung über das befreite Europa übernommen haben, nicht erfüllt. Nach Ansicht der Regierung der USA wird eine weitere Nichterfüllung dieser Verpflichtungen in der ganzen Welt als Zeichen für die fehlende Einheit unter den drei Großmächten gewertet werden und das Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Einheitlichkeit der Ziele der Vereinten Nationen erschüttern. Daher schlägt die Regierung der USA vor, auf dieser Konferenz die Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung lückenlos zu vereinbaren.

Die drei großen alliierten Staaten müssen sich unbedingt für eine sofortige Umbildung der gegenwärtigen Regierungen Rumäniens und Bulgariens im völligen Einklang mit Punkt c) im dritten Absatz der Erklärung über das befreite Europa aussprechen. Es müssen unverzüglich Konsultationen erfolgen zur Ausarbeitung eines entsprechenden Verfahrens, das für die Umbildung dieser Regierungen unerlässlich ist und die Teilnahme von Vertretern aller namhaften demokratischen Gruppen gewährleistet. Nachdem die Umbildung dieser Regierungen erfolgt ist, können die diplomatische Anerkennung durch die alliierten Mächte und der Abschluß der entsprechenden Verträge erfolgen.

Entsprechend den im dritten Absatz Punkt d) der Erklärung über das befreite Europa dargelegten Verpflichtungen der drei Mächte müssen die Regierungen der drei Mächte beraten, wie man die provisorischen Regierungen am besten bei ihrer Arbeit zur Durchführung freier Wahlen ohne Beeinflussung unterstützen könnte.

Eine der wichtigsten Aufgaben, die vor uns stehen, ist die Festlegung unserer Haltung gegenüber Italien. Ich hoffe, daß die Konferenz, angesichts der Tatsache, daß Italien kürzlich Japan den Krieg erklärt hat, es für möglich halten wird, sich damit einverstanden zu erklären, Italien in der Frage der Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen. Die Außenminister könnten dazu eine entsprechende Erklärung im Namen der Regierungen der Vereinten Nationen ausarbeiten.

Ist es notwendig, dieses Dokument vollständig vorzulesen? Haben Sie Zeit?

Churchill: Herr Präsident, das sind sehr wichtige Fragen, und wir benötigen Zeit, um sie zu beraten. Es geht darum, daß wir in diesen Fragen eine unterschiedliche Haltung haben. Italien hat uns im schwersten Augenblick überfallen, als es Frankreich hinterrücks angriff. Wir haben in Afrika zwei Jahre gegen Italien gekämpft, bevor Amerika in den Krieg eintrat, und wir hatten schwere Verluste. Wir mußten sogar Kräfte des Vereinigten Königreichs aufs Spiel setzen, mußten unsere Verteidigung im Vereinigten Königreich schwächen, um Truppen nach Afrika zu entsenden. Wir hatten schwere Seegefechte im Mittelmeer. Wir hegen die besten Absichten gegenüber Italien und haben dies unter Beweis gestellt, indem wir ihm seine Schiffe beließen.

Stalin: Das ist sehr gut, aber wir sollten uns heute auf die Aufstellung der Tagesordnung samt Zusatzpunkten beschränken. Nachdem die Tagesordnung festgelegt ist, kann man zur substantiellen Erörterung jeder beliebigen Frage übergehen.

Truman: Ich bin völlig einverstanden.

Churchill: Ich bin dem Präsidenten sehr dankbar, daß er diese Diskussion eröffnet und damit einen großen Beitrag zu unserer Arbeit geleistet hat, aber ich meine, daß wir zur Beratung dieser Fragen Zeit benötigen. Ich sehe sie zum erstenmal. Ich will nicht sagen, daß ich diesen Vorschlägen nicht zustimmen kann, aber man muß die Zeit haben, sie zu erörtern. Ich schlage vor, daß der Präsident seine Vorschläge, die er noch hat, vorbringt und wir dann die Tagesordnung festsetzen.

Stalin: Gut.

Truman: Ziel der drei Regierungen im Hinblick auf Italien ist die Entwicklung zur politischen Selbständigkeit, zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Gewährleistung des Rechtes für das italienische Volk, seine Regierungsform selbst zu wählen.

Die gegenwärtige Lage Italiens, einerseits als mitkämpfende Seite und andererseits als Macht, die bedingungslos kapituliert hat, ist anormal und behindert jeden Versuch sowohl von selten der Alliierten als auch seitens Italiens selbst, seine wirtschaftliche und politische Lage zu verbessern. Diese ungewöhnliche Lage kann nur durch Abschluß eines Friedensvertrages mit Italien endgültig geändert werden. Die Vorbereitung des Entwurfs eines solchen Vertrages muß eine der ersten Aufgaben sein, die dem Rat der Außenminister übertragen wird.

Gleichzeitig kann eine Verbesserung der inneren Situation Italiens herbeigeführt werden, indem man Italiens Beitrag zur Niederschlagung Deutschlands anerkennt. Deshalb empfiehlt es sich, die kurzen Kapitulationsbedingungen Italiens und die ausführlichen Kapitulationsbedingungen Italiens außer Kraft zu setzen und sie durch Verpflichtungen der italienischen Regierung, wie sie sich aus der neuen Situation in Italien ergeben, zu ersetzen.

Diese Verpflichtungen sollten vorsehen: Die italienische Regierung enthält sich jeglicher feindlicher Handlungen gegen Mitglieder der Vereinten Nationen die italienische Regierung darf keine Seekriegs- und Luftstreitkräfte und -anlagen haben, außer den von den Alliierten genehmigten, und wird alle Instruktionen der Alliierten befolgen; bis zum Abschluß des Friedensvertrages soll Italien entsprechend der Notwendigkeit einer Kontrolle unterstehen; gleichzeitig soll die Frage entschieden werden, wie lange Streitkräfte der Alliierten auf dem Territorium Italiens verbleiben; schließlich ist eine gerechte Lösung der strittigen territorialen Fragen zu gewährleisten.

Da ich überraschend zum Vorsitzenden dieser Konferenz gewählt wurde war es mir nicht möglich, sofort meinen Gefühlen Ausdruck zu verleihen. Ich freue mich sehr, Sie, Generalissimus, und auch Sie, Herr Premierminister, kennenzulernen. Ich weiß sehr wohl, daß ich hier den Platz eines Menschen einnehme, der unersetzlich ist, des früheren Präsidenten Roosevelt. Ich würde mich freuen, wenigstens teilweise dem zu entsprechen, wie Sie Präsident Roosevelt in Ihrer Erinnerung bewahren. Ich möchte die Freundschaft bewahren, die zwischen ihm und Ihnen bestand.

Die Fragen, die ich Ihnen unterbreite, sind natürlich sehr wichtig. Das schließt allerdings nicht aus, daß weitere Fragen auf die Tagesordnung gesetzt werden

Churchill: Generalissimus, wollen Sie dem Herrn Präsidenten etwas antworten, oder lassen Sie mich das tun?

Stalin: Ich überlasse das Ihnen.

Churchill: Ich möchte dem Präsidenten der USA im Namen der britischen Delegation aufrichtig dafür danken, daß er den Vorsitz dieser Konferenz übernommen hat, ich bin ihm zu Dank verbunden, daß er die Ansichten der großen Republik, die er repräsentiert, dargelegt hat, und möchte ihm sagen - ich bin überzeugt, der Generalissimus wird sich mir anschließen -, daß wir ihn herzlichst begrüßen und daß wir in diesem wichtigen Augenblick den Wunsch haben, ihm zu sagen, daß wir die innigen Gefühle, die uns mit Präsident Roosevelt verbanden, auch ihm entgegenbringen werden. Der neue Präsident übernahm sein Amt in einem historischen Augenblick. Es ist unser Wunsch, daß die Ziele, für die wir gekämpft haben, heute im Frieden erfüllt werden. Wir empfinden Achtung nicht nur vor dem amerikanischen Volk, sondern auch vor dem Präsidenten persönlich, und ich hoffe, daß diese Gefühle der Achtung allezeit erstarken und der Verbesserung unserer Beziehungen dienen werden.

Stalin: Im Namen der russischen Delegation kann ich erklären, daß wir die Gefühle, denen Herr Churchill Ausdruck verliehen hat, voll und ganz teilen.

Churchill: Es scheint mir, wir sollten jetzt zu den einfachen Fragen der Tagesordnung übergehen und ein vorläufiges Programm unserer Arbeit aufstellen, um zu sehen, ob wir selbst in der Lage sind, diese Tagesordnung zu bewältigen, oder ob ein Teil der Fragen den

Außenministern zu übertragen ist. Mir scheint, wir brauchen nicht sofort die gesamte Tagesordnung festzulegen, wir könnten uns auf eine Tagesordnung für jeweils einen Tag beschränken. Wir möchten beispielsweise die polnische Frage hinzufügen.

Stalin: Es wäre dennoch gut, wenn alle drei Delegationen alle Fragen vortragen würden, von denen sie meinen, daß sie auf die Tagesordnung zu setzen sind. Die Russen haben Fragen zur Aufteilung der deutschen Flotte und andere. Zur Frage der Flotte gab es einen Briefwechsel zwischen mir und dem Präsidenten, bei dem eine Einigung erzielt wurde.

Die zweite Frage - das ist die Frage der Reparationen.

Dann ist die Frage der Treuhandschaftsgebiete zu erörtern.

Churchill: Meinen Sie dabei Gebiete in Europa oder in der ganzen Welt?

Stalin: Das werden wir besprechen. Ich weiß noch nicht genau, was das für Gebiete sind, aber die Russen wünschen, an der Verwaltung der Treuhandschaftsgebiete teilzunehmen.

Gesondert wollten wir die Frage nach der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zu den ehemaligen Vasallen Deutschlands stellen.

Es ist auch notwendig, sich mit der Frage des Regimes in Spanien zu befassen. Wir Russen sind der Ansicht, daß dem spanischen Volk das gegenwärtige Franco-Regime von außen, durch Deutschland und Italien, aufgezwungen wurde. Es birgt eine große Gefahr für die freiheitliebenden Vereinten Nationen in sich. Wir meinen, daß es gut wäre, dem spanischen Volk Bedingungen zu schaffen, damit es ein Regime errichten kann, das ihm zusagt.

Churchill: Wir beraten zunächst noch, was auf die Tagesordnung zu setzen ist. Ich bin einverstanden, daß Spanien als eine Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden muß.

Stalin: Ich führe nur den Gedanken aus, was unter der Frage zu verstehen ist.

Dann sollte die Tanger-Frage behandelt werden.

Churchill: Herr Eden hat mir gesagt, falls wir zur Tanger-Frage kommen, so könnten wir infolge der Abwesenheit der Franzosen nur eine Interimsvereinbarung treffen.

Stalin: Dennoch ist es interessant, die Meinung der drei Großmächte zu dieser Frage zu erfahren.

Dann ist die Frage Syrien und Libanon zu erörtern. Auch die polnische Frage ist zu erörtern, und zwar unter dem Aspekt jener Fragen, die sich aus der Tatsache ergeben, daß in Polen die Regierung der Nationalen Einheit gebildet wurde, und im Zusammenhang damit die Notwendigkeit, die polnische Emigrantenregierung zu liquidieren.

Churchill: Ich halte es für notwendig, die polnische Frage zu erörtern. Die nach der Krim-Konferenz stattgefundene Erörterung dieser Frage hat wohl eine befriedigende Lösung der polnischen Frage angebahnt. Ich bin durchaus einverstanden, daß diese Frage und auch die sich daraus ergebende Frage nach der Liquidierung der polnischen Regierung in London erörtert wird.

Stalin: Richtig, richtig.

Churchill: Ich hoffe, daß sich der Generalissimus und der Präsident darüber im klaren sind, daß wir die polnische Regierung bei uns haben, die die Basis für die Existenz der polnischen Armee bildete, die gegen Deutschland gekämpft hat. Daraus ergibt sich eine Reihe zweitrangiger Fragen, die mit der Liquidierung der polnischen Regierung in London verbunden sind. Wie mir scheint, verfolgen wir die gleichen Ziele, aber wir haben ohne Zweifel eine schwierigere Aufgabe als die beiden anderen Mächte. In Verbindung mit der Liquidierung der polnischen Regierung kommen wir nicht umhin, für die Soldaten zu sorgen. Aber wir müssen diese Frage im Geiste und im Lichte der Konferenz von Jalta lösen. Im Zusammenhang mit der polnischen Frage sind wir der Ansicht, daß für Polen die Frage der Wahlen eine große Bedeutung hat und daß diese Wahlen auch Ausdruck der ureigenen Wünsche des polnischen Volkes sind.

Stalin: Die russische Delegation hat zunächst keine weiteren Fragen mehr für die Tagesordnung.

Churchill: Wir haben Ihnen bereits unsere Tagesordnung vorgestellt. Wenn Sie gestatten, Herr Präsident, möchte ich einen Vorschlag zur Verfahrensweise in der Arbeit dieser Konferenz machen. Ich schlage vor, daß die drei Außenminister heute oder morgen zusammentreten und jene Fragen auswählen, die am zweckmäßigsten von uns hier morgen erörtert werden könnten. Dieses Verfahren können wir auch bei den kommenden Sitzungstagen anwenden. Die Minister können besser die Tagesordnung zusammenstellen, indem sie drei, vier oder fünf Fragen auswählen. Sie könnten morgen früh zusammenkommen und die Tagesordnung für uns zusammenstellen.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Truman: Einverstanden.

Churchill: Ich meine, daß wir uns in groben Zügen bereits eine Vorstellung von unseren Aufgaben gebildet haben und uns der Umfang unserer Arbeit klargeworden ist. Mir scheint, jetzt müssen die Außenminister auswählen und uns unterbreiten, und dann können wir mit der Arbeit beginnen.

Stalin: Einverstanden. Womit wollen wir uns heute befassen? Wollen wir unsere Sitzung fortsetzen, ohne abzuwarten, bis die Minister uns fünf bis sechs Fragen vorgelegt haben? Ich denke, wir könnten die Frage der Bildung des Rates der Außenminister als Institution zur Vorbereitung der künftigen Friedenskonferenz erörtern.

Truman: Einverstanden.

Churchill: Einverstanden.

Stalin: Zu besprechen ist die Frage der Zugehörigkeit eines Vertreters Chinas zum Ministerrat angesichts dessen, daß der Rat sich mit Europa betreffenden Fragen befassen wird.

Truman: China wird eines der ständigen Mitglieder des in San Francisco gebildeten Sicherheitsrates sein.

Stalin: Entfällt also der Beschluß der Krim-Konferenz, demzufolge sich die Außenminister periodisch zur Beratung verschiedener Fragen treffen sollen?

Truman: Wir schlagen vor, einen Rat der Minister zu einem bestimmten Zweck zu schaffen - zur Ausarbeitung der Bedingungen des Friedensvertrages und zur Vorbereitung der Friedenskonferenz.

Stalin: Auf der Krim-Konferenz wurde festgelegt, daß die Außenminister alle drei bis vier Monate zusammenkommen und einzelne Fragen besprechen. Anscheinend entfällt das jetzt? Damit entfällt anscheinend auch die Europäische Konsultativkommission? Ich verstehe das so und bitte um Aufklärung: Ist es richtig, wenn ich es so verstehe, oder falsch?

Truman: Der Rat der Minister wird nur zu einem bestimmten Zweck gebildet - zur Ausarbeitung der Bedingungen des Friedensvertrages.

Stalin: Ich habe keine Einwände gegen die Bildung des Ministerrates, aber damit werden die Ministerberatungen, die durch Beschluß der Krim-Konferenz festgelegt wurden, offensichtlich aufgehoben, und man muß annehmen, daß auch die Europäische Konsultativkommission entfällt. Diese beiden Einrichtungen werden durch den Rat der Außenminister ersetzt.

Churchill: Die drei Außenminister sollten sich, wie auf der Krim-Konferenz vereinbart wurde, alle drei bis vier Monate treffen, um uns in einer ganzen Reihe wichtiger Fragen, Europa betreffend, zu beraten. Ich denke, wenn wir den Ministerrat der drei Großmächte noch um den Vertreter Chinas erweitern, so wird dies die Sache nur komplizieren, da der Ministerrat Fragen behandeln wird, die europäische Länder betreffen. Wenn wir den Friedensvertrag behandeln werden, der sich auf die ganze Welt und nicht nur auf Europa erstreckt, so wird man den Vertreter Chinas einladen können. Unsere drei Minister können ihre Arbeit weitaus leichter und fruchtbarer erledigen. Die Teilnahme eines Vertreters Chinas an der laufenden Arbeit des Ministerrates kompliziert nur die Arbeit. Es ist sehr leicht, auf dem Papier Organisationen zu gründen, wenn sie aber praktisch nichts leisten, so sind sie nach meinem Dafürhalten überflüssig. Kann denn die Frage der künftigen Verwaltung

Deutschlands nicht von uns ohne die Teilnahme Chinas entschieden werden? Beschränken wir uns doch im Ministerrat auf drei Minister.

Truman: Ich schlage vor, die Erörterung der Frage der Einstellung der periodischen Treffen der Minister, die durch Beschluß der Konferenz von Jalta festgelegt wurden, zu vertagen. Jetzt beraten wir die Frage der Bildung des Ministerrates zur Vorbereitung eines Friedensvertragsentwurfs, und das ist eine ganz andere Frage. Ich möchte Ihnen den Entwurf der USA über den Ministerrat vorlegen, in dem die Grundsätze der Organisation dieses Rates dargelegt sind.

Nach unserem Entwurf wird ein Rat der Außenminister eingerichtet, der sich aus den Außenministern der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Chinas und Frankreichs zusammensetzt. Der Rat versammelt sich periodisch zu Beratungen, und seine erste Zusammenkunft findet am Soundsovielten statt.

Jeder Außenminister wird von einem ranghohen Stellvertreter begleitet, der mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet und in der Lage ist, die Arbeit in Abwesenheit des Außenministers selbständig durchzuführen. Auch er wird von einem begrenzten Stab technischer Berater begleitet. Es ist die Einrichtung eines gemeinsamen Sekretariats vorgesehen.

Der Ministerrat wird bevollmächtigt, die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zwecks Übergabe an die Regierungen der Vereinten Nationen vorzubereiten. Der Ministerrat empfiehlt auch Wege zur Lösung territorialer Fragen, die nach Kriegsende in Europa offengeblieben sind. Der Rat soll bis ins einzelne die Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschland vorbereiten, die von der künftigen Regierung Deutschlands angenommen werden, nachdem eine geeignete deutsche Regierung gebildet worden ist.

Befaßt sich der Ministerrat mit der Erörterung einer Frage, die unmittelbar einen nicht im Rat vertretenen Staat betrifft, so wird dieser Staat zur Sitzung des Rats eingeladen, um an der Erörterung der gegebenen Frage teilzunehmen. Das bedeutet jedoch nicht, daß starre Regeln für die Arbeit des Rates festgelegt werden. Der Rat legt die Verfahrensweise entsprechend dem gestellten Problem fest. In bestimmten Fällen kann der Rat zur Vorberatung einberufen werden unter Beteiligung anderer interessierter Staaten, in anderen Fällen wäre es wünschenswert, den Rat vor Einladung der interessierten Seiten einzuberufen.

Stalin: Wird das ein Rat sein, der die Fragen der künftigen internationalen Friedenskonferenz vorbereitet?

Truman: Ja.

Churchill: Die Friedenskonferenz, die den Krieg beendet.

Stalin: In Europa ist der Krieg zu Ende. Der Rat bestimmt und empfiehlt den Termin für die Einberufung der Friedenskonferenz.

Truman: Wir meinen, daß die Konferenz so lange nicht einberufen werden soll, bis wir uns entsprechend auf sie vorbereitet haben.

Churchill: Mir scheint, daß es keine Schwierigkeiten bereitet, uns über das Ziel zu einigen, nach dem wir streben. Wir müssen einen Ministerrat zur Vorbereitung des Friedensvertragsentwurfs bilden. Aber dieser Rat darf nicht an die Stelle der Organisationen treten, die bereits bestehen und die sich mit laufenden Fragen befassen - die periodischen Beratungen der drei Minister und die Europäische Konsultativkommission, an der auch Frankreich teilnimmt. Der Ministerrat ist eine breitere Organisation. Die Herren dort können festlegen, wieweit sich die Europäische Konsultativkommission und die periodischen Beratungen der Minister mit Fragen des Friedensvertrages befassen können.

Stalin: Wer wird wem untergeordnet sein?

Churchill: Der Ministerrat besteht parallel zum Sicherheitsrat, in dem auch China vertreten ist, und parallel zu den periodischen Beratungen der Minister und zur Europäischen Konsultativkommission. Bis zum Sieg über Japan wird es China schwerfallen, an der

Erörterung europäischer Fragen teilzunehmen. Für uns bringt es keinen Vorteil, wenn China jetzt an der Erörterung europäischer Fragen teilnehmen würde. Europa war immer ein großer Vulkan, und seine Probleme müssen sehr ernst genommen werden. Möglicherweise werden wir zum Zeitpunkt der Einberufung der Friedenskonferenz bessere Nachrichten aus dem Fernen Osten haben, und man wird auch China einladen können.

Ich schlage im Prinzip vor, daß der Friedensvertrag von den fünf Hauptmächten vorbereitet wird; was jedoch Europa betrifft, so sollten die europäischen Probleme nur von den vier Mächten beraten werden, die unmittelbar an diesen Problemen interessiert sind. Dadurch werden wir die Arbeit der Europäischen Konsultativkommission und der periodischen Ministerberatungen nicht stören. Diese beiden Organisationen können ihre Arbeit gleichzeitig fortsetzen.

Stalin: Vielleicht übergeben wir diese Frage den Ministern zur Beratung?

Truman: Ich bin einverstanden und habe keine Einwände gegen den Ausschluß Chinas aus dem Ministerrat.

Churchill: Ich meine, daß man die Sache so organisieren könnte, daß einige Mitglieder nicht ständig an den Sitzungen teilnehmen, obgleich sie die vollen Rechte wie alle anderen Mitglieder besitzen, aber nur dann an den Sitzungen teilnehmen, wenn Fragen behandelt werden, die sie interessieren.

Truman: Ich verstehe die Sache so, daß diese Frage den Außenministern zur Beratung zu übergeben ist.

Stalin: Ja, richtig.

Truman: Können wir heute noch irgend etwas besprechen?

Stalin: Da alle Fragen von den Ministern beraten werden, bleibt uns heute nichts mehr zu tun.

Churchill: Ich schlage vor, daß die Außenminister die Frage behandeln sollen, ob es vier oder fünf Mitglieder geben soll, und daß sich dieser Ministerrat ausschließlich mit der Vorbereitung des Friedensvertrages zunächst für Europa und dann für die ganze Welt befassen soll.

Stalin: Des Friedensvertrages oder der Friedenskonferenz?

Churchill: Der Ministerrat bereitet den Plan vor, den er den Regierungschefs zur Prüfung vorlegt.

Stalin: Mögen die Außenminister die Frage beraten, ob es notwendig ist, die Europäische Konsultativkommission in Europa am Leben zu erhalten, und ob es notwendig ist, die periodischen Beratungen der drei Minister, die entsprechend den Beschlüssen von Jalta eingerichtet wurden, weiterhin beizubehalten. Sollen doch die Minister auch diese Fragen beraten.

Churchill: Das hängt von der Lage in Europa und davon ab, wie die Arbeit dieser Organisationen vorankommt. Ich schlage vor, daß die drei Minister ihre periodischen Beratungen fortsetzen und daß die Europäische Konsultativkommission ebenso ihre Arbeit fortsetzt.

Truman: Wir müssen konkrete Fragen für die Beratung auf der morgigen Sitzung festlegen.

Churchill: Ich hätte es gern, wenn wir jeden Abend, bei der Rückkehr nach Hause, irgend etwas Konkretes in der Tasche hätten.

Truman: Ich möchte, daß die Außenminister uns jeden Tag etwas Konkretes zur Beratung vorlegen.

Stalin: Ich bin einverstanden.

Truman: Ich schlage vor, unsere Sitzungen um vier Uhr statt um fünf zu beginnen.

Stalin: Um vier? Nun gut.

Churchill: Wir fügen uns dem Vorsitzenden.

Truman: Wenn dies angenommen ist, vertagen wir die Behandlung der Fragen bis morgen vier Uhr nachmittags.

Stalin: Vertagen wir. Nur eine Frage: Warum verweigert Herr Churchill den Russen ihren Anteil an der deutschen Flotte?

Churchill: Ich bin nicht dagegen. Aber wenn Sie mir schon die Frage stellen, hier meine Antwort: Diese Flotte ist zu versenken oder aufzuteilen.

Stalin: Sie sind für Versenken oder für Aufteilen?

Churchill: Alle Mittel des Krieges sind schreckliche Dinge.

Stalin: Die Flotte muß aufgeteilt werden. Wenn Herr Churchill es vorzieht, die Flotte zu versenken, so kann er seinen Anteil versenken. Ich beabsichtige nicht, meinen Anteil zu versenken.

Churchill: Gegenwärtig befindet sich fast die gesamte deutsche Flotte in unserer Hand.

Stalin: Das ist es ja, das ist es ja. Und darum müssen wir diese Frage entscheiden.

Truman: Die morgige Sitzung beginnt um vier Uhr.

Zweite Sitzung 18. Juli 1945

(Truman eröffnet die Sitzung.)

Churchill: Ich möchte mich außerhalb der Tagesordnung zu einer Frage äußern, die vom Standpunkt der internationalen Beziehungen nicht besonders wichtig ist und nur aktuelle Bedeutung besitzt. Während unseres Treffens in Teheran war es für die Pressevertreter sehr schwer, irgendwelche Informationen über die Arbeit der Konferenz zu bekommen, und während der Konferenz von Jalta war dies völlig unmöglich. Nach Berlin sind etwa hundertachtzig Korrespondenten gekommen, die hier in der Nähe wütend und entrüstet umherstreichen.

Stalin: Das ist eine ganze Kompanie. Wer hat ihnen Zutritt gewährt?

Churchill: Sie befinden sich natürlich nicht hier, innerhalb dieser Zone, sondern in Berlin. Natürlich können wir nur dann in Ruhe arbeiten, wenn die Geheimhaltung gewahrt wird, und diese Geheimhaltung müssen wir gewährleisten. Wenn meine beiden Kollegen mir darin zustimmen, so könnte ich, als alter Journalist, mit ihnen sprechen, ihnen die Notwendigkeit der Geheimhaltung unseres Treffens erklären und ihnen sagen, daß wir ihnen zwar gewogen sind, aber nicht erzählen können, was geschieht. Ich meine, daß man sie etwas streicheln sollte, um sie zu beruhigen.

Stalin: Was wollen sie, was sind ihre Forderungen?

Truman: Jede Delegation hat eigene Vertreter für Pressefragen, und es ist ihre Sache, uns gegen Vorwürfe der Korrespondenten in Schutz zu nehmen. Dafür sind sie da. Man könnte sie beauftragen, mit den Journalisten zu sprechen.

Churchill: Ich möchte natürlich nicht das Opferlamm abgeben. Ich kann mit ihnen sprechen, wenn der Generalissimus garantiert, mich notfalls durch Truppeneinsatz freizukämpfen.

Truman: Heute haben unsere Außenminister eine Tagesordnung vorbereitet und empfehlen sie uns zur Behandlung. Nach Absprache der Minister fungiert Byrnes als Berichterstatter zur Tagesordnung.

Byrnes: Die Beratung der Außenminister beschloß, die Aufnahme folgender Fragen in die Tagesordnung vorzuschlagen:

1. Frage der Verfahrensweise und des Mechanismus bei Friedensverhandlungen und territorialen Forderungen.
2. Frage der Vollmachten des Kontrollrats in Deutschland auf politischem Gebiet.
3. Die polnische Frage - im besonderen die Frage der Liquidierung der polnischen Emigrantenregierung in London.

Was die erste Frage nach der Verfahrensweise und dem Mechanismus bei Friedensverhandlungen und territorialen Forderungen betrifft (Bildung des Außenministerrates), so wurde der von der USA-Delegation auf der Beratung der Außenminister vorgelegte Entwurf im Prinzip gebilligt. Die Beratung nahm den Punkt 3 des Entwurfs über die Gründung des Rates der Außenminister in einer neuen Fassung an. Die vordringlichste und wichtigste Aufgabe des Ministerrates wird die Ausarbeitung der Entwürfe der Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland sowie die Vorbereitung des Friedensvertrages für Deutschland sein.

Eine nicht minder wichtige Aufgabe des Ministerrates wird darin bestehen, im Detail die Bedingungen für die Organisation und Durchführung der Friedenskonferenz vorzubereiten und das Ergebnis den Regierungen der Vereinten Nationen vorzulegen. Der Ministerrat soll auch zur Vorbereitung von Fragen im Zusammenhang mit der friedlichen Regelung territorialer Streitfälle genutzt werden. Zur Erfüllung all dieser Aufgaben setzt sich der Rat der Außenminister aus den gleichen Mitgliedern zusammen, die auch ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind.

Bei der Behandlung von Fragen im Ministerrat, die direkt Interessen von Staaten berühren, die nicht im Rat vertreten sind, werden diese Staaten eingeladen, Vertreter zur Teilnahme an der Beratung der Frage zu entsenden. In gewissen Fällen kann der Rat die Frage zunächst in seiner Zusammensetzung vorberaten, ehe Vertreter der interessierten Staaten eingeladen werden.

Die sowjetische Delegation behält sich das Recht vor, einen Änderungsantrag einzubringen und Bemerkungen zum Punkt 1 des Entwurfs der USA-Delegation über die Errichtung des Rates der Außenminister zu machen.^[1]

In der Beratung wurde vereinbart, daß die auf Beschluß der Krim-Konferenz eingerichteten periodischen Beratungen der drei Minister durch die Arbeit des Ministerrates nicht berührt werden.

Im Hinblick auf die Vollmachten der Europäischen Konsultativkommission kam man in der Beratung der Minister überein, diese Vollmachten dem Alliierten Kontrollrat für Deutschland und dem für Österreich zu übertragen. Somit wurde der von der amerikanischen Delegation vorgelegte Entwurf im wesentlichen gebilligt, mit Ausnahme des Vorbehaltes der sowjetischen Delegation zu Punkt 1.

Stalin: Die sowjetische Delegation zieht ihren Vorbehalt zu Punkt 1 des Entwurfs zurück. Was alles übrige betrifft, ist die sowjetische Delegation einverstanden und billigt den Entwurf.

Truman: Demnach wurde der Entwurf über die Errichtung des Ministerrates ohne Einwände angenommen.

Stalin: Man könnte diesen Text annehmen: Die drei Großmächte vertreten die Interessen aller Vereinten Nationen und können die Verantwortung übernehmen.

Truman: Wir gehen zur zweiten Frage über.

Churchill: Unsere Außenminister haben gut gearbeitet.

Stalin: Unbedingt, unbedingt.

Truman: Die nächste Frage - die politischen Kompetenzen des Kontrollrats in Deutschland.

Byrnes: Die Außenminister haben die Frage der politischen Befugnisse des Kontrollrats in Deutschland und dessen wirtschaftliche Befugnisse beraten. Jene Punkte, bei deren Beratung es zu Meinungsverschiedenheiten kam, wurden an die neugebildeten Ausschüsse überwiesen. Diese Ausschüsse haben ihre Arbeit bislang nicht abgeschlossen, aber die Minister einigten sich, daß es wünschenswert wäre, wenn die Regierungschefs auf der heutigen Sitzung die Frage der politischen Kompetenzen des Kontrollrats in Deutschland vorberaten würden. Die Minister einigten sich auch darüber, daß die Deutschland betreffenden wirtschaftlichen Fragen sehr schwierig und kompliziert sind und daher an einen Expertenausschuß überwiesen werden sollten. Diese Ausschüsse werden den Ministern jene Fragen vortragen, über die keine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Die Außenminister ihrerseits werden entscheiden, welche dieser Fragen den Regierungschefs zur Prüfung vorzulegen sind.

Die Außenminister kamen ebenfalls überein, daß sie zwar für heute die Beratung der Frage der deutschen Flotte, der Kriegs- und Handelsflotte, nicht empfehlen werden, diese Frage jedoch etwas später behandelt wird.

Churchill: Ich möchte nur eine Frage stellen. Ich bemerke, daß hier das Wort „Deutschland“ gebraucht wird. Was bedeutet jetzt „Deutschland“? Kann man es in dem Sinne auffassen, wie es vor dem Krieg war?

Truman: Wie faßt die sowjetische Delegation diese Frage auf?

Stalin: Deutschland ist das, was es nach dem Kriege geworden ist. Ein anderes Deutschland gibt es heute nicht. So verstehe ich diese Frage.

Truman: Kann man von Deutschland sprechen, wie es vor dem Kriege im Jahre 1937 war?

Stalin: Wie es im Jahre 1945 ist.

Truman: Es hat im Jahre 1945 alles verloren, Deutschland besteht heute faktisch nicht.

Stalin: Deutschland bedeutet, wie man bei uns sagt, einen geographischen Begriff. Wir werden es erst einmal so auffassen. Man kann nicht von den Ergebnissen des Krieges abstrahieren.

Truman: Ja, aber es muß irgendeine Bestimmung des Begriffs „Deutschland“ gegeben werden. Ich meine, Deutschland von 1886 oder 1937, das ist nicht das Deutschland von heute, von 1945.

Stalin: Es hat sich im Ergebnis des Krieges verändert, und so fassen wir es auf.

Truman: Ich bin damit völlig einverstanden, aber dennoch muß irgendeine Bestimmung des Begriffs „Deutschland“ gegeben werden.

Stalin: Würde man beispielsweise daran denken, eine deutsche Verwaltung im Sudetenteil der Tschechoslowakei zu errichten? Das ist das Gebiet, aus dem die Deutschen die Tschechen vertrieben haben.

Truman: Vielleicht wollen wir doch von Deutschland sprechen, wie es vor dem Kriege im Jahre 1937 war?

Stalin: Formal kann man es so auffassen, dem Wesen der Sache nach ist es nicht so. Sollte in Königsberg eine deutsche Verwaltung auftauchen, so werden wir sie davonjagen. Unbedingt davonjagen.

Truman: Auf der Krim-Konferenz wurde vereinbart, territoriale Fragen auf der Friedenskonferenz zu lösen. Wie wollen wir nun den Begriff „Deutschland“ bestimmen?

Stalin: Laßt uns die Westgrenzen Polens bestimmen, dann wird die Frage Deutschland klarer. Es fällt mir sehr schwer zu sagen, was jetzt Deutschland ist. Das ist ein Land, das keine Regierung hat, das keine bestimmten Grenzen hat, da die Grenzen nicht von unseren Truppen festgelegt werden. Deutschland hat keine Streitkräfte, auch keine Grenztruppen, es ist aufgeteilt in Besatzungszonen. Und nun bestimmen Sie, was Deutschland ist. Es ist ein aufgeteiltes Land.

Truman: Vielleicht nehmen wir als Ausgangspunkt die Grenzen Deutschlands von 1937?

Stalin: Ausgehen kann man von allem. Von irgend etwas muß man ausgehen. So kann man auch das Jahr 1937 nehmen.

Truman: Das war Deutschland nach dem Versailler Vertrag.

Stalin: Ja, man kann Deutschland von 1937 nehmen, aber nur als Ausgangspunkt. Das ist einfach eine Arbeitshypothese, um unsere Arbeit zu erleichtern.

Churchill: Nur als Ausgangspunkt. Das bedeutet nicht, daß wir uns darauf beschränken.

Truman: Wir sind einverstanden, Deutschland von 1937 als Ausgangspunkt zu nehmen.

Wir haben die zweite Frage noch nicht abgeschlossen, aber wir werden uns darüber verständigen.

Stalin: Ist die politische Seite vorbereitet?

Byrnes: Die politische Seite ist vorbereitet und kann erörtert werden.

Stalin: Die russische Delegation billigt grundsätzlich alle Punkte des politischen Abschnitts dieser Frage. Es gibt nur einen Abänderungsvorschlag zu Punkt 5: Es wäre gut, die letzten vier Zeilen zu streichen, da hier ein kleines Schlupfloch für die Nazis bleibt, das sie ausnutzen könnten.

Truman: Einverstanden, daß diese vier Zeilen zu streichen sind.

Stalin: Sehr gut. Mit allem übrigen sind wir einverstanden. Ich möchte, daß die Redaktionskommission diesen Text noch redigiert.

Byrnes: Zu diesem Zweck wurde auf der Beratung der Außenminister ein eigener Ausschuß gebildet.

Stalin: Gut, keine Einwände.

Eden: Es wäre gut, wenn die Minister auf ihrer Beratung morgen früh dieses Dokument, nachdem es die Redaktionskommission vorgelegt hat, nochmals durchsehen.

Stalin: Das wird natürlich besser sein.

Churchill: In diesem Entwurf ist in Punkt 2 Absatz 1 b von der Vernichtung von Waffen und anderen Kriegswerkzeugen die Rede sowie von allen spezialisierten Mitteln zu ihrer Produktion. Es gibt jedoch in Deutschland eine Reihe von Experimentalanlagen von großem Wert. Es wäre unerwünscht, diese Anlagen zu vernichten.

Stalin: Im Entwurf heißt es folgendermaßen: in Besitz nehmen oder vernichten.

Churchill: Wir können sie alle gemeinsam nutzen oder untereinander aufteilen.

Stalin: Das können wir.

Die sowjetische Delegation hat einen Entwurf zur polnischen Frage in russischer und englischer Sprache. Ich hätte die Bitte, daß Sie sich mit dem Entwurf bekannt machen.

Truman: Ich schlage vor, den Bericht Byrnes' über die Beratung der Minister abzuschließen und uns dann mit Ihrem Entwurf vertraut zu machen.

Byrnes: Die Außenminister sind übereingekommen, den Regierungschefs zu empfehlen, die polnische Frage unter zwei Aspekten zu behandeln: Liquidierung der polnischen Emigrantenregierung in London und Erfüllung der Beschlüsse der Krim-Konferenz über Polen hinsichtlich der Durchführung freier und unbehinderter Wahlen in Polen.

(Dann wird der Wortlaut des Entwurfs der sowjetischen Delegation über Polen vorgelesen:

„Erklärung der drei Regierungschefs zur polnischen Frage

Angesichts der Bildung einer Provisorischen Polnischen Regierung der Nationalen Einheit auf der Grundlage der Beschlüsse der Krim-Konferenz sowie angesichts der Aufnahme diplomatischer Beziehungen seitens der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens mit Polen - zwischen der Sowjetunion und Polen bestanden sie bereits -, vereinbaren wir, daß die Regierungen Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika jegliche Beziehungen mit der Regierung Arciszewski abbrechen und der Provisorischen Polnischen Regierung die erforderliche Unterstützung gewähren in bezug auf die unverzügliche Übergabe aller Werte und jeglichen anderen Vermögens an sie, das Eigentum Polens ist und sich bislang in der Verfügung der Regierung Arciszewski und ihrer Organe befand, gleichgültig, welcher Art dieses Eigentum ist, wo und in wessen Verfügung es sich gegenwärtig befinden möge.

Wir haben es auch als notwendig erachtet, daß die polnischen Streitkräfte einschließlich der Seekriegsflotte sowie der Handelsflotte, die der Regierung Arciszewski unterstellt sind, der Provisorischen Polnischen Regierung der Nationalen Einheit unterstellt werden, die weitere Maßnahmen in bezug auf diese Streitkräfte, Kriegs- und Handelsschiffe trifft.“)

Churchill: Herr Präsident, ich möchte klarstellen, daß die ganze Last in dieser Frage der britischen Regierung auferlegt wird, da wir, als Hitler Polen überfiel, die Polen bei uns aufnahmen und ihnen Asyl boten. Die Londoner polnische Regierung verfügt über kein nennenswertes Vermögen, aber in London gibt es 20 Millionen Pfund in Gold, die wir gesperrt haben. Dieses Gold ist ein Guthaben der polnischen Zentralbank. Die Frage, wo man dieses Gold deponieren soll, seine Verlagerung in eine andere Zentralbank, muß auf normalem Wege entschieden werden. Aber dieses Gold gehört nicht der Londoner polnischen Regierung.

Stalin: 20 Millionen Pfund Sterling?

Churchill: Ungefähr. Es ist noch hinzuzufügen, daß die polnische Botschaft in London nunmehr geräumt ist und der polnische Botschafter sie nicht mehr bewohnt. Deshalb steht die Botschaft zur Verfügung und kann den Botschafter der Provisorischen Polnischen Regierung aufnehmen, und je schneller er ernannt wird, um so besser.

Es erhebt sich die Frage, auf welche Weise die polnische Regierung in London fünf Jahre lang finanziert wurde. Sie wurde von der britischen Regierung finanziert. Wir haben in dieser Zeit etwa 120 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung gestellt, damit sie ihre Armee erhält, diplomatische Beziehungen unterhält und andere Funktionen ausübt sowie eine beträchtliche Zahl von Polen unterhalten kann, die auf unserer Insel Zuflucht vor den Deutschen gefunden haben, die einzige Zuflucht, die ihnen offenstand.

Als man sich von der Londoner polnischen Regierung distanzierte, beschloß man, allen Angestellten eine dreimonatige Vergütung auszuzahlen und sie dann zu entlassen. Wir hielten es für ungerecht, sie ohne jede Entschädigung zu entlassen.

Herr Präsident, das ist eine sehr wichtige Frage, und ich bitte um die Erlaubnis, darüber sprechen zu dürfen. Unsere Lage ist außergewöhnlich. Wir müssen uns jetzt mit der Auflösung oder Verlegung der polnischen Truppen befassen, die gemeinsam mit uns gegen die Deutschen gekämpft haben. Diese Truppen kamen 1940 aus Frankreich. Einige davon gelangten über die Schweiz nach Italien und kamen in mehreren kleinen Gruppen an. Wir evakuierten diese Polen, die in Frankreich festsäßen, als Frankreich kapitulierte. Es waren 40000 oder 50000 Mann.

So bauten wir eine polnische Armee auf, die aus fünf Divisionen bestand und ihre Basis in England hatte. Etwa 20000 Polen befinden sich gegenwärtig in Deutschland und sind von großer Unruhe erfüllt. Es besteht ein polnisches Korps mit drei Divisionen in Italien, in dem ebenfalls große Bewegung herrscht.

Insgesamt besteht die polnische Armee aus 180000 bis 200000 Mann.

Unsere Politik zielt darauf, möglichst viele zur Rückkehr nach Polen zu bewegen. Deshalb war ich sehr erzürnt, als ich die Äußerungen von General Anders las, die der Generalissimus kennt. Anders erklärte seinen Truppen in Italien, wenn sie nach Polen zurückkehrten, würde man sie nach Sibirien schaffen. Wir haben gegen diesen General Disziplinarmaßnahmen ergriffen, damit er in Zukunft derartige Äußerungen unterläßt.

Es erfordert Zeit, um mit allen diesen Schwierigkeiten fertig zu werden. Aber unsere Politik ist darauf gerichtet, eine möglichst große Zahl von Polen zur Rückkehr nach Polen zu bewegen. Das betrifft auch die Zivilarbeiter. Je besser natürlich die Lage in Polen sein wird, um so eher werden die Polen dorthin zurückkehren. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um zu sagen, wie sehr ich mich über die in Polen in den letzten beiden Monaten eingetretene Verbesserung der Lage freue.

Ich möchte der neuen polnischen Regierung, die ihre positive Rolle spielen wird, weitere Erfolge wünschen, und obwohl sie nicht alles gibt, was wir uns wünschten, bedeutet sie dennoch einen Fortschritt, dank der geduldigen Arbeit der Regierungen der drei Mächte. Bei der Verbesserung der Lage in Polen muß man auch die Rolle Mikotajczyks würdigen.

Ich hoffe, daß ein Großteil der Polen, sowie sich die Lage in Polen verbessert, allmählich in die Heimat zurückkehren wird. Ich habe im Parlament das Versprechen abgegeben, daß diejenigen polnischen Soldaten, die nicht den Wunsch haben werden, nach Polen zurückzukehren, von uns in die britische Staatsbürgerschaft und in die Armee aufgenommen werden. Es wäre wünschenswert, wenn die neue polnische Regierung der Nationalen Einheit die Versicherung abgeben könnte, daß die nach Polen zurückkehrenden Polen die volle Freiheit und wirtschaftliche Sicherstellung genießen werden. Eine solche Versicherung der polnischen Regierung würde der Rückkehr der Polen in die Heimat, in ihr von der Roten Armee befreites Land sehr dienlich sein.

Stalin: Haben Sie den Entwurf der russischen Delegation über Polen gelesen?

Churchill: Das habe ich. Meine Ausführungen sind eine Antwort auf den Entwurf der russischen Delegation zum Beweis dessen, daß ich im Prinzip einverstanden bin, allerdings unter der Bedingung, daß das, was ich gesagt habe, Berücksichtigung findet.

Stalin: Ich verstehe die schwierige Lage der britischen Regierung. Ich weiß, daß sie sich sehr um die polnische Emigrantenregierung bemüht hat. Ich weiß, daß die ehemaligen polnischen Regierenden der Regierung Großbritanniens, dessenungeachtet viele Unannehmlichkeiten bereitet haben. Ich verstehe die schwierige Lage der britischen Regierung. Ich bitte zu beachten, daß unser Entwurf nicht die Aufgabe hat, die Lage der britischen Regierung zu erschweren, und deren schwierige Lage berücksichtigt. Unser Entwurf dient nur einem Ziel - mit der unklaren Situation, die nach wie vor in dieser Frage herrscht, Schluß zu machen und den Punkt aufzuheben zu setzen.

Faktisch existiert die Regierung Arciszewski noch, sie hat ihre Minister, sie setzt ihre Tätigkeit fort, sie hat ihre Agentur, sie hat ihre Basis und ihre Presse. Das alles macht einen ungünstigen Eindruck. Unser Entwurf zielt darauf ab, mit dieser unklaren Situation Schluß zu machen. Wenn Herr Churchill die Punkte in diesem Entwurf nennt, die der Regierung Großbritanniens Schwierigkeiten bereiten, so bin ich bereit, sie zu streichen. Unser Entwurf verfolgt nicht das Ziel, der britischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten.

Churchill: Wir sind mit Ihnen völlig einverstanden. Wir wollen diese Frage aus der Welt schaffen, doch wenn eine Regierung nicht anerkannt wird und keine Beihilfe mehr erhält, besitzt sie keine Existenzmöglichkeit mehr. Gleichzeitig können sie Privatpersonen jedenfalls in England nicht daran hindern, daß sie weiterleben und Gespräche führen. Diese Menschen treffen sich mit Abgeordneten des Parlaments und haben im Parlament ihre Fürsprecher. Wir als Regierung unterhalten jedoch keinerlei Beziehungen zu ihnen. Ich selbst und Herr Eden haben uns nie mit ihnen getroffen, und seit der Zeit, da Herr Mikotajczyk abgereist ist, weiß ich gar nicht, was ich mit ihnen tun soll; ich treffe sie nie. Ich weiß nicht, was man tun soll, wenn Arciszewski in London spazierengeht und mit Journalisten schwatzt. Was aber uns betrifft, sind sie für uns in diplomatischer Hinsicht nicht existent, sondern liquidiert, und ich hoffe, daß sie bald jeden Einfluß verloren haben. Aber mit der Armee müssen wir natürlich vorsichtig sein.

Die Armee kann meutern, und wir tragen dann die Verluste. Wir haben eine beträchtliche polnische Armee in Schottland stehen. Aber wir und der Generalissimus und der Präsident verfolgen das gleiche Ziel. Wir bitten nur, uns zu vertrauen und Zeit zu lassen und auch zu helfen, daß in Polen solche Bedingungen geschaffen werden, die für möglichst viele Polen anziehend sind. Wir wären einverstanden, daß der Entwurf der sowjetischen Delegation den drei Außenministern zur Prüfung übergeben wird; ich meine die Diskussion, die heute stattfand, und ich meine das Dokument, das unseren Außenministern vorgelegt wurde. Aber es scheint mir, daß wir das gleiche Ziel haben, und je schneller wir mit dieser Frage fertig werden, um so besser.

Truman: Ich sehe keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generalissimus und dem Premierminister. Herr Churchill bittet lediglich um Vertrauen und Zeit, um alle diese Schwierigkeiten zu beseitigen, von denen er hier sprach. Deshalb wird es, wie mir scheint, keine großen Schwierigkeiten bereiten, diese Frage zu regeln. Um so mehr, da Herr Stalin gesagt hat, er sei bereit, die strittigen Punkte zu streichen. Die Beschlüsse der Konferenz von Jalta sehen vor, daß nach der Bildung der neuen Regierung sobald als möglich allgemeine Wahlen auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts durchgeführt werden.

Churchill: Vielleicht prüfen die Außenminister die gesamte Frage einschließlich der Wahlen?

Stalin: Die Regierung Polens lehnt die Durchführung unbehinderter Wahlen nicht ab. Überweisen wir den Entwurf an die Außenminister.

Truman: Das wäre alles, was Herr Byrnes heute den Regierungschefs zur Beratung vorzulegen hatte. Soll ich die Außenminister beauftragen, für morgen eine Tagesordnung vorzubereiten?

Stalin: Es wäre gut.

Churchill: Ich verstehe, welche große Bedeutung die Frage der politischen Grundsätze hat, die gegenüber Deutschland anzuwenden sind. Ich verstehe, daß wir diese Frage heute nicht erörtern können, doch ich hoffe, daß wir sie morgen erörtern werden. Das Hauptproblem, das wir behandeln müssen, besteht darin, ob wir in allen vier Besatzungszonen Deutschlands das gleiche Kontrollsystem anwenden sollen oder ob in den verschiedenen Besatzungszonen unterschiedliche Grundsätze angewandt werden.

Stalin: Gerade diese Frage ist im politischen Teil des Entwurfs berücksichtigt. Ich habe es so aufgefaßt, daß wir für eine einheitliche Politik eintreten.

Truman: Völlig richtig.

Churchill: Ich wollte dies unterstreichen, da das von großer Bedeutung ist.

Stalin: Das ist richtig.

Truman: Wir versammeln uns morgen um vier Uhr.

Dritte Sitzung 19. Juli 1945

(Truman eröffnet die Sitzung.)

Churchill: Der Generalissimus hat gestern ganz am Anfang der Sitzung die Frage des Zwischenfalls an der griechisch-albanischen Grenze aufgeworfen. Wir haben entsprechende Ermittlungen angestellt, konnten aber nicht feststellen, daß dort Kämpfe stattgefunden hätten. Möglicherweise hat es unbedeutende Feuerwechsel gegeben. Die Völker sind dort einander nicht sehr gewogen.

In diesem Gebiet gibt es keine griechischen Felddivisionen. Wir wissen das, weil sich unsere Leute dort befinden. Es gibt dort 7000 Mann Nationalgarde, die an der albanisch-jugoslawischen Grenze stehen. Ihre Bewaffnung und Ausrüstung ist für den inneren Schutz vorgesehen. Jenseits der Grenze stehen 30000 Mann albanische Truppen, 30000 Mann jugoslawische und 24000 Mann bulgarische Truppen.

Ich erwähne das deshalb, weil ich der Ansicht bin, daß die Konferenz der Großmächte darauf dringen muß, daß derartige Überfälle über die Grenze eines Staates unterbleiben. Die Grenzen werden auf der Friedenskonferenz festgelegt, und wir müssen sagen, daß jeder, der seine Grenzen bereits vorher festzulegen versucht, dadurch in eine ungünstige Lage geraten kann.

Stalin: Hier liegt offensichtlich ein Mißverständnis vor. Wir sollten diese Frage nicht hier auf der Konferenz erörtern. Ich hatte sie nicht auf der Konferenz gestellt, sondern habe mich dazu in einem Privatgespräch geäußert.

Churchill: Ich stimme dem Generalissimus zu, daß diese Frage nicht auf der Sitzung erörtert wurde. Wenn diese Frage jedoch auf die Tagesordnung gestellt wird, sind wir bereit, sie zu erörtern.

Truman: Wir werden diese Frage nicht erörtern, sondern werden zur Behandlung der Fragen übergehen, die uns im Auftrage der Außenminister unterbreitet werden.

(Die englische Delegation berichtet, daß angesichts des von der amerikanischen Delegation zu Punkt 3 des Entwurfs über den Rat der Außenminister eingebrachten Abänderungsantrags die Minister übereinkamen, diesen Punkt an die Redaktionskommission zu überweisen.)

Dann behandelten die Außenminister den politischen Teil des Abkommens über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze, derer man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß. Die englische Delegation erinnerte daran, daß die Regierungschefs sich gestern mit dem Entwurf befaßt haben und die Minister beauftragt sind, heute ihren Bericht zu erstatten.

Die Delegation teilt mit, daß die Außenminister den Entwurf durchgesehen, einige Ergänzungen gemacht haben und nunmehr den neuen Entwurf des politischen Teils des Abkommens den Regierungschefs zur Prüfung vorlegen. Sie weist darauf hin, daß die Außenminister der Meinung sind, daß es nach Abschluß der Beratung und Abstimmung des wirtschaftlichen Teils notwendig sein wird, auf der Konferenz die Frage der Veröffentlichung des Abkommens insgesamt zu behandeln.

Weiter teilt die englische Delegation mit, daß die Minister die polnische Frage behandelt haben; sie hatten eine sehr wichtige und nützliche Aussprache über diese Frage, die dann an die Redaktionskommission überwiesen wurde. Die Minister hoffen, daß es morgen möglich sein wird, der Konferenz den Bericht zu dieser Frage zu erstatten, wenn die Redaktionskommission ihre Arbeit abzuschließen vermag.

Die Minister kamen überein, der heutigen Plenarsitzung die Fragen: deutsche Kriegs- und Handelsflotte, Spanien, Erfüllung der Erklärung von Jalta über das befreite Europa, Jugoslawien und andere zur Behandlung vorzulegen.)

Truman: Die erste Frage betrifft die deutsche Flotte. Mir scheint, daß man, bevor man diese Frage entscheidet, eine andere Frage entscheiden muß, und zwar, was ist Kriegsbeute und was sind Reparationen. Ist die Handelsflotte Gegenstand der Reparationen, so muß die Frage dann

entschieden werden, wenn über die Reparationsfrage entschieden wird. Wir müssen die Reparationskommission beauftragen, den Kreis der Werte festzulegen, die zu den Reparationen gehören sollen. Ich hege deshalb ein besonderes Interesse für die Handelsflotte Deutschlands, weil sie vielleicht im Krieg gegen Japan ausgenutzt werden könnte.

Stalin: Die Kriegsflotte hat wie die gesamte übrige militärische Ausrüstung als Beute zu gelten. Die Truppen, die die Waffen gestreckt haben, übergeben ihre Waffen an die, vor denen sie kapituliert haben; das gleiche kann auch für die Kriegsflotte gelten. Die Vorschläge der militärischen Vertreter der drei Mächten besagen direkt, daß die Kriegsflotte zu entwaffnen und auszuliefern ist. Vielleicht könnte im Hinblick auf die Handelsflotte die Frage gestellt werden, ob sie Beute ist oder zu den Reparationen zu zählen ist; was die Kriegsflotte betrifft, so ist sie Beutegut und unterliegt der Auslieferung. Wenn Sie sich an den Fall Italien erinnern, so sehen Sie, daß beide Flotten, die Seekriegs- und die Handelsflotte, zur Kategorie der Kriegsbeute zählten.

Churchill: Ich möchte nicht von einem rein juristischen Standpunkt an diese Frage herangehen und mit Fachtermini operieren. Aber ich möchte Gerechtigkeit und eine freundschaftliche Lösung dieser Frage erzielen, möchte ein Übereinkommen der drei Mächte erzielen, das als Teil in das gesamte Abkommen zu allen Fragen auf dieser Konferenz eingeht. Ich möchte jetzt nur von der deutschen Kriegsflotte sprechen. In der Tat befinden sich alle verwendungsfähigen deutschen Schiffe in unserer Hand. Ich nehme an, daß insgesamt eine freundschaftliche Lösung der sich aus dieser Konferenz ergebenden Fragen erzielt werden wird, davon bin ich überzeugt, und deshalb haben wir im Prinzip keine Einwände gegen eine Aufteilung der deutschen Flotte

Ich spreche jetzt nicht von der italienischen Flotte. Mir scheint, daß diese Frage gesondert zu behandeln ist, in Verbindung mit unserer gemeinsamen Politik? gegenüber Italien. Natürlich erhebt sich dabei auch die Frage nach der Entschädigung für Verluste. Was Großbritannien betrifft, so hatte es sehr schwere Verluste. Es hat etwa 10 große Schiffe verloren, das heißt Schlachtschiffe, schwere Kreuzer und Flugzeugträger, überdies mindestens 20 Kreuzer und mehrere hundert Zerstörer, U-Boote und kleine Schiffe.

Mir scheint, daß die U-Boote gegenüber der übrigen Seekriegsflotte eine andere Kategorie bilden sollten. Diese U-Boote spielen eine besondere Rolle; gemäß der Konvention, die auch Deutschland unterzeichnet hat, sollte deren Anwendung beschränkt werden. Aber Deutschland hat diese Konvention verletzt und die U-Boote sehr breit eingesetzt, das heißt, Deutschland hat sie widerrechtlich eingesetzt, und während des Krieges mußten wir von einem Einsatz gemäß dieser Konvention Abstand nehmen.

Meiner Meinung nach müssen diese U-Boote vernichtet oder versenkt werden.

Ich verstehe aber, daß die neuesten deutschen U-Boote, namentlich die besten davon, von bestimmtem wissenschaftlichem und technischem Interesse sind und man sie für eine Auswertung erhalten muß. Die Information über diese U-Boote muß allen drei Großmächten zur Verfügung gestellt werden. Ich sehe die Sache nicht ausschließlich von einem maritimen Standpunkt und erkenne voll und ganz die Verluste an, die die Rote Armee im Krieg erlitten hat. Meiner Ansicht nach sollten wir hier keine endgültige Entscheidung treffen, aber nach Abschluß der Konferenz sollte der Großteil der Schiffe vernichtet werden, und ein Teil kann exakt unter uns allen aufgeteilt werden.

Was die Überwasserschiffe betrifft, so sollten sie zu gleichen Teilen unter uns aufgeteilt werden unter der Bedingung, daß wir über alle anderen Fragen eine Übereinkunft erzielen und hier im besten Einvernehmen auseinandergehen. Ich habe nichts dagegen, daß Rußland ein Drittel der deutschen Flotte erhält, aber nur unter der Bedingung, die ich soeben nannte. Ich gebe zu, daß ein so großes und mächtiges Volk wie das russische, das einen so großen Beitrag zur gemeinsamen Sache geleistet hat, herzlich auf den Weltmeeren empfangen werden muß. Wir werden das Erscheinen der russischen Flagge auf den Meeren begrüßen. Ich verstehe, daß es sehr schwer ist, in kurzer Zeit eine große Flotte zu bauen. Deshalb können diese deutschen

Schiffe zu Studienzwecken und zum Aufbau der russischen Flotte dienen. Ich habe nichts weiter hinzuzufügen.

Wenn es erwünscht ist, über die Handelsflotte zu sprechen, so könnte ich auch dazu etwas sagen.

Truman: Bitte.

Churchill: Ich habe das Gefühl, daß die deutsche Handelsflotte, solange der Krieg mit Japan dauert, in diesem Krieg eine bedeutende Rolle spielen könnte. Die Möglichkeit einer möglichst schnellen Beendigung des Krieges hängt in bedeutendem Maße von der Handelsflotte ab. Was die erforderliche Zahl von Menschen für die Truppe, für die Luftstreitkräfte und die Seekriegsflotte betrifft, so haben wir genügend davon. Aber es fehlen uns die Mittel zur Verlegung dieser Menschen und auch zum Transport von Material.

Außerdem wird die Handelsflotte gebraucht für die Heranschaffung von Lebensmitteln nach den britischen Inseln sowie zum Heranschaffen von Lebensmitteln für die befreiten Länder Europas, die ohnehin nicht ausreichend versorgt werden können. Hier stellt jede Tonne einen großen Wert dar. Wir und Amerika haben unsere gesamte Handelsflotte in den Dienst der gemeinsamen Sache gestellt. Ich würde es sehr bedauern, wenn die Handelsflotte Deutschlands mit ihren 1,2 Millionen Tonnen nicht in den Dienst dieser gemeinsamen Sache gestellt würde, damit der Krieg möglichst schnell beendet wird.

Ich möchte auch noch das Folgende erwähnen. Finnland besitzt eine Handelsflotte mit etwa 400000 Tonnen. Diese Flotte ist in die Hände unseres russischen Verbündeten übergegangen. In die Hände des russischen Verbündeten sind auch rumänische Dampfer übergegangen, darunter zwei wichtige Transporter, die dringend für den Truppentransport benötigt werden. Wenn eine Aufteilung der Flotte zu drei gleichen Teilen unter unseren Mächten erfolgt, so müßte meines Erachtens die Handelsflotte Rumäniens und Finnlands zu den insgesamt zur Aufteilung kommenden Schiffen dazugeschlagen werden.

Stalin: Wir haben nichts von Finnlands Handelsflotte genommen, kein einziges Schiff, und von Rumänien haben wir ein Schiff genommen.

Churchill: Ich wollte nur von den Grundsätzen sprechen, nach denen wir die Aufteilung der Handelsflotte vornehmen könnten.

Schließlich ist zu bedenken, daß es außer den drei Mächten noch andere Länder gibt. Norwegen beispielsweise hat sehr schwere Verluste bei seiner Handelsflotte zu beklagen. Die norwegische Tonnage, insbesondere die norwegischen Tanker, stellte eine große Kraft dar. Sie haben uns ihre gesamte Flotte zur Verfügung gestellt, und diese Flotte hat schwere Verluste erlitten. Andere Länder haben ebenfalls einen Großteil ihrer Flotte verloren. Meines Erachtens müßte die Frage gestellt werden, die Flotte nicht in drei, sondern in vier Teile aufzuteilen und den vierten Teil zur Befriedigung der Interessen einiger anderer Länder zu verwenden, die hier nicht vertreten sind. Ich möchte diese Frage nur zur Prüfung und Erörterung unterbreiten.

Truman: Ich möchte meinerseits eine Bemerkung zu dieser Frage machen. Ich würde die deutsche Seekriegsflotte sehr gern in drei Teile aufteilen, mit Ausnahme der U-Bootflotte. Aber ich möchte die Entscheidung über diese Frage im Interesse des Krieges gegen Japan aufschieben. Für uns wären alle diese Schiffe von großem Nutzen, da wir sie nicht nur zum Truppentransport, sondern auch für die Versorgung Europas nutzen könnten. Die Lage ist gegenwärtig so, daß es uns absolut an einsatzfähigen Schiffen fehlt. Deshalb möchte ich die gesamte deutsche Überwasserflotte zum Krieg gegen Japan erhalten.

Ich halte es für angebracht, hier hinzuzufügen, daß wir in den USA nach Beendigung des Krieges mit Japan eine große Zahl nicht nur von Schiffen der Kriegsflotte, sondern auch eine große Zahl von Handelsschiffen haben werden, die an interessierte Länder verkauft werden können. Ich wäre sehr froh, wenn die Schiffe der deutschen Flotte zur Kriegführung gegen Japan eingesetzt würden.

Stalin: Und wenn die Russen gegen Japan kämpfen werden?

Truman: Natürlich können die Russen Anspruch auf ein Drittel der Flotte erheben, das ihnen dann übergeben wird. Darüber kann man sich einigen.

Stalin: Für uns ist das Prinzip wichtig.

Churchill: Herr Präsident, ich nehme an, daß wir zu einer Vereinbarung gelangen können. Meines Erachtens könnten jetzt die Schiffe jedem Teilnehmer zugewiesen werden, und wenn der Krieg mit Japan beendet ist, werden die Schiffe entsprechend übergeben.

Stalin: Welche Schiffe?

Churchill: Ich meine die Handelsschiffe. Aber meines Erachtens geht es hier um das Prinzip. Man muß bedenken, daß der Vormarsch der Roten Armee längs der Ostseeküste die Deutschen gezwungen hat, ihre Häfen zu räumen, und so wurde die deutsche Flotte aus der Ostsee vertrieben. Ich muß zugeben, daß ich für den Vorschlag von Generalissimus Stalin bin, wonach die Russen einen Teil der Seekriegs- und Handelsflotte Deutschlands wünschen, und ich meine, es gibt nur den einen anderen Ausweg - die gesamte Flotte zu versenken. Aber das wäre unvernünftig, da unser Verbündeter einen Teil dieser Flotte zu erhalten wünscht.

Stalin: Man kann die Russen nicht als Menschen hinstellen, die vorhaben, die erfolgreichen Handlungen der Flotte der Alliierten zu behindern. Aber man darf daraus auch nicht den Schluß ziehen, die Russen wünschten ein Geschenk von ihren Verbündeten. Wir wollen kein Geschenk, wir wollen nur wissen, ob dieses Prinzip anerkannt wird, ob der Anspruch der Russen auf einen Teil der deutschen Flotte als berechtigt eingeschätzt wird.

Churchill: Ich habe nicht von einem Geschenk gesprochen.

Stalin: Ich habe nicht gesagt, daß Sie davon gesprochen haben.

Ich möchte, daß Klarheit geschaffen wird in der Frage, ob die Russen ein Anrecht auf ein Drittel der Seekriegs- und der Handelsflotte Deutschlands haben. Meines Erachtens haben die Russen ein Anrecht darauf, und das, was sie bekommen, erhalten sie zu Recht. Ich trete nur für Klarheit in dieser Frage ein. Wenn meine Kollegen anders denken, so möchte ich deren jetzige Meinung wissen. Wenn im Prinzip anerkannt wird, daß die Russen ein Anrecht auf ein Drittel der Kriegs- und Handelsflotte Deutschlands haben, so sind wir zufrieden.

Was die Verwendung der Handelsflotte und insbesondere jenes Drittels, das Rußland rechtmäßig zugesprochen wird, betrifft, so werden wir natürlich nichts in den Weg legen, damit dieses Drittel von den Alliierten in ihrem Kampf gegen Japan maximal eingesetzt werden kann. Ich bin auch damit einverstanden, daß diese Frage am Ende der Konferenz entschieden wird.

Ich möchte noch bei einer Frage verweilen. Unseren Leuten ist der Zutritt zur Kriegs- und Handelsflotte verwehrt, man verwehrt ihnen die Besichtigung der Schiffe. Wie bekannt, befindet sich ein Großteil der Flotte in den Händen unseres Verbündeten, aber unseren Leuten wurde der Zutritt zu diesen Schiffen verwehrt, sie haben keine Möglichkeit, die Schiffe dieser Flotte zu besichtigen. Wenn man uns wenigstens die Möglichkeit geben würde, in ein Verzeichnis dieser Schiffe einsehen zu können. Könnte dieses Verbot nicht aufgehoben werden, damit die Vertreter der russischen Flottenkommission die Möglichkeit zur Besichtigung der Schiffe dieser Flotte und zur Ermittlung der Anzahl der Schiffe bekommen?

Churchill: Auch bei uns gibt es solche Fälle, daß unsere Leute an der Besichtigung von Kriegsbeute in der Ostsee gehindert wurden.

Stalin: In der Ostsee wurden nur U-Boote erbeutet, aber das ist eine völlig unbrauchbare, zerschlagene Unterwasserflotte. Aber wenn der Wunsch besteht, sie zu besichtigen, so kann diese Möglichkeit zu jeder Zeit geschaffen werden.

Churchill: Unser Prinzip ist Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit. Deshalb halte ich Ihren Vorschlag für akzeptabel. Wir haben nur eine Bitte, ob die Sache nicht so organisiert werden kann, daß unsere Leute die Möglichkeit bekommen, die durchaus interessanten deutschen Vermögenswerte beispielsweise in der Ostsee, insbesondere einige U-Boote, zu besichtigen.

Stalin: Bitte.

Truman: Ich möchte hier im Namen der USA erklären, daß Sie zu allen unseren Zonen Zutritt haben und alles besichtigen können, was Sie zu sehen wünschen. Aber wir wollen unsererseits ebenfalls die Möglichkeit haben, das zu sehen, was für uns interessant ist.

Churchill: Ich habe in meinen Ausführungen einen Unterschied gemacht zwischen U-Booten und Überwasserschiffen. Generalissimus Stalin wird uns verstehen, wenn wir als Inselbewohner in dieser Frage sehr empfindlich sind. Unsere Insel erzeugt weniger als zwei Drittel der erforderlichen Lebensmittel. Während des Krieges hatten wir unter den U-Booten sehr zu leiden, mehr als jeder andere. Zweimal standen wir am Rande der Katastrophe. Daher ist das U-Boot in England kein populärer Kriegsschiffstyp. Ich bin dafür, den Großteil der U-Boote zu versenken.

Stalin: Ich bin ebenfalls dafür.

Churchill: Und daß der übrige Teil der U-Boote zu gleichen Teilen unter uns aufgeteilt wird zu Studien- und technischen Zwecken, da sie von beträchtlichem Interesse sind. Zweimal haben uns die Handlungen der U-Boote fast an den Rand der Katastrophe gebracht. Ich bin daher damit einverstanden, daß wir einen Großteil der U-Boote versenken und den Rest unter die drei Mächte aufteilen. Ich bitte den Generalissimus und den Präsidenten um Verzeihung, aber wir befinden uns in dieser Hinsicht in einer besonderen Lage. Unsere militärische Macht hat unter diesen U-Booten sehr gelitten. Wenn ich mich mit diesem Prinzip einverstanden erkläre, so stelle ich nur die Bedingung, daß die Frage, wie viele U-Boote zu versenken und wie viele aufzuteilen sind, am Ende der Konferenz entschieden wird.

Stalin: Gut, ich bin einverstanden.

Truman: Wir haben diese Frage hinreichend erörtert und können zur nächsten Frage übergehen.

Eden: Die nächste Frage - Spanien.

Truman: Wünscht der Generalissimus, sich zu dieser Frage zu äußern?

Stalin: Die Vorschläge wurden verteilt. Zu dem dort Gesagten habe ich nichts hinzuzufügen.

Churchill: Herr Präsident, die britische Regierung - die gegenwärtige und die vorangegangene - haßt Franco und seine Regierung. Man hat mich mißverstanden und gesagt, ich wäre diesem Herrn freundschaftlich gesonnen. Alles, was ich gesagt habe, war, daß Spanienpolitik mehr bedeutet als Karikaturen über Franco. Meines Erachtens sind die ständige Vernichtung von Menschen, die man in das Gefängnis geworfen hat für Dinge, die sechs Jahre zurückliegen, und verschiedene andere Umstände in Spanien nach unseren englischen Vorstellungen völlig undemokratisch.

Als Franco mir ein Schreiben schickte, in dem es hieß, daß er, ich und einige andere westliche Länder uns gegen die Bedrohung durch die Sowjetunion zusammenschließen müßten, sandte ich ihm, mit Einverständnis meines Kabinetts, eine recht kühle Antwort. Die Sowjetregierung wird sich dessen wahrscheinlich erinnern, da ich ihr ebenso wie dem Präsidenten eine Kopie meines Schreibens zugeschickt habe. So daß es zwischen uns keinen nennenswerten Unterschied gibt hinsichtlich der Gefühle, die wir für das gegenwärtige Regime in Spanien hegen.

Schwierigkeiten für die Annahme des vom Generalissimus vorgelegten Entwurfs sehe ich beim ersten Punkt, wo vom Abbruch aller Beziehungen mit der Regierung Franco, der spanischen Regierung, die Rede ist. Meines Erachtens könnte ein solcher Schritt seinem Charakter nach angesichts des Stolzes und des Selbstbewußtseins der Spanier den Zusammenschluß der Spanier um Franco bewirken, statt ihnen den Anstoß zur Abkehr von Franco zu geben. Deshalb scheint mir der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der spanischen Regierung kein geeignetes Verfahren zur Lösung dieser Frage zu sein.

Das schafft uns zwar eine gewisse Genugtuung, doch dann werden wir keinen Kontakt mehr haben, der uns in schweren Zeiten nützlich sein könnte. Ich denke, daß ein solcher Schritt nur die Stellung Francos festigen könnte, und wenn wir seine Stellung festigen, werden wir von seiner Seite auf Schlimmes gefaßt sein oder Gewalt gegen ihn anwenden müssen. Ich bin

gegen Gewaltanwendung in ähnlichen Fällen. Ich meine, daß wir uns nicht in die inneren Angelegenheiten eines Staates einmischen sollen, mit dem wir unterschiedlicher Auffassung sind, mit Ausnahme solcher Fälle, wo uns ein Staat angreift.

Was die Länder betrifft, die wir besiegt haben, dort müssen wir unsere Kontrolle errichten. Was die Länder betrifft, die im Krieg befreit wurden, so können wir dort die Errichtung eines faschistischen oder eines Franco-Regimes nicht dulden. Aber hier haben wir es mit einem Land zu tun, das am Krieg nicht teilgenommen hat, und deshalb bin ich gegen eine Einmischung in dessen innere Angelegenheiten. Die Regierung Ihrer Majestät benötigt langwierige Erörterungen dieser Frage, bevor sie die Beziehungen mit Spanien abbricht.

Mir scheint, daß die Macht Francos jetzt ohnehin gefährdet ist, und ich hoffe, daß es gelingt, seinen Sturz auf diplomatischem Wege zu beschleunigen. Der Abbruch der Beziehungen ist meines Erachtens eine sehr gefährliche Art der Lösung dieser Frage. Überdies ist zu beachten, daß stets Möglichkeiten eines Wiederaufloderns des Bürgerkrieges in Spanien bestehen, und dieser Krieg hat 2 Millionen von den insgesamt 17 oder 18 Millionen Bevölkerung gekostet. Und mir täte eine aktive Einmischung zum gegenwärtigen Zeitpunkt leid, da ich der Ansicht bin, daß dort Kräfte wirken, um die Lage zum Besseren zu wenden. Das ist meine Ansicht zu dieser Frage.

Die in San Francisco gegründete Weltorganisation lehnt Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ab. Deshalb wäre es ungerecht, wenn wir aktiv in die Lösung dieser Frage eingreifen würden. Das würde der in San Francisco beschlossenen Charta der internationalen Organisation widersprechen.

Truman: Ich hege keine Sympathien für das Franco-Regime, aber ich möchte nicht an einem spanischen Bürgerkrieg beteiligt sein. Mir reicht der Krieg in Europa. Wir würden gern eine andere Regierung in Spanien statt der Regierung Franco anerkennen, aber ich meine, daß dies eine Frage ist, die Spanien selbst entscheiden muß.

Stalin: Das heißt, in Spanien bleibt alles unverändert? Ich meine, daß das Franco-Regime sich festigt, und dieses Regime nährt halbfaschistische Regimes in einigen anderen Ländern Europas. Man darf nicht vergessen, daß das Franco-Regime dem spanischen Volk von außen aufgezwungen wurde und kein Regime ist, das sich aus den inneren Bedingungen ergeben hat. Sie wissen sehr wohl, daß das Franco-Regime von Hitler und Mussolini aufgezwungen wurde und deren Hinterlassenschaft darstellt. Wenn wir das Franco-Regime vernichten, so vernichten wir das Erbe Hitlers und Mussolinis. Man darf auch nicht außer acht lassen, daß die demokratische Befreiung Europas Pflichten auferlegt.

Ich schlage keine militärische Einmischung vor, ich schlage nicht vor, dort einen Bürgerkrieg zu entfesseln. Ich möchte nur, daß das spanische Volk weiß, daß wir, die Führer des demokratischen Europa, das Franco-Regime ablehnen. Wenn wir dies nicht in irgendeiner Form erklären, wird das spanische Volk mit Recht annehmen, daß wir nicht gegen das Franco-Regime sind. Es kann sagen, daß wir, in dem wir das Franco-Regime nicht antasten, es unterstützen.

Welche Mittel gibt es auf diplomatischer Ebene, um dem spanischen Volk zu zeigen, daß wir nicht auf der Seite Francos sind, sondern auf der Seite der Demokratie? Nehmen wir an, ein Mittel wie der Abbruch der diplomatischen Beziehungen wäre unangemessen, könnten wir dann nicht Überlegungen über andere, elastischere Mittel auf diplomatischer Ebene anstellen? Das muß geschehen, damit das spanische Volk weiß, daß wir mit ihm und nicht mit Franco sympathisieren.

Meines Erachtens wäre es gefährlich, das Franco-Regime so zu lassen, wie es jetzt besteht. Die öffentliche Meinung in den europäischen Ländern ist, wie man aus der Presse ersieht, ebenso wie die öffentliche Meinung in den USA, dem Franco-Regime nicht gewogen. Wenn wir diese Frage umgehen, könnte man meinen, daß wir das Franco-Regime in Spanien stillschweigend dulden, es sanktionieren. Das wäre ein schwerer Vorwurf gegen uns. Ich möchte nicht als Angeklagter dastehen.

Churchill: Sie unterhalten keine diplomatischen Beziehungen zu Spanien, und deshalb kann Ihnen niemand einen derartigen Vorwurf machen.

Stalin: Aber ich habe das Recht und die Möglichkeit, diese Frage zu stellen und zu lösen. Woher können die Menschen wissen, ob die Sowjetunion mit dem Franco-Regime sympathisiert oder nicht sympathisiert? Es ist wohlthuend, wenn man bedenkt, daß „die großen Drei“ solche Fragen zu lösen vermögen. Ich gehöre zu den „großen Drei“ genauso wie der Präsident und der Premierminister. Habe ich das Recht, über das zu schweigen, was in Spanien geschieht, über das Franco-Regime und über die große Gefahr, die dieses Regime für Europa bedeutet? Es wäre ein großer Fehler, wenn wir diese Frage unbeachtet ließen und nichts dazu sagen würden.

Churchill: Ihre Regierung hat die uneingeschränkte Freiheit, sich individuell zu äußern. Die gleiche Freiheit genießt auch die Presse, worauf Generalissimus Stalin hier hingewiesen hat. Die sowjetische und zum Teil auch die amerikanische Presse haben sich sehr freimütig über die Lage der Dinge in Spanien geäußert. Was die britische Regierung betrifft, so möchten wir, obgleich wir das Franco und seinem Botschafter sehr oft gesagt haben, die Beziehungen zur spanischen Regierung nicht abbrechen.

Bei uns bestehen seit langem Handelsbeziehungen mit Spanien. Sie liefern uns Apfelsinen, Wein und einige andere Produkte, wir unsererseits liefern ihnen unsere Erzeugnisse. Ich möchte diesen Handel, für den Fall, daß unsere Einmischung nicht zu den gewünschten Ergebnissen führt, nicht gefährden. Aber gleichzeitig verstehe ich voll auf den Standpunkt von Generalissimus Stalin. Franco erdreistet sich, die „Blaue Division“ nach Rußland zu entsenden, deshalb verstehe ich die Ansicht der Russen.

Aber Spanien hat uns nicht im geringsten gestört, selbst dann nicht, als es uns in der Bucht von Algeciras stören konnte. Niemand zweifelt daran, daß Generalissimus Stalin Franco haßt, und ich meine, daß die meisten Engländer seine Auffassung teilen. Ich möchte nur betonen, daß wir durch ihn nichts zu leiden hatten.

Stalin: Es geht hier nicht um irgendeine Kränkung. Ich meine, nebenbei gesagt, daß auch England durch das Franco-Regime gelitten hat. Spanien hat seine Küste lange Zeit Hitler für seine U-Boote zur Verfügung gestellt. Deshalb kann man annehmen, daß das Franco-Regime England doch irgendwie geschadet hat.

Ich möchte aber nicht, daß diese Frage vom Standpunkt einer Art Kränkung gewertet wird. Nicht um die „Blaue Division“ geht es, sondern darum, daß das Franco-Regime eine ernste Gefahr für Europa darstellt. Deshalb bin ich der Ansicht, daß man irgend etwas gegen dieses Regime unternehmen muß. Wenn der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ungeeignet ist, bestehe ich nicht darauf. Man kann auch andere Mittel finden. Wir brauchen nur zu sagen, daß wir keine Sympathien für das Franco-Regime hegen und das Streben des spanischen Volkes nach Demokratie für gerecht halten - wir brauchen nur dies zu sagen, und vom Franco-Regime wird nichts übrigbleiben. Ich versichere Sie.

Ich schlage vor: Mögen die Außenminister darüber sprechen, ob man sich nicht eine andere, weichere und elastischere Form einfallen läßt, um zu verstehen zu geben, daß die Großmächte das Franco-Regime nicht unterstützen.

Truman: Das sagt mir zu, ich bin einverstanden, die Frage zur Behandlung an die Außenminister zu überweisen.

Churchill: Ich wäre dagegen. Mir scheint, daß dies eine solche Frage ist, die in diesem Saal entschieden werden muß.

Stalin: Natürlich werden wir hier entscheiden, aber die Minister sollen vorher beraten.

Truman: Ich habe ebenfalls keine Einwände dagegen, daß diese Frage zur vorherigen Behandlung an die Außenminister überwiesen wird.

Churchill: Ich halte dies für unerwünscht, weil es sich hier um eine Frage des Prinzips handelt, und zwar um Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder.

Stalin: Das ist keine innere Angelegenheit, das Franco-Regime bedeutet eine internationale Gefahr.

Churchill: Das kann jeder über das Regime eines beliebigen anderen Landes sagen.

Stalin: So ein Regime wie in Spanien besteht in keinem anderen Land. In keinem anderen Land Europas gibt es ein solches Regime.

Churchill: Man könnte Portugal vorwerfen, es habe ein diktatorisches Regime.

Stalin: Das Franco-Regime wurde von außen geschaffen, durch Einmischung Hitlers und Mussolinis. Franco verhält sich sehr herausfordernd, er verbirgt Nazis bei sich. Ich stelle nicht die Frage Portugal.

Churchill: Ich kann dem Parlament keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Spaniens empfehlen. Das wäre gegen eine Politik, die wir schon seit langem betreiben. Gleichzeitig wäre ich froh über eine Änderung des Regimes in Spanien, aber nur auf natürlichem Wege. Ich persönlich wäre sehr froh, wenn in Spanien eine Revolution erfolgte, wenn sich dort zum Beispiel eine konstitutionelle Monarchie etablieren und die politischen Häftlinge amnestieren würde.

Aber ich meine, wenn ich oder die britische Regierung in diesem Sinne unseren Einfluß in Spanien geltend machen, so würde das einen Gefühlswandel bei den Spaniern hervorrufen gegen uns, für Franco. Meines Erachtens rückt zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Sturz Francos näher.

Wenn wir hier vereinbarte Handlungen unternehmen, so werden wir dadurch nur seine Position festigen. Gleichzeitig wird die britische Regierung in keiner Weise Franco und die jetzige spanische Regierung unterstützen, mit Ausnahme der Weiterführung des Handels mit Spanien, worüber ich hier bereits gesprochen habe.

Truman: Ich wäre sehr froh, wenn wir uns einigten, daß diese Frage den Außenministern zur vorherigen Beratung übergeben wird, damit sie eine geeignete Formel zu diesem Zweck finden.

Stalin: Ich habe Verständnis für die Schwierigkeiten, die Herrn Churchill die Anfragen im Parlament bereiten. Aber diese Sache kann man erleichtern. Wie wäre es, wenn wir die Frage so lösen: die Frage des Franco-Regimes nicht gesondert stellen, übereinkommen, daß diese Frage nicht gesondert als Frage des Franco-Regimes stand und entschieden wurde.

Die drei Außenminister werden beauftragt, in Erwägung des Meinungs Austausches zur Frage des Franco-Regimes eine geeignete Formel für diese Frage zu suchen, dabei insbesondere die Formulierung von Herrn Churchill heranzuziehen, daß Franco seinem Ende zugeht und seinem Regime nicht die Sympathien der demokratischen Mächte gehören und daß dieses Regime in der Öffentlichkeit nicht geschätzt wird. Eine solche Formulierung könnte man als Punkt in eine der Erklärungen über Europa aufnehmen. Wir werden irgendwelche allgemeinen Erklärungen haben, und dort könnte man eine solche von den Außenministern ausgearbeitete Formulierung aufnehmen.

Das wird der britischen Regierung keinerlei Verpflichtungen auferlegen, aber der Punkt wird eine kurze Einschätzung des Franco-Regimes enthalten, und die öffentliche Meinung wird wissen, daß wir nicht für das Franco-Regime sind. Meiner Ansicht nach müßten wir so einen Beschluß fassen. Mögen die Außenminister überlegen, in welche Form wir dies kleiden.

Churchill: Ich habe noch nicht prinzipiell zugestimmt, daß wir eine gemeinsame Erklärung zu dieser Frage abgeben.

Stalin: Nicht zu Spanien, sondern wir geben eine allgemeine Einschätzung über Europa, und dort könnte man das als einen Punkt einfügen. Was geschieht denn sonst: In allen unseren Dokumenten ist von allen Ländern die Rede, mit Ausnahme Spaniens.

Churchill: Die Linie, die ich verfolge, besteht in folgendem: Spanien ist ein Land, das nicht in den Krieg hineingezogen wurde, und kein Vasallenland; es wurde auch nicht von den Alliierten befreit, wir können uns deshalb nicht in seine inneren Angelegenheiten einmischen. Das ist eine prinzipielle Frage.

Was Jugoslawien, Belgien und andere Länder betrifft, so gibt es dort viele Fragen, die uns nicht gefallen und die wir kritisieren könnten. Aber diese Länder wurden in den Krieg hineingezogen und von den Alliierten befreit.

Wenn Sie wünschen, so könnte man eine Erklärung ausarbeiten über allgemeine Grundsätze, auf denen demokratische Regierungen beruhen. Darüber könnte man sprechen. Ich denke dabei beispielsweise an die amerikanische Verfassung: Franco ist jedenfalls weit entfernt von dieser Verfassung. Alle Länder sind untereinander verschieden, und wenn wir uns einmischen wollten, so bereitet uns das eine Menge Schwierigkeiten.

Ich weiß nicht, was die Spanier selbst denken, aber mir scheint, daß die einen so denken und die anderen anders, und ich bin überzeugt, daß viele Spanier die Befreiung Spaniens wünschen, aber ohne Druck von außen. Ich sehe nicht, was die Außenminister in dieser Frage tun könnten. Mir scheint, daß es ihnen viel schwere Arbeit bereiten und die Erörterung dieser Frage sich als nutzlos erweisen würde.

Truman: Ich sehe wenig Möglichkeiten für eine Einigung in dieser Frage auf der jetzigen Sitzung. Vielleicht wäre es besser, später zu ihr zurückzukehren?

Stalin: Und vielleicht übergibt man die Sache dennoch den Außenministern, damit sie versuchen, eine geeignete Formel zu finden?

Churchill: Gerade in diesem Punkt haben wir keine Einigung erzielt.

Truman: Ich denke, wir gehen jetzt besser zu einer anderen Frage über und kommen auf die Frage Spanien später zurück.

Churchill: Ich schlage keine ablehnende Entscheidung vor, sondern schlage nur vor, jetzt zur Behandlung anderer Fragen überzugehen und diese Frage später zu erörtern.

Truman: Gehen wir zu nächsten Frage über.

Eden: Erklärung über das befreite Europa.

Truman: Ein Dokument zu dieser Frage habe ich am 17. Juli vorgelegt.

Stalin: Ich schlage vor, diese Frage jetzt zu vertagen; es ist möglich, daß wir einen anderen Vorschlag zu dieser Frage unterbreiten.

Truman: Ich habe nichts dagegen, daß wir diese Frage jetzt vertagen.

Eden: Die nächste Frage - Jugoslawien. Wir haben zu dieser Frage bereits einen kleinen Entwurf überreicht.

Stalin: Ich meine, daß wir diese Frage nicht lösen können, ohne die Vertreter Jugoslawiens anzuhören.

Eden: Es ist zu beachten, daß wir auf der Krim-Konferenz eine Vereinbarung über Jugoslawien in Abwesenheit jugoslawischer Vertreter erzielt haben.

Stalin: Jetzt ist es ein verbündetes Land, in dem eine rechtmäßige Regierung gebildet wurde. Man kann die Frage jetzt nicht ohne Teilnahme jugoslawischer Vertreter entscheiden. Damals gab es zwei Regierungen, und eine Aussöhnung zwischen ihnen war unmöglich. Wir haben uns in diese Sache eingemischt. Und jetzt besteht dort eine rechtmäßige Regierung. Laden wir die Vertreter Jugoslawiens ein, hören wir sie an, und dann wollen wir beschließen.

Churchill: Subasic und Tito?

Stalin: Ja.

Churchill: Aber sie sind untereinander uneins, beide Seiten sind sehr gegeneinander eingestellt.

Stalin: Mir ist das nicht bekannt. Laßt uns diese Sache nachprüfen, laden wir sie hierher ein, sollen sie ihre Meinung hier vortragen.

Truman: Ist die Sache so wichtig, daß man sie hierher zitiert? Ich halte das für unangebracht.

Churchill: Wir haben unsere Unterschrift unter die Vereinbarung der Krim-Konferenz gesetzt und sehen nun, daß diese Erklärung in Jugoslawien nicht erfüllt wird: Es gibt kein Gesetz über die Wahlen, der Nationalrat wurde nicht erweitert, die Rechtsordnung ist nicht wiederhergestellt, die Regierung Tito wird durch die von ihm geschaffene Parteipolizei kontrolliert, die Presse wird genauso kontrolliert wie in einigen faschistischen Ländern.

Wir sehen, daß die Lage in Jugoslawien nicht den in der Erklärung der Krim-Konferenz ausgedrückten Hoffnungen entspricht. Wir haben Jugoslawien eine beträchtliche Menge Waffen geliefert, zu einer Zeit, da wir selber schwach waren, und deshalb sind wir enttäuscht und bedauern es, daß die Ereignisse dort eine solche Wendung genommen haben. Unser Vorschlag ist sehr bescheiden, er besteht darin, das zu erfüllen, was in der Erklärung von Jalta gesagt wurde.

Stalin: Herr Churchill ist gleich zur Erörterung übergegangen, statt auf die Frage des Präsidenten zu antworten, ob er die Frage für so ernst und wichtig hält, daß sie auf unserer Konferenz zu erörtern und dazu eine Vertretung Jugoslawiens einzuladen ist. Wenn der Präsident gestattet, kann ich Herrn Churchill folgen und ebenfalls zur Erörterung der Frage übergehen.

Sehen Sie, das, was uns Herr Churchill hier mitgeteilt hat über die Tatsache, daß die bekannten Beschlüsse der Krim-Konferenz verletzt werden, dergleichen ist uns aus unseren Quellen nicht bekannt. Ich würde es für richtig halten, daß wir die Jugoslawen selbst anhören, ihnen die Möglichkeit geben, diese Anklagen zu widerlegen oder sie zu bestätigen.

Churchill: Ich möchte, daß Sie das Wort „Anklage“ durch das Wort „Beschwerde“ ersetzen.

Stalin: Es geht nicht um Worte, und ich kann natürlich das Wort „Anklage“ durch das Wort „Beschwerde“ ersetzen. Aber man kann nicht über einen ganzen Staat urteilen, ohne seine Vertreter gehört zu haben.

Churchill: Wir hatten jetzt die Möglichkeit, die Frage zu durchdenken, und ich meine, daß es angebracht wäre, wenn beide Seiten, und zwar Tito und Subasic, die Möglichkeit hätten, sich hier zu treffen. Vielleicht werden diese Schwierigkeiten dann aus der Welt geschafft, und wir könnten zu einer abgestimmten Entscheidung kommen. Aber sind Sie der Meinung, daß Marschall Tito einverstanden sein wird hierherzukommen?

Stalin: Ich weiß nicht, man muß anfragen, ob sie kommen können.

Truman: Ich möchte, bevor wir zum Abschluß kommen, eine Erklärung abgeben. Ich bin als Vertreter der USA hierhergekommen und bin dazu hierhergekommen, um mit Ihnen Weltprobleme zu beraten. Aber ich bin nicht dazu hierhergekommen, um über jedes Land Europas Urteile abzugeben, Streitfragen zu prüfen, die von der in San Francisco gegründeten Organisation entschieden werden sollen.

Wenn wir politische Vorwürfe gegen irgendwen untersuchen, werden wir nur unnötig Zeit verlieren. Wenn wir Tito, Franco und andere Politiker hierherzitierten, so wird das zu nichts Gutem führen. Wir sind kein Gerichtsorgan zur Untersuchung von Klagen gegen einzelne Politiker. Wir sollten uns mit jenen Fragen befassen, über die wir Abkommen erzielen können.

Stalin: Das ist eine richtige Bemerkung.

Truman: Wir sollten jene Fragen erörtern, die für jeden von uns von Interesse sind.

Churchill: Das ist eine Frage, die auch die USA interessiert, Herr Präsident, denn es handelt sich hier um die Erfüllung der Beschlüsse, die auf der Krim-Konferenz gefaßt wurden. Das ist eine Frage des Prinzips. Es ist natürlich völlig klar, daß man die Lage in Jugoslawien, die Stellung Marschall Titos berücksichtigen muß. Es ist nicht viel Zeit vergangen, seit im Lande der Frieden eingezogen ist. Aber alles, was wir in unserem Entwurf im Auge hatten, war lediglich der Wunsch, daß das, was auf der Krim-Konferenz gesagt wurde, auch tatsächlich erfüllt wird.

Stalin: Meines Erachtens erfüllt Marschall Tito die Beschlüsse der Krim-Konferenz voll und ganz.

Truman: Es stimmt, daß Jugoslawien nicht alle Beschlüsse der Krim-Konferenz erfüllt. Auch bei uns gibt es Beschwerden. Man muß die jugoslawische Regierung darauf hinweisen. Aber wir könnten diese Frage bis zur nächsten Sitzung vertagen.

Churchill: Ich möchte Generalissimus Stalin für seine Geduld bei der Erörterung dieser Frage danken. Wenn wir über die Meinungsverschiedenheiten, die mitunter zwischen uns

auftauchen, nicht sprechen könnten, wenn wir sie nicht hier erörtern könnten, wo soll man denn dann diese Meinungsverschiedenheiten erörtern?

Stalin: Wir erörtern ja hier. Aber ohne den Angeklagten läßt sich die Frage nicht entscheiden. Sie erheben gegen den Chef der jugoslawischen Regierung Vorwürfe; ich bitte ihn anzuhören und dann einen Beschluß zu fassen. Aber erörtern kann man nach Belieben.

Churchill: Ich bin damit einverstanden, aber der Präsident ist dagegen, daß Tito hierhergebeten wird.

Stalin: Dann muß man die Frage absetzen.

[...]

Truman: Die heutige Tagesordnung ist erschöpft. Morgen ist die Sitzung um vier Uhr.

Vierte Sitzung 20. Juli 1945

(Truman eröffnet die Sitzung.)

Die sowjetische Delegation berichtet, daß auf der heutigen Sitzung der drei Außenminister folgende Fragen standen:

1. Wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands.

Es wurde festgestellt, daß die mit der Vorbereitung dieser Frage beauftragte Kommission ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen hat, und deshalb wurde diese Frage nicht gesondert erörtert. Es wurde beschlossen, die Kommission zu bitten, daß sie ihre Arbeit bis zum 21. Juli abschließt.

2. Polnische Frage.

Es wurde berichtet, daß die Kommission, die sich mit dieser Frage befaßt, ihre Arbeit bis jetzt noch nicht abgeschlossen hat, und infolgedessen wurde diese Frage nicht gesondert erörtert. Es wurde beschlossen, die Kommission zu bitten, daß sie ihre Arbeit bis zum 21. Juli abschließt.

3. Über die Friedensregelung.

Da die Kommission, die mit der Vorbereitung des Textentwurfs zur Frage der Friedensregelung beauftragt war, diese Aufgabe nicht erfüllen konnte, weil Mitglieder dieser Kommission in anderen Kommissionen beschäftigt waren, wurde beschlossen, daß die Außenminister heute um 15.45 Uhr zusätzlich zusammenkommen, um diese Frage zum Vortrag auf der Sitzung der drei Regierungschefs vorzubereiten. Die Außenminister beschlossen dann auf ihrer Beratung eine Abänderung zu Punkt 3 des Entwurfs zu dieser Frage, so daß dieser Punkt nunmehr folgendermaßen lautet:

„3. Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.

Zwecks Lösung jeder dieser Aufgaben wird der Rat aus Mitgliedern bestehen, welche diejenigen Regierungen vertreten, die die Bedingungen in der Kapitulation unterschrieben haben, diktiert an den Feindstaat, den die gegebene Aufgabe betrifft. Bei der Betrachtung der Fragen der Friedensregelung mit Italien wird Frankreich als Unterschriftsleistender der Kapitulationsbedingungen Italiens betrachtet werden.

Andere Mitglieder werden zur Teilnahme am Rat eingeladen werden, wenn Fragen erörtert werden, die sie direkt betreffen.“

4. Zur Erklärung von Jalta über das befreite Europa.

Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR überreichte den Außenministern Großbritanniens und der USA den sowjetischen Entwurf der Vorschläge zu dieser Frage. Im Zusammenhang mit dem vorgelegten Entwurf wurden Fragen der Lage in Rumänien und Bulgarien einerseits und in Griechenland andererseits erörtert. Im Ergebnis der Erörterung wurde klar, daß die Außenminister die Lage in diesen Ländern unterschiedlich einschätzen.

So erklärten die Außenminister der USA und Großbritanniens unter anderem, daß in Rumänien und Bulgarien der Presse Beschränkungen auferlegt würden. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten wies darauf hin, daß unter Kriegsbedingungen natürlich gewisse unerläßliche Beschränkungen für die Presse bestanden. Gegenwärtig können

angesichts der Beendigung des Krieges die Arbeitsmöglichkeiten für die Pressevertreter in diesen Ländern beträchtlich erweitert werden.

Der Außenminister der USA schlug vor, ein Abkommen der drei Mächte darüber abzuschließen, wie die Beobachtung des Wahlverlaufs in Italien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn durch die drei Mächte durchzuführen ist, ein Abkommen über die Gewährleistung des freien Zugangs für Pressevertreter der USA, der UdSSR und Großbritanniens zu diesen Ländern und über die Gewährung der Möglichkeiten für sie, sich frei zu bewegen und frei ihre Informationen zu übermitteln. Der englische Minister schloß sich diesem Vorschlag an. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR erklärte, er sehe keine Notwendigkeit für die Entsendung von Sonderbeobachtern nach Rumänien und Bulgarien. Was Griechenland betrifft, so ist der Standpunkt der sowjetischen Regierung in den vorgelegten Dokumenten entsprechend erläutert.

Sollten die Außenminister Großbritanniens und der USA schriftliche Vorschläge zu dieser Frage unterbreiten, so können diese auf der Sitzung der drei Minister erörtert werden.

5. Über Italien.

Der Außenminister der USA legte den Entwurf eines Beschlusses der drei Regierungschefs vor, worin diese den Eintritt Italiens in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen, den Eintritt Spaniens in die Organisation der Vereinten Nationen jedoch so lange nicht unterstützen, solange Spanien von dem bis jetzt im Lande herrschenden Regime kontrolliert wird. Der Außenminister Großbritanniens erklärte, daß er diesen Vorschlag unterstützt und daß er es, sollte eine Erklärung zu dieser Frage ausgearbeitet werden, für zweckmäßig hält, darin zu erwähnen, daß die drei Mächte auch die Aufnahme bestimmter neutraler Länder, beispielsweise Schwedens, der Schweiz und Portugals, in die Vereinten Nationen für zweckmäßig hielten.

Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR stellte die Frage, ob dieser Vorschlag auch auf andere Länder ausgedehnt werden kann, die sich aus feindlichen Ländern in gegen Deutschland mitkämpfende Länder verwandelt haben. Der Außenminister Großbritanniens erklärte, daß man diese Frage erörtern kann, er persönlich aber der Meinung ist, solche Länder könnten nach Unterzeichnung des Friedensvertrages mit ihnen in die Vereinten Nationen zugelassen werden. Zur Ausarbeitung dieser Frage wurde dann schließlich ein Ausschuß gebildet.

Im Zusammenhang damit wurde die Kommission, die sich mit Reparationsfragen befaßt, beauftragt, die Frage der Reparationen von Italien und Österreich zu untersuchen.

6. Über die Westgrenze Polens.

Den Außenministern der USA und Großbritanniens wurden die Vorschläge der sowjetischen Regierung über die Festlegung der Westgrenze Polens samt einer entsprechenden Karte überreicht. Es wurde beschlossen, diese Frage auf der Sitzung der drei Regierungschefs am 20. Juli auf die Tagesordnung zu setzen.

7. Über Treuhandgebiete.

Den Außenministern der USA und Großbritanniens wurden die Vorschläge der sowjetischen Regierung über Maßnahmen zur Errichtung einer territorialen Treuhandschaft überreicht. Es wurde beschlossen, diese Frage auf der Sitzung der drei Regierungschefs am 20. Juli auf die Tagesordnung zu setzen.

8. Über die Tagesordnung der Sitzung der drei Regierungschefs am 20. Juli.

Die Minister kamen überein, den Chefs der drei Regierungen folgende Tagesordnung zu empfehlen:

1. Über die Friedensregelung.

2. Memorandum des Präsidenten der USA vom 17. Juli über die Politik gegenüber Italien.

3. Die Lage in Österreich und insbesondere in Wien [Mitteilung des Premierministers Großbritanniens].

4. Über die Westgrenze Polens.

5. Über die Treuhandgebiete.)

Churchill: Gestatten Sie, Herr Präsident, eine kleine Frage, die das Verfahren unserer Arbeit betrifft und die ich zum Nutzen der Sache aufwerfe. Unsere Minister kommen täglich zusammen und bereiten ein umfangreiches Programm für unsere Abendsitzungen vor. Heute beispielsweise haben sie ihre Arbeit erst um zwei Uhr beendet. Uns bleibt dann nur wenig Zeit, um die von ihnen ausgearbeiteten Dokumente durchzusehen und zu prüfen. Wäre es nicht besser, unsere Abendsitzungen um fünf Uhr zu beginnen?

Truman: Ich habe keine Einwände.

Gehen wir zur Erörterung der Fragen auf der Tagesordnung über. Zur Erörterung steht die erste Frage.

Churchill: Ich hatte es so verstanden, daß die sowjetische Delegation eine Abänderung zum Entwurf über die Errichtung des Rates der Außenminister hat.

Truman: Die Abänderung wurde bekanntgegeben. Ich bin mit dieser Abänderung einverstanden.

Churchill: (liest den Wortlaut der Abänderung durch) Ich bin ebenfalls mit der Abänderung einverstanden.

Truman: Man muß festlegen, wann und an welchem Ort der Rat der Außenminister zusammentrifft. Ich bin bereit, die Entscheidung dieser Frage den Außenministern selbst zu überlassen.'

Churchill: Ich bin völlig einverstanden, daß diese Frage erörtert werden soll, aber ich bin der Meinung, daß London dieser Ort sein sollte. Hier muß das ständige Sekretariat seinen Sitz haben, während die Sitzungen im Bedarfsfalle auch anderwärts stattfinden können. Zur Erhärtung meiner Ansicht möchte ich daran erinnern, daß London die Hauptstadt ist, die vor allen anderen im Krieg unter dem feindlichen Feuer stand. Soweit mir bekannt, ist es die größte Stadt der Welt und eine der ältesten Städte der Welt. Außerdem liegt es auf halbem Wege zwischen den USA und Rußland.

Stalin: Das ist das Entscheidende. (Heiterkeit)

Churchill: Und außerdem ist London jetzt an der Reihe.

Stalin: Richtig.

Churchill: Ich möchte nur hinzufügen, daß ich sechsmal über den Ozean geflogen bin, um die Ehre zu haben, mich mit dem Präsidenten der USA zu beraten, und zweimal Moskau besucht habe. London jedoch wird überhaupt nicht als Ort, unserer Zusammenkünfte genutzt. In England empfindet man das sehr stark, und ich denke, daß auch Herr Attlee etwas darüber sagen könnte.

Attlee: Ich stimme den Ausführungen des Premierministers hier völlig zu und möchte hinzufügen, daß unsere Menschen das Recht haben, diese hervorragenden Persönlichkeiten bei uns zu sehen. Sie würden sich sehr darüber freuen. Sie haben sehr viel durchgemacht. Außerdem meine ich, daß auch die geographische Lage Londons eine wichtige Rolle spielt. Ich unterstütze den Wunsch des Premierministers.

Truman: Ich stimme dem Vorschlag des Premierministers ebenfalls zu und bin der Meinung, daß die geographische Lage eine große Rolle spielt.

Stalin: Gut, ich habe keine Einwände.

Truman: Ich möchte mir das Recht vorbehalten, die Regierungschefs zu einem Besuch in den USA einzuladen.

Churchill: Gestatten Sie mir, dem Präsidenten und dem Generalissimus meinen Dank für die liebenswürdige Annahme unserer Einladung auszusprechen.

Truman: Ich denke, daß sich unseren drei Außenministern zu gegebener Zeit die Außenminister Chinas und Frankreichs zugesellen werden. Ich denke auch, daß man die Außenminister beauftragen kann, die Frage des Einberufungstermins für den Rat zu lösen.

(*Stalin und Churchill stimmen den Vorschlägen Trumans zu.*)

Truman: Die zweite Frage - über die Politik gegenüber Italien. Unsere Vorschläge für die Politik gegenüber Italien wurden auf der ersten Sitzung überreicht. Mein Vorschlag läuft im wesentlichen auf folgendes hinaus:

Meines Erachtens wird die Lage Italiens wesentlich gebessert, wenn wir seine Verdienste als Teilnehmer am Krieg gegen Deutschland anerkennen. Ich schlage vor, daß die Kapitulationsbedingungen durch folgende Verpflichtungen der italienischen Regierung ersetzt werden: 1) Die italienische Regierung enthält sich bis zum Friedensvertrag jeglicher feindlicher Handlungen gegen eine der Vereinten Nationen; 2) die italienische Regierung wird keinerlei Land-, See- und Luftstreitkräfte oder Ausrüstungen unterhalten mit Ausnahme dessen, wozu sie von den Alliierten ermächtigt wurde, und wird alle Weisungen im Hinblick auf derartige Kräfte und Ausrüstungen befolgen.

Für die Dauer der Gültigkeit dieses Abkommens soll die Kontrolle über Italien nur soweit aufrechterhalten bleiben, als dies notwendig ist: a) zur Sicherstellung der alliierten militärischen Bedürfnisse, solange die alliierten Streitkräfte in Italien bleiben oder von dort aus operieren, und b) zur Sicherstellung einer gerechten Lösung territorialer Streitfälle.

Stalin: Es wäre gut, wenn die Minister die Frage der Politik gegenüber Italien erörtern würden. Ich habe keine prinzipiellen Einwände, aber vielleicht werden sich einige Abänderungen redaktionellen Charakters ergeben. Es wäre gut, dieses Papier den drei Ministern zur abschließenden Durchsicht zu übergeben und sie gleichzeitig zu bitten, neben der Frage Italiens die Frage Rumäniens, Bulgariens und Finnlands zu erörtern.

Für uns gibt es keinen Grund, die Frage Italiens aus den Fragen bezüglich der anderen Länder auszugliedern. Italien hat natürlich als erstes Land kapituliert und dann im Krieg gegen Deutschland Beistand geleistet. Es waren zwar keine starken Kräfte, insgesamt drei Divisionen, aber es war immerhin eine Unterstützung. Es beabsichtigt, sich dem Krieg gegen Japan anzuschließen. Das ist ebenfalls ein Plus. Aber das gleiche Plus haben auch andere Länder, wie Rumänien, Bulgarien und Ungarn, aufzuweisen. Sie, diese Länder, haben unverzüglich nach der Kapitulation ihre Truppen gegen Deutschland eingesetzt. Bulgarien hatte 8 bis 10 Divisionen gegen Deutschland eingesetzt, Rumänien etwa 9 Divisionen. Man sollte auch diesen Ländern Erleichterungen gewähren.

Was Finnland betrifft, so hat es keine nennenswerte Hilfe im Krieg geleistet, aber es verhält sich gut und erfüllt gewissenhaft die übernommenen Verpflichtungen. Man könnte auch seine Lage erleichtern.

Deshalb wäre es gut, gleichzeitig mit den Erleichterungen für Italien auch diesen Ländern Erleichterungen zu gewähren und alle diese Fragen gemeinsam zu behandeln. Wenn die Kollegen mit meinem Vorschlag einverstanden sind, so könnten die drei Minister beauftragt werden, diese Frage als eine einzige Frage zu behandeln.

Truman: Italien war das erste Land, das kapituliert hat, und seine Kapitulationsbedingungen waren etwas härter als die Kapitulationsbedingungen der anderen Länder. Aber ich bin damit einverstanden, daß die Lage der anderen Vasallenstaaten überprüft wird. Ich stimme in dieser Frage völlig mit Generalissimus Stalin überein.

Churchill: In der Italienfrage ist unsere Position nicht ganz identisch mit der Position meiner beiden Kollegen. Uns hat Italien im Juni 1940 überfallen. Wir hatten schwere Verluste im Mittelmeer sowie während der Verteidigung Ägyptens, die wir zu einer Zeit organisieren mußten, da uns selbst die Invasion drohte. Wir haben viele Kriegsschiffe und Schiffe der Handelsflotte im Mittelmeer verloren. Wir hatten schwere Verluste zu Lande, an der Küste Nordafrikas. Und die Zahl dieser Opfer hat sich erhöht, als Deutschland seine Truppen nach Afrika schickte. Ohne jede Unterstützung von irgendeiner Seite mußten wir den Feldzug in Abessinien durchführen, der damit endete, daß der Kaiser von Abessinien seinen Thron wiedererhielt. Sonderstaffeln der italienischen Luftstreitkräfte wurden zur Bombardierung Londons eingesetzt.

Man muß auch daran erinnern, daß Italien ohne jede Begründung Griechenland überfiel und kurz vor Kriegsausbruch ebenfalls ohne jede Begründung Albanien überfiel. Das alles erfolgte, als wir völlig allein auf uns gestellt waren.

Ich sage das alles deshalb, weil ich meine, daß man die Verluste nicht vergessen darf, die uns Italien zugefügt hat. Wir können das italienische Volk nicht freisprechen, ebensowenig, wie wir das deutsche Volk freisprechen, weil es unter das Joch Hitlers geraten war. Dessenungeachtet waren wir bemüht, den Gedanken einer Wiederherstellung Italiens als einer wichtigen Macht in Europa und im Mittelmeer zu unterstützen. Als ich vor einem Jahr dort war, unterbreitete ich Präsident Roosevelt eine Reihe von Vorschlägen, und die meisten Vorschläge wurden in die dann veröffentlichte Erklärung aufgenommen.

Ich möchte nicht, daß man annimmt, ich hätte Rachegefühle gegenüber Italien. Ich habe mich gegen Veröffentlichungen in verschiedenen Zeitungen gewandt, die behaupteten, wir wären gegen Italien eingestellt. Im Namen der Regierung Ihrer Majestät habe ich erklärt, daß wir mit reinem Herzen und mit dem Wunsch an diese Frage herangehen, die besten Ergebnisse zu erzielen. Ich möchte, daß alle diese Überlegungen Beachtung finden.

Ich möchte mich dem Präsidenten und dem Generalissimus im Prinzip anschließen, daß wir eine Geste gegenüber dem italienischen Volk tun, das im Kriege viel gelitten und sich für die Vertreibung der Deutschen von seinem Territorium eingesetzt hat. Deshalb hat die britische Delegation im Prinzip keine Einwände dagegen, daß mit Italien Frieden geschlossen wird. Diese Arbeit wird zweifellos einige Monate erfordern, um die Friedensbedingungen vorzubereiten.

Ich stelle desgleichen fest, daß die gegenwärtige italienische Regierung keine demokratische Grundlage besitzt, die sich aus freien und unabhängigen Wahlen herleitet. Sie besteht einfach aus Politikern, die sich als Führer verschiedener politischer Parteien bezeichnen. Ich fasse es so auf, daß die italienische Regierung beabsichtigt, noch vor dem Winter Wahlen durchzuführen. Deshalb halte ich es, obgleich ich damit einverstanden bin, daß der Rat der Außenminister die Arbeit zur Vorbereitung des Friedensvertrages aufnimmt, nicht für wünschenswert, daß er diese Arbeit beendet, bevor die italienische Regierung auf demokratischen Grundsätzen beruht.

Indessen muß ich sagen, daß ich mit dem Memorandum der USA über die Interimsbedingungen, denen zufolge die jetzt bestehenden Waffenstillstandsbedingungen durch einige Verpflichtungen der gegenwärtigen italienischen Regierung ersetzt werden sollen, nicht ganz einverstanden bin. Ich meine, daß keine italienische Regierung garantierte Verpflichtungen abgeben kann, wenn sie sich nicht auf das Volk stützt. Wenn die auf die Kapitulation gegründeten Rechte aufgehoben und durch Verpflichtungen der italienischen Regierung ersetzt werden - und bis zum Abschluß des Friedensvertrages vergeht noch eine beträchtliche Zeit -, so verlieren wir alle unsere Möglichkeiten mit Ausnahme der Gewaltanwendung, um Italien zur Erfüllung unserer Bedingungen zu veranlassen. Doch niemand von uns wünscht, zur Erreichung ähnlicher Ziele Gewalt anzuwenden.

Nimmt man Punkt 1 des amerikanischen Memorandums, so ist darin nichts über die Zukunft der italienischen Flotte, der italienischen Kolonien, über die Reparationen und andere sehr wichtige Fragen gesagt. So verlieren wir Rechte, die wir entsprechend dem Dokument über die Kapitulation besitzen.

Schließlich muß ich sagen, daß die Kapitulationsbedingungen nicht nur von Großbritannien, sondern auch von anderen Staaten des britischen Empires unterzeichnet wurden, sie wurden von den Dominions Australien, Neuseeland und anderen unterzeichnet, die während des Krieges Verluste erlitten haben. Man wird die Frage mit ihnen erörtern müssen. Außerdem war Griechenland Opfer des italienischen Überfalls. Ich möchte heute nicht weitergehen, als daß ich mich im Prinzip damit einverstanden erkläre, daß der Rat der Außenminister die Arbeit an der Vorbereitung der Friedensbedingungen aufnimmt.

Was die anderen Länder betrifft, von denen hier die Rede war, so muß ich sagen, daß Bulgarien nicht das Recht hat, irgend etwas von Großbritannien zu verlangen. Bulgarien hat uns einen schweren Schlag versetzt und alles getan, um uns auf dem Balkan zu schaden. Es ist natürlich nicht meine Sache, über die Undankbarkeit Bulgariens gegenüber Rußland zu sprechen. Die russische Armee hat Bulgarien seinerzeit vom türkischen Joch befreit, nach vielen Jahren grausamer Gwalt Herrschaft. In diesem Krieg hat Bulgarien fast nichts gelitten, es war Deutschlands Handlanger, und auf dessen Zeichen hin überfiel es Griechenland und Jugoslawien und fügte ihnen schweren Schaden zu. Aber es wird nichts über die Entwaffnung Bulgariens gesagt. Mir scheint, daß es genauso stark ist wie vorher, denn es besitzt 15 Divisionen. Es ist nichts über die Reparationen von Bulgarien gesagt. Ich muß gestehen, daß ich keine große Neigung zu einem baldigen Friedensschluß mit Bulgarien verspüre - jedenfalls weniger als zum Abschluß eines solchen Friedens mit Italien.

Ich bin meinen Kollegen dankbar, daß sie meine Überlegungen geduldig angehört haben. Abschließend muß ich sagen, daß ich in einigen Punkten mit der Meinung des Präsidenten und der Meinung des Generalissimus nicht übereinstimme.

Stalin: Mir scheint, daß die Italienfrage eine Frage der großen Politik ist. Die Aufgabe der „großen Drei“ besteht darin, von Deutschland als der Hauptkraft der Aggression dessen Vasallen loszureißen. Dazu gibt es zwei Methoden. Erstens die Methode der Gewalt. Diese Methode haben wir mit Erfolg angewandt, und die Truppen der Alliierten stehen in Deutschland sowie auf dem Territorium anderer Länder. Aber diese Methode allein genügt nicht, um die Komplizen von Deutschland loszureißen. Wenn wir uns auch in Zukunft nur auf die Methode der Gewaltanwendung gegen sie beschränken, dann besteht die Gefahr, daß wir den Boden für eine künftige Aggression Deutschlands vorbereiten. Daher ist es zweckmäßig, die Methode der Gewalt durch die Methode der Erleichterung der Lage dieser Länder zu ergänzen. Es ist meines Erachtens das einzige Mittel - wenn man die Frage perspektivisch anpackt -, daß man diese Länder um sich zusammenschließt und sie endgültig von Deutschland losreißt.

Das sind Erwägungen der großen Politik. Alle übrigen Erwägungen wie Rache, wie Kränkung scheiden aus.

Von diesem Standpunkt bewerte ich die Vorlage des Präsidenten der USA. Ich meine, daß diese Vorlage des Präsidenten einer solchen Politik, einer Politik des endgültigen Losreißen der Vasallen von Deutschland durch Erleichterung ihrer Lage, entspricht. Deshalb habe ich keine prinzipiellen Einwände gegen die Leitsätze, die in der Vorlage des Präsidenten aufgestellt werden. Es wird vielleicht einiger redaktioneller Verbesserungen bedürfen.

Jetzt die andere Seite der Frage. Ich meine die Ausführungen von Herrn Churchill. Natürlich hat Italien sich auch an Rußland schwer versündigt. Mit den italienischen Truppen sind wir nicht nur in der Ukraine, sondern auch am Don und an der Wolga zusammengestoßen, so weit sind sie in die Tiefe unseres Landes vorgedrungen. Aber ich meine, daß es falsch wäre, sich von Erinnerungen an Kränkungen oder Gefühlen der Rache leiten zu lassen und darauf seine Politik aufzubauen. Gefühle der Rache oder des Hasses oder das Gefühl, für erlittene Kränkungen entschädigt werden zu müssen, sind sehr schlechte Ratgeber in der Politik. In der Politik muß man sich meines Erachtens von der Einschätzung der Kräfte leiten lassen.

Die Frage muß so gestellt werden: Wollen wir Italien auf unserer Seite haben, um es von den Kräften zu isolieren, die irgendwann in Deutschland gegen uns aufstehen könnten? Ich meine, daß wir das wollen, und davon müssen wir ausgehen. Wir müssen die ehemaligen Komplizen von Deutschland losreißen.

Viele Schwierigkeiten und Entbehrungen haben uns solche Länder wie Rumänien verursacht, das nicht wenige Divisionen gegen die sowjetischen Truppen eingesetzt hat, und wie Ungarn, das in der letzten Kriegsperiode 20 Divisionen gegen die Sowjettruppen eingesetzt hatte. Einen schweren Schaden hat uns Finnland zugefügt. Ohne Hilfe Finnlands hätte Deutschland

die Blockade Leningrads natürlich nicht durchführen können. Finnland hat 24 Divisionen gegen uns eingesetzt.

Weniger Schwierigkeiten und Leid hat uns Bulgarien bereitet. Es half Deutschland beim Überfall und bei der Durchführung der Angriffsoperationen gegen Rußland, aber es ist nicht selbst in den Krieg gegen uns eingetreten und hat keine Truppen gegen die Sowjettruppen eingesetzt. Im Waffenstillstandsabkommen ist vorgesehen, daß Bulgarien seine Truppen für den Krieg gegen Deutschland zur Verfügung stellen muß. Dieses Abkommen haben die Vertreter der drei Mächte - USA, Großbritannien und UdSSR - unterzeichnet. Im Abkommen heißt es, daß die bulgarische Armee nach der Beendigung des Krieges mit Deutschland zu demobilisieren und auf den Friedensstand zu reduzieren ist. Das müssen wir tun, und das wird geschehen. Bulgarien kann sich der Erfüllung des Abkommens nicht widersetzen und wird es durchführen müssen.

Die Vasallen haben sich an den Alliierten und im besonderen an der Sowjetunion versündigt. Wenn wir damit beginnen, uns an ihnen zu rächen, weil sie uns großen Schaden zugefügt haben, so ist das eine mögliche Politik. Ich bin kein Anhänger dieser Politik. Nachdem diese Länder besiegt sind und Kontrollkommissionen der drei Mächte sich dort befinden, damit die Waffenstillstandsbedingungen erfüllt werden, ist es an der Zeit, zu einer anderen Politik überzugehen, zur Politik der Erleichterung ihrer Lage. Und ihre Lage erleichtern heißt, diese Länder von Deutschland loszureißen.

Nun ein konkreter Vorschlag. Soweit ich verstanden habe, schlug Präsident Truman nicht die sofortige Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Italien vor. Präsident Truman schlägt lediglich vor, den Weg zum Abschluß eines solchen Vertrages in nächster Zeit zu erleichtern, und bis dahin schlägt er vor, eine gewisse Interimssituation zwischen den von Italien angenommenen Kapitulationsbedingungen und dem künftigen Friedensvertrag herbeizuführen.

Ich denke, daß es kaum Einwände gegen einen solchen Vorschlag geben kann. Er ist absolut praktikabel und zeitgemäß. Was die anderen Vasallen betrifft, so meine ich, daß es möglich wäre, mit der Herstellung der diplomatischen Beziehungen zu ihnen zu beginnen. Man könnte einwenden, daß es dort keine frei gewählten Regierungen gibt. Aber eine solche Regierung besteht auch in Italien nicht. Doch mit Italien wurden die diplomatischen Beziehungen hergestellt. Es bestehen keine solche Regierungen in Frankreich und Belgien. Doch es gab keinerlei Bedenken in der Frage der diplomatischen Beziehungen mit diesen Ländern.

Churchill: Das waren Verbündete.

Stalin: Ich verstehe. Aber Demokratie ist überall Demokratie, ob bei Verbündeten oder bei Vasallen.

Truman: Soweit ich verstehe, ist die Lage so. Ich habe einen konkreten Vorschlag bezüglich Italien unterbreitet. Die Waffenstillstandsbedingungen sind von allen unseren drei Staaten unterzeichnet worden.

Eden: Wir haben nicht im Namen der Dominions unterzeichnet.

Truman: Bei den anderen Vasallen haben die Dominions ebenfalls nicht unterzeichnet. Aber kehren wir zur erörterten Frage zurück. Auf die Tagesordnung wurde die Frage über die Politik gegenüber Italien gesetzt. Die sowjetische Seite hat die Frage Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufgeworfen. Soweit ich verstanden habe, hat der Generalissimus vorgeschlagen, die Frage Italien und die der anderen Vasallenländer unseren Außenministern zur Behandlung zu übergeben.

Es handelt sich um die Ausarbeitung von Interimsbedingungen bis zum Abschluß des Friedensvertrages. Ich bin mit dem Generalissimus völlig einverstanden, daß diese Vorschläge nicht auf Gefühlen der Rache, des Hasses und der Kränkung beruhen dürfen, sondern auf dem Gefühl der Gerechtigkeit, um Möglichkeiten für die friedliche Existenz der gesamten Menschheit zu schaffen, und ich denke, daß wir das hier alles in allem erreichen können.

Ich muß hier einige Worte über die Reparationen von Italien sagen. Die Lage in Italien ist gegenwärtig derart, daß wir vor der Frage stehen, Italien eine Beihilfe in Höhe von 700 Millionen bis zu 1 Milliarde Dollar zu gewähren. Aber ich muß erklären, daß wir anderen Ländern nicht die gleiche Hilfe gewähren können, ohne etwas dafür zu erhalten. Ich meine, daß wir uns hier darum kümmern müssen, Bedingungen vorzubereiten, unter denen die Länder aus eigenen Mitteln leben können.

Ich meine, daß diese beiden Fragen den Außenministern zur Behandlung übergeben werden können, und sie werden die Grundlagen eines Abkommens zu finden verstehen, damit wir zu einer einhelligen Meinung gegenüber diesen Ländern kommen.

Churchill: Ich denke, wir alle sind einverstanden, daß die Frage Italien an die Außenminister übergeben werden soll. Ich habe lediglich Einwände gegen die Aufhebung wesentlicher Kapitulationsbedingungen, was uns nur wesentlicher Rechte berauben würde. Ich bin mit dem Präsidenten einverstanden, daß es notwendig ist, die Bedingungen zu erleichtern und gegenüber Italien eine entsprechende Geste zu machen. Ich habe keine Einwände, wenn hier die Erklärung abgegeben wird, daß für Italien ein Friedensvertrag vorbereitet wird.

Ich bin völlig einverstanden mit all dem, was der Generalissimus und der Präsident dazu gesagt haben, daß die Zukunft nicht im Geiste der Rache für erlittene Kränkungen entschieden werden darf. Ich habe mit großer Genugtuung diese Erklärung von den Führern der großen Völker gehört, die sie hier vertreten. Ich hege große Sympathie gegenüber Italien, und in diesem Geiste wird die Regierung Großbritanniens handeln. Ich habe in bezug auf England das Wort „Reparationen“ gebraucht, aber wir beanspruchen für uns natürlich keine Reparationen; wir hatten Griechenland im Auge.

Truman: Ich würde vorschlagen, daß die Frage Italien und die der anderen Länder den drei Außenministern überwiesen wird.

Churchill: Ich bin einverstanden, daß die vorbereitenden Arbeiten zur Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Italien dem Rat der Außenminister übergeben werden.

Stalin: Welchem Rat?

Churchill: Dem künftigen Rat der Außenminister. Ich hatte nur einen Vorbehalt bezüglich der Interimsmaßnahmen gemacht. Das kann auf den täglichen Sitzungen unserer Außenminister erörtert werden.

Stalin: Ich würde vorschlagen, daß die Außenminister auch die Frage der anderen Länder, die Komplizen Deutschlands waren, erörtern. Ich bitte Herrn Churchill, nichts dagegen einzuwenden. (*Allgemeine Heiterkeit*) Ich bitte, daß die drei Außenminister neben der Italienfrage auch die Frage der anderen Länder erörtern.

Churchill: Ich hatte nie Einwände. (*Heiterkeit.*)

Truman: Ich bin ebenfalls einverstanden.

Gehen wir zu nächsten Frage über. Die nächste Frage ist der Bericht des Premierministers über die Lage in Österreich und insbesondere in Wien.

Churchill: Ich bedauere es sehr, daß ich im Verlauf der heutigen Diskussion mehrere Male nicht die Meinung der sowjetischen Delegation teilen konnte. Aber ich bin der Ansicht, daß die Lage in Österreich und in Wien unbefriedigend ist. Es wurde die Einrichtung von Sektoren und Zonen in Österreich vereinbart. Diese Sache zieht sich schon lange hin.

Vor mehr als zwei Monaten bat ich darum, britischen Offizieren die Einreise nach Wien zu ermöglichen, um die Gebäude zu besichtigen, die wir brauchen werden, Flugplätze, Truppenunterkünfte. Alles das war vorher im Prinzip vereinbart. Unsere Offiziere waren in Wien, aber die Ergebnisse ihres Besuches konnten nicht zufriedenstellen, unsere Missionen mußten die Stadt verlassen und unverrichteter Dinge zurückkehren. Und jetzt wird uns nicht nur der Zugang nach Wien verwehrt, sondern auch der Einzug unserer Truppen in die Zone, auf die wir uns geeinigt haben.

Seit der Befreiung Österreichs durch die sowjetischen Truppen sind bereits drei bis vier Monate vergangen. Ich verstehe nicht, warum bei einer so einfachen Sache solche

Schwierigkeiten bestehen, und dies, nachdem über diese Angelegenheit ein Abkommen geschlossen wurde. Mir gehen unbefriedigende Berichte von Feldmarschall Alexander zu. Ich meine, daß wir in Anbetracht des unterzeichneten Abkommens eine solche Genehmigung erteilen sollten.

Gestern bat man mich zu klären, ob eine russische Delegation die in englischer Hand befindlichen Schiffe besichtigen könnte. Auf diese Frage habe ich geantwortet: Aber auf der Basis der Gegenseitigkeit. Wenn deutsche Schiffe, die in England liegen, von russischen Vertretern besichtigt werden können, so muß, wie mir scheint, der Zutritt in feindliche Städte, die unter russischer Besatzung stehen, gewährt werden. Wir haben unsere Truppen aus der russischen Besatzungszone im Norden Deutschlands abgezogen, die amerikanischen Truppen haben diese Zone ebenfalls geräumt; wir aber haben nicht das Recht, mit unseren Truppen in unsere Zone in Österreich einzuziehen.

Stalin: Es gibt ein Abkommen über die Zonen in Österreich, aber es gibt kein Abkommen über die Zonen in Wien. Verständlicherweise erforderte es einige Zeit, um zu einem Abkommen zu kommen. Dieses Abkommen ist jetzt erzielt worden, das war gestern. Man mußte sich über die Zuteilung der Flugplätze einigen. Das erfordert ebenfalls Zeit. Auch darüber wurde ein Abkommen erzielt. Die Antwort der Franzosen ist erst gestern eingetroffen. Jetzt wurde der Tag festgelegt, an dem Ihre Truppen in Wien einrücken und unsere Truppen abrücken sollen. Damit kann man heute oder morgen beginnen.

Herr Churchill ist sehr aufgebracht, aber mit der Angelegenheit hat es ein anderes Bewenden. Man kann nicht sagen: Man läßt uns nicht in unsere Zone. (*Heiterkeit*) So kann man nicht sagen. Uns hat man einen Monat lang nicht in unsere Zone in Deutschland gelassen. Wir haben uns nicht beschwert, wir wußten, wie kompliziert es ist, die Truppen abzuführen und alles für den Einmarsch der sowjetischen Truppen vorzubereiten. Die Sowjetregierung hat nicht die Absicht, das bestehende Abkommen zu verletzen. Wenn die Frage der Lage in Österreich und speziell in Wien nur darauf hinausläuft, dann ist sie bereits gelöst. Im Raum Berlin wurde bedeutend vernünftiger gehandelt, und dort wurde die Frage schneller erledigt.

Feldmarschall Alexander handelt weniger umsichtig, und das war ebenfalls einer der Faktoren, der die Angelegenheit verzögerte. Er verhält sich so, als würden ihm die russischen Truppen unterstehen. Das hat die Erledigung der Angelegenheit nur aufgehalten. Die englische und die amerikanische militärische Führung in der Zone in Deutschland haben sich nicht so verhalten. Gegenwärtig steht dem nichts mehr im Wege, daß jede Armee in ihre Zone einrückt, sei es in Wien oder in der Steiermark, und zwar deshalb, weil nunmehr ein Abkommen erzielt wurde.

Churchill: Ich bin sehr froh, daß die Angelegenheit schließlich beigelegt ist und uns der Zugang in unsere Zone gestattet wird. Was Feldmarschall Alexander betrifft, so gibt es meines Erachtens keinen Grund zur Klage.

Stalin: Über Eisenhower gab es keine Klagen, über Montgomery gab es keine Klagen, aber über Alexander wird geklagt.

Churchill: Wir bitten sehr darum, uns diese Klagen vorzulegen.

Stalin: Ich möchte nicht als Zeuge im Verfahren gegen Alexander gehört werden, ich habe kein Anklageplädoyer gehalten. (*Heiterkeit*)

Churchill: Ich fühle mich verpflichtet zu sagen, daß die Regierung Großbritanniens, da keine spezifischen Klagen gegen Alexander vorliegen, ihm weiterhin ihr volles Vertrauen schenkt. Wir werden alle von ihm unternommenen Schritte unterstützen.

Stalin: Ich persönlich habe keine Klagen, ich habe nur vorgetragen, was mir die Oberbefehlshaber mitgeteilt haben, und dies als eine der Ursachen für die Verzögerung bei der Lösung der Frage angeführt.

Churchill: An dieser Sache sind wir nicht allein interessiert. Auch die amerikanischen Kommandeure sind daran interessiert.

Truman: Ich denke, daß in dieser Frage völlige Übereinstimmung erzielt wurde.

Die nächste Frage - über die Westgrenze Polens. Meines Erachtens hat die sowjetische Delegation Vorstellungen zu dieser Frage.

Stalin: Wenn meine Kollegen zur Erörterung dieser Frage nicht vorbereitet sind, so könnten wir vielleicht zur nächsten Frage übergehen und diese Frage morgen erörtern?

Truman: Es ist besser, sie morgen zu erörtern. Diese Frage wird die erste auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung sein.

Die nächste Frage - über die territoriale Treuhandschaft.

Stalin: Vielleicht erörtern wir diese Frage auch morgen?

Truman: Ich bin einverstanden. Unsere Tagesordnung ist erschöpft. Morgen findet die Sitzung um fünf Uhr statt.

Fünfte Sitzung 21. Juli 1945

Truman: Über die heutige Sitzung der Außenminister wird Herr Byrnes berichten.

Byrnes: Die Außenminister haben die Frage erörtert, wann die Einberufung des Rates der Außenminister erfolgt, und kamen überein, daß der Rat bis spätestens 1. September konstituiert werden soll. Sie vereinbarten auch, daß an die Regierung Chinas und an die Provisorische Regierung Frankreichs Telegramme zu senden sind mit der Einladung zur Teilnahme an der Arbeit des Rates, bevor die Bildung des Rates der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird. Auf Bitte der britischen Delegation wurde die Redaktionskommission, die sich mit dieser Frage beschäftigt, beauftragt, einige geringfügige Abänderungen am Textentwurf vorzunehmen.

Die nächste Frage - wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands. Da der Bericht des Ausschusses über diese Frage eben erst vorgelegt wurde und unsere Delegationen nicht die Möglichkeit hatten, ihn gründlich zu studieren, kamen sie überein, die Erörterung dieser Frage bis auf morgen zu vertagen.

Die nächste war die polnische Frage - über die Liquidierung der Londoner Regierung und die Erfüllung der Erklärung von Jalta. Der Vorsitzende des Ausschusses, der sich mit dieser Frage befaßt, erstattete im Namen des Ausschusses Bericht. Angesichts dessen, daß der Ausschuß keine völlige Einigung erzielen konnte, wurden die Fragen, über die Meinungsverschiedenheiten bestanden, eingehend von den Außenministern erörtert. Die Minister einigten sich über einige dieser Punkte, aber die folgenden Punkte werden den Regierungschefs zur endgültigen Entscheidung übergeben.

Ich denke, daß Ihnen die zur Entscheidung vorgelegten Meinungsverschiedenheiten klarer werden, wenn Sie den Bericht des Ausschußvorsitzenden vor sich haben. Folgende Fragen werden Ihnen zur Entscheidung vorgelegt: a) der Punkt, der sich auf die Übergabe der Guthaben an die polnische Regierung und auf die Anerkennung der Verpflichtungen gegenüber den Regierungen Großbritanniens und der USA seitens der polnischen Regierung bezieht; b) der Punkt, der sich auf die Durchführung von Wahlen und auf die Pressefreiheit bezieht.

Über den ersten Punkt der Meinungsverschiedenheiten, die sich auf die Übergabe der Guthaben an die polnische Regierung und die Anerkennung der Verpflichtungen gegenüber der englischen und amerikanischen Regierung durch Polen bezogen, berichtete der Ausschußvorsitzende das Folgende: Die britische Regierung und die Regierung der USA haben bereits Maßnahmen getroffen, um die Übereignung polnischen Eigentums an Dritte zu verhindern, jenes Eigentums, das sich auf dem Territorium der USA und Großbritanniens befindet und unter der Kontrolle ihrer Regierungen steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag. Sie sind bereit, unverzüglich Maßnahmen zur Übergabe dieses Eigentums an die polnische nationale Regierung nach den gesetzlichen Vorschriften zu treffen. Und zu diesem Zweck sind sie bereit, mit den entsprechenden Vertretern der Provisorischen Polnischen Regierung die Art und Weise und die Termine der Übergabe dieses Eigentums zu erörtern.

Die Formulierung dieses Vorschlages wurde Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten. Die Position der USA-Regierung besteht darin, daß die Frage der Guthaben Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Regierung des polnischen Staates und der USA-Regierung sein soll. Gleichzeitig soll zwischen ihnen auch die Frage der Verpflichtungen der polnischen Regierung erörtert werden. Die Regierung der USA ist überzeugt, daß die Provisorische Polnische Regierung nicht an unserer Bereitschaft zweifelt, sämtliches Eigentum in ihre Verfügung zu übergeben, das ihr nach den bei uns bestehenden Gesetzen gehört.

Deshalb schlagen wir vor, den Punkt, der diese Frage betrifft, folgendermaßen zu formulieren: „Die britische Regierung und die Regierung der USA haben Maßnahmen zum Schutz der

Interessen der Provisorischen Polnischen Regierung als der anerkannten Regierung des polnischen Staates hinsichtlich des Eigentums getroffen, das dem polnischen Staat gehört, in ihren Gebieten liegt und unter ihrer Kontrolle steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag. Wir haben weiterhin Maßnahmen zur Verhinderung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen. Der Provisorischen Polnischen Regierung werden alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden zur Herstellung eines beliebigen Eigentumsrechts des polnischen Staates, das ihm ungesetzlich entzogen worden sein sollte.“

Werden wir diesen Punkt der Meinungsverschiedenheiten erörtern, oder kann der Bericht fortgesetzt werden?

Stalin: Hören wir zunächst den Bericht an und gehen dann zur Erörterung über.

Byrnes: Keine Meinungsverschiedenheiten gab es über den folgenden Punkt: „Die drei Mächte sind darum besorgt, der Provisorischen Polnischen Regierung in der Angelegenheit der Erleichterung der möglichst baldigen Rückkehr aller Polen im Ausland nach Polen behilflich zu sein, und zwar aller Polen im Ausland, die nach Polen zurückzukehren wünschen, einschließlich der Mitglieder der polnischen bewaffneten Streitkräfte und der polnischen Handelsmarine. Sie erwarten, daß den in die Heimat zurückkehrenden Polen die gleichen persönlichen und eigentumsmäßigen Rechte zugestanden werden wie allen übrigen polnischen Bürgern.“

Meinungsverschiedenheiten gibt es über den folgenden Punkt: „Die drei Mächte nehmen zur Kenntnis, daß die Provisorische Polnische Regierung in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krim-Konferenz der Abhaltung freier und unbehinderter Wahlen, die so bald wie möglich auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und der geheimen Abstimmung durchgeführt werden sollen, zugestimmt hat, wobei alle demokratischen und antinazistischen Parteien das Recht zur Teilnahme und zur Aufstellung von Kandidaten haben. Die drei Mächte geben der ersten Hoffnung Ausdruck, daß die Wahl so durchgeführt wird, daß aller Welt klar wird: Alle demokratischen und antinazistischen Kreise der polnischen Öffentlichkeit hatten die Möglichkeit, frei ihre Ansichten zu äußern und damit unbeschränkt teilzunehmen an der Wiederherstellung des politischen Lebens im Lande.

Des weiteren erwarten die drei Mächte, daß Vertreter der alliierten Presse die volle Freiheit genießen werden, der Welt über die Entwicklung der Ereignisse in Polen vor und während der Wahlen zu berichten.“

Die Meinungsverschiedenheiten bestehen darin, daß die sowjetische Delegation vorschlägt, die beiden letzten Sätze dieses Punktes zu streichen. Herr Eden hat sich damit einverstanden erklärt, unter der Bedingung, daß der Satz über den freien Zugang der Vertreter der alliierten Presse nach Polen bleibt.

Somit ist der erste Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten der Punkt über die Übergabe der Guthaben ohne Erwähnung der Verschuldung.

Truman: Mit Rücksicht auf unsere Gesetze ist es unmöglich, von den Guthaben zu sprechen und kein Wort über die Verschuldung zu sagen. Ich hatte mich auch gestern bereits dazu geäußert. Die Vereinigten Staaten haben nicht die Absicht, sich eine derartige Belastung aufzubürden. Wir können nicht die Verpflichtung übernehmen, der polnischen Regierung alle Guthaben zu übergeben, ohne die Verpflichtungen zu erörtern, die sie ihrerseits übernimmt.

Churchill: Wir sind einverstanden mit dem Vorschlag des Präsidenten, wonach der polnischen Regierung die Guthaben nur unter der Bedingung übergeben werden, daß gleichzeitig die Verpflichtungen erwähnt werden, die die polnische Regierung übernimmt.

Byrnes: Unsere Fassung, die in der Hoffnung auf einen Kompromiß vorgelegt wurde, spricht weder von Guthaben noch von Schulden. Wir sagen, daß die britische Regierung und die Regierung der USA bereits Maßnahmen getroffen haben zum Schutz der Interessen der polnischen Regierung hinsichtlich des Eigentums, das in ihren Gebieten liegt, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag. In dem Entwurf heißt es ebenfalls, daß beide Regierungen

bereits Maßnahmen zur Verhinderung einer Übereignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen haben. Weiterhin wird dort gesagt, daß der polnischen Regierung alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden zur Wiederherstellung eines beliebigen Eigentumsrechts, daß ungesetzlich entzogen worden sein sollte.

Churchill: Hier ist weder von Guthaben noch von Verpflichtungen die Rede.

Byrnes: Ich hatte bereits über die Momente gesprochen, die unser Entwurf enthält.

Churchill: Hier ist nichts gesagt über die Übertragung von Verpflichtungen gegenüber Großbritannien auf die Provisorische Polnische Regierung, und zwar die 120 Millionen Pfund Sterling, die wir der ehemaligen polnischen Regierung in London vorgeschossen haben. Mit anderen Worten, wir befinden uns in der gleichen Lage wie Sie.

Byrnes: Wenn die sowjetische Regierung ebenfalls über Eigentum verfügte, das der polnischen Regierung gehört, so könnte diese Frage auf diplomatischem Wege gelöst werden. Meines Erachtens besteht keine Notwendigkeit, öffentlich die Übergabe des der polnischen Regierung gehörenden Eigentums zu erwähnen, das der Regierung Polens nach der Anerkennung durch die Regierung der USA zu übergeben ist.

Churchill: Ich fasse es also so auf, daß wir jetzt den Gedanken von den Guthaben und den Verpflichtungen weglassen. Für uns ist diese Frage natürlich wichtiger als für die USA, auf Grund dessen, daß wir der ehemaligen polnischen Regierung in London große Vorschüsse gewährt haben.

Truman: Es gefällt mir nicht, wenn hier vorgeschlagen wird, eine öffentliche Erklärung über die Erfüllung dieser Verpflichtungen abzugeben.

Churchill: Ich bin mit ihnen einverstanden.

Stalin: Gedenkt die britische Regierung die Vorschüsse, die sie zur Erhaltung der polnischen Truppen gewährt hat, von Polen in vollem Umfang zurückzufordern?

Churchill: Nein. Das werden wir mit den Polen erörtern.

Stalin: Wir haben bestimmte Mittel für die Regierung Sikorski und auch für den Aufbau der Armee der provisorischen nationalen Regierung verwendet. Wir sind aber der Ansicht, daß das polnische Volk diese Schulden mit seinem Blute getilgt hat. Ich halte den Kompromißvorschlag der amerikanischen Regierung für akzeptabel mit Ausnahme der Stelle, wo es heißt, daß der Provisorischen Polnischen Regierung alle Möglichkeiten zur Anwendung der üblichen gesetzlichen Maßnahmen geboten werden. Ich schlage vor, statt dessen zu sagen: Der Provisorischen Polnischen Regierung werden entsprechend den gesetzlichen Forderungen alle Möglichkeiten geboten. Mit dieser Abänderung könnte man den Kompromißvorschlag der amerikanischen Delegation annehmen.

Churchill: Und wo ist da ein Unterschied?

Stalin: Der Unterschied besteht darin, daß die Verzögerung entfällt, die es bei den „üblichen gesetzlichen Maßnahmen“ gibt. Wenn man sagt, auf gesetzlicher Grundlage, wird es einfacher sein. Aber das ist letzten Endes eine Kleinigkeit, man kann den Vorschlag der amerikanischen Delegation auch in ihrer Formulierung akzeptieren.

Byrnes: Der nächste Punkt, über den es Meinungsverschiedenheiten gab, bezieht sich auf diese Formulierung: „Die drei Mächte nehmen zur Kenntnis, daß die Provisorische Polnische Regierung in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krim-Konferenz zugestimmt hat ...“ usw. Gegen diese Formulierung hatte Herr Eden Einwände.

Eden: Ich schlage eine Kompromißformel vor, gegen die seitens der sowjetischen Delegation Einwände erhoben wurden, und zwar: Von den Worten „die drei Mächte geben der ernsten Hoffnung Ausdruck“ bis zu den Worten „ihre Ansichten“ diese ganze Stelle zu streichen, aber den letzten Satz über die Zulassung von Vertretern der alliierten Presse zu belassen.

Stalin: Es ist gut, daß Herr Eden den Interessen und der Würde Polens entgegengekommen ist. Das ist zu begrüßen. Und wenn er noch einen weiteren Schritt in dieser Richtung tut, so werden wir meines Erachtens alle dem Vorschlag zustimmen können. (*Heiterkeit*) In den

vorangehenden Zeilen heißt es, daß die polnische Regierung die Krim-Erklärung zu erfüllen hat. Warum soll man diesen Gedanken noch einmal wiederholen?

Ausländische Korrespondenten werden nach Polen kommen und nicht zur polnischen Regierung, sie werden volle Freiheit genießen, es wird von ihrer Seite keine Klagen über die polnische Regierung geben. Wozu ist es nötig, das noch ein weiteres Mal zu wiederholen? Die Polen werden sich dadurch gekränkt fühlen, sie werden darin einen Argwohn sehen, als wollten sie keine Korrespondenten zulassen. Lassen wir doch diesen Punkt enden mit den Worten „Alle demokratischen und antinazistischen Parteien werden das Recht zur Teilnahme und zur Aufstellung von Kandidaten haben“, und das übrige streichen wir.

Churchill: Das ist kein Kompromiß. (*Heiterkeit*)

Stalin: Das ist ein Kompromiß hinsichtlich der polnischen Regierung. (*Heiterkeit*)

Churchill: Und ich hatte eher daran gedacht, diese Formulierung zu verstärken als sie abzuschwächen.

Stalin: Wozu soll man das tun?

Truman: Wir interessieren uns sehr für die Frage der Wahlen in Polen, weil es bei uns sechs Millionen Bürger polnischer Abstammung gibt. Wenn die Wahlen in Polen in voller Freiheit durchgeführt werden und unsere Korrespondenten völlig frei ihre Informationen über die Durchführung und die Ergebnisse der Wahlen mitteilen können, so wird dies für mich als Präsident sehr wichtig sein. Ich meine, daß die polnische Regierung, wenn sie von vornherein weiß, daß die drei Mächte seitens der polnischen Regierung die Durchführung freier Wahlen und freien Zugang für die Vertreter der Presse der alliierten Länder erwarten, die in den Beschlüssen der Krim-Konferenz enthaltenen Verpflichtungen äußerst sorgfältig erfüllen wird.

Stalin: Ich gedenke - sehen Sie, Herr Eden, ich bin zu einem Kompromiß bereit - folgenden Vorschlag einzubringen: nach den Worten „Aufstellung von Kandidaten“ ein Komma zu setzen und weiter zu sagen, „und die Vertreter der alliierten Presse werden volle Freiheit genießen, der Welt über den Verlauf und die Ergebnisse der Wahlen zu berichten“.

Truman: Das sagt mir zu.

Churchill: Eine Rolle spielen hier die Worte „nehmen zur Kenntnis“ zu Beginn des Absatzes. Ich bin ebenfalls einverstanden.

Byrnes: Die nächste Frage - über die Erfüllung des Abkommens von Jalta über das befreite Europa und die Vasallenländer. Die Delegation der USA hat zwei Dokumente zu dieser Frage vorgelegt, aber auf der Sitzung der Außenminister wurde beschlossen, die Erörterung zu vertagen, um die Dokumente studieren zu können. Die Außenminister kamen überein, diese Dokumente der Redaktionskommission zu übergeben. Es entstanden jedoch Meinungsverschiedenheiten darüber, ob sich die Kommission mit jedem Dokument einzeln befassen oder beide als ein Dokument werten soll. Die sowjetische Delegation sprach sich für ein einheitliches Dokument aus, die amerikanische Delegation hingegen für zwei selbständige Dokumente. Sie einigten sich, angesichts dessen, daß die Frage der Politik gegenüber Italien und den anderen Vasallen von den Regierungschefs an die Außenminister überwiesen wurde, die Regierungschefs zu bitten, auf der heutigen Sitzung die Frage zu entscheiden, welche Weisung der Redaktionskommission zu geben ist: ein einheitliches Dokument über alle diese Länder vorzubereiten oder zwei Dokumente, ausgehend von den amerikanischen Entwürfen.

Truman: Auf der ersten Sitzung hat die amerikanische Delegation zwei Dokumente vorgelegt: das erste über die Politik gegenüber Italien (diese Frage wurde gestern und vorgestern lange erörtert) und das zweite Dokument über die Außenpolitik gegenüber Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland. Wir denken, daß man diese beiden Fragen gesondert behandeln muß, da Italien das erste Land war, das kapitulierte und dann am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat. Außerdem bestehen zwischen der Regierung der USA und Italien diplomatische Beziehungen; die Regierung der USA unterhält keine solche Beziehungen mit den Regierungen der genannten Länder. Doch das bedeutet nicht, daß wir der Meinung sind,

die Frage Italien müßte früher als die Frage dieser Länder gelöst werden. Ich wiederhole, wir sind der Ansicht, daß es notwendig ist, diese beiden Fragen gesondert zu behandeln.

Stalin: Ich habe eine Abänderung zu den Vorschlägen der Amerikaner zur Frage der Politik gegenüber Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland. Im Prinzip habe ich keine Einwände gegen diese Vorschläge, aber zum zweiten Punkt möchte ich eine Ergänzung einbringen. Im zweiten Punkt heißt es: „Die drei Regierungen erklären“ das und das und das, und danach schlage ich vor, die Worte hinzuzusetzen: „Und im gegenwärtigen Augenblick erklären sie, daß sie die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit ihnen für möglich halten.“

Truman: Ich kann mich damit nicht einverstanden erklären.

Stalin: Dann wird man die Erörterung beider Entwürfe - sowohl über Italien als auch über diese Länder - vertagen müssen.

Truman: Wir sind nicht bereit, mit den Regierungen dieser Länder diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Außerdem befanden wir uns niemals im Kriegszustand mit Finnland. Doch, wie ich bereits gesagt habe, wenn die Regierungen dieser Länder auf der Grundlage freier Wahlen umgebildet wurden, sind wir bereit, mit ihnen diplomatische Beziehungen herzustellen.

Stalin: Ich kann ohne die von mir vorgeschlagene Ergänzung nicht zustimmen.

Churchill: Die Zeit geht dahin; wir sitzen hier bereits eine Woche, und wir stellen eine große Zahl von Fragen zurück.

Die Position der britischen Regierung ist in dieser Frage die gleiche wie die der USA.

Byrnes: Die folgende Frage - über die Tagesordnung der heutigen Sitzung der Regierungschefs. Wir sind übereingekommen, daß die Außenminister den Regierungschefs empfehlen werden, die beiden erwähnten Fragen auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen, die den Außenministern von den Regierungschefs vorher übergeben worden waren und zu denen die Außenminister weitere Weisungen erhalten möchten, sowie drei Fragen, die auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Regierungschefs unerledigt blieben. Es wird also die folgende Tagesordnung für die heutige Sitzung vorgeschlagen:

1. Die polnische Frage - die Liquidierung der Londoner Regierung und die Erfüllung des Abkommens von Jalta.
2. Die Frage, ob die Redaktionskommission bei der Ausarbeitung der Frage über die Politik gegenüber Italien und den anderen Vasallen eine gesonderte Empfehlung für Italien oder eine einheitliche Empfehlung für alle Länder, von denen hier die Rede ist, vorbereiten soll.
3. Die polnische Westgrenze. Die sowjetische Delegation hat gestern ein Dokument zu dieser Frage vorgelegt.
4. Treuhandschaft. Die sowjetische Delegation hat gestern auch zu dieser Frage ein Dokument vorgelegt.
5. Türkei. Man nimmt an, daß die britische Delegation den Wunsch hat, zu dieser Frage mündlich eine Stellungnahme vorzutragen.

Truman: Gestatten Sie mir, eine Erklärung zur Westgrenze Polens abzugeben. In dem Abkommen von Jalta wurde festgelegt, daß das Territorium Deutschlands von den Truppen der vier Mächte - Großbritannien, UdSSR, USA und Frankreich - besetzt wird, von denen jede ihre Besatzungszone erhält. Die Frage der Grenzen Polens wurde auf der Konferenz berührt, aber in dem Beschluß hieß es, daß diese Frage endgültig auf der Friedenskonferenz entschieden werden soll. Auf einer unserer ersten Sitzungen haben wir beschlossen, bei der Erörterung der künftigen Grenzen Deutschlands von den Grenzen Deutschlands im Dezember 1937 auszugehen.

Wir haben unsere Besatzungszonen und die Grenzen dieser Zonen festgelegt. Wir haben unsere Truppen in diese Zonen zurückgezogen, so wie es festgelegt war. Aber jetzt hat offensichtlich eine weitere Regierung eine Besatzungszone erhalten, und das geschah, ohne uns zu konsultieren. Wenn man der Meinung war, daß Polen zu den Mächten gehören soll, denen eine eigene Besatzungszone zugewiesen wird, hätte man sich darüber früher

verständigen müssen. Es ist für uns schwierig, einer solchen Lösung der Frage zuzustimmen, da es zu dieser Frage keinerlei Konsultationen mit uns gegeben hat. Ich bin Polen freundschaftlich gesonnen und werde den Vorschlägen der sowjetischen Regierung über die Westgrenze möglicherweise uneingeschränkt zustimmen, aber ich möchte das nicht jetzt tun, da es dafür einen anderen Ort geben wird, und zwar die Friedenskonferenz.

Stalin: In den Beschlüssen der Krim-Konferenz hieß es, nach der Ansicht der drei Regierungschefs soll die Ostgrenze Polens entlang der Curzonlinie verlaufen, womit also die Ostgrenze Polens auf der Konferenz festgelegt wurde. Was die Westgrenze betrifft, so hieß es in den Beschlüssen der Konferenz, daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß. Es hieß dort weiter: Sie, das heißt die drei Regierungen, sind der Ansicht, daß die Meinung der neuen polnischen Regierung der Nationalen Einheit über den Umfang dieses Gebietszuwachses zu gegebener Zeit einzuholen ist und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist.

Truman: Ich habe das auch so verstanden. Aber wir waren und sind nicht berechtigt, Polen eine Besatzungszone zuzuweisen.

Stalin: Die polnische Regierung der Nationalen Einheit hat bereits ihre Ansicht über die Westgrenze geäußert. Ihre Ansicht ist uns in allem bekannt.

Truman: Über diese Westgrenze hat es bislang keine offizielle Erklärung gegeben.

Stalin: Ich spreche von der Ansicht der polnischen Regierung. Sie ist uns allen bekannt. Wir können uns jetzt über die Westgrenze Polens einigen, und auf der Friedenskonferenz soll die Westgrenze endgültig sanktioniert werden.

Truman: Herr Byrnes hat die Erklärung der polnischen Regierung erst heute empfangen. Wir konnten uns damit noch nicht entsprechend vertraut machen.

Stalin: Unser Vorschlag läuft darauf hinaus, daß wir unsere Meinung zum Wunsch der polnischen Regierung, eine solche Westgrenze zu haben, äußern. Ob wir unsere Meinung heute oder morgen äußern, das ist völlig belanglos.

Was die Frage betrifft, daß wir den Polen eine Besatzungszone eingeräumt haben ohne Einverständnis der verbündeten Regierungen, so ist diese Frage nicht exakt gestellt. Die amerikanische Regierung und die britische Regierung haben uns in ihren Noten wiederholt vorgeschlagen, keine polnische Verwaltung in den Westgebieten zuzulassen, solange die Frage der Westgrenze Polens nicht endgültig entschieden ist. Das konnten wir nicht tun, da die deutsche Bevölkerung hinter den zurückweichenden deutschen Truppen nach dem Westen abzog. Die polnische Bevölkerung dagegen ging vorwärts, nach dem Westen, und unsere Armee brauchte in ihrem Hinterland, in dem Gebiet, das die Armee besetzte, eine örtliche Verwaltung. Unsere Armee kann nicht gleichzeitig eine Verwaltung im Hinterland aufbauen, kämpfen und das Territorium vom Feind säubern. Das ist sie nicht gewohnt. Deshalb haben wir die Polen hereingelassen.

In diesem Sinne antworteten wir damals unseren amerikanischen und englischen Freunden. Wir waren dazu um so mehr bereit, als wir wußten, daß Polen einen Gebietszuwachs westlich von seiner früheren Grenze erhält. Ich weiß nicht, was es unserer gemeinsamen Sache schaden kann, wenn die Polen ihre Verwaltung in dem Gebiet einrichten, das ohnehin bei Polen verbleiben soll. Ich bin am Ende.

Truman: Ich habe keine Einwände gegen die hier geäußerte Meinung über die künftige Grenze Polens. Aber wir haben uns geeinigt, daß sich alle Teile Deutschlands unter der Leitung der vier Mächte befinden sollen. Und es wird sehr schwer sein, zu einer gerechten Lösung der Reparationsfrage zu kommen, wenn wichtige Teile Deutschlands von einer Macht besetzt sind, die nicht zu den vier Mächten zählt.

Stalin: Haben Sie etwa Angst wegen der Reparationen? Wir können auf die Reparationen aus diesen Gebieten verzichten, bitte sehr.

Truman: Wir haben nicht die Absicht, sie zu bekommen.

Stalin: Was diese Westgebiete betrifft, so gibt es darüber keinen Beschluß, die Frage bleibt offen. Es wurde nur versprochen, die Grenzen Polens nach dem Westen und Norden auszudehnen.

Churchill: Ich hätte viel über den Verlauf der Westgrenze Polens zu sagen, aber, soweit ich verstanden habe, ist dazu jetzt noch nicht die Zeit.

Truman: Die Festlegung der künftigen Grenzen ist Sache der Friedenskonferenz.

Stalin: Es ist sehr schwer, die deutsche Verwaltung im westlichen Streifen wiederherzustellen - alle sind geflohen.

Truman: Sollte die sowjetische Regierung Hilfe bei der Wiederherstellung der deutschen Verwaltung in diesen Gebieten wünschen, so könnte diese Frage erörtert werden.

Stalin: Unsere Konzeption, die Konzeption der Russen bei der Einnahme von gegnerischem Territorium im Kriege, besteht in folgendem: Die Armee kämpft, sie geht vorwärts und sorgt sich nur darum, die Schlacht zu gewinnen. Doch damit die Armee vorrücken kann, braucht sie ein ruhiges Hinterland. Sie kann nicht mit dem Feind gleichzeitig an der Front und im Hinterland kämpfen. Die Armee kämpft gut, wenn das Hinterland ruhig ist, wenn das Hinterland mit ihr sympathisiert und sie unterstützt. Stellen Sie sich die Situation vor, daß die deutsche Bevölkerung entweder ihren zurückweichenden Truppen fluchtartig folgt oder unseren Truppen in den Rücken schießt. Und die polnische Bevölkerung folgt unseren Truppen auf dem Fuße. Bei einer solchen Lage ist es ganz natürlich, daß die Armee bestrebt ist, im Hinterland eine Verwaltung zu haben, die mit ihr sympathisiert und sie unterstützt. Das ist alles.

Truman: Das verstehe ich und teile Ihre Gefühle.

Stalin: Es gibt keinen anderen Ausweg. Das bedeutet natürlich nicht, daß ich selbst die Grenzen festlege. Wenn Sie die von der polnischen Regierung vorgeschlagene Linie nicht billigen, so bleibt die Frage offen. Das ist alles.

Churchill: Aber kann man die Frage ohne Entscheidung lassen?

Stalin: Irgendwann wird man sie entscheiden müssen.

Churchill: Es steht noch die Frage der Lieferungen. Die Frage der Lebensmittellieferungen ist eine sehr wichtige Frage, weil dies die wichtigsten Gebiete für die Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung sind.

Stalin: Aber wer wird dort arbeiten, Getreide produzieren? Außer den Polen ist niemand da zum Arbeiten.

Truman: Wir können eine Einigung erzielen. Ich denke, daß der Kern der Frage, die vor uns steht und uns bewegt, darin liegt, welche Verwaltung es in diesen Gebieten geben wird. Uns interessiert auch die Frage, ob diese Gebiete während der Besatzungszeit ein Teil Deutschlands oder Polens sein werden. Das Problem besteht in folgendem: Wir haben eine Besatzungszone, die Franzosen haben eine Besatzungszone, eine Besatzungszone hat auch England und die Sowjetunion. Ich möchte wissen, ob die Gebiete, von denen jetzt die Rede ist, zur sowjetischen Besatzungszone gehören. Ich denke, daß wir zu gegebener Zeit ein Abkommen über die künftigen Grenzen Polens erzielen können, aber jetzt interessiert mich die Frage dieser Gebiete für die Zeit der Besetzung.

Stalin: Auf dem Papier sind es zur Zeit noch deutsche Gebiete. In Wirklichkeit, de facto, sind es polnische Gebiete.

Truman: Was ist mit der örtlichen Bevölkerung geschehen? Sie zählt dort allem Anschein nach an die drei Millionen.

Stalin: Die Bevölkerung ist weggegangen.

Churchill: Wenn das so ist, so werden sie sich folglich in den Gebieten ernähren, in die sie gegangen sind, wenn diese Gebiete, die von Deutschen verlassen wurden, Deutschland nicht übergeben und Deutschland nicht zur Verfügung stehen werden. Ich sehe das so, daß nach dem Plan der polnischen Regierung, der, soweit ich verstanden habe, von der sowjetischen

Regierung unterstützt wird, ein Viertel der Nutzfläche Deutschlands von 1937 von diesem losgerissen wird.

Was die Bevölkerung betrifft, so stellt sich heraus, daß drei oder vier Millionen Polen aus dem Osten in die Westgebiete umgesiedelt werden. Die Vorkriegsbevölkerung Deutschlands betrug in diesen Gebieten nach russischen Angaben achtundeinviertel Millionen, das heißt, daß außer den ernststen Schwierigkeiten, die mit der Umsiedlung einer so großen Zahl von Menschen verbunden sind, eine unvergleichlich große Last den anderen Teilen Deutschlands aufgebürdet und das Lebensmittelproblem dennoch nicht gelöst wird.

Truman: Wenn Frankreich Lust bekommt, das Saargebiet und das Ruhrgebiet zu erhalten, und wenn wir Frankreich das Saargebiet und das Ruhrgebiet geben, was bleibt dann noch von Deutschland?

Stalin: Darüber gibt es keinen Beschluß. Aber bezüglich der Westgrenze Polens gibt es einen Beschluß - den Beschluß, daß Polen einen Gebietszuwachs im Norden und im Westen erhalten soll.

Churchill: Noch eine Bemerkung zur Erklärung von Generalissimus Stalin, daß alle Deutschen diese Gebiete verlassen hätten. Es gibt andere Meldungen, die besagen, daß dort immerhin 2 bis 2,5 Millionen Deutsche geblieben sind. Natürlich müßte man diese Zahl prüfen.

Stalin: Natürlich, man muß überprüfen. Wir haben die Frage der Grenze erörtert und sind jetzt bei der Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands angelangt. Wenn Sie diese Frage erörtern möchten, bitte, ich habe keine Einwände.

Churchill: Es ist richtig, daß die Grenze zur Verhandlung stand und wir jetzt zur Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands übergegangen sind. Aber ich habe dies nur erwähnt, weil die Grenzfrage uns große Schwierigkeiten bei der Lösung einiger anderer Fragen bereiten wird.

Stalin: Ich stimme zu, daß es gewisse Schwierigkeiten mit der Versorgung Deutschlands gibt, aber die Hauptschuldigen an diesen Schwierigkeiten sind die Deutschen selbst. Der Krieg hat dazu geführt, daß von den acht Millionen Deutschen fast niemand dort verblieben ist. Nehmen Sie Stettin; es hatte 500000 Einwohner, und als wir in Stettin einzogen, waren nur 8000 übriggeblieben.

In Ostpreußen haben sich die Deutschen so verhalten: Der größte Teil ist nach dem Westen abgezogen, in das Hinterland der eigenen Truppen, ein anderer Teil ist in das Gebiet Königsberg zu den Russen gegangen. Als wir die Zone erreichten, die als Gebietszuwachs für Polen bestimmt ist, war kein Deutscher mehr da, nur die Polen sind geblieben. So lagen die Dinge.

In der Zone zwischen Oder und Weichsel haben die Deutschen ihre Felder verlassen, die Felder werden von den Polen bestellt und abgeerntet. Die Polen werden kaum bereit sein, den Deutschen abzugeben, was sie bestellt haben. Das ist die Situation, wie sie sich in diesen Gebieten entwickelt hat.

Truman: Ich möchte noch einmal wiederholen: Meines Erachtens sind jenen Mächten Besatzungszonen einzuräumen, über die ein Beschluß vorliegt. Ich wende mich nicht dagegen, daß die Frage der Grenzen Polens behandelt wird, aber ich meine, daß wir diese Frage hier nicht entscheiden können.

Churchill: Wir haben zugestimmt, daß Polen auf Kosten Deutschlands für das Gebiet, das es östlich der Curzonlinie verloren hat, entschädigt wird. Jetzt verlangt Polen von uns weit mehr, als es im Osten abgibt. Ich bin nicht der Ansicht, daß dies zum Wohle Europas geschieht, von den Alliierten ganz zu schweigen. Wenn drei oder vier Millionen Polen östlich der Curzonlinie umgesiedelt werden, so könnten zwei oder drei Millionen Deutsche im Westen umgesiedelt werden, um für die Polen Platz zu schaffen. Aber die Umsiedlung von acht Millionen Menschen, das ist eine Sache, die ich nicht unterstützen kann. Die Entschädigung soll dem Verlust entsprechen. Anders wäre es auch für Polen selbst nicht gut. Wenn die

Deutschen, wie Generalissimus Stalin gesagt hat, die Gebiete östlich und westlich der Oder verlassen haben, so sollte man auf sie einwirken, wieder dorthin zurückzukehren.

Jedenfalls sind die Polen nicht berechtigt, eine katastrophale Lage in der Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung zu schaffen. Ich möchte diesen Gesichtspunkt noch einmal unterstreichen. Ich möchte, daß der Generalissimus unseren Schwierigkeiten ebensoviel Verständnis entgegenbringt wie, so hoffe ich, wir den seinen.

Wir wünschen nicht, daß eine zahlenmäßig gewaltige deutsche Bevölkerung ohne jede Nahrungsmittelquellen uns überlassen bleibt. Nehmen wir beispielsweise die gewaltige Bevölkerung im Ruhrgebiet, im Kohlenrevier. Diese Bevölkerung befindet sich in der englischen Besatzungszone. Wenn für sie nicht hinreichend Lebensmittel bereitgestellt werden, so entsteht in unserer eigenen Zone eine Lage wie in den deutschen Konzentrationslagern.

Stalin: Dennoch, Deutschland ist ohne Getreideimporte nicht ausgekommen und wird nicht auskommen.

Churchill: Ja, natürlich, es wird aber nicht die Möglichkeit haben, sich zu ernähren, wenn man ihm die Ostgebiete wegnimmt.

Stalin: Sollen sie von den Polen Getreide kaufen.

Churchill: Wir sind nicht der Ansicht, daß dieses Gebiet polnisches Gebiet ist.

Stalin: Dort leben Polen. Sie haben die Felder bestellt. Wir können nicht von den Polen fordern, daß sie die Felder bestellen und das Getreide an die Deutschen abgeben.

Churchill: Außerdem muß ich darauf hinweisen, daß die Bedingungen in den von den Polen besetzten Gebieten überhaupt sehr merkwürdig sind. Man teilt mir beispielsweise mit, daß die Polen schlesische Kohle an Schweden verkaufen. Sie tun dies zur gleichen Zeit, wo wir in England unter spürbarem Kohlenmangel leiden und überdies der kälteste und härteste Winter ohne Brennstoff bevorsteht. Wir gehen von dem allgemeinen Prinzip aus, daß die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung Deutschlands in den Grenzen von 1937 nach der Bevölkerungszahl erfolgen soll, unabhängig davon, in welcher Zone sich die Lebensmittel und die Kohle befinden.

Stalin: Aber wer wird diese Kohle fördern? Die Deutschen fördern nicht, die Polen fördern, sie arbeiten.

Churchill: Aber sie arbeiten in Schlesien.

Stalin: Aber dort sind alle Herren geflohen.

Churchill: Sie sind weggegangen, weil die Kampfhandlungen sie aufgeschreckt haben, aber da der Krieg beendet ist, könnten sie zurückkehren.

Stalin: Sie wollen nicht, und die Polen sehen das nicht gern.

Churchill: Ich war gestern tief berührt von dem Wort des Generalissimus, als er davon sprach, daß es nicht am Platze wäre, sich bei der Behandlung der Probleme der Gegenwart und der Zukunft von Gefühlen der Rache leiten zu lassen. Ich meine deshalb, daß meine heutigen Gedanken bei ihm Verständnis finden müßten, da es ungerecht wäre, eine so gewaltige Zahl Deutscher zu uns zu schicken, während die Polen allen Vorteil für sich hätten.

Stalin: Ich spreche von den Unternehmern, die aus dem Kohlenrevier geflohen sind. Wir selbst kaufen jetzt Kohle bei den Polen, weil es bei uns in einigen Gebieten, beispielsweise im Baltikum, an Kohle mangelt.

Truman: Offensichtlich ist es eine vollendete Tatsache, daß man Polen einen beträchtlichen Teil Deutschlands zur Besetzung übergeben hat. Was bleibt dann noch zur Reparationsentnahme? Selbst bei uns in den USA fehlt es an Kohle. Doch dessenungeachtet liefern wir in diesem Jahr 6,5 Millionen Tonnen Kohle nach Europa. Ich meine, daß dieser Teil Deutschlands und namentlich das Kohlenrevier sowohl im Hinblick auf die Reparationen als auch im Hinblick auf die Lebensmittelversorgung als bei Deutschland verblieben zu betrachten ist. Ich meine, daß die Polen nicht das Recht haben, sich diesen Teil Deutschlands zu nehmen. Wir erörtern jetzt die Frage der künftigen Grenzen Polens. Aber ich meine, daß

wir diese Frage nicht hier entscheiden können, sie muß auf der Friedenskonferenz entschieden werden.

Stalin: Wer wird dort Kohle fördern? Uns, den Russen, fehlen in den eigenen Betrieben Arbeitskräfte. Bei den Deutschen sind alle Arbeiter zur Armee gegangen - die Goebbelspropaganda hat ihr Ziel erreicht. Es bleibt die Möglichkeit, entweder die gesamte Produktion einzustellen oder die Angelegenheit den Polen zu übergeben. Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Was die Kohle betrifft, so muß ich sagen, daß die Polen in den alten Grenzen ein eigenes, sehr reiches Kohlenrevier besaßen. Diesem Kohlenrevier wurde das, Kohlenrevier Schlesien angeschlossen, das den Deutschen gehört hat. Dort arbeiten Polen. Wir können nicht die von den Polen geförderte Kohle nehmen.

Churchill: In den Gruben in Schlesien arbeiten, wenn ich recht verstehe, polnische Arbeiter. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß diese Gruben im Auftrag der Sowjetregierung in der sowjetischen Besatzungszone arbeiten, nicht aber der polnischen Regierung in einer Zone, die Polen nicht zur Besetzung übergeben wurde.

Stalin: Das würde insgesamt die Beziehungen zwischen zwei befreundeten Staaten stören. Darüber hinaus bitte ich Herrn Churchill zu bedenken, daß den Deutschen selbst Arbeitskräfte fehlen. Die meisten Betriebe, auf die wir während des Vormarsches stießen, wurden von ausländischen Arbeitern bedient, von Italienern, Bulgaren, Franzosen, Russen, Ukrainern und anderen. Das waren alles Arbeiter, die von den Deutschen zwangsweise aus ihrer Heimat weggetrieben wurden. Als die russischen Truppen in diese Gebiete kamen, werteten das die ausländischen Arbeiter als Befreiung und fuhren nach Hause. Wo sind die deutschen Arbeiter? Sie wurden zum größten Teil zur deutschen Armee eingezogen und während des Krieges entweder getötet oder gefangengenommen.

Es entstand eine Situation, wo die große deutsche Industrie mit einer geringen Zahl deutscher Arbeiter und zahlreichen ausländischen Arbeitern funktionierte. Als diese ausländischen Arbeiter befreit wurden, gingen sie weg, und die Betriebe standen ohne Arbeiter da. Jetzt ist die Lage so, daß man diese Betriebe entweder schließen oder der einheimischen Bevölkerung, das heißt den Polen, die Möglichkeit geben muß, dort zu arbeiten. Man kann die Polen jetzt nicht vertreiben. Die Lage hat sich spontan so entwickelt. Dafür kann man niemandem die Schuld geben.

Attlee: Ich möchte einige Worte zur gegenwärtigen Situation vom Standpunkt der Besatzungsmächte in Deutschland sagen. Wenn wir von der Frage der endgültigen Grenze zwischen Polen und Deutschland absehen, so sehen wir vor uns ein Land, in dem Chaos herrscht und das früher eine wirtschaftliche Einheit darstellte. Wir haben ein Land vor uns, das in der Lebensmittel- und zum Teil in der Kohlenversorgung von seinen Ostgebieten abhängig war, die teilweise von Polen bewohnt wurden. Meines Erachtens müssen die Hilfsquellen ganz Deutschlands von 1937 zum Unterhalt und zur Versorgung der gesamten deutschen Bevölkerung genutzt werden, und wenn ein Teil Deutschlands vorher abgetrennt wird, so schafft das große Schwierigkeiten für die Besatzungsmächte in der westlichen und südlichen Zone.

Wenn Arbeitskräfte für die Ostgebiete benötigt werden, so müssen sie unter der Bevölkerung im übrigen Deutschland gefunden werden, unter dem Teil der deutschen Bevölkerung, der demobilisiert oder aus der Arbeit in der Rüstungsindustrie freigesetzt ist. Und diese Arbeitskräfte müssen dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen bringen können, damit die Alliierten in den kommenden Monaten nicht in eine schwierige Lage geraten.

Stalin: Vielleicht nimmt Herr Attlee zur Kenntnis, daß Polen ebenfalls unter den Kriegsfolgen zu leiden hat und ebenfalls ein Verbündeter ist.

Attlee: Ja, aber es bekommt Vorteile.

Stalin: Gegenüber Deutschland. So soll es auch sein.

Attlee: Nein, gegenüber den anderen Alliierten.

Stalin: Das ist bei weitem nicht so.

Truman: Ich möchte offen sagen, was ich zu dieser Frage denke. Ich kann nicht zustimmen, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 der östliche Teil weggenommen wird, und zwar im Hinblick auf die Lösung der Frage der Reparationen sowie der Lebensmittel- und Kohlenversorgung der gesamten deutschen Bevölkerung.

Churchill: Wir haben diese Frage noch nicht abgeschlossen. Daneben haben wir natürlich auch angenehmere Fragen. (*Heiterkeit*)

Truman: Ich schlage vor, die Sitzung jetzt zu schließen; vielleicht denken wir über diese Frage nach. Damit bin ich einverstanden.

Stalin: Das kann man, ich bin damit auch einverstanden.

Truman: Morgen ist die Sitzung um fünf Uhr.

Sechste Sitzung 22. Juli 1945

(Truman eröffnet die Sitzung.)

Stalin: Ich möchte mitteilen, daß die sowjetischen Truppen heute mit dem Abzug ihrer Truppen in Österreich begonnen haben, wo sie sich in einigen Gebieten bis zu 100 km zurückziehen müssen. Der Abzug wird am 24. Juli abgeschlossen sein. In Wien sind die Vorausabteilungen der alliierten Truppen bereits eingezogen.

Churchill: Wir sind dem Generalissimus sehr dankbar, daß er die Erfüllung des Abkommens so schnell in Angriff genommen hat.

Truman: Auch die amerikanische Regierung spricht ihren Dank aus.

Stalin: Wozu der Dank, wir sind dazu verpflichtet.

(Die englische Delegation berichtet ferner, daß die Außenminister auf ihrer Vormittagssitzung folgende Fragen erörtert haben:

Erste Frage - die Erklärung von Jalta über das befreite Europa.

Die Minister haben sich mit dem Memorandum befaßt, das die USA-Delegation am 21. Juli vorgelegt hat. Dieses Memorandum betraf drei Fragen: erstens die Beobachtung der Wahlen in einigen europäischen Ländern; zweitens die Schaffung günstiger Bedingungen für die Vertreter der Weltpresse in den befreiten Ländern und ehemaligen Vasallenländern; drittens das Verfahren in der Arbeit der Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn.

Die britische Delegation hat sich mit dem Memorandum der USA einverstanden erklärt. Die sowjetische Delegation hat sich mit dem Vorschlag über die Beobachtung der Wahldurchführung nicht einverstanden erklärt.

Was die zweite und dritte Frage betrifft, hinsichtlich der Pressevertreter und des Arbeitsverfahrens für die Kontrollkommissionen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn, so wurde beschlossen, diese Vorschläge einem Ausschuß zur Erörterung zu überweisen, dem angehören: für die USA - Cannon und Russell, für die UdSSR - Sobolew, für Großbritannien - Hayter.

Die sowjetische Delegation hat beschlossen, ein Memorandum vorzulegen, das die in letzter Zeit eingetretenen Verbesserungen im Status der britischen und amerikanischen Vertreter in den Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn darlegt. Die sowjetische Delegation hat sich auch bereit erklärt, ein Memorandum über die Veränderungen vorzubereiten, die sie im Zusammenhang mit dem Arbeitsverfahren der Alliierten Kommission in Italien für erforderlich und notwendig hält.

Zweite Frage - wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands.

Es wurde ein Bericht des Wirtschaftsausschusses vorgelegt. Die Delegation der USA hat gebeten, die Erörterung der Reparationsfrage bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Die sowjetische Delegation hat vorgeschlagen, jene wirtschaftlichen Grundsätze zu behandeln, die im Ausschuß gebilligt wurden. Die Außenminister beschlossen daher, nur die gebilligten Grundsätze zu beraten und weder strittige Grundsätze noch die Reparationsfrage zu berühren. Es wurde beschlossen, daß die Reparationsfrage als erster Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung der Außenminister am 23. Juli gesetzt wird.

Die Punkte 11, 12, 14, 15 und 17 wurden angenommen unter der Bedingung, daß über die übrigen, noch strittigen Punkte eine Einigung erzielt wird.

Was die übrigen Punkte betrifft, so kam man zu Punkt 10 überein, den letzten Satz so zu ändern, daß er folgendermaßen lautet:

„Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan, empfohlen durch die interalliierte Reparationskommission und bestätigt durch die beteiligten Regierungen, entweder zu entfernen oder, falls sie nicht entfernt werden kann, zu vernichten.“

Die Punkte 13, 16 und 18 wurden auf eine spätere Erörterung vertagt.

Die Minister beschlossen, der heutigen Sitzung der Regierungschefs folgende Tagesordnung vorzuschlagen:

- 1. Westgrenze Polens - Wiederaufnahme der Diskussion.*
- 2. Treuhandschaft - die Frage wurde auf der gestrigen Sitzung der Regierungschefs vertagt.*
- 3. Türkei - die Frage wurde ebenfalls auf der gestrigen Sitzung vertagt.*
- 4. Teilweise Veränderung der Westgrenze der UdSSR - Vorschläge der sowjetischen Delegation.*
- 5. Iran - das Memorandum wurde von der Delegation des Vereinigten Königreiches am 21. Juli vorgelegt.*

Es wurde beschlossen, einige weitere Punkte auf die morgige Sitzung der Außenminister zu vertragen. Es sind dies folgende Fragen:

- 1. Zusammenarbeit bei der Lösung dringender europäischer Wirtschaftsprobleme - Vorschläge der USA-Delegation.*
- 2. Direktive der Regierungschefs hinsichtlich der Kontrolle über Deutschland gemäß den von ihnen vereinbarten Grundsätzen - Vorschlag der USA-Delegation.*
- 3. Tanger - Vorschlag der sowjetischen Delegation.*
- 4. Syrien und Libanon-Vorschläge der sowjetischen Delegation.)*

Truman: Sind Sie damit einverstanden, daß diese Punkte den Außenministern zur Beratung auf ihrer morgigen Sitzung übergeben werden?

Churchill: Ich weiß nicht, was es mit den Vorschlägen zu Syrien und Libanon auf sich hat. Diese Frage berührt uns mehr als jeden anderen Staat. Meine Kollegen berührt diese Frage nicht, denn dort sind lediglich britische Truppen beteiligt. Natürlich hatten wir Schwierigkeiten mit Frankreich wegen dieser Frage. Wir sind bereit, uns aus Syrien und Libanon zurückzuziehen, wir haben dort nichts verloren. Aber gegenwärtig geht das nicht, denn sobald die Engländer abziehen, wird man anfangen, die Franzosen umzubringen. Ich möchte wissen, woran speziell gedacht ist, bevor ich eine Entscheidung treffen kann. Vielleicht kann das hier geschehen?

Stalin: Bitte. Es geht um folgendes. Die Regierung Syriens hat sich an die Sowjetunion gewandt, wir sollten uns in diese Angelegenheit einschalten. Bekanntlich haben wir uns in einer Note zu dieser Frage an die französische, britische und amerikanische Regierung gewandt. Wir wünschten eine entsprechende Information dazu, weil auch wir daran interessiert sind. Natürlich kann man die Frage vorher auf der Sitzung der Außenminister behandeln.

Churchill: Ich bin dafür, daß die ersten drei Punkte den Außenministern zur Behandlung überwiesen werden, daß aber die Frage Syrien und Libanon hier erörtert wird.

Stalin: Bitte.

Truman: Ich schlage vor, die ersten drei Fragen den Außenministern zu übergeben und die Frage Syrien und Libanon hier durch die Regierungschefs zu behandeln, nachdem die auf der Tagesordnung stehenden Fragen erledigt sind.

Gehen wir zum ersten Punkt der Tagesordnung über - Westgrenze Polens. Der Standpunkt der amerikanischen Regierung zu dieser Frage wurde gestern dargelegt.

Churchill: Ich habe gehört, Herr Präsident, daß Sie sagten, Sie hätten Ihren Standpunkt bereits gestern dargelegt. Ich habe zu den bereits geäußerten Auffassungen ebenfalls nichts hinzuzufügen.

Truman: (zu Stalin) Haben Sie etwas hinzuzufügen?

Stalin: Haben Sie sich mit der Erklärung der polnischen Regierung bekannt gemacht?

Truman: Ja, ich habe sie gelesen.

Churchill: Dieses Schreiben von Bierut?

Stalin: Ja, das Schreiben von Bierut und Osóbka-Morawski.

Churchill: Ja, ich habe es durchgelesen.

Stalin: Beharren die Delegationen weiterhin auf ihrer vorherigen Meinung?

Truman: Das ist offensichtlich.

Stalin: Die Frage bleibt offen.

Truman: Können wir zur nächsten Frage übergehen?

Churchill: Was heißt das - bleibt offen? Das bedeutet, daß nichts dazu unternommen wird?

Truman: Wenn die Frage offen bleibt, können wir sie noch einmal erörtern.

Churchill: Es bleibt zu hoffen, daß diese Frage bis zu unserer Abreise ausreift.

Stalin: Vielleicht.

Churchill: Es wäre sehr schade, wenn wir auseinandergehen, ohne diese Frage entschieden zu haben, die unbedingt in den Parlamenten der ganzen Welt erörtert werden wird.

Stalin: Dann lassen Sie uns die Bitte der polnischen Regierung erfüllen.

Churchill: Dieser Vorschlag ist für die britische Regierung völlig unannehmbar. Ich habe gestern eine ganze Reihe von Gründen genannt, warum dieser Vorschlag unannehmbar ist. Es wird Polen nicht gut bekommen, ein so großes Territorium zu besitzen. Es wird zur Untergrabung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands führen und den Besatzungsmächten im Hinblick auf die Versorgung des westlichen Teils Deutschlands mit Lebensmitteln und Brennstoffen eine außerordentliche Last aufbürden. Wir haben überdies einige moralische Bedenken, ob eine Umsiedlung dieser Größenordnung erwünscht ist. Wir stimmen einer Umsiedlung im Prinzip zu, aber in der gleichen Größenordnung, in der Bevölkerung östlich der Curzonlinie umgesiedelt wird. Wenn es allerdings um die Umsiedlung von acht oder neun Millionen Menschen geht, so halten wir das für falsch. Die Meldungen zu dieser Frage sind sehr widersprechend. Nach unseren Angaben gibt es dort acht oder neun Millionen Menschen; nach sowjetischen Angaben sind diese Menschen alle von dort weggegangen. Uns scheint, solange diese Meldungen nicht überprüft sind, können wir von unseren Zahlen ausgehen; solange wir nicht die Möglichkeit haben zu überprüfen, was dort wirklich vorgeht. Ich könnte noch weitere Ursachen anführen, doch ich will die Konferenz nicht belasten.

Stalin: Ich möchte gegen die Gründe, die Herr Churchill angeführt hat, keine Einwände vorbringen, aber eine Reihe von Gründen halte ich doch für besonders wichtig.

Über Brennstoffe. Man sagt, Deutschland behält keine Brennstoffe. Aber es bleibt doch das Rheinland, dort gibt es Brennstoffe. Es wird Deutschland keine nennenswerten Schwierigkeiten bereiten, wenn es die schlesische Kohle verliert; die wichtigsten Brennstoffvorkommen Deutschlands liegen im Westen.

Die zweite Frage - die Umsiedlung der Bevölkerung. Es gibt in diesen Gebieten keine acht, keine sechs, keine drei und keine zwei Millionen Bevölkerung. Die Leute dort sind entweder zur Armee eingezogen worden und sind dann gefallen oder gefangengenommen worden, oder sie haben diese Gebiete verlassen. Es sind nur wenige Deutsche in diesem Gebiet geblieben. Aber das kann man überprüfen. Könnte man es nicht so einrichten, daß wir die Meinung der polnischen Vertreter über die Grenze Polens anhören?

Churchill: Ich kann diesen Vorschlag zur Zeit nicht unterstützen angesichts der Meinung, die der Präsident hier zur Einladung der Vertreter Jugoslawiens geäußert hat.

Stalin: Man soll die Vertreter Polens zum Rat der Außenminister in London einladen und sie dort anhören.

Truman: Ich habe keine Einwände dagegen.

Churchill: Aber Herr Präsident, der Rat der Außenminister wird doch erst im September zusammentreten.

Stalin: Und dann wird der Rat die Vertreter der polnischen Regierung nach London einladen.

Churchill: Um die Information zu überprüfen?

Stalin: Bis dahin werden alle drei Seiten Informationen eingeholt haben.

Churchill: Das bedeutet doch aber nur die Überweisung einer schwierigen Frage von dieser Konferenz an den Rat der Außenminister, dabei kann doch diese Konferenz die Frage entscheiden.

Stalin: Ich meine auch, daß sie es kann. Ausgehend von dem Beschluß der Krim-Konferenz, sind wir verpflichtet, die Meinung der polnischen Regierung zur Frage der Westgrenze Polens anzuhören.

Truman: Das ist richtig. Ich denke, daß man den sowjetischen Vorschlag, der Rat der Außenminister solle Vertreter der polnischen Regierung nach London einladen, annehmen soll. Das schließt aber natürlich keinesfalls die Möglichkeit aus, diese Frage auf der gegenwärtigen Konferenz zu erörtern.

Stalin: Ich schlage vor, die Vertreter der polnischen Regierung zum Rat der Außenminister im September nach London einzuladen und dort ihre Meinung anzuhören.

Churchill: Das ist eine andere Frage. Ich dachte, es geht um die Überprüfung der Angaben über die Zahl der Deutschen in diesen Gebieten.

Stalin: Es geht um die Westgrenze Polens.

Churchill: Aber wie kann man dort die Grenzfrage entscheiden, wo doch diese Frage auf der Friedenskonferenz entschieden werden soll?

Truman: Ich halte es für nützlich, die Polen im Rat der Außenminister in London anzuhören.

Stalin: Richtig.

Churchill: Ich bedaure, daß die Entscheidung einer so wichtigen und dringenden Frage einem Organ überlassen wird, das weniger Autorität besitzt als unsere Konferenz.

Stalin: Dann laßt uns die Polen hierher einladen, und wir hören sie hier an.

Churchill: Ich würde dies vorziehen, da die Frage drängt. Es ist aber nicht schwer vorauszusehen, was die Polen fordern werden. Sie werden natürlich mehr fordern als das, wozu wir zustimmen können.

Stalin: Wenn wir aber die Polen einladen, können sie uns nicht vorwerfen, daß wir die Frage entschieden haben, ohne sie anzuhören. Ich möchte, daß seitens der Polen kein solcher Vorwurf gegen uns erhoben werden kann.

Churchill: Ich erhebe keine Vorwürfe gegen sie.

Stalin: Nicht Sie, sondern die Polen werden sagen: Man hat die Grenzfrage entschieden, ohne uns zu hören.

Churchill: Ich habe jetzt verstanden.

Truman: Muß man die Frage so schnell entscheiden? Ich wiederhole, meines Erachtens muß die endgültige Entscheidung dieser Frage der Friedenskonferenz überlassen werden, wir selbst können diese Frage nicht entscheiden. Aber ich denke, daß die Erörterung dieser Frage hier sehr nützlich war, und sie schließt auch eine weitere Erörterung nicht aus. Ich bin mir nur nicht im klaren darüber, wie dringlich diese Frage ist.

Stalin: Wenn sie nicht dringlich ist, dann überweisen wir diese Frage an den Rat der Außenminister. Das kann nicht schaden.

Truman: Das schließt aber nicht die Möglichkeit aus, diese Frage auch hier noch weiter zu erörtern.

Churchill: Herr Präsident, bei allem Respekt möchte ich bemerken, daß diese Frage von bestimmter Dringlichkeit ist. Wird die Entscheidung in dieser Frage aufgeschoben, so wird die bestehende Lage fixiert. Die Polen werden mit der Nutzung dieser Gebiete beginnen, sie werden sich dort festsetzen, und wenn der Prozeß fort dauert, so wird es sehr schwer werden, dann irgendeinen anderen Beschluß zu fassen. Deshalb hoffe ich nach wie vor, daß wir hier zu irgendeinem Abkommen gelangen, damit wir wissen, in welchem Zustand sich die polnische Frage befindet.

Ich kann mir nicht vorstellen, wie diese Frage vom Rat der Außenminister in London gelöst werden kann, wenn wir hier nicht in der Lage waren, ein Abkommen zu erzielen. Wenn wir diese Frage nicht entscheiden, bleibt das Lebensmittel- und Brennstoffproblem offen, die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung der deutschen Bevölkerung wird uns, vor allem den Engländern, aufgebürdet, da deren Besatzungszone das geringste Lebensmittelaufkommen besitzt. Wenn der Rat der Außenminister nach Anhören der Polen zu keinem Abkommen

gelangen kann, so wird die Frage für unbestimmte Zeit aufgeschoben. Indessen wird der Winter hereinbrechen, und es wird immer noch kein Abkommen geben.

Ich möchte sehr gern entgegenkommen und einen Ausweg aus den praktischen Schwierigkeiten finden, von denen gestern Generalissimus Stalin sprach, aus den Schwierigkeiten, die sich im Ablauf der Ereignisse ergaben. Wir wären bereit, Ihnen einen Kompromißvorschlag zur Prüfung vorzulegen, der für die Zwischenzeit, vom gegenwärtigen Zeitpunkt bis zur Friedenskonferenz, gültig wäre. Ich schlage vor, eine provisorische Linie zu ziehen, wobei das Gebiet östlich dieser Linie von den Polen als Teil Polens bis zur endgültigen Regelung der Frage auf der Friedenskonferenz besetzt würde; westlich von dieser Linie könnten die Polen, sofern sie sich dort befinden, als Vertreter der Sowjetregierung in der Sowjetunion zugeteilten Zone fungieren.

Ich hatte nach der Konferenz von Teheran mehrere Gespräche mit dem Generalissimus, und es scheint mir, daß wir in allgemeinen Zügen zugestimmt haben, daß das neue Polen seine Grenzen nach dem Westen bis zur Oder verschieben soll. Aber diese Frage ist nicht so einfach. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generalissimus und mir bestehen darin: Die britische Regierung räumt zwar ein, daß Polen sein Territorium vergrößern soll, ist aber nicht bereit, so weit zu gehen wie die sowjetische Regierung. Wenn ich von der Linie an der Oder spreche, so meine ich die Linie, von der wir vor zwei Jahren in Teheran sprachen, wobei von einer genauen Grenzfestlegung nicht die Rede war. Jetzt sind wir bereit, der Konferenz den provisorischen Grenzverlauf Polens zur Prüfung zu unterbreiten. Wenn man die Frage bis September vertagt und den Rat der Außenminister veranlaßt, sie mit den Polen zu erörtern, so bedeutet das, daß die Frage nicht vor dem Winter entschieden wird. Ich würde es bedauern, wenn wir hier nicht im Prinzip zu einem Abkommen über diese Frage kämen. Ich meine, wenn diese Frage vertagt und dem Rat der Außenminister zur Erörterung unter Teilnahme der Polen überwiesen wird, so wird uns eine solche Lösung nichts nützen.

Unsere Position hinsichtlich dieser Gebiete und dieser Linie ist völlig klar. Ich möchte hier einen praktischen Ausweg aus der Situation finden. Doch wenn diese Frage dem Rat der Außenminister übergeben wird, so wird die Entscheidung darüber allzu sehr hinausgezogen. Ich sehe die Frage nicht als hoffnungslos an, im Sinne ihrer Entscheidung hier. Ich bin überzeugt, daß wir eine Kompromißlösung finden könnten. Wir könnten den Polen alles geben, was wir entscheiden, ihnen zu geben, und den übrigen Teil des Gebietes unter Verwaltung der sowjetischen Regierung belassen.

Meines Erachtens ist es sinnlos, diese Frage bis September ohne Entscheidung zu lassen. Wenn wir diese Frage nicht entscheiden, so wird das einen Mißerfolg unserer Konferenz bedeuten.

Ich wiederhole noch einmal: Wenn wir den Ausdruck „Oderlinie“ gebraucht haben, hatten wir nur annähernd diese Linie im Auge. Die von uns vorgeschlagene Linie sollte man sich auf der Karte ansehen. An einer Stelle überschreitet unsere Linie sogar die Oder.

Ich wende mich an die Konferenz mit der Bitte, ihre Versuche zum Erreichen einer Vereinbarung in dieser Frage fortzusetzen, wenn nicht heute, dann an einem anderen Tage, denn wenn sich die Außenminister im September treffen und, sagen wir, zwei Wochen mit den Polen diskutieren werden, wobei die Sowjetunion eine Ansicht vertreten wird, die USA und Großbritannien hingegen eine andere, kann sich die Frage erneut als unlösbar erweisen, oder wir erreichen die Lösung zu spät. Wie wird dann die Lage Berlins sein? Berlin erhält einen Teil seiner Kohle aus Schlesien.

Stalin: Berlin bekommt Kohle nicht aus Schlesien, sondern aus Torgau (Sachsen), so wie früher.

Churchill: Die Frage der Kohle für Berlin ist sehr wichtig, da diese Stadt von uns besetzt ist.

Stalin: Sollen sie welche aus dem Ruhrgebiet holen und aus Zwickau.

Churchill: Das ist die sogenannte Braunkohle?

Stalin: Nein, das ist gute Steinkohle. Die Braunkohle läßt sich gut zu Briketts verarbeiten, und die Deutschen haben gute Brikettfabriken. Sie haben allerhand Möglichkeiten.

Churchill: Ich sage nur, daß sie einen Teil der Kohle für Berlin aus Schlesien bekommen haben.

Stalin: Bevor die britischen Truppen das Gebiet von Zwickau besetzt hatten, holten die Deutschen die Kohle für Berlin von da. Nach dem Abzug der alliierten Truppen aus Sachsen nach dem Westen bekam Berlin Kohle aus Torgau.

Truman: Wenn Sie gestatten, möchte ich noch einmal die Haltung der USA zu dieser Frage darlegen.

Stalin: Bitte.

Truman: Ich möchte hier Stellen aus dem Beschluß der Krim-Konferenz zitieren.

„Nach Ansicht der Chefs der drei Regierungen soll die Ostgrenze Polens entlang der Curzonlinie verlaufen, wobei sie in einigen Gebieten 5 bis 8 km zugunsten Polens davon abweichen soll. Die drei Regierungschefs erkennen an, daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und im Westen erhalten muß. Sie sind der Ansicht, daß die Meinung der neuen polnischen Regierung der Nationalen Einheit über den Umfang dieses Gebietszuwachses zu gegebener Zeit einzuholen ist und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist.“^[2]

Dieses Abkommen wurde von Präsident Roosevelt, Generalissimus Stalin und Premierminister Churchill erzielt. Ich bin mit dieser Entscheidung einverstanden. Ich verstehe sehr gut die Schwierigkeiten, von denen Generalissimus Stalin gestern sprach. Ich verstehe auch gut die Schwierigkeiten hinsichtlich der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung, über die gestern Premierminister Churchill gesprochen hat. Aber ich meine, daß diese Schwierigkeiten nichts am Wesen der Sache ändern.

Stalin: Wenn Sie es nicht überdrüssig sind, diese Frage zu erörtern, bin ich bereit, noch einmal das Wort zu ergreifen. Ich gehe ebenfalls von diesem Beschluß der Krim-Konferenz aus, den der Präsident gerade zitiert hat. Aus dem genauen Sinn dieses Beschlusses geht hervor, daß wir, nachdem sich die Regierung der Nationalen Einheit in Polen gebildet hat, die Meinung der neuen polnischen Regierung zur Frage der Westgrenze Polens zur Kenntnis nehmen mußten. Die polnische Regierung hat ihre Meinung mitgeteilt. Jetzt haben wir zwei Möglichkeiten: entweder die Meinung der polnischen Regierung über die Westgrenze Polens zu bestätigen, oder wir müssen, wenn wir mit den polnischen Vorschlägen nicht einverstanden sind, die polnischen Vertreter anhören und erst danach die Frage entscheiden.

Ich halte es für zweckmäßig, die Frage auf unserer Konferenz zu entscheiden und, da keine Übereinstimmung mit der Meinung der polnischen Regierung besteht, ihre Vertreter hierher einzuladen und sie anzuhören. Aber es wurde hier die Meinung geäußert, es wäre unnötig, die Polen zu dieser Konferenz einzuladen. Wenn dem so ist, dann kann man die Frage dem Rat der Außenminister übergeben.

Ich möchte Herrn Churchill und den anderen, die bei der Krim-Konferenz zugegen waren, die Ansicht in Erinnerung rufen, die damals Präsident Roosevelt und Premierminister Churchill vertraten und der ich zustimmte. Herr Churchill sprach vom Verlauf der Westgrenze Polens entlang der Oder, von der Mündung immer entlang der Oder bis zur Mündung der Neiße in die Oder, und zwar östlich der Neiße. Ich trat für eine Linie westlich der Neiße ein. Nach dem Schema von Präsident Roosevelt und Herrn Churchill blieben Stettin und auch Breslau und das Gebiet westlich der Neiße bei Deutschland.

(Zeigt auf der Karte.)

Hier wird die Frage der Grenzen behandelt und kein provisorischer Grenzverlauf. Diese Frage läßt sich nicht umgehen. Wenn Sie mit den Polen einverstanden wären, könnte man einen Beschluß fassen, ohne Vertreter der polnischen Regierung hierher einzuladen. Aber da Sie die Meinung der polnischen Regierung nicht teilen und Abänderungen wünschen, wäre es gut,

wenn wir die Polen hierher einladen und ihre Meinung anhören. Das ist eine prinzipielle Frage.

Churchill: Ich möchte im Namen der britischen Regierung meine Einwände gegen die Einladung der Polen nach hier zurückziehen, damit wir versuchen, die Annahme irgendeines praktischen Beschlusses zu erreichen, der bis zur endgültigen Regelung der Frage auf der Friedenskonferenz gültig wäre.

Truman: Ich habe keine Einwände dagegen, daß die Vertreter der polnischen Regierung hierher eingeladen werden. Sie können hier mit unseren Außenministern sprechen.

Stalin: Richtig.

Churchill: Und dann könnten die Ergebnisse der mit ihnen geführten Verhandlungen den Regierungschefs vorgelegt werden.

Stalin: Richtig, richtig.

Churchill: Wer schickt ihnen die Einladung zu?

Stalin: Meines Erachtens der Vorsitzende.

Truman: Gut. Gehen wir zur nächsten Frage über. Ich denke, daß die sowjetische Delegation einen Vorschlag zur Treuhandschaft hat.

(Die sowjetische Delegation legt ihre Vorschläge zur Frage der Treuhandschaft dar und erklärt, daß das, was in ihren schriftlich vorgelegten Vorschlägen formuliert ist, sich aus den Beschlüssen der Konferenz von San Francisco ergibt. Sie legt weiter dar, daß, nachdem die Hauptfrage betreffs der Treuhandschaft durch die Charta der Organisation der Vereinten Nationen entschieden ist, vor der Konferenz der Regierungschefs konkret die Frage der Territorien steht. Die sowjetische Delegation äußert die Meinung, daß die Konferenz kaum in der Lage ist, diese Frage im Detail zu behandeln, sie könnte aber erstens die Frage der Kolonialbesitzungen Italiens in Afrika und an der Mittelmeerküste und zweitens die Frage der Territorien, die Mandatsgebiete des Völkerbundes sind, erörtern. Die sowjetische Delegation erläutert weiter, daß in ihren Vorschlägen zwei Varianten einer möglichen Lösung der Frage der ehemaligen italienischen Kolonien dargelegt sind. Sie schlägt vor, diese Frage an die Beratung der Außenminister zur Behandlung zu überweisen.)

Churchill: Natürlich ist der Meinungsaustausch über jede beliebige Frage möglich. Doch wenn es sich erweist, daß die Meinungen der Seiten auseinandergehen, bleibt als einziges Ergebnis die Tatsache, daß wir eine angenehme Erörterung hatten. Mit scheint, daß die Frage der Mandate in San Francisco entschieden wurde.

Truman: Gestatten Sie mir, den Artikel aus der Charta der Organisation der Vereinten Nationen vorzulesen, der die Frage der Treuhandschaft behandelt.

„1. Das Treuhandschaftssystem findet auf folgende Kategorien von Gebieten Anwendung, die durch Treuhandschaftsabkommen in dieses System einbezogen werden:

- a) Gebiete, die gegenwärtig unter Mandat stehen;
- b) Gebiete, die infolge des zweiten Weltkrieges von Feindstaaten abgetrennt werden;
- c) Gebiete, die von den für ihre Verwaltung verantwortlichen Staaten freiwillig dem System unterstellt werden.

2. Es wird Gegenstand einer späteren Übereinkunft sein, welche Gebiete der genannten Kategorien in das Treuhandschaftssystem einbezogen werden und unter welchen Bedingungen das geschieht.“

Ich denke, daß die sowjetischen Vorschläge sich auf den zweiten Punkt dieses Artikels beziehen. Ich bin einverstanden mit dem Vorschlag der sowjetischen Delegation, diese Frage den Außenministern zur Behandlung zu überweisen.

Churchill: Wir haben dem zugestimmt, was in San Francisco angenommen wurde, aber mehr nicht. Da die Frage der Treuhandschaft in den Händen einer internationalen Organisation liegt, bin ich im Zweifel, ob ein Meinungsaustausch zu dieser Frage hier wünschenswert ist.

Truman: Ich denke, daß es hier durchaus angebracht sein wird, diese Frage ebenso zu behandeln wie auch die Frage über Polen oder jede andere Frage.

Churchill: Die Frage über Polen wurde nicht von einer internationalen Organisation behandelt.

Wir haben unseren Standpunkt zur Frage der Treuhandschaft in Jalta vertraulich und in San Francisco offen dargelegt. Unsere Haltung ist klar und unabänderlich.

Truman: Die Position Großbritanniens wird voll und ganz durch den Artikel 2 der Charta der Organisation der Vereinten Nationen gesichert, und ich sehe keinen Grund, warum diese Frage hier nicht behandelt werden könnte.

Stalin: Aus der Presse ist beispielsweise bekannt, daß Herr Eden im englischen Parlament erklärt hat, Italien habe seine Kolonien ein für allemal verloren. Wer hat das entschieden? Wenn Italien sie verloren hat, wer hat sie gefunden? (*Heiterkeit*) Das ist eine sehr interessante Frage.

Churchill: Ich kann darauf antworten. Durch ständige Anstrengungen, unter großen Verlusten und durch glänzende Siege hat die britische Armee allein diese Kolonien erobert.

Stalin: Und die Rote Armee hat Berlin eingenommen. (*Heiterkeit*)

Churchill: Ich möchte meine Erklärung zu Ende führen, da der Herr Präsident die Worte in Zweifel zieht, „die britische Armee hat allein erobert“. Ich meine folgende italienische Kolonien: Italienisch-Somalia, Eritrea, Cyrenaica und Tripolis, die wir allein, unter sehr schwierigen Bedingungen erobert haben.

Wir sind aber nicht auf territoriale Erwerbungen aus. Wir wollen keine Vorteile aus diesem Krieg ziehen, obgleich wir auch große Verluste zu tragen hatten. Was natürlich die Menschenopfer betrifft, so sind sie nicht so groß wie die Opfer, die die Sowjetunion und ihre tapferen Truppen gebracht haben. Wir sind aber aus diesem Krieg als große Schuldner der USA hervorgegangen. Wir können niemals die gleiche Stärke zur See haben wie die USA. Während des Krieges haben wir nur ein Schlachtschiff gebaut, aber zehn verloren. Aber ungeachtet aller dieser Verluste haben wir keinerlei territoriale Ansprüche. Deshalb gehen wir ohne irgendwelche Hintergedanken an die Frage der Treuhandschaftsgebiete heran.

Jetzt zur Erklärung, die Eden im Parlament abgegeben hat, wo er sagte, daß Italien seine Kolonien verloren hat. Das bedeutet nicht, daß Italien nicht das Recht hat, diese Kolonien zu beanspruchen. Das schließt bei der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Italien eine Erörterung der Frage, ob Italien ein Teil seiner früheren Kolonien zurückzugeben ist, nicht aus. Ich unterstütze keinen solchen Vorschlag, aber wir haben keine Einwände gegen die Erörterung der Frage der Kolonien weder im Rat der Außenminister, wenn dieser sich mit der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Italien befassen wird, und natürlich auch nicht auf der Friedenskonferenz zur endgültigen Regelung.

Ich muß sagen, daß ich, als ich Tripolis und die Cyrenaica besuchte, die Arbeit gesehen habe, die die Italiener geleistet haben, um das Land zu kultivieren und zu bestellen; sie ist, ungeachtet der schwierigen Bedingungen, hervorragend. Ich möchte sagen, daß wir zwar nicht dafür sind, Italien seine afrikanischen Kolonien zurückzugeben, wir aber gleichzeitig die Möglichkeit der Erörterung dieser Frage nicht ausschließen. Gegenwärtig befinden sich alle diese Kolonien in unserer Hand. Wer will sie haben? Sollte es an diesem Tische Anwärter auf diese Kolonien geben, wäre es gut, wenn sie sich äußern.

Truman: Wir brauchen sie nicht. Wir haben selbst genug arme Italiener, die ernährt werden müssen.

Churchill: Wir haben die Frage geprüft, ob einige dieser Kolonien sich nicht zur Ansiedlung der Juden eignen. Aber wir sind der Meinung, daß es für die Juden nicht günstig wäre, sich dort anzusiedeln.

Natürlich haben wir starke Interessen im Mittelmeer, und jede Veränderung des Status quo in diesem Gebiet würde unsererseits eine lange und sorgfältige Prüfung erfordern.

Es ist uns nicht ganz klar, was unsere russischen Verbündeten wollen.

Stalin: Wir möchten wissen, ob Sie der Ansicht sind, daß Italien seine Kolonien für immer verloren hat. Wenn Sie der Ansicht sind, daß es diese Kolonien verloren hat, welchen Staaten

werden wir dann die Treuhandschaft übertragen? Wir möchten das wissen. Sollte es verfrüht sein, darüber zu sprechen, so können wir warten, aber irgendwann wird man sich dazu äußern müssen.

Churchill: Natürlich müssen wir die Frage entscheiden, ob man Italien dessen Kolonien abnimmt, wozu wir durchaus berechtigt sind.

Stalin: Diese Frage muß noch entschieden werden.

Churchill: Und wenn sie weggenommen werden, wozu wir durchaus berechtigt sind, so ist die Frage zu entscheiden, wem die Treuhandschaft übertragen wird. Die Frage, welche Kolonien Italien wegzunehmen sind, unterliegt der Entscheidung auf der Friedenskonferenz, und die Frage der weiteren Verwaltung dieser Gebiete unterliegt der Zuständigkeit einer internationalen Organisation.

Stalin: Kann man Herrn Churchill so verstehen, daß diese Konferenz hier nicht bevollmächtigt ist, diese Frage zu prüfen?

Churchill: Unsere Konferenz kann diese Frage nicht entscheiden, sie muß von der Friedenskonferenz entschieden werden. Wenn aber unsere „Troika“ zu einer Einigung kommt, so wird das natürlich eine große Bedeutung haben.

Stalin: Mein Vorschlag geht nicht dahin, diese Frage zu entscheiden, sondern sie zu prüfen. Ich meine, daß unsere Konferenz natürlich kompetent ist, die se Frage zu prüfen.

Churchill: Wir prüfen diese Frage jetzt. Ich habe keine Einwände, wenn der Generalissimus sagt, was er will, und ich bin einverstanden, unverzüglich diese Frage zu prüfen.

Stalin: Es geht hier nicht um den Generalissimus, sondern darum, daß die Frage nicht behandelt ist und daß sie behandelt werden muß.

Churchill: Welche Frage denn eigentlich?

Stalin: Die Frage, die von der sowjetischen Delegation eingebracht wurde.

Truman: Ich bin einverstanden mit dem Vorschlag der sowjetischen Delegation, diese Frage den Außenministern zur Behandlung zu überweisen.

Stalin: Das ist eine andere Sache.

Truman: Wir haben keine Einwände gegen diesen Vorschlag.

Churchill: Ich habe auch keine Einwände, mit Ausnahme dessen, daß wir alle Fragen unseren Ministern überweisen.

Truman: Das ist ganz natürlich.

Churchill: Mir scheint, daß es viele dringlichere Fragen gibt, die man entscheiden sollte, solange wir uns hier befinden. Wir haben entschieden, daß die Frage des Friedensvertrages mit Italien durch den Rat der Außenminister im September vorrangig behandelt wird, und dann steht automatisch die Frage, was mit diesen italienischen Kolonien zu geschehen hat. Ich bin dagegen, unsere Außenminister auch noch mit dieser Frage zu belasten. Aber es wird möglich sein, diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die Minister Zeit finden, sich mit dieser Frage zu befassen.

Stalin: Überweisen wir an die Minister.

Truman: Ich unterstütze diesen Vorschlag.

Churchill: Überweisen wir diese Frage an die Außenminister, aber unter der Bedingung, daß sie ihre Arbeit an vordringlicheren Fragen nicht verzögern.

Stalin: Nicht doch, ohne diese Vorbehalte. Mit solchen Vorbehalten überweist man eine Frage nicht. Entweder überweisen oder nicht überweisen.

Churchill: Wenn Sie darauf bestehen, so gebe ich nach.

Truman: Wir überweisen diese Frage den Außenministern zur Behandlung. [...]

(Die sowjetische Delegation übergibt dann den Delegationen der USA und Englands Vorschläge über das Gebiet Königsberg.)

Truman: Ich möchte vorschlagen, daß diese Frage den Außenministern zur Behandlung überwiesen wird.

Ich habe noch eine Frage. Wir haben uns bereits geeinigt, Vertreter der polnischen Regierung hierher einzuladen. Meines Erachtens werden die Journalisten erfahren wollen, zu welchem Zweck Vertreter der polnischen Regierung geladen werden, und mir scheint, daß es zweckmäßig wäre, ein Kommuniqué dazu herauszugeben.

Stalin: Vor Ankunft der Polen?

Truman: Ja, vor Ankunft.

Stalin: Meines Erachtens ist es möglich.

Churchill: Das widerspricht dem Prinzip, das wir bisher befolgt haben.

Stalin: Das macht nichts, man kann ein Kommuniqué herausgeben, man kann es auch sein lassen. Ich bin mit dem und mit jenem einverstanden.

Churchill: Soll man den Zweck ihrer Ankunft angeben?

Stalin: Mir scheint, daß es nicht nötig ist, den Zweck anzugeben.

Churchill: Ich bitte, den Zweck der Ankunft nicht anzugeben.

Truman: Angenommen, ohne Angabe des Zwecks.

Stalin: Gut.

(Dann macht die sowjetische Delegation eine Mitteilung über die Lage sowjetischer Kriegsgefangener in Italien. Sie teilt mit, daß es sich um das Lager Nr. 5 handelt, das im Gebiet der Stadt Cesenatico unter Kontrolle der britischen Behörden steht und in dem sich hauptsächlich Ukrainer befinden. Die sowjetische Delegation teilt mit, daß die britischen Behörden ursprünglich erklärt hätten, im Lager befänden sich 150 Mann, als jedoch der sowjetische Vertreter das Lager besichtigte, fand er 10000 Ukrainer vor, aus denen das englische Kommando eine ganze Division gebildet hatte. Es waren zwölf Regimenter aufgestellt, darunter ein Nachrichtenregiment und ein Pionierbataillon. Zu Offizieren hatte man vorwiegend ehemalige Petljura-Leute ernannt, die früher in der Hitlerwehrmacht Kommandoposten bekleidet hatten. Die sowjetische Delegation weist abschließend darauf hin, daß beim Besuch des sowjetischen Offiziers im Lager 625 Mann den Wunsch geäußert hatten, unverzüglich in die Sowjetunion zurückzukehren.)

Churchill: Wir begrüßen jede Beobachtung von Ihrer Seite. Ich werde telegraphisch einen Sonderbericht anfordern. Möglicherweise gab es dort zahlreiche Polen.

Stalin: Nein, es waren dort nur Ukrainer, sowjetische Staatsangehörige.

Churchill: Wann war das etwa?

Stalin: Wir haben heute das Telegramm erhalten, und ereignet hat sich das in den letzten Monaten.

Churchill: Ich habe bisher nichts davon gehört.

(Truman schließt die Sitzung und legt die folgende Sitzung für morgen um fünf Uhr fest.)

Siebente Sitzung 23. Juli 1945

(Truman eröffnet die Sitzung.

Die sowjetische Delegation berichtet über die Sitzung der Außenminister und teilt mit, daß auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der Minister folgende Fragen standen:

1. Reparationen aus Deutschland, Österreich und Italien.

Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR überreichte den Außenministern der USA und Großbritanniens einen Entwurf der sowjetischen Delegation über Reparationen aus Deutschland und über Vorauslieferungen aus Deutschland auf Reparationskonto.

Es wurde beschlossen, die Wirtschaftskommission mit der vorherigen Prüfung beider Entwürfe zu beauftragen und sie dann auf der nächsten Sitzung der drei Minister zu erörtern.

2. Wirtschaftliche Grundsätze bezüglich Deutschlands.

Es wurden die Punkte 13, 18 und der von der sowjetischen Delegation vorgeschlagene Punkt 19 erörtert. Die sowjetische Delegation erklärte, daß sie die von ihr zu Punkt 13 vorgeschlagene Abänderung zurückzieht und vorschlägt, den Punkt 18 zu streichen mit der Maßgabe, daß die dort aufgeworfenen Fragen von den alliierten Organen in Deutschland erörtert und danach vom Kontrollrat oder, wenn keine Vereinbarung im Kontrollrat erzielt wird, in Abstimmung zwischen den Regierungen zu entscheiden sind. Es wurde keine Übereinstimmung erzielt und beschlossen, die Frage betreffend Punkt 18 den drei Regierungschefs zur Entscheidung zu übergeben.

Zu dem von der sowjetischen Delegation vorgeschlagenen neuen Punkt 19 erklärte der Außenminister der USA, daß dieser Punkt für die USA unannehmbar ist. Die sowjetische Delegation schlug einen Alternativentwurf für Punkt 19 vor, demzufolge der vom Kontrollrat bestätigte Export aus Deutschland zur Deckung des Imports vor allen anderen Lieferungen Vorrang hat. In allen anderen Fällen haben die Reparationen Vorrang. Es wurde keine Einigung erzielt und beschlossen, diese Frage den drei Regierungschefs zur Entscheidung zu übergeben.

3. Über den Rat der Außenminister.

Der von der Redaktionskommission vorgelegte Entwurf wurde ohne Änderung bestätigt.

4. Über die Treuhandgebiete.

Es wurde der Entwurf der sowjetischen Delegation beraten. Der Außenminister Großbritanniens erklärte, daß in erster Linie die Frage entschieden werden muß, ob die italienischen Kolonien von Italien abgetrennt werden und welche namentlich. Diese Frage muß bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Italien entschieden werden. Die Frage, wem die Treuhandschaft über die gesamten ehemaligen italienischen Kolonien zu übertragen ist, die nach Beschluß von Italien abgetrennt werden, soll durch eine internationale Organisation, die Vereinten Nationen, entschieden werden. Der USA-Außenminister schlug vor, die Entscheidung über diese Frage bis zum Abschluß des Friedensvertrages mit Italien zu vertagen, wenn alle Gebietsfragen, die Italien betreffen, entschieden werden. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR schlug vor, das sowjetische Memorandum der ersten Sitzung des Rates der Außenminister in London, im September dieses Jahres, zur Behandlung vorzulegen. Der englische Minister erklärte, daß seiner Ansicht nach keine Notwendigkeit besteht, das sowjetische Memorandum dem Rat der Außenminister vorzulegen, da bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Italien die Frage der italienischen Kolonien automatisch stehen wird. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR bat, zur Kenntnis zu nehmen, daß die im sowjetischen Memorandum angeschnittenen Fragen durch die Sowjetregierung auf der Septembersitzung des Rates der Außenminister in London gestellt werden.

5. Über Direktiven an die alliierten Oberbefehlshaber in Deutschland.

Man kam überein, allen Oberbefehlshabern der alliierten Besatzungstruppen in Deutschland alle sie betreffenden Beschlüsse der Konferenz nach Abstimmung dieser Beschlüsse mit der Provisorischen Regierung der Französischen Republik zur Kenntnis zu bringen.

Es wurde beschlossen, zu diesem Zweck eine Kommission in folgender Zusammensetzung zu bilden: für die USA - Murphy und Riddleberger, für Großbritannien - Strang und Harrison, für die UdSSR - Gussew und Sobolew.

6. Über die Zusammenarbeit bei der Lösung vordringlicher europäischer Wirtschaftsprobleme.

Zur Vorberatung des von der Delegation der USA vorgelegten Memorandums wurde die Bildung einer Kommission in folgender Zusammensetzung beschlossen: für die USA - Clayton und Pauley, für Großbritannien - Brand und Coulson, für die UdSSR - Arutjunjan und Gerastschenko.

7. Über Tanger.

Es wurde der sowjetische Entwurf beraten.

Beschluß:

1. Den ersten Absatz des Entwurfs der sowjetischen Delegation anzunehmen, und zwar:

„Wir haben die Frage der Tanger-Zone behandelt und haben uns geeinigt, daß diese Zone, die die Stadt Tanger und das angrenzende Gebiet umfaßt, angesichts ihrer besonderen strategischen Bedeutung eine internationale Zone bleiben soll.“

2. Die gesamte Frage über Tanger in nächster Zeit auf der Beratung der Vertreter der vier Mächte - UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich - in Paris zu erörtern.

8. Bestätigung des Wortlauts der Adresse an die Regierungen Chinas und Frankreichs.

Es wurde beschlossen, die Adresse 48 Stunden vor der Veröffentlichung der Mitteilung über die Ergebnisse der Konferenz zuzustellen.

9. Über die Tagesordnung der Sitzung der drei Regierungschefs am 23. Juli. Man kam überein, den drei Regierungschefs folgende Tagesordnung zu empfehlen:

1. Über die Schwarzmeer-Meerengen und andere internationale Binnenwasserstraßen.

2. Über das Gebiet Königsberg.

3. Über Syrien und Libanon.

4. Über Iran.)

[...]

Truman: Gestatten Sie mir, meine Ansichten über die Schwarzmeer-Meerengen und die internationalen Binnenwasserstraßen überhaupt darzulegen.

Wir vertreten folgende Position in dieser Frage: Wir sind der Ansicht, daß die Konvention von Montreux revidiert werden muß. Wir meinen, daß die Schwarzmeer-Meerengen zu einem freien Wasserweg werden müßten, der für alle Welt offen ist, und daß das Recht der freien Durchfahrt durch die Meerengen für alle Schiffe von uns allen gemeinsam garantiert werden muß. Ich habe viel über diese Fragen nachgedacht. Woraus entspringen alle diese Kriege? In den letzten zweihundert Jahren brachen sie alle in einem Raum aus, der begrenzt wird vom Mittelmeer und der Ostsee, von der Ostgrenze Frankreichs und der Westgrenze Rußlands. Und das letzte Mal wurde der Weltfrieden vor allem durch Deutschland verletzt. Ich denke, daß unsere Konferenz verpflichtet ist, ebenso wie die künftige Friedenskonferenz, eine Wiederholung ähnlicher Erscheinungen nicht zuzulassen.

Stalin: Richtig.

Truman: Ich nehme an, daß wird diesem Ziel in hohem Maße dienen, wenn wir festlegen und garantieren, daß Wasserwege für alle Nationen frei sind.

Stalin: Welche beispielsweise?

Truman: Ich habe einen Vorschlag über die Freiheit der Verkehrswege, und ich meine, daß wir uns bemühen sollten, eine solche Lage herbeizuführen, bei der Rußland, England und allen übrigen Staaten der freie Zugang zu allen Weltmeeren gewährt wird. Das ist der Vorschlag.

(Übergibt den Entwurf eines Vorschlags).

Unser Entwurf sieht die Herstellung einer freien und uneingeschränkten Schifffahrt auf allen internationalen Binnenwasserstraßen vor. Die USA-Regierung ist der Ansicht, daß eine derartige freie und uneingeschränkte Schifffahrt auf solchen Binnenwasserstraßen hergestellt werden soll, die durch das Gebiet zweier oder mehrerer Staaten verlaufen, und daß sie durch internationale Organe geregelt werden soll, in denen alle interessierten Staaten vertreten sind. Wir meinen, daß solche Organe schnellstmöglich zu schaffen sind. In erster Linie ist es notwendig, provisorische Schifffahrtsorgane für die Donau und den Rhein zu bilden. Diese provisorischen Organe sollen die Funktion haben, die Navigationsmittel an den genannten Flüssen wieder instand zu setzen und weiterzuentwickeln, die Flußschifffahrt im Interesse einer Gewährleistung gleicher Möglichkeiten für Bürger verschiedener Nationalitäten zu beaufsichtigen und einheitliche Regeln für die Nutzung dieser Mittel sowie Navigationsregeln, Zoll- und sanitäre Formalitäten und andere ähnliche Fragen festzulegen. Mitglieder dieser Organe sollen die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, die Sowjetunion, Frankreich und die souveränen Anliegerstaaten sein, die von den Regierungen dieser Mächte anerkannt sind.

Ich meine, daß das gleiche Verfahren auch beim Kieler Kanal angewandt werden soll, und im gleichen Sinne ist die Konvention von Montreux zu revidieren. Auf diese Weise werden wir einen freien Verkehr in diesen Gebieten haben.

Ich bringe diese Vorschläge deshalb ein, weil ich nicht Lust habe, in den nächsten fünfundzwanzig Jahren an einem weiteren Krieg beteiligt zu sein, der wegen der Meerengen oder wegen der Donau ausgebrochen ist.

Es ist unser Wunsch, daß Europa frei und wirtschaftlich gesund ist, der Blüte der Sowjetunion, Englands, Frankreichs und aller übrigen Staaten dient und daß die Vereinigten Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils mit ihm Handel treiben können. Ich meine, daß unsere Vorschläge ein Schritt vorwärts in dieser Richtung sein können.

Churchill: Ich unterstütze entschieden den Vorschlag über die Revision der Konvention von Montreux, damit für die Handels- und Kriegsflotte Sowjetrußlands eine freie und ungehinderte Durchfahrt durch die Meerengen sowie in Friedens- als auch in Kriegszeiten gewährleistet wird. Ich bin voll und ganz einverstanden mit dem Präsidenten und seinem Vorschlag, daß die freie Passage dieser Meerengen durch uns alle gemeinsam garantiert werden soll. Die Garantie der Großmächte und interessierter Staaten wird zweifellos effektiv sein.

Was die anderen Wasserwege betrifft, die der Präsident erwähnte, so sind wir im Prinzip mit den allgemeinen Linien der Erklärung des Präsidenten einverstanden. Wir stimmen auch dem Vorschlag des Präsidenten zu, daß der Kieler Kanal frei und offen ist, garantiert durch alle Großmächte. Wir messen auch der freien Schifffahrt auf der Donau und dem Rhein große Bedeutung bei.

Truman: Zweifellos haben wir in der Frage der Revision der Konvention von Montreux die gleiche Meinung.

Churchill: Und auch über die Ziele, um derentwillen sie revidiert werden muß.

Stalin: Man muß die Vorschläge des Präsidenten lesen. Beim Hören allein erfaßt man nicht alles. Vielleicht gehen wir indessen zu anderen Fragen über?

Truman: Die nächste Frage der Tagesordnung ist die Frage der Übergabe des Gebiets von Königsberg in Ostpreußen an die Sowjetunion. Das sowjetische Dokument zu dieser Frage wurde gestern übergeben.

Stalin: Präsident Roosevelt und Herr Churchill haben dazu bereits auf der Teheraner Konferenz ihre Zustimmung gegeben, und die Frage wurde unter uns geklärt. Wir möchten, daß diese Vereinbarung auf der jetzigen Konferenz bestätigt wird.

Truman: Ich bin im Prinzip einverstanden. Ich bitte lediglich, mir die Möglichkeit zum Studium der Bedingungen zu geben, aber ich bin überzeugt, daß es von unserer Seite keine Einwände geben wird. Ich bin damit einverstanden, daß Rußland bestimmte Gebiete in diesem Raum bekommen soll.

Stalin: Gut.

Churchill: Der Generalissimus hat völlig zu Recht festgestellt, daß die Frage bereits in Teheran gestanden hat, und dann haben wir sie erneut im Oktober 1944 erörtert.

Stalin: In Moskau.

Churchill: Ja, das war in Moskau und das war im Zusammenhang mit der Aussprache über die Curzonlinie.

Stalin: Richtig.

Churchill: Am 15. Dezember 1944 äußerte ich mich dazu im Parlament. Ich erklärte, daß die britische Regierung dem sowjetischen Standpunkt wohlwollend gegenübersteht. Die einzige Frage, die entsteht, das ist die juristische Seite der Übergabe dieses Gebietes. Der hier vorliegende sowjetische Entwurf fordert gewissermaßen anzuerkennen, daß es kein Ostpreußen mehr gibt und daß das Gebiet von Königsberg nicht unter Kontrolle des Alliierten Kontrollrates in Deutschland steht.

Was die britische Regierung betrifft, so unterstützen wir den Wunsch der sowjetischen Regierung, diese Gebiete in den Bestand der Sowjetunion einzugliedern. Diese Erklärung gilt im Prinzip. Wir haben natürlich noch nicht die genaue Linie auf der Karte geprüft. Aber ich versichere der sowjetischen Regierung, daß wir nach wie vor die russische Position in diesem Teil der Welt unterstützen.

Stalin: Mehr schlagen wir auch nicht vor. Es genügt uns, wenn die amerikanische Regierung und die Regierung von Großbritannien diesen Vorschlag billigen.

Churchill: Einverstanden.

Truman: Einverstanden.

Churchill: Es wird einer kleinen Korrektur dieses Dokuments bedürfen. Wenn dies ein Teil der Mitteilung nach Abschluß der Konferenz sein wird, schlage ich eine etwas allgemeinere Formulierung dieses Dokuments vor.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Truman: Somit erklären wir uns im Prinzip mit dem Entwurf des Vorschlags der sowjetischen Delegation einverstanden.

Die nächste Frage auf der Tagesordnung ist die Frage Syrien und Libanon.

Churchill: Gegenwärtig liegt die ganze Last der Aufrechterhaltung von Ordnung und Frieden in Syrien und Libanon völlig auf unseren Schultern. Wir haben weder die Absicht noch den Wunsch, in diesen Ländern irgendwelche Vorrechte zu bekommen, außer denen, die auch andere Länder genießen. In der Zeit, als wir in Syrien und Libanon einzogen, um die Deutschen und die Vichy-Truppen von da hinauszuerwerfen, schlossen wir mit Frankreich ein Abkommen, demzufolge wir die Selbständigkeit Syriens und Libanons anerkennen sollten. Angesichts der langjährigen historischen Bindungen zwischen Frankreich und diesen Ländern erklärten wir, wir hätten nichts dagegen, wenn Frankreich dort eine privilegierte Stellung hätte, unter der Bedingung, daß darüber ein Abkommen mit den neuen selbständigen Regierungen dieser Länder geschlossen werden würde.

Wir teilten de Gaulle mit, daß wir, sobald Frankreich einen Vertrag mit Syrien und Libanon abschließt, der für diese Länder zufriedenstellend ist, unverzüglich unsere Truppen abziehen. Würden wir jetzt unsere Truppen abziehen, so würde man die französischen Bürger und die zahlenmäßig schwachen französischen Truppen, die dort stehen, niedermetzeln. Wir möchten nicht, daß dies geschieht, da dies große Unruhen unter den Arabern auslösen würde, was den Frieden und die Ruhe in Saudi-Arabien und Irak stören könnte. Der Ausbruch solcher Unruhen in diesem Teil der Welt würde Unruhen in Ägypten zur Folge haben. Es könnte keinen ungünstigeren Augenblick für derartige Unruhen unter den Arabern geben als jetzt,

denn dadurch käme es zu einer Bedrohung der Verbindungswege zum Suezkanal, und über diese Route gehen die Waffen und der Nachschub für den Krieg im Fernen Osten. Der Nachschubweg für die Kriegführung gegen Japan ist nicht nur für England, sondern auch für die USA von großer Bedeutung.

General de Gaulle verhielt sich sehr unvernünftig in diesen Gebieten; entgegen unserem Rat und unseren Bitten schickte er 500 Mann zu Schiff dorthin, und ihr Auftauchen war der Anlaß für Unruhen, die bis heute andauern. Das war dumm, denn was konnten diese 500 Mann ausrichten. Aber ihr Auftauchen war der Funke, der die Unruhen auslöste.

Diese antifranzösischen Unruhen bewirkten sofort Unruhen im Irak, wo die Regierung und das Volk Syrien Beistand leisten wollten. Die ganze arabische Welt brachte dieses Ereignis in Bewegung. Aber jetzt hat sich General de Gaulle bereit erklärt, die sogenannten Spezialtruppen der syrischen Regierung zu unterstellen.

Ich hoffe, daß, wenn schon nicht ein Abkommen, so doch eine Regelung dieser Frage mit den Franzosen zustande kommt, wodurch die Unabhängigkeit Syriens und Libanons garantiert und Frankreich eine gewisse Anerkennung seiner kulturellen und geschäftlichen Interessen gesichert wird.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einmal zu wiederholen, daß Großbritannien nicht den Wunsch hat, dort auch nur einen Tag länger als notwendig zu bleiben. Wir werden sehr froh sein, wenn wir uns von dieser undankbaren Arbeit befreit haben, die wir im Interesse der Alliierten übernommen haben.

Angesichts dessen, daß diese Frage nur Frankreich und uns betrifft, und natürlich auch Syrien und Libanon, sind wir nicht für den Vorschlag, eine Konferenz einzuberufen, an der außer Großbritannien und Frankreich die USA und die Sowjetunion teilnehmen und gemeinsame Beschlüsse fassen würden. Die gesamte Last hatten wir zu tragen, wir handelten ohne jede Unterstützung, wenn man von einer gewissen Unterstützung durch Frankreich absieht, aber wir handelten im Interesse aller. Deshalb möchten wir nicht, daß diese Frage auf einer besonderen Konferenz behandelt wird. Sollten die USA unseren Platz einnehmen wollen, so würden wir das natürlich sehr begrüßen.

Truman: Nein, danke. (*Heiterkeit*)

Als der Streit zwischen Frankreich und Syrien sowie Libanon entstand, gab es zwischen mir und dem Premierminister einen Briefwechsel. Als der Premierminister mir mitteilte, daß Großbritannien dort über genügend Truppen verfügt, um den Frieden in diesem Raum aufrechtzuerhalten, bat ich ihn, alles zu tun, was zur Erhaltung dieses Friedens notwendig ist, da wir ebenfalls an den Nachschubwegen zum Fernen Osten durch den Suezkanal interessiert sind. Vielleicht gibt es dabei eine geringfügige Differenz zwischen uns und dem Premierminister.

Wir meinen, daß keinem Staat Privilegien in diesen Gebieten eingeräumt werden sollten. Diese Gebiete sollen für alle Staaten gleichermaßen zugänglich sein. Wir sind auch der Meinung, daß Frankreich keinerlei Sondervorrechte gegenüber anderen Staaten haben sollte.

Stalin: Ich habe verstanden, daß die USA keinerlei Vorrechte Frankreichs in Syrien und Libanon anerkennen.

Truman: Ja.

Churchill: Unsere Haltung ist die, daß wir wünschten, Frankreich hätte dort Vorrechte, da wir es versprochen hatten, als unser Staat schwach war und wir gegen die Deutschen kämpfen mußten. Aber das betrifft nur uns, und wir haben natürlich keine Möglichkeiten und kein Recht, andere zu binden. Außerdem haben wir uns keinesfalls zu übermäßiger Aktivität verpflichtet, damit Frankreich dort seine Privilegien behalte. Wenn Frankreich solche Privilegien durchzusetzen vermag, werden wir nichts dagegen einwenden, wir werden seinen Erfolg mit Wohlwollen zur Kenntnis nehmen.

Stalin: Von wem können die Franzosen ihre Privilegien erhalten?

Churchill: Von den Republiken Syrien und Libanon.

Stalin: Nur von ihnen?

Churchill: Nur von ihnen. Die Franzosen besitzen dort eigene Schulen, archäologische Institute usw. Viele Franzosen leben dort schon sehr lange, und sie haben sogar ein Chanson „Wir fahren nach Syrien“. Sie sagen, ihre Rechte würden bis auf die Zeit der Kreuzzüge zurückgehen. Wir haben nicht vor, uns deshalb mit den Großmächten zu entzweien.

Truman: Wir wollen, daß in diesen Gebieten alle Staaten gleiche Rechte haben.

Churchill: Sie werden es verhindern, Herr Präsident, wenn Syrien den Franzosen Sonderrechte einräumt?

Truman: Ich werde mich natürlich nicht dagegen stellen, wenn die Syrer dies zu tun wünschen. Ich zweifle aber, daß sie den Wunsch dazu hätten. (*Heiterkeit*)

Stalin: Die russische Delegation dankt Herrn Churchill für die Information und zieht ihren Vorschlag zurück.

Churchill: Ich danke dem Generalissimus.

Truman: Ich danke ebenfalls.

Gehen wir zur nächsten Frage über. Das ist die Frage Iran. Herr Churchill hat einen Vorschlag zu dieser Frage.

Churchill: Wir haben den Delegationen ein Dokument zu dieser Frage überreicht und würden gern erfahren, welche Haltung die Großmächte einnehmen.

Truman: Was uns betrifft, so waren wir schon längst bereit, unsere Truppen aus dem Iran abzuziehen, aber wir haben dort eine große Menge Material der verschiedensten Art, das wir zur Kriegführung im Pazifik verwenden wollen.

Stalin: Die russische Delegation ist der Ansicht, daß man Teheran auf alle Fälle räumen könnte.

Churchill: Ich möchte auch zu den beiden anderen Punkten übergehen, damit man die Vorlage abschließen kann. Zur Nennung einer Frist im Vertrag. Im Vertrag heißt es, daß die Truppen spätestens sechs Monate nach Beendigung der Kampfhandlungen aus Iran abgezogen sein müssen. Bis jetzt sind erst zweieinhalb Monate seit Beendigung des Krieges vergangen. Aber wir haben den Iranern versprochen, daß die Truppen abgezogen werden, sobald der Krieg mit Deutschland beendet ist.

Ich schlage vor, die Truppen unverzüglich aus Teheran abzuziehen und die Frage des weiteren Truppenabzugs im September im Rat der Außenminister zu erörtern.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Truman: Wir werden den Abzug unserer Truppen aus Iran fortsetzen, weil dort Truppen sind, die wir im Pazifik benötigen.

Stalin: Das ist selbstverständlich Ihr gutes Recht. Wir unsererseits versichern, daß seitens unserer Truppen keinerlei Handlungen gegen Iran unternommen werden.

Truman: Ich habe nichts dagegen, diese Frage dem Rat der Außenminister in London zur Behandlung zu überweisen.

Churchill: Wir haben noch die Frage Wien betreffend. Ich möchte mich hier zu den Besatzungszonen äußern, die den britisch-amerikanischen Truppen in Wien eingeräumt wurden. Was die britische Zone betrifft, so stellt es sich heraus, daß in dieser Zone 500 000 Menschen leben, und da die Quellen der Lebensmittelversorgung Wiens östlich der Stadt liegen, sind wir nicht in der Lage, die Ernährung dieser halben Million Menschen zu übernehmen. Deshalb schlagen wir den Abschluß eines befristeten Abkommens vor, wonach die Russen diese Bevölkerung so lange mit Lebensmitteln versorgen, bis ein längerfristiges Abkommen ausgearbeitet ist. Feldmarschall Alexander wird eine Erklärung zur tatsächlichen Lage abgeben.

Alexander: Die Lage ist so, wie es der Premierminister soeben dargelegt hat. In unserer Zone gibt es eine halbe Million Einwohner. Ich habe in Italien keine Lebensmittel, die ich zur Verfügung stellen könnte. Es gibt unbedeutende Vorräte in Klagenfurt, aber diese Vorräte

würden für drei Wochen oder höchstens für einen Monat reichen. Deshalb müßten wir, wenn wir uns verpflichten, die Bevölkerung zu ernähren, Lebensmittel aus den USA heranschaffen.

Truman: In unserer Zone zählt die Bevölkerung 375000 Menschen. Unsere Schiffe sind jetzt in Anspruch genommen, Güter für die Kampfhandlungen in Japan zu befördern, Lebensmittel nach Europa und einiges Material in die UdSSR zu transportieren. Es fehlen uns Transportmittel, so daß es uns sogar schwer fallen würde, die Bevölkerung unserer Zone zu versorgen.

Stalin: Und wie steht es mit der französischen Zone?

Alexander: Das ist mir nicht bekannt.

Stalin: Gestatten Sie mir, daß ich mich mit Marschall Konew ins Benehmen setze. Ich denke, daß es möglich wäre, die Übergabe der Versorgung der Wiener Bevölkerung an unsere Alliierten um einen Monat aufzuschieben. Für welche Zeit müßte man diese Versorgung organisieren - bis zur neuen Ernte oder wie?

Churchill: Die Schwierigkeit besteht darin, daß diese 500000 Menschen in unserer Zone und die 375000 in der amerikanischen Zone immer Nahrungsmittel aus den östlichen Gebieten des Landes erhalten haben.

Stalin: Wir haben ein Abkommen mit der österreichischen Regierung, wonach wir bis zur Einbringung der neuen Ernte einige Lebensmittel gegen Waren abgeben. Ich denke, daß man das bis September verlängern könnte. Aber ich muß trotzdem mit Marschall Konew vorher darüber sprechen. Heute abend oder morgen früh kann ich das tun und teile ihnen dann die Antwort mit.

Churchill: Die Lage ist so, daß Feldmarschall Alexander mit seinen Truppen in der Steiermark eingezogen ist, aber es fällt ihm schwer, in Wien einzuziehen, solange die Frage der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung nicht gelöst ist.

Stalin: Ist die Lebensmittelversorgung in Wien schon so schlimm?

Churchill: Wir wissen es nicht, wir waren nicht dort.

Stalin: Die Lage der Bevölkerung dort ist nicht schlecht.

Alexander: Wenn Sie uns dabei helfen könnten, sind wir natürlich bereit, weiter vorzurücken und unser Teil Arbeit zu übernehmen.

Stalin: Ich kann das morgen sagen.

Churchill: Wir danken Ihnen.

Stalin: Es wäre gut, wenn die englischen und amerikanischen Behörden bereit wären, das Abkommen mit der Renner-Regierung auch auf ihre Zonen auszudehnen. Das wird keine Anerkennung der Regierung Renner oder eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen bedeuten, aber es versetzt die Regierung in die gleiche Lage, in der sich die Regierung Finnlands befindet. Ihre Kompetenz würde auch auf diese Zonen ausgedehnt, und das würde die Lösung der Frage erleichtern.

Truman: Wir sind bereit, diese Frage zu erörtern, sobald unsere Truppen in Wien eingezogen sind.

Churchill: Wir sind ebenfalls einverstanden.

Ich möchte nur eine Verfahrensfrage aufwerfen. Dem Herrn Präsidenten dürfte ebenso wie dem Generalissimus bekannt sein, daß Herr Attlee und ich daran interessiert sind, London einen Besuch abzustatten (*Heiterkeit*), am Donnerstag dieser Woche. Deshalb müssen wir am 25. Juli zusammen mit dem Außenminister hier abreisen. Aber wir werden zur Abendsitzung am 27. Juli zurückkehren, beziehungsweise nur einige von uns werden zurückkehren. (*Heiterkeit*) Könnte man deshalb die Mittwochsitzung nicht am Vormittag durchführen?

Stalin: Gut.

Truman: Gut.

Churchill: Ich schlage vor, daß die Außenminister sich wie gewohnt weiterhin treffen und lediglich Herr Eden während seiner Abwesenheit von Herrn Cadogan vertreten wird.

Stalin: Gut.

Truman: Einigen wir uns also darauf, die Sitzung am 25. Juli um 11 Uhr vormittags durchzuführen.

Die morgige Sitzung ist um 17 Uhr.

Achte Sitzung 24. Juli 1945

(Truman eröffnet die Sitzung.

Die amerikanische Delegation berichtet über die Sitzung der Außenminister der drei Mächte und teilt folgendes mit:

Auf der Sitzung der drei Minister wurde festgestellt, daß die Kommission, die sich mit Wirtschaftsfragen und Fragen der Reparationen beschäftigt, ihren Bericht noch nicht ausgearbeitet hat. Die sowjetische Delegation hat vorgeschlagen, daß dieser Kommission auch die Frage der Reparationen aus Italien und Österreich übergeben wird. Sie hat zwei kurze Dokumente über die Reparationen aus diesen beiden Ländern übergeben.

Es wurde beschlossen, die Behandlung der wirtschaftlichen Grundsätze bezüglich Deutschlands und die Reparationen aus Deutschland sowie die Frage der Reparationen aus Italien und Österreich zu vertagen. Den Außenministern wurde mitgeteilt, daß die Kommission für Wirtschaftsfragen heute abend zusammentritt, um ihre Arbeit abzuschließen.

Am 20. Juli übergab die Delegation der USA ein Dokument über die Erdölversorgung Europas. Es wurde beschlossen, diese Frage ebenfalls der Kommission für Wirtschaftsfragen zu übergeben. Da sich die Kommission jedoch mit dieser Frage nicht befaßt hat, erklärten sich die Minister damit einverstanden, die Erörterung dieser Frage zu vertagen.

Die nächste Frage, die von den Ministern erörtert wurde, war die Frage nach der Erfüllung der Erklärung von Jalta über das befreite Europa und die Vasallenstaaten. Es wurde festgestellt, daß die mit dieser Frage betraute Kommission ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen hat, so daß auch die Erörterung dieser Frage vertagt wurde.

Ferner wurde die Frage der Zulassung Italiens und der anderen Länder zur Organisation der Vereinten Nationen beraten. Die Delegation der USA schlug vor, angesichts der Tatsache, daß die Kommission, die sich mit dieser Frage befaßte, keine Einigung erzielt hat, diese Frage auf der Sitzung der Außenminister zu behandeln, und zwar auf der Grundlage des Dokuments, an dem die Kommission gearbeitet hat.

Die sowjetische Delegation erklärte, daß sie an dieser Diskussion nicht teilnehmen kann, da dieses Dokument die Zulassung Rumäniens, Bulgariens, Ungarns und Finnlands in die Organisation der Vereinten Nationen nicht erwähnt.

Die englische Delegation schlug vor, den letzten Satz im ersten Punkt des Dokuments zu streichen. Die USA-Delegation erklärte sich damit einverstanden. Die englische Delegation schlug eine neue Fassung von Punkt 2 dieses Dokuments vor, in der die Interessen der anderen verbündeten Länder, die eine Beziehung zum Friedensvertrag mit Deutschland haben, berücksichtigt werden. Die amerikanische Delegation erklärte sich einverstanden, den englischen Vorschlag in das korrigierte Dokument über die Frage der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen aufzunehmen.³

Die Delegation der USA schlug vor, einen zusätzlichen Punkt in das Dokument aufzunehmen. Dieser Punkt lautet: „Die drei Regierungen hoffen desgleichen, daß der Rat der Außenminister ohne unnötigen Verzug mit der Vorbereitung der Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland beginnt. Sie halten es desgleichen für wünschenswert, daß, nach Abschluß der Friedensverträge mit den verantwortlichen demokratischen Regierungen dieser Länder, diese bei der Bitte um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützt werden.“

Die sowjetische Delegation bestand darauf, daß Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland in der Frage des Eintritts in die Organisation der Vereinten Nationen keine schlechteren Bedingungen erhalten als Italien. Die amerikanische Delegation gab der Hoffnung Ausdruck, daß der von ihr vorgeschlagene Ergänzungspunkt die sowjetische Delegation zufriedenstellt.

Da die Minister keine völlige Übereinstimmung in dieser Frage erzielten, wurde beschlossen, sie den Regierungschefs zur Entscheidung zu übergeben. Diese Frage wurde in die heutige Tagesordnung der Sitzung der drei Regierungschefs aufgenommen.

Man kam überein, den Regierungschefs folgende Fragen zur Erörterung auf der heutigen Sitzung zu empfehlen:

1. Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Das den Außenministern heute vormittag vorgelegte Dokument kann als Diskussionsgrundlage für die drei Regierungschefs dienen.

2. Über die Schwarzmeer-Meerengen und die freie und uneingeschränkte Schifffahrt auf den internationalen Binnenwasserstraßen. Die Diskussion wurde auf der gestrigen Sitzung der Regierungschefs vertagt, um die Möglichkeit zu geben, den Vorschlag des Präsidenten zu studieren.

Die Minister stimmten überein, den Chefs der drei Regierungen die Aufnahme folgender Fragen in die Tagesordnung ihrer morgigen Vormittagssitzung zu empfehlen:

1. Über die deutsche Seekriegs- und Handelsflotte.

2. Über die Reparationen aus Deutschland.

Ferner teilte die amerikanische Delegation mit, daß in Potsdam die Delegation der Vertreter der Provisorischen Polnischen Regierung mit dem Präsidenten Bierut an der Spitze eingetroffen ist, auf Einladung des Präsidenten der USA, die entsprechend dem Beschluß der drei Regierungschefs am 22. Juli erging. Auf der Sitzung der Außenminister legte die polnische Delegation ihre Meinung über die Westgrenze Polens dar, die kurz gesagt auf folgendes hinausläuft:

Die polnische Delegation ist der Meinung, daß die Westgrenze Polens von der Ostsee über Swinemünde verlaufen soll, wobei Stettin in den Bestand Polens eingeht, weiter entlang der Oder bis zur westlichen Neiße und entlang der westlichen Neiße bis zur Grenze der Tschechoslowakai.

Bei der neuen territorialen Gestaltung Polens brauchen polnische Bevölkerungsteile nicht mehr in andere Länder auszuwandern, und die Arbeit jener Polen, die früher gezwungen waren, in andere Länder auszuwandern, kann voll genutzt werden.

Vom Standpunkt der Sicherheit ist von großer Bedeutung, daß die von der polnischen Delegation vorgeschlagene Grenze die kürzest mögliche Grenze zwischen Polen und Deutschland ist und von ersterem leichter zu verteidigen ist.

Die Deutschen haben versucht, die polnische Bevölkerung zu vernichten und die polnische Kultur zu zerstören. Vom historischen Standpunkt aus wäre es gerecht, einen starken polnischen Staat zu schaffen, der in der Lage wäre, sich gegen jede deutsche Aggression zu verteidigen.

Diese Gebiete gehörten zu den mächtigsten Basen der deutschen Rüstungsindustrie und waren eine Basis des deutschen Imperialismus. Bei Akzeptierung der vorgeschlagenen Lösung würde Deutschland das Aufmarschgebiet im Osten und die Basis der Rüstungsproduktion entzogen.

Polen würde ein Staat ohne nationale Minderheiten werden.

Vor dem Kriege hatte Polen einen Überschuß an ländlicher Bevölkerung, die in der Industrie keine Arbeit finden konnte, da die Industrie unentwickelt war. Der Erwerb dieser Gebiete wird es Polen gestatten, die Dorfbevölkerung zur Arbeit in den Städten heranzuziehen, und jene, die aus Polen emigriert sind, können in die Heimat zurückkehren und dort Arbeit bekommen.

Die polnischen Vertreter wiesen ferner darauf hin, daß das Oderbecken insgesamt Polen übergeben werden soll, da die Oder selbst nicht genügend Wasser führt und die Quellen ihrer Zuflüsse im Gebiet der westlichen Neiße liegen.

Die polnische Delegation erklärte abschließend, daß ihrer Ansicht nach zu dieser Frage möglichst schnell ein Beschluß gefaßt und ein Abkommen erzielt werden sollte, damit die

polnische Regierung die Möglichkeit erhält, möglichst schnell die Polen aus dem Ausland zu repatriieren, damit sie am Wiederaufbau Polens teilnehmen können.)

Truman: Die erste Frage auf der Tagesordnung ist die Frage über die Zulassung Italiens und der anderen Vasallenstaaten, einschließlich Finnlands, zur Organisation der Vereinten Nationen.

Byrnes: In dieser Frage besteht zwischen der britischen und der amerikanischen Delegation Einverständnis.

Eden: Wir sind mit Ihrem ursprünglichen Dokument völlig einverstanden, was aber die zweite Fassung betrifft, so gibt es bei uns einige Bedenken. Die neue Fassung schafft den Eindruck, als würden wir fordern, daß die italienische Regierung umgebildet wird, bevor wir den Abschluß des Friedensvertrages mit Italien in Angriff nehmen.

Byrnes: In der Hoffnung, eine Kompromißlösung in dieser Frage zu finden und auch um den Wünschen der sowjetischen Delegation dahingehend entgegenzukommen, daß die anderen Vasallen in der Frage der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen nicht schlechter gestellt werden als Italien, habe ich diese neue Fassung vorgeschlagen. Aber ich möchte die englische Delegation darauf hinweisen, daß die neue Fassung keine Bedenken im Hinblick auf die gegenwärtige italienische Regierung provoziert.

Diese Fassung sieht lediglich den Abschluß von Friedensverträgen mit den verantwortlichen demokratischen Regierungen vor. Das ist eine Sache der Zukunft. Allein die Tatsache, daß die Regierung der USA diplomatische Beziehungen mit der jetzigen italienischen Regierung hergestellt hat, zeigt doch hinreichend klar unsere Haltung zu dieser Regierung.

Eden: Wir haben das Gefühl, daß wir Ihren Standpunkt fast teilen, es handelt sich nur um die Formulierung.

Stalin: Wenn es darum geht, den Vasallenstaaten Erleichterung zu gewähren, so muß das in dem vorliegenden Beschluß gesagt werden. Die Lage Italiens wird erleichtert, wogegen schwer etwas einzuwenden ist. Aber die Erleichterung der Lage Italiens wird nicht begleitet von einer gleichzeitigen Erleichterung der Lage für die anderen Länder, die einst im Bund mit Deutschland waren.

Es entsteht der Eindruck, daß hier eine künstliche Trennung vorgenommen wird: einerseits Italien, dessen Lage man erleichtert, und andererseits Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland, deren Lage man nicht zu erleichtern beabsichtigt. Es besteht die Gefahr, daß unser Beschluß in Mißkredit gebracht wird:

Worin hat beispielsweise Italien eigentlich größere Verdienste im Vergleich zu den anderen Ländern? Sein einziges „Verdienst“ besteht darin, daß Italien als erstes Land kapitulierte. In allem übrigen hat sich Italien schlechter verhalten und größeren Schaden angerichtet als jeder andere Vasallenstaat.

Zweifelloso hat jeder der vier Staaten - Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Finnland - den Alliierten weniger Schaden zugefügt als Italien. Was die Regierung in Italien betrifft, ist sie etwa demokratischer als die Regierungen in Rumänien, Bulgarien oder Ungarn? Natürlich nicht. Ist die Regierung in Italien etwa verantwortlicher als die in Rumänien oder Bulgarien? Es gab weder in Italien noch in den anderen Staaten demokratische Wahlen. In dieser Hinsicht sind sie gleich. Deshalb begreife ich nicht dieses Wohlwollen für Italien und eine solche ablehnende Haltung gegenüber allen übrigen Staaten, die ehemals im Bund mit Deutschland waren.

Die Erleichterung begann damit, daß mit Italien die diplomatischen Beziehungen wiederaufgenommen wurden. Jetzt wird ein zweiter Schritt vorgeschlagen, die Eingliederung Italiens in die Organisation der Vereinten Nationen. Gut, laßt uns diesen zweiten Schritt gegenüber Italien tun, aber auch im Hinblick auf die anderen erwähnten Länder schlage ich in diesem Falle vor, den ersten Schritt zu tun, der gegenüber Italien vor einigen Monaten getan wurde, das heißt, die diplomatischen Beziehungen mit ihnen wiederherzustellen. Es wird

gerecht sein, und eine gewisse Abstufung wird gewahrt. An erster Stelle Italien, an zweiter alle übrigen.

Anderenfalls kommt es dahin, daß gegenüber Italien ein erster Schritt getan wurde und nun vorgeschlagen wird, einen zweiten Schritt zu tun, und das alles deshalb, weil die italienische Regierung als erste kapituliert hat, obwohl Italien den Alliierten weitaus mehr Schaden zugefügt hat als alle übrigen Staaten, die mit Deutschland im Bund waren. Darin besteht der Vorschlag der sowjetischen Delegation.

Churchill: Wir stimmen dem Standpunkt der USA in dieser Frage in allgemeinen Zügen zu.

Truman: Ich möchte sagen, daß unterschiedliche Meinungen über die Regierung Italiens einerseits und über die Regierungen Rumäniens, Bulgariens und Ungarns andererseits sich daraus erklären, daß unsere Vertreter nicht die Möglichkeit hatten, die erforderliche Information über die letztgenannten Länder einzuholen. In Italien gab es keine derartige Lage; hier wurde allen unseren Regierungen - der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion - die Möglichkeit gewährt, freie Informationen zu bekommen.

Das können wir im Hinblick auf Rumänien, Bulgarien und Ungarn nicht sagen, wo wir nicht die Möglichkeit hatten, freie Informationen einzuholen. Außerdem gibt der Charakter der gegenwärtigen Regierungen in diesen Ländern uns nicht die Möglichkeit, unverzüglich diplomatische Beziehungen mit ihnen herzustellen. Aber in dem zur Prüfung vorgelegten Dokument versuchten wir, dem Wunsch der sowjetischen Delegation Rechnung zu tragen und keinen der anderen Vasallen schlechter zu stellen als Italien.

Stalin: Aber mit Italien unterhalten Sie diplomatische Beziehungen und mit diesen Ländern nicht.

Truman: Aber auch die anderen Vasallen können unsere Anerkennung erringen, wenn ihre Regierungen unseren Forderungen entsprechen.

Stalin: Welchen Forderungen?

Truman: Hinsichtlich der Bewegungsfreiheit und Informationsfreiheit.

Stalin: Nicht eine dieser Regierungen behindert die Vertreter der alliierten Presse in ihrer Bewegungsfreiheit und Informationsfreiheit und kann dies auch nicht. Hier gibt es ein Mißverständnis. Seit Kriegsende hat sich die Situation hier verbessert. Den sowjetischen Vertretern wurden in Italien ebenfalls Beschränkungen auferlegt.

Truman: Wir möchten, daß diese Regierungen umgebildet werden, und wenn sie verantwortlicher, demokratischer werden, werden wir sie anerkennen.

Stalin: Ich versichere Ihnen, daß die Regierung Bulgariens demokratischer ist als die Regierung Italiens.

Truman: Um den sowjetischen Wünschen entgegenzukommen, haben wir im Hinblick auf Rumänien, Bulgarien und Ungarn die gleiche Formulierung vorgeschlagen wie auch im Hinblick auf Italien.

Stalin: Aber dieser Vorschlag schließt nicht die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen ein.

Truman: Ich habe bereits mehrere Male gesagt, daß wir mit diesen Regierungen so lange keine diplomatischen Beziehungen wiederherstellen können, solange sie nicht so organisiert sind, wie wir es für erforderlich halten.

Byrnes: Das einzige, was wir zur Erleichterung der Lage Italiens vorgeschlagen haben, ist, daß sein Antrag auf Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen unterstützt wird. Ich möchte Sie auf jenen Punkt unseres Vorschlages hinweisen, der in der gleichen Fassung von den anderen Vasallen handelt. Somit wird die Erleichterung der Lage Italiens begleitet von einer Erleichterung der Lage der anderen Vasallen. Wir waren hier bemüht, den Wünschen der sowjetischen Delegation entgegenzukommen.

Stalin: Ich schlage vor, das Wort „verantwortliche“, da wo es im Hinblick auf die italienische Regierung gebraucht wird, an allen Stellen, wo es vorkommt, zu streichen. Dieses Wort setzt das Ansehen der italienischen Regierung herab.

Truman: Wir können den Antrag von Regierungen auf Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen nicht unterstützen, wenn sie nicht verantwortlich und demokratisch sind.

Stalin: In Argentinien ist die Regierung weniger demokratisch als in Italien, aber Argentinien ist Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen. Wenn Regierung, dann demokratische Regierung, und fügt man „verantwortliche“ hinzu, so schafft es den Eindruck, als wäre das irgendeine andere Regierung. Und außerdem ist die Ergänzung hinsichtlich der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen einzufügen.

Ich schlage vor, in dem Punkt, wo die Rede von Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland ist, einen Satz hinzuzusetzen, daß jede unserer drei Regierungen in nächster Zeit die Frage der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen mit diesen Ländern prüfen wird. Das heißt nicht, daß sie dies gleichzeitig tun und die diplomatischen Beziehungen zum gleichen Zeitpunkt wiederaufnehmen, das bedeutet aber, daß jede der drei Regierungen die Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen prüft. Die eine früher, die andere später. Ich führe ein Beispiel an: Gegenwärtig gibt es in Italien diplomatische Vertretungen der USA und der Sowjetunion, aber weder diplomatische Vertreter Großbritanniens noch Frankreichs, es gibt dort keine Botschafter dieser Regierungen.

Churchill: Wir sind der Ansicht, daß unser Vertreter in Italien voll akkreditiert ist. Da wir uns formell immer noch im Kriegszustand mit Italien befinden, kann die Stellung dieses Vertreters nicht völlig der Stellung eines Botschafters gleichgesetzt werden, denn nach der britischen Verfassung können wir unter solchen Bedingungen keine normalen diplomatischen Beziehungen haben. Aber wir bezeichnen ihn als Botschafter.

Stalin: Aber nicht als solchen, wie ihn die Sowjetunion und die USA haben.

Churchill: Nicht ganz. Zu neunzig Prozent.

Stalin: Nicht ganz, das ist richtig.

Churchill: Aber die Ursache ist eine formale und technische.

Stalin: Und einen solchen Botschafter sollte man auch nach Rumänien schicken, so einen Nicht-ganz-Botschafter. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Churchill: Wir haben das bisher nicht getan.

Truman: Wir wollen uns mit allem Nachdruck bemühen, eine solche Lage herbeizuführen, wo wir diplomatische Beziehungen mit diesen Regierungen wiederherstellen können. Ich habe bereits erläutert, worin die Schwierigkeiten bei der Lösung dieser Frage bestehen.

Stalin: Schwierigkeiten gab es früher, jetzt nicht mehr. Es fällt uns sehr schwer, dieser Resolution in der jetzigen Gestalt zuzustimmen. Wir möchten ihr nicht zustimmen.

Churchill: Wir wollen keine Worte gebrauchen, die irgend jemand von uns in ein schlechtes Licht stellen. Ich möchte mich nur für Italien verwenden und nicht nur deshalb, weil es das erste Land war, das aus dem Krieg ausschied. Es ist viel Zeit vergangen, seitdem es aus dem Krieg ausgeschieden ist; wenn ich nicht irre, sind bereits zwei Jahre vergangen. Es ist aber eine sehr kurze Zeit vergangen, seit die anderen Länder den Krieg eingestellt haben, vier bis fünf Monate. Etwas früher hat Rumänien den Krieg eingestellt.

Stalin: Rumänien, dann Finnland. Und mit Italien wurden die diplomatischen Beziehungen sieben bis acht Monate nach der Kapitulation wiederhergestellt.

Churchill: Die Lage Italiens ist folgende. Seit zwei Jahren ist es aus dem Krieg ausgeschieden, und seither kämpft es an unserer Seite, so gut es kann. Außerdem ist zu bedenken, daß wir in Italien standen und alles über die politischen Bedingungen dort wissen. Das kann man nicht über Bulgarien, Rumänien und die anderen Länder sagen. Außerdem war die Lage in Italien nicht überall gleich: Der nördliche Teil Italiens befand sich unter feindlichem Joch und wurde, alles in allem, erst vor zwei Monaten befreit. Wir kämpften dort gemeinsam mit Italien, das uns einen großen Beistand leistete.

Es wurde aber immer anerkannt, daß Italien keine völlig demokratische Regierung haben kann, solange der nördliche Teil nicht befreit sein wird. Doch in der Zwischenzeit haben wir die italienische Regierung anerkannt und mit ihr gearbeitet. Ich hatte eine Vereinbarung mit

der Sowjetregierung über die Unterstützung der Regierung von General Badoglio. Und ich war damals mit unseren amerikanischen Freunden nicht einverstanden; ich war dafür, diese Regierung zu unterstützen, solange der Norden nicht befreit ist, damit dann eine italienische Regierung auf breiterer Grundlage gebildet werden könne. Aber der Ablauf der Ereignisse erforderte andere Schritte.

Wir haben freundschaftliche Beziehungen zu Italien hergestellt. Es gibt dort keine politische Zensur. Die italienische Presse hat mich wenige Monate nach der bedingungslosen Kapitulation Italiens angegriffen. Man kann eine beträchtliche Zunahme der Freiheit in Italien beobachten. Jetzt, wo der Norden befreit ist, schicken sich die Italiener an, demokratische Wahlen durchzuführen. Deshalb sehe ich keinen Grund, warum wir nicht schon jetzt die Frage des Friedensvertrages mit Italien erörtern können.

Ich muß sagen, daß wir über Rumänien und mehr noch über Bulgarien nichts wissen. Unsere Mission in Bukarest wurde Bedingungen einer Isolierung unterworfen, die an eine Internierung erinnern.

Stalin: Kann man solche Dinge sagen, ohne sie geprüft zu haben?

Churchill: Das wissen wir von unserem eigenen Vertreter dort. Ich bin überzeugt, daß der Generalissimus erstaunt wäre, wenn er eine Reihe Fakten erführe, die es in Verbindung mit unserer Mission in Bukarest gab.

Stalin: Märchen!

Churchill: Sie können natürlich unsere Erklärung als Märchen bezeichnen, aber ich habe volles Vertrauen zu unserem politischen Vertreter und zu dem Marschall der Luftstreitkräfte, Stevenson. Ich kenne ihn persönlich seit vielen Jahren. Die Arbeitsbedingungen unserer Mission waren schwer. Es gab große Verzögerungen mit den Flugzeugen für unsere Botschaft. Von unseren sowjetischen Freunden kamen Klagen über die zahlenmäßige Stärke unserer Mission, die gar nicht so groß war. Die Kontrollkommission, die aus drei Mitgliedern bestehen sollte, trat fast immer nur mit zwei Mitgliedern zusammen. Der sowjetische Oberbefehlshaber und Vorsitzende der Kontrollkommission traf sich manchmal mit dem amerikanischen Vertreter, manchmal mit dem englischen, aber selten mit beiden gemeinsam. Was Italien betrifft, so ist es von sowjetischen Vertretern besucht worden.

Stalin: Nichts dergleichen, wir haben keinerlei Rechte in Italien.

Churchill: Aber jedenfalls ist die Lage dort so, daß Sie völlig frei nach Italien einreisen können. Deshalb bin ich nicht der Meinung, daß man die Lage in Italien mit der Lage in Rumänien, Bulgarien und anderen Ländern vergleichen kann.

Truman: Wir müssen sagen, daß unsere Missionen in diesen Ländern bei der Erfüllung ihrer Arbeit ebenfalls auf große Schwierigkeiten gestoßen sind. Aber wir möchten hier nicht darüber sprechen.

Byrnes: In der Hoffnung, zu einer Einigung zu kommen, schlage ich vor, die Worte „verantwortliche Regierung“ zu ersetzen durch die Worte „anerkannte Regierung“.

Stalin: Das ist eher annehmbar. Aber meines Erachtens sollte man auch einen Beschluß darüber fassen, daß die drei Regierungen bereit sind, die Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit diesen vier Ländern zu prüfen. Ich schlage vor, am Ende des Punktes, den Herr Byrnes über die vier Länder vorgeschlagen hat, folgendes hinzuzufügen: „Die drei Regierungen kommen überein, jede für sich in naher Zukunft die Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland zu untersuchen.“

Churchill: Steht das dann nicht im Widerspruch zu dem, was wir jetzt besprochen haben?

Stalin: Das widerspricht nicht, denn wenn wir beschließen, die Frage der Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien und anderen Ländern vorzubereiten, und da wir diese Länder nicht einmal anerkannt haben, so ist klar, daß die Frage der Anerkennung von jeder Regierung selbständig gestellt wird.

Truman: Ich habe keinerlei Einwände.

Stalin: Dann haben wir ebenfalls keine Einwände.

Churchill: Meines Erachtens gibt es einen Widerspruch. Ich habe den Präsidenten hier so verstanden, daß er jetzt die Regierungen Rumäniens, Bulgariens und der anderen Vasallenstaaten nicht anerkennen will.

Truman: Hier heißt es, daß wir uns lediglich verpflichtet, diese Frage zu prüfen.

Churchill: Das ist eine Irreführung der Öffentlichkeit.

Stalin: Warum?

Churchill: Weil aus dem Sinn der Erklärung hervorgeht, daß wir diese Regierungen bald anerkennen; indessen weiß ich, daß dies weder die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten noch die der Regierung des Vereinigten Königreichs widerspiegelt.

Stalin: Ich stimme dem Präsidenten zu und möchte Herrn Churchill widersprechen. Wir alle haben bereits akzeptiert, daß wir dem Rat der Außenminister den Auftrag erteilen, die Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland vorzubereiten. Wir alle sind der Ansicht, daß ein Friedensvertrag nur mit einer anerkannten Regierung abgeschlossen werden kann. Folglich müssen wir irgendwie diese Anerkennung zum Ausdruck bringen, und dann wird es keinen Widerspruch geben. Wenn wir nicht sagen, daß die drei Regierungen beabsichtigen, in nächster Zukunft die Frage der Anerkennung zu stellen, so muß man auch den Punkt über die Vorbereitung der Friedensverträge mit diesen Ländern streichen.

Churchill: Ich möchte den Präsidenten fragen, ob er annimmt, daß im Herbst dieses Jahres Vertreter der Regierungen Rumäniens, Bulgariens und der anderen Länder im Rat der Außenminister erscheinen und wir dort mit ihnen die Friedensverträge erörtern werden?

Truman: Vertreter in den Rat der Außenminister kann nur eine Regierung entsenden, die von uns anerkannt sein wird.

Stalin: Richtig.

Churchill: Die jetzigen Regierungen werden nicht anerkannt, und deshalb wird man die Friedensverträge mit ihnen nicht vorbereiten können.

Stalin: Woher haben sie das?

Churchill: Das ergibt sich logisch.

Stalin: Nein, das ergibt sich nicht.

Churchill: Vielleicht denke ich nicht richtig, aber es scheint mir, daß es sich so ergibt.

Stalin: Diese Regierungen können anerkannt sein, aber sie können auch nicht anerkannt sein. Niemand weiß, ob sie anerkannt sein werden oder nicht. Und so ist auch diese Formulierung zu werten: „werden die Frage der Anerkennung prüfen“. Und einen Friedensvertrag mit ihnen wird es dann geben, wenn sie anerkannt sein werden.

Churchill: Jemand, der diesen Punkt liest, wird nicht verstehen, daß die Regierung der USA die jetzigen Regierungen Rumäniens und Bulgariens nicht anerkennen will. Wenn aber andere Regierungen gebildet sein werden, die wir anerkennen können, dann werden wir auch die Vorbereitung der Friedensverträge mit ihnen in Angriff nehmen. Ich bitte um Verzeihung, daß ich so auf diesem Punkt beharre, aber man muß bedenken, daß dieses Dokument, wenn es veröffentlicht wird, erläutert werden muß, besonders von mir im Parlament. Wir sagen, daß wir Friedensverträge mit den Regierungen abschließen, die wir anerkennen, wir haben aber nicht die Absicht, diese Regierungen anzuerkennen. Mir scheint das fast sinnlos.

Truman: Ich schlage vor, diese Frage erneut an die Außenminister zur nochmaligen Prüfung zu überweisen.

Stalin: Herr Churchill hat nicht recht, hier ist durchaus nicht vom Abschluß der Friedensverträge die Rede, hier ist die Rede von der Vorbereitung. Warum kann man einen Vertrag nicht vorbereiten, selbst wenn die Regierung nicht anerkannt ist.

Churchill: Natürlich, wir können den Friedensvertrag selbst vorbereiten. Ich schlage vor, in diesem Falle die Präposition „mit“ durch die Präposition „für“ zu ersetzen, so daß es nicht heißt „Friedensverträge mit Rumänien, Bulgarien“ usw., sondern „Friedensverträge für Rumänien, Bulgarien“ usw.

Stalin: Ich habe nichts dagegen, daß es „für“ heißt.

Churchill: Ich danke Ihnen.

Stalin: Keine Ursache. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Churchill: Es wäre wünschenswert, wenn die Außenminister dieses Dokument noch einmal durchsehen.

Stalin: Bitte, ich habe nichts dagegen.

Truman: Sie müssen die Erörterung, die heute stattfand, beachten.

Stalin: Gut.

Truman: Die nächste Frage, das ist die Frage der Schwarzmeer-Meerengen und der freien Schifffahrt auf den internationalen Binnenwasserstraßen. Die amerikanische Delegation hat ihre Vorschläge zu dieser Frage eingebracht.

[...]

Stalin: Es gibt wohl dringendere Fragen als die Frage der Meerengen, und man könnte diese Frage vertagen.

Churchill: Diese Frage wurde von Großbritannien aufgeworfen, aus dem Wunsch heraus, die Konvention von Montreux zu revidieren. Ich bin mit der Vertagung einverstanden, wenn die sowjetische Seite es wünscht.

Stalin: Es ist besser, diese Frage zu vertagen. Man muß Rücksprache mit der Türkei nehmen.

Truman: Unser Vorschlag über die internationale Kontrolle bedeutet, daß die Meerengen nicht in einer Hand sind, wer auch immer es sei. Wir werden uns bemühen, die Türken von der Richtigkeit unseres Standpunktes in dieser Frage zu überzeugen.

Stalin: Gut, laßt uns das tun.

Truman: Ich möchte der Konferenz einen Vorschlag unterbreiten. Mir scheint, daß es an der Zeit ist, sich Gedanken zur Vorbereitung einer Mitteilung über die Arbeit der Konferenz zu machen. Ich schlage deshalb vor, eine spezielle Kommission zu benennen, die mit der Vorbereitung einer solchen Mitteilung beauftragt wird.

Stalin: Gut.

Truman: Man muß sich über die Frage der Zusammensetzung der Kommission einigen.

Stalin: Gut.

Truman: Wir beauftragen die Außenminister, Kandidaten für diese Kommission vorzuschlagen.

Stalin: Gut. Und morgen findet unsere Sitzung um elf statt?

Truman: Ja.

Stalin: Herr Churchill hatte Zweifel in dieser Hinsicht.

Eden: Heute beim Frühstück äußerten wir die Annahme, daß vielleicht nicht genügend Fragen für die morgige Sitzung bereitstünden. Da aber die heutige Tagesordnung nicht erschöpft ist, werden die nicht behandelten Fragen auf die morgige Sitzung vertagt.

Truman: Sobald wir erkannt haben, daß für uns nichts mehr zu tun ist, fahren wir nach Hause. (*Heiterkeit*) Aber vorläufig haben wir noch Arbeit.

Churchill: Herr Attlee und ich müssen zur Parlamentseröffnung am 8. August nach London zurückkehren. Auf jeden Fall kann ich nicht länger bleiben als bis zum 6. August.

Stalin: Die Frage der Westgrenze Polens, die letzte Frage der heutigen Sitzung, ist noch nicht erledigt.

Churchill: Und außerdem die von der sowjetischen Seite aufgeworfene Frage über das Lager in Italien. Ich möchte jetzt eine Erklärung zu dieser Frage geben.

Stalin: Haben Sie Zeit und den Wunsch, jetzt die Frage der Westgrenze mit uns zu erörtern?

Churchill: Morgen früh treffen wir uns mit den Polen und werden ein Gespräch mit Herrn Bierut haben.

Stalin: Dann wollen wir vertagen.

Churchill: Die Situation in diesem Lager ist in wenigen Worten folgende. Tatsächlich befinden sich in diesem Lager 10000 Mann. Man muß aber bedenken, daß wir gerade erst eine Million Mann gefangen genommen haben. Mit diesen 10000 Mann beschäftigt sich jetzt

die sowjetische Mission in Rom, und diese Mission hat freien Zutritt zum Lager. Es wurde mitgeteilt, daß die im Lager befindlichen Personen überwiegend Ukrainer, aber nicht Sowjetbürger sind. In diesem Lager gibt es auch eine gewisse Zahl von Polen, die, soweit wir feststellen konnten, in Polen, in den Grenzen von 1939, gelebt haben. 665 Mann wünschen unverzüglich in die Sowjetunion zurückzukehren, und es werden Maßnahmen zu ihrem Abtransport getroffen. Wir sind auch bereit, alle übrigen, die zurückzukehren wünschen, zu übergeben.

Diese 10 000 Mann haben sich uns fast als geschlossene militärische Einheit ergeben, und wir haben sie als solche erhalten, unter Führung ihrer eigenen Kommandeure, ausschließlich aus administrativen Erwägungen. Wir wären froh, wenn General Golikow seine Beschwerden an Feldmarschall Alexander oder an dessen Stab richten würde.

Alexander: Ich habe zu dem, was der Premierminister hier gesagt hat, nicht viel hinzuzufügen. Ich möchte, daß alle hier Anwesenden wissen, daß ich den russischen Vertretern in Italien stets volle Bewegungsfreiheit gewährt und ihnen jede Möglichkeit geboten haben zu sehen, was sie wünschen. Und ich meine, daß es zweckmäßig ist, so vorzugehen, da in den Fällen, wo sich eine große Zahl russischer Soldaten in unserer Hand befindet, der Rat kompetenter russischer Vertreter für uns sehr nützlich sein kann. Ich gedenke, wenn der Generalissimus einverstanden ist, auch in Zukunft im gleichen Sinne zu verfahren, wie dies bisher geschah.

Stalin: Wir sind in diesen Fällen vertraglich verpflichtet, einander zu unterstützen und Bürger bei der Rückkehr in die Heimat nicht zu behindern, sondern, umgekehrt, ihnen bei der Rückkehr in die Heimat behilflich zu sein.

Churchill: Wenn Ihr Vertreter einen General schickt oder selbst beim Stab in dieser Angelegenheit vorstellig wird, dann wird alles Notwendige geschehen.

Stalin: Gut. Ich halte die Frage für erledigt.

Ich habe heute mit Marschall Konew in Wien gesprochen. Er hat die Ausgabe von Lebensmittelrationen an die Bevölkerung Wiens nicht eingestellt, und wird sie so lange ausgeben, bis die Amerikaner und Engländer eine Lösungsmöglichkeit finden.

Truman und Churchill: Wir sind Ihnen sehr zu Dank verpflichtet.

Churchill: Es gab die Frage über die Ausdehnung der Renner-Administration auf die britische und amerikanische Zone.

Stalin: Es wäre gut, ihre Kompetenz auf alle Zonen auszudehnen.

Churchill: Wir meinen, daß dies eine der ersten Fragen ist, die wir prüfen müssen, sobald wir in Wien eingerückt sind. Im Prinzip sind wir einverstanden, daß es wünschenswert ist, mit einer einzigen österreichischen Verwaltung zu arbeiten.

Stalin: Es ist besser, selbstverständlich.

Churchill: Wir wollen die örtliche Verwaltung nicht behindern.

Stalin: So wird es besser sein.

Truman: Bis morgen um elf Uhr.

Neunte Sitzung 25. Juli 1945

Truman: Gestern wurde vorgeschlagen, heute die Diskussion über die Westgrenze Polens fortzusetzen.

Stalin: Gut.

Truman: Ich erinnere mich, daß Herr Churchill einen Ergänzungsvorschlag hatte.

Churchill: Ich habe nichts hinzuzusetzen. Ich hatte ein Gespräch mit der polnischen Delegation, und heute vormittag hatte ich das Vergnügen, mich erneut mit Herrn Bierut zu treffen. Gestern hatte Herr Eden mit der polnischen Delegation eine Aussprache. Die Polen bestätigten, daß sich in dem Gebiet, das sie im Westen besetzt haben, eineinhalb Millionen Deutsche befinden. Ich meine, daß diese Frage mit der Reparationsfrage im Zusammenhang steht sowie mit der Frage über die Besatzungszonen der vier Mächte in Deutschland.

Truman: Ich halte die Bemerkung von Herrn Churchill für richtig. Herr Byrnes hat sich ebenfalls mit der polnischen Delegation getroffen und beabsichtigt, sie noch einmal zu treffen. Gestatten Sie mir, folgenden Vorschlag zur Verfahrensweise zu machen. Da Herr Byrnes und Herr Eden die Aussprachen fortsetzen werden, meine ich, daß es nützlich wäre, unsere Diskussion zu dieser Frage bis Freitag zu vertagen.

Stalin: Gut.

Truman: Die nächste Frage unserer Tagesordnung ist die Frage über die deutsche Kriegs- und Handelsflotte. Ich denke, daß wir bereits eine Einigung über diese erzielt haben.

Churchill: Natürlich müssen die konkreten Vorschläge zu dieser Frage geprüft werden. Ich denke, daß wir uns jetzt mit diesen konkreten Vorschlägen befassen.

Truman: Minister Byrnes hat mir gesagt, daß sein Stellvertreter, Clayton, und Admiral Land sich mit dieser Frage beschäftigt und konkrete Vorschläge ausgearbeitet haben. Ich bin bereit, diese Frage zu jeder Zeit zu prüfen, würde es aber vorziehen, zunächst Herrn Byrnes zu hören und mich mit den Dokumenten zu dieser Frage, die ich eben erst erhalten habe, vertraut zu machen.

(Es wurde beschlossen, die Behandlung dieser Frage zu vertagen.)

Churchill: Es gibt noch eine Frage, die zwar nicht auf der Tagesordnung steht, die man aber erörtern sollte, und zwar die Frage der Überführung der Bevölkerung. Es gibt eine große Zahl von Deutschen, die aus der Tschechoslowakei nach Deutschland überzuführen sind.

Stalin: Die tschechoslowakischen Behörden haben diese Deutschen evakuiert, und sie befinden sich gegenwärtig in Dresden, in Leipzig und Chemnitz.

Churchill: Wir schätzen, daß es 2,5 Millionen Sudetendeutsche gibt, die überzuführen sind. Außerdem wünschen die Tschechoslowaken, daß die 150000 deutschen Bürger schnellstens das Land verlassen, die seinerzeit aus dem Reich in die Tschechoslowakei übergeführt wurden. Nach unserer Information haben erst 2000 von diesen 150000 Deutschen die Tschechoslowakei verlassen. Das ist eine große Sache, 2,5 Millionen Menschen überzuführen. Aber wohin soll man sie überführen? In die russische Zone?

Stalin: Der Großteil von ihnen geht in die russische Zone.

Churchill: Wir wollen sie nicht in unserer Zone haben.

Stalin: Wir haben das auch gar nicht vorgeschlagen. *(Heiterkeit)*

Churchill: Wenn sie kommen, so wollen sie auch essen. Mir scheint, daß die Überführung noch gar nicht richtig begonnen hat.

Stalin: Aus der Tschechoslowakei?

Churchill: Ja, aus der Tschechoslowakei. Vorläufig erfolgt die Überführung nur in geringem Umfang.

Stalin: Ich verfüge über Informationen, daß die Tschechen eine Mitteilung an die Deutschen ergehen lassen und sie dann aussiedeln. Was die Polen betrifft, so haben sie eineinhalb

Millionen Deutsche zurückgehalten, um sie bei der Ernteeinbringung einzusetzen. Sowie die Ernte in Polen abgeschlossen ist, werden die Polen die Deutschen aus Polen evakuieren.

Churchill: Meines Erachtens sollte man das nicht tun, wenn man die Fragen der Lebensmittelversorgung, der Reparationen usw. bedenkt, das heißt Fragen, die noch nicht gelöst sind. Wir sind jetzt in eine Lage geraten, bei der die Polen Lebensmittel und Brennstoffe haben und wir die Bevölkerung. Die Versorgung dieser Bevölkerung lastet als schwere Bürde auf uns.

Stalin: Man muß sich in die Lage der Polen versetzen. Fünfeinhalb Jahre hindurch haben ihnen die Deutschen viel Leid und Entbehrungen zugefügt.

Truman: Ich habe gestern sehr aufmerksam die Ausführungen Präsident Bieruts zu dieser Frage gehört. Ich habe Verständnis für die Polen und die Russen und verstehe die Schwierigkeiten, vor denen sie stehen. Meine Position habe ich hinreichend klar dargelegt.

Ich möchte meinen Kollegen erklären, welche Vollmachten ich in Fragen der friedlichen Regelung habe. Wenn wir hier Fragen erörtern, die in den Friedensvertrag aufgenommen werden müssen, so ist Ihnen allen sicherlich verständlich, daß dieser Vertrag entsprechend unserer Verfassung nur mit Einverständnis des USA-Senats abgeschlossen werden kann. Wenn ich hier diesen oder jenen Vorschlag, der auf der Konferenz vorgebracht wird, unterstütze, so bedeutet das unbedingt, daß ich alles tun werde, was in meinen Kräften steht, um auch eine Sanktionierung dieses Beschlusses durch den Senat zu sichern. Man kann natürlich nicht garantieren, daß dies auch unbedingt angenommen wird.

Ich muß Ihnen sagen, die politische Stimmung in Amerika ist derart, daß ich nicht jeden Vorschlag hier unterstützen kann, ohne der Unterstützung durch unsere öffentliche Meinung gewiß zu sein. Ich gebe diese Erklärung nicht deshalb ab, um die Grundlage zu ändern, auf der die Erörterung der Fragen mit meinen Kollegen erfolgt, sondern um klarzumachen, welche Möglichkeiten ich im Hinblick auf die verfassungsmäßige Macht habe. Ich möchte sagen, bei Abschluß der Friedensverträge muß ich die Tatsache in Rechnung stellen, daß sie der Zustimmung des USA-Senats bedürfen.

Stalin: Betrifft die Äußerung des Präsidenten nur die Friedensverträge oder alle Fragen, die hier erörtert werden?

Truman: Das bezieht sich nur auf jene Abkommen und Verträge, die gemäß der Verfassung dem USA-Senat zur Bestätigung vorzulegen sind.

Stalin: Das heißt, alle übrigen Fragen können entschieden werden.

Truman: Wir können hier jede beliebige Frage entscheiden, wenn diese Frage nicht der Vorlage im Senat zwecks Ratifizierung bedarf.

Stalin: Das heißt, nur die Frage der Friedensverträge bedarf der Ratifizierung durch den Senat?

Truman: Das ist richtig. Ich verfüge über ausgedehnte Vollmachten, aber ich will sie nicht mißbrauchen.

Churchill: Ich schlage vor, zur Frage der polnischen Ausdehnung nach dem Westen zurückzukehren.

Stalin: Wir haben uns auf diese Frage nicht vorbereitet, die Frage wurde zufällig gestellt. Mit einem Meinungsaustausch bin ich natürlich einverstanden. Aber sie jetzt zu lösen ist außerordentlich schwierig.

Churchill: Ich möchte diese Frage heute nicht erörtern. Ich möchte nur sagen, daß diese Frage eine Kernfrage des Gelingens der gesamten Konferenz ist. Wenn die Konferenz ihre Arbeit, sagen wir nach zehn Tagen, abschließt, ohne eine Entscheidung über Polen gefällt zu haben, und wenn die Frage der gleichen Verteilung von Lebensmitteln auf dem gesamten Gebiet Deutschlands nicht geregelt wird, so bedeutet das alles zweifellos einen Fehlschlag der Konferenz. Wir werden dann zum Vorschlag von Herrn Byrnes zurückkehren müssen, daß jeder mit dem auskommen muß, was er in seiner Zone hat. Ich hoffe, daß wir ein Abkommen

über diese Fragen erzielten, die zum Kern unserer gesamten Arbeit gehört. Wir müssen zugeben, daß wir bislang keinerlei Fortschritt erzielt haben.

Truman: Ich bin mit der Meinung des Premierministers einverstanden, daß wir in diesen Fragen keinerlei Fortschritt haben.

Stalin: Ich denke, daß die Frage der Versorgung ganz Deutschlands mit Kohle und Metall eine weitaus größere Bedeutung hat. Das Ruhrgebiet liefert neunzig Prozent des Metalls und achtzig Prozent der Steinkohle.

Churchill: Wenn die Kohle aus dem Ruhrgebiet in die russische Zone geliefert wird, so müssen diese Lieferungen mit Lebensmitteln aus dieser Zone bezahlt werden.

Stalin: Wenn das Ruhrgebiet im Bestand Deutschlands verbleibt, so muß es ganz Deutschland versorgen.

Churchill: Und warum darf man dann keine Lebensmittel aus Ihrer Zone entnehmen?

Stalin: Darum, weil dieses Gebiet an Polen geht.

Churchill: Aber wie werden die Arbeiter im Ruhrgebiet diese Kohle produzieren, wenn sie nichts zu essen haben, und woher können sie die Lebensmittel nehmen?

Stalin: Es ist längst bekannt, daß Deutschland stets Lebensmittel, insbesondere Getreide, eingeführt hat. Wenn Deutschland nicht genügend Getreide und Lebensmittel hat, so wird es diese kaufen.

Churchill: Wie kann es dann die Reparationen bezahlen?

Stalin: Es kann sie bezahlen, Deutschland hat noch so allerlei behalten.

Churchill: Die Ruhrkohle liegt zwar in unserer Zone, aber ich kann nicht die Verantwortung für eine Regelung übernehmen, die dazu führt, daß in der britischen Zone diesen Winter Hunger herrschen wird, während die Polen sämtliche Lebensmittel für sich behalten.

Stalin: Das ist nicht richtig. Kürzlich baten sie, ihnen mit Getreide zu helfen; es fehlt ihnen an Getreide, sie baten um Brot bis zur neuen, Ernte.

Churchill: Ich hoffe, daß der Generalissimus einige meiner Schwierigkeiten anerkennt, ebenso wie wir seine Schwierigkeiten anerkennen. Bei uns in England werden wir in diesem Winter den größten Kohlenmangel haben, da es uns an Kohle fehlt.

Stalin: Warum? England hat stets Kohle exportiert.

Churchill: Deshalb, weil die Bergleute noch nicht demobilisiert sind, weil es bei uns an Arbeitskräften in der Kohlenindustrie fehlt.

Stalin: Es gibt genügend Gefangene. Bei uns arbeiten die Gefangenen im Kohlenbergbau, ohne sie wäre es sehr schwer. Wir stellen unsere Kohlenreviere wieder her und setzen dazu die Gefangenen ein. 400 000 deutsche Soldaten sitzen bei Ihnen in Norwegen, sie sind nicht einmal entwaffnet, und man weiß nicht, worauf sie dort warten. Dort haben Sie Arbeitskräfte.

Churchill: Ich wußte nicht, daß sie nicht entwaffnet sind. In jedem Falle ist es unsere Absicht, sie zu entwaffnen. Aber ich weiß nicht genau, wie dort die Lage ist, diese Frage wurde vom Generalstab der Alliierten Expeditionstreitkräfte geregelt. In jedem Falle werde ich Erkundigungen einziehen.

Ich möchte nochmals wiederholen und Sie darauf hinweisen, daß uns deshalb Kohle fehlt, weil wir sie nach Frankreich, Belgien und Holland exportieren. Und zu einer Zeit, wo es uns an Kohle für diesen Winter fehlt, verstehen wir nicht, warum die Polen die Möglichkeit haben, die Kohle aus einem Gebiet zu verkaufen, das ihnen noch nicht gehört.

Stalin: Sie haben Kohle aus dem Revier von Dabrowa verkauft. Das ist ihr Gebiet.

Ich bin nicht gewohnt zu klagen, aber ich muß sagen, daß unsere Lage noch schlechter ist. Wir haben mehrere Millionen Tote, es fehlt bei uns an Menschen. Wollte ich anfangen zu klagen, fürchte ich, Sie hier zu Tränen zu rühren, so schwer ist die Lage in Rußland. Aber ich möchte Ihnen keine Unannehmlichkeiten bereiten.

Churchill: Wir kontrollieren das Ruhrgebiet und wären bereit, Ruhrkohle gegen Lebensmittel zu tauschen.

Stalin: Diese Frage ist zu überlegen.

Churchill: Ich erwarte nicht, daß wir heute zu irgendeiner Entscheidung kommen, aber ich möchte, daß die Teilnehmer der Konferenz während der kurzen Unterbrechung darüber nachdenken, daß ihnen die Entscheidung einer großen Frage bevorsteht.

Truman: Wenn wir heute nichts mehr zu erörtern haben, schlage ich vor, diese Frage den Außenministern zur Behandlung zu überweisen.

Churchill: Am Freitag, um fünf Uhr, treffen wir uns erneut.

Eden: Wir haben eine Benachrichtigung von Dr. Benes erhalten, in der der Wunsch ausgedrückt wird, daß wir hier die Frage der Überführung der Deutschen aus der Tschechoslowakei erörtern. Können die Außenminister sich mit dieser Frage befassen?

Stalin: Mir scheint, daß die Überführung bereits durchgeführt ist.

Churchill: Wir meinen nicht, daß eine große Zahl von Deutschen bereits von da weg ist, und vor uns steht nach wie vor das Problem, wie diese Frage zu lösen ist.

Stalin: Bitte schön.

Churchill: Mögen sich die Außenminister mit dieser Frage befassen und die Tatsachen feststellen.

Stalin: Gut.

Truman: Ich bin einverstanden.

Bis zur Unterbrechung möchte ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf den Vorschlag lenken, den ich über die internationalen Binnenwasserstraßen unterbreitet habe. Ich denke, daß die Außenminister auch diesen Vorschlag von mir beraten können.

(Stalin und Churchill äußern ihre Zustimmung.)

Daraufhin übergibt die sowjetische Delegation dem Präsidenten der USA und dem Premierminister ein Memorandum über Behinderungen, denen sowjetische Bürger in Österreich und in Deutschland bei der Repatriierung ausgesetzt sind, sowie ein Memorandum über die in Norwegen stehenden, nicht entwaffneten deutschen Truppen, wovon in der Sitzung der Regierungschefs die Rede war.)

Churchill: Ich kann aber versichern, daß wir beabsichtigen, diese Truppen zu entwaffnen.

Stalin: Ich zweifle nicht daran. *(Heiterkeit)*

Churchill: Wir halten sie nicht in Reserve, um sie plötzlich aus dem Ärmel zu schütteln. Ich werde sofort einen Bericht darüber anfordern.

(Truman schließt die Sitzung und erklärt, daß die folgende Sitzung am Freitag, dem 27. Juli, um fünf Uhr abends stattfindet.)

Zehnte Sitzung 28. Juli 1945

(Truman eröffnet die Sitzung.

Die sowjetische Delegation berichtet über die Sitzung der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritanniens vom 25. Juli 1945 und teilt folgendes mit:

1. Die amerikanische Delegation hat vorgeschlagen, auf der Sitzung der Minister die Frage der Wasserstraßen zu erörtern. Sie hat den Wunsch geäußert, daß diese Frage vorher in einer Kommission beraten wird. Die englische und die sowjetische Delegation erklärten sich mit diesem Vorschlag einverstanden, und es wurde eine Kommission in folgender Zusammensetzung gebildet: für die USA - Russell, Riddleberger; für Großbritannien - Ward; für die UdSSR - Gerastschenko, Lawristschew.

2. Ferner warf die amerikanische Delegation die Frage der Überführung der deutschen Bevölkerungsteile aus der Tschechoslowakei auf.

Die englische Delegation erklärte, daß es sich nicht nur um die Überführung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, sondern auch aus Westpolen und Ungarn handelt. Sie äußerte die Meinung, daß die Frage der Überführung dieser Bevölkerung sich unter Kontrolle des Alliierten Kontrollrats befinden wird, der mit den Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns zusammenarbeitet.

Die sowjetische Delegation schlug vor, diese Frage einer Kommission zur vorherigen Prüfung zu übergeben und den von ihr vorbereiteten Entwurf dann auf der Beratung der drei Minister zu behandeln.

Die Delegationen der USA und Englands stimmten dem Vorschlag zu. Es wurde eine Kommission in der folgenden Zusammensetzung gebildet: für die USA - Cannon; für Großbritannien - Harrison; für die UdSSR - Sobolew, Semjonow.

3. Die englische Delegation schlug vor, eine Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Mitteilung über die Arbeit der Konferenz und eine Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs eines gemeinsamen Beschlußprotokolls der Konferenz zu bilden.

Die Delegationen der UdSSR und der USA stimmten diesen Vorschlägen zu. Es wurde beschlossen, folgende Kommissionen zu bilden:

a) zur Vorbereitung des Entwurfs einer Mitteilung über die Arbeit der Konferenz: für die USA - Walter Brown, Wilder Foote; für die UdSSR - Sobolew, Golunskij;

b) zur Vorbereitung des Entwurfs eines gemeinsamen Beschlußprotokolls der Konferenz: für die USA - Dunn, Matthews, Cohen; für die UdSSR - Gromyko, Kosyrew, Gribanow; für Großbritannien [für beide Kommissionen] - Bridges, Brook, Hayter und Dean.

Die sowjetische Delegation berichtet des weiteren über die Sitzung der Außenminister am 27. Juli 1945 und teilt mit, daß auf der Tagesordnung der Sitzung der drei Außenminister die folgenden Fragen gestanden haben:

I. Über Fragen, deren Behandlung nicht abgeschlossen ist. Es wurde festgestellt, daß bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Behandlung folgender Fragen nicht abgeschlossen ist:

1. Über die wirtschaftlichen Grundsätze bezüglich Deutschlands.

2. Über die Reparationen aus Deutschland.

3. Über die Reparationen aus Italien und Österreich.

4. Über die Erdölversorgung Europas.

5. Über die Aufnahme Italiens und anderer ehemaliger Vasallenländer als Mitglieder in die Organisation der Vereinten Nationen.

6. Über die Erfüllung der Erklärung von Jalta über das befreite Europa.

7. Über die Milderung der Waffenstillstandsbedingungen für Italien und andere Länder.

8. Über die Westgrenze Polens.

9. Über die Zusammenarbeit bei der Lösung dringlicher europäischer Wirtschaftsprobleme.

10. Über die Kriegsverbrecher.

11. Über die Umsiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn.
12. Über die Ergänzung der politischen Grundsätze der Behandlung Deutschlands durch zwei Punkte aus Punkt 13 des Entwurfs über die wirtschaftlichen Grundsätze.
13. Über die deutsche Flotte.
14. Über die internationalen Binnenwasserstraßen.

II. Über die Zulassung Italiens und anderer Länder, die einen Waffenstillstand geschlossen haben und Mitkämpfende an der Seite der Alliierten geworden sind, zur Organisation der Vereinten Nationen.

Die USA-Delegation erklärte, daß sie, falls die sowjetische und die englische Delegation keine Einigung über die Fassung des Dokuments zu dieser Frage erzielen können, mit Einverständnis des Präsidenten der USA vorschlägt, diesen Punkt völlig von der Tagesordnung der Konferenz zurückzuziehen. Die amerikanische Delegation fügte hinzu, daß ihrer Meinung nach in erster Linie lebenswichtige Frage behandelt werden müssen, insbesondere die Fragen der Reparationen, der deutschen Flotte und der Westgrenze Polens. Die englische Delegation schlug vor, die von der sowjetischen Delegation eingebrachte Formulierung des letzten Satzes in Absatz 3 durch folgenden Satz zu ersetzen:

„Der Abschluß von Friedensverträgen mit den verantwortlichen, demokratischen Regierungen in diesen Staaten wird es den drei Regierungen gestatten, normale diplomatische Beziehungen mit ihnen wiederaufzunehmen und ihren Antrag auf Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen.“

Die sowjetische Delegation erklärte diese Abänderung für unakzeptabel.

Da auf der Beratung der drei Minister keine Einigung in dieser Frage erzielt wurde, beschloß man, sie den drei Regierungschefs zur Entscheidung zu übergeben.

IM. Über die Reparationen aus Deutschland.

Die sowjetische Delegation erklärte, daß sie die Arbeit der Reparationskommission als unbefriedigend einschätzt und vorschlägt, die Frage der Reparationen aus Deutschland unmittelbar auf der Beratung der drei Minister zu behandeln. Dieser Vorschlag fand keinen Widerspruch. Daraufhin las die sowjetische Delegation Punkt 4 des Krim-Protokolls über die Reparationen⁴ vor und richtete, unter Bezugnahme auf die Erklärung des amerikanischen Vertreters in der Reparationskommission, wonach er die Zustimmung der USA-Regierung zu dem in diesem Punkt dargelegten Beschluß zurückzieht, an die amerikanische Delegation die Anfrage, ob die USA-Regierung weiterhin an den Krim-Beschlüssen zu dieser Frage festhält oder ihre Position ändert.

Die amerikanische Delegation erklärte, daß es sich um ein Mißverständnis handelt. Die USA-Regierung hatte auf der Krim zugestimmt, die Zahl von 20 Milliarden Dollar als Diskussionsgrundlage zu akzeptieren, doch seither haben sowjetische und alliierte Armeen in Deutschland große Zerstörungen angerichtet, einige Gebiete wurden von Deutschland losgetrennt, und man kann praktisch nicht von jener Gesamtsumme ausgehen, die von der amerikanischen Delegation in Jalta als mögliche Diskussionsgrundlage akzeptiert wurde.

Die englische Delegation erklärte, daß sie keinerlei Vorschläge einbringen will.

Auf Vorschlag der amerikanischen Delegation wurde es als zweckmäßig erachtet, die Behandlung dieser Frage auf die folgende Beratung der drei Minister zu vertagen und dann über diese Frage den Chefs der drei Regierungen Bericht zu erstatten.

IV. Über die Reparationen aus Österreich und Italien.

Die sowjetische Delegation schlug vor, der weiteren Erörterung dieser Frage die von ihr vorgelegten Vorschläge über die Reparationen aus Österreich und die Reparationen aus Italien zugrunde zu legen.

Die amerikanische Delegation erklärte, daß sie es für nicht möglich erachtet, aus Österreich und Italien Reparationen in Gestalt von Lieferungen aus der laufenden Produktion zu entnehmen. Nach Ansicht der amerikanischen Delegation ist nur eine einmalige Entnahme von Ausrüstung der Kriegsindustrie möglich, die nicht für friedliche Zwecke genutzt werden

kann. Die englische Delegation erklärte, daß sie sich der Meinung der USA-Delegation anschließt.

Weil eine Übereinstimmung nicht erzielt wurde, beschloß man, über die aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten den drei Regierungschefs Bericht zu erstatten.

V. Über die wirtschaftlichen Grundsätze bezüglich Deutschlands.

Auf Vorschlag der USA-Delegation wurde die Erörterung der Frage vertagt.

VI. Über die Erdölversorgung Europas.

Die Erörterung dieser Frage wurde vertagt, da die Kommission ihre Arbeit nicht abgeschlossen hat.

VII. Über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa.

Es wurde beschlossen, den Bericht der Kommission zu dieser Frage zu billigen und ihn den drei Regierungschefs mitzuteilen.)

Truman: Welche Fragen werden wir heute noch erörtern - über die Westgrenze Polens oder eine andere Frage?

Stalin: Möglich ist diese Frage, möglich ist auch Italien und die anderen Länder. Welche Zeit steht Ihnen heute zur Verfügung? Können wir eine Stunde arbeiten?

Truman: Das sagt mir zu. Wir werden bis 12 Uhr arbeiten.

Stalin: Ich möchte mitteilen, daß wir, die russische Delegation, einen neuen Vorschlag von Japan erhalten haben. Obgleich man uns nicht so informiert, wie es sich gehört, wenn irgendein Dokument über Japan ausgearbeitet wird, sind wir der Meinung, daß man sich gegenseitig über neue Vorschläge informieren soll. (*Es wird in englischer Sprache die Note Japans über Vermittlung vorgelesen.*) In diesem Dokument ist nichts Neues enthalten. Es gibt nur einen Vorschlag: Japan schlägt uns die Zusammenarbeit vor. Wir wollen im gleichen Sinne antworten wie bereits das letztmal.

Truman: Wir haben keine Einwände.

Attlee: Wir sind einverstanden.

Stalin: Meine Information ist beendet.

Truman: Es gibt zwei Fragen, auf die die sowjetische Delegation in erster Linie unsere Aufmerksamkeit lenken wollte: die erste Frage über Italien und die anderen Vasallenländer und die zweite Frage über die Reparationen aus Österreich und Italien.

Stalin: Außerdem wäre es wünschenswert, die Frage der deutschen Flotte und die Frage der Westgrenze Polens zu stellen.

Truman: Ich denke, daß wir hier jede beliebige Frage erörtern können, und ich bin bereit, jeden beliebigen Vorschlag anzuhören, um dann meine Meinung zu diesen Fragen zu äußern.

Attlee: Ich möchte sagen, daß ich einverstanden bin, alle diese Fragen zu erörtern. Gleichzeitig möchte ich mein Bedauern ausdrücken, daß die Ereignisse in England die Arbeit der Konferenz gestört haben, aber wir sind bereit, beliebig lange zu bleiben und uns mit beliebigen Fragen zu befassen.

Stalin: Die Frage der Zulassung Italiens und der anderen Länder zur Organisation der Vereinten Nationen wurde auf der vorangegangenen Sitzung der „großen Drei“ erörtert. Wie hier jedoch mitgeteilt wurde, entstand bei den Außenministern ein unterschiedlicher Eindruck von den Resultaten dieser Erörterung. Der sowjetischen Delegation schien es, daß diese Frage im wesentlichen zwischen den Chefs der drei Regierungen vereinbart war, nach den Abänderungen, die der Premierminister im Hinblick auf Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland gemacht hatte. Dort, wo die Rede von den Friedensverträgen ist, wurde beschlossen, die Worte „mit Bulgarien, Rumänien“ usw. zu ersetzen durch die Worte „für Bulgarien, Rumänien“ usw. Danach wurde die Frage zur Endredaktion an die drei Außenminister überwiesen. Aber auf der Beratung der Minister brachte die englische Delegation eine neue Abänderung zu diesem Entwurf ein, die nicht angenommen wurde.

Auf der Beratung der Regierungschefs ging es darum, wie die Regierungen der genannten Länder zu bezeichnen sind: verantwortliche oder anerkannte. Die russische Delegation ist der

Ansicht, daß es für die Regierungen verletzend wäre, wenn man „verantwortliche“ sagt, weil sie denken werden, daß man sie jetzt für nicht verantwortliche hält. Sagt man „anerkannte“, wie hier auf der Beratung der drei Regierungschefs beschlossen, vermeidet man die Kränkung. Jede unserer Regierungen kann die Regierungen dieser Staaten anerkennen, wenn sie diese als demokratisch einschätzt. Eine Kränkung der Regierungen wird vermieden und der Sinn, der Inhalt bleibt der gleiche. Wir haben hier einen Beschluß gefaßt, und die Minister sind dann zusammengetreten und haben unseren Beschluß aufgehoben. Das ist nicht richtig. Im Prinzip war das angenommen.

Truman: Ich bitte Herrn Byrnes, sich dazu zu äußern.

Byrnes: Auf der Beratung der drei Außenminister erklärte die sowjetische Delegation, die USA-Delegation habe, soweit sie sich erinnere, ihren Vorschlag angenommen. Im Namen der amerikanischen Delegation sagte ich, daß der Präsident im Prinzip den Vorschlag der sowjetischen Delegation angenommen und dabei gesagt hat, daß man diesen Vorschlag den Außenministern zur redaktionellen Bearbeitung übergeben müsse: Der Präsident dachte dabei nur daran, ein Wort auszutauschen, und zwar das Wort „untersuchen“ durch das Wort „prüfen“ (im Englischen ist das von Bedeutung). Daher gab es in dieser Frage keine Differenzen zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Delegation.

Ich erklärte aber daraufhin den Außenministern, daß Herr Churchill, soweit ich mich entsinne, Einwände gegen den Vorschlag der sowjetischen Delegation erhoben hatte, die Frage der Anerkennung der Regierungen der Vasallenstaaten zu prüfen. Nach Beendigung der Beratung der drei Regierungschefs teilte mir Herr Churchill mit, daß er mit diesem Vorschlag nicht einverstanden sei. Ich sagte den Außenministern auch, daß ursprünglich die amerikanische Delegation ihren Vorschlag bezüglich Italiens vorgebracht habe, um diesem gewiss'e Erleichterungen zu gewähren. In dem Vorschlag wurde lediglich gesagt, daß die drei Mächte erklären, Italien beim Eintritt in die Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen.

Die englische Delegation schlug vor, in den Kreis der Länder, deren Beitritt zur Organisation der Vereinten Nationen wir unterstützen werden, einige neutrale Länder aufzunehmen. Wir stimmten dem zu. Die sowjetische Delegation schlug vor, in diesem Dokument einen Punkt über das Franco-Regime aufzunehmen, und um der sowjetischen Delegation entgegenzukommen, fügten wir den Punkt über die ablehnende Haltung der drei Mächte zum Eintritt Spaniens unter dem Franco-Regime als Mitglied in die Vereinten Nationen ein.

Die sowjetische Delegation schlug dann vor, den Punkt über die Regierungen Bulgariens, Rumäniens, Ungarns und Finnlands aufzunehmen. Mit gewissen Abänderungen stimmten wir diesem Punkt zu. Daraufhin wurde vorgeschlagen, eine redaktionelle Abänderung an dem Punkt über diese Länder vorzunehmen. Dem stimmten wir ebenfalls zu.

Bedauerlicherweise ergibt sich eine Lage, daß die englische Delegation ihre Zustimmung verweigert, wenn wir mit den sowjetischen Freunden übereinstimmen, und wenn wir mit unseren englischen Freunden übereinstimmen, bekommen wir nicht die Zustimmung der sowjetischen Delegation. (*Heiterkeit*) Und wenn jetzt die sowjetische und die englische Delegation zu einer Einigung über den sowjetischen Vorschlag kommen könnten, wären wir bereit, das Dokument anzunehmen, aber wenn sie keine Einigung erzielen können, sind wir bereit, unsere bescheidenen Vorschläge bezüglich Italiens zurückzuziehen.

Attlee: Herr Präsident, ich bitte Herrn Cadogan zu gestatten, daß er unsere Haltung in dieser Frage darlegt.

Cadogan: Das Dokument, das wir behandeln, betrifft die Frage der Aufnahme Italiens und der anderen Vasallenländer in die Organisation der Vereinten Nationen und möglicherweise auch einiger neutraler Länder. Soweit mir bekannt ist, kann der Wortlaut des Dokuments gebilligt werden, mit Ausnahme von zwei Punkten. Generalissimus Stalin hat bereits über einen dieser Punkte gesprochen, und zwar über den Ersatz der Worte „verantwortliche Regierungen“ durch die Worte „anerkannte Regierungen“. Mir scheint, daß wir vor zwei Tagen, als wir diese Frage erörterten, dem zustimmten.

Die zweite, kompliziertere Frage betrifft den Punkt drei, wo es heißt, daß die drei Regierungen übereinkommen, in naher Zukunft die Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Finnland, Bulgarien, Rumänien und Ungarn zu untersuchen. Herr Churchill erklärte, er sei zwar einverstanden, die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit diesen Ländern zu untersuchen, daß jedoch die Aufnahme dieses Punktes in die Erklärung irreführend sein könnte, weil die Engländer nach der Verfassung keine vollen diplomatischen Beziehungen mit Ländern herstellen können, mit denen sie sich technisch noch im Kriegszustand befinden. Es wurde ein Kompromißbeschluß des Sinnes vorgeschlagen, daß wir nach Unterzeichnung des Friedensvertrages volle diplomatische Beziehungen mit diesen Ländern wiederaufnehmen könnten. Mir scheint aber, daß unser diesbezüglicher Vorschlag auf Widerspruch seitens der sowjetischen Delegation stieß.

Stalin: Ich habe Herrn Cadogan so verstanden, daß er einverstanden ist, wenn man „anerkannte Regierungen“ statt „verantwortliche Regierungen“ sagt.

Cadogan: Ja.

Byrnes: Das ist für uns akzeptabel: „anerkannte“ statt „verantwortliche“.

Stalin: Einen Unterschied in der Lage zwischen Italien und den Alliierten einerseits und zwischen den anderen Ländern und den Alliierten andererseits gibt es hier nicht. Weder in Italien noch in Rumänien, noch in Ungarn, noch in Bulgarien gibt es frei gewählte Regierungen. Eine solche Regierung gibt es nur in Finnland. In allen diesen Ländern wurden die Regierungen ebenso wie in Italien durch Abkommen zwischen den Hauptparteien gebildet.

Da Italien von den USA und der Sowjetunion anerkannt und von der englischen Regierung zu neunzig Prozent anerkannt ist, warum kann man dann nicht die Frage aufwerfen, daß das Problem der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit, sagen wir, Rumänien, Bulgarien und Ungarn, untersucht wird? Vom Standpunkt der Demokratie herrscht dort die gleiche Lage wie in Italien. Doch Italien ist von drei Mächten anerkannt. Es heißt hier nicht: Herstellung voller diplomatischer Beziehungen. Ich verstehe eigentlich nicht den Sinn der Abänderung, von der Herr Cadogan sprach. Warum wird ein solcher Unterschied zwischen Italien, das keine frei gewählte Regierung besitzt, und den anderen Ländern, die, außer Finnland, auch keine frei gewählten Regierungen besitzen, gemacht?

Bevin: Besteht der Unterschied nicht vielleicht darin, daß wir im Hinblick auf Italien wissen, wie die Lage dort ist, während uns über die Lage in den anderen Ländern nichts bekannt ist?

Stalin: Es wird Ihnen nicht vorgeschlagen, sich zur Anerkennung dieser Regierungen zu verpflichten. In der Zeit, in der Sie die Frage der Anerkennung beraten, haben Sie die Möglichkeit, sich mit der Lage in diesen Ländern bekannt zu machen.

Bevin: Aber warum soll man diese Verpflichtung übernehmen, bevor man die Lage in diesen Ländern kennt?

Stalin: Wir wußten genauso wenig von Italien, als wir diplomatische Beziehungen mit ihm aufnahmen, vielleicht sogar noch weniger, als Sie heute über diese Länder wissen. Es handelt sich darum, diesen Ländern, angefangen bei Italien bis hin zu Bulgarien, irgendeinen Weg zur Erleichterung ihrer Lage zu eröffnen. Italien wird hier die Perspektive des Eintritts in die Organisation der Vereinten Nationen gegeben. Das ist bereits der zweite Schritt auf dem Wege zur Erleichterung seiner Lage, während der erste Schritt darin bestand, daß sechs oder acht Monate nach der Kapitulation die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt wurden. Der zweite Schritt auf dem Wege zur Erleichterung der Lage Italiens besteht nun darin, daß wir zwei Jahre nach der Kapitulation Italien die Möglichkeit geben, der Organisation der Vereinten Nationen beizutreten.

Jetzt besteht die Aufgabe darin, hinsichtlich der anderen Länder den ersten Schritt zu tun: zu gewährleisten, daß die Frage ihrer Anerkennung durch die drei Mächte erörtert wird. Es wird vorgeschlagen, dies zehn Monate nach ihrer Kapitulation zu tun. Wenn wir uns bereit

erklären, die Lage Italiens zu erleichtern, so muß man in dieser Hinsicht auch irgend etwas für die anderen Länder tun. Darum geht es.

Attlee: Meines Erachtens wurde hier erklärt, daß es für uns unmöglich ist, mit diesen Ländern vor Unterzeichnung des Friedensvertrages volle diplomatische Beziehungen wiederaufzunehmen. Die Schwierigkeit besteht darin, daß die Annahme des sowjetischen Vorschlags den Eindruck schafft, als würden wir uns anschicken, hinsichtlich dieser Länder etwas zu tun, was für uns unmöglich ist. Die von der englischen Delegation vorgeschlagene Abänderung besteht darin, daß volle diplomatische Beziehungen mit diesen Ländern erst nach Abschluß der Friedensverträge aufgenommen werden, und sie konstatiert das, was möglich ist.

Stalin: Und wenn man so sagt: Die drei Staaten werden, jeder für sich, die Frage der Herstellung voller oder nicht voller diplomatischer Beziehungen untersuchen. Mit Finnland wird man in jedem Falle die diplomatischen Beziehungen wiederherstellen müssen; es ist schon peinlich, die Lösung dieser Frage hinauszuziehen, da dort eine frei gewählte Regierung gebildet wurde. Es geht um die übrigen Länder.

Attlee: Mir scheint, daß dieser Vorschlag nicht der Wirklichkeit entspricht.

Stalin: Gut, nehmen wir dann die Formulierung der Amerikaner an, statt „untersuchen“ zu sagen „prüfen“.

Attlee: Mir scheint, daß eine Wortänderung am Wesen der Sache nichts verändert. Eine Anfrage im Parlament wird alles aufdecken.

Stalin: Aber wir verbergen ja nichts. Was ist hier zu verbergen? Eine Sache ist es - zu untersuchen, eine andere Sache - zu prüfen. Sie werden auf jeden Fall diese Frage prüfen. Es wäre merkwürdig, wenn wir die Frage der Anerkennung dieser Regierungen nicht prüfen würden. Was ist hier Schreckliches oder Neues? Ich denke, daß die Engländer sich der amerikanischen Formulierung anschließen könnten. Sie verlieren nichts, sondern gewinnen nur in der öffentlichen Meinung dieser Länder.

Bevin: Wenn wir zurückkehren, wird man uns im Parlament fragen, was das bedeutet, was wir getan haben. Ich möchte dem Volk ganz ehrlich antworten. Wenn ich eine Regierung anerkenne, so erkenne ich diese Regierung wirklich an. Und ich will nicht mit Worten Dinge verschleiern, die man anders auffassen könnte. Ich würde am liebsten den letzten Vorschlag der Amerikaner annehmen und die Lösung dieser Frage vertagen.

Stalin: Dann wollen wir vertagen.

Truman: Welche Frage werden wir jetzt erörtern - über die Westgrenze Polens oder über die Reparationen aus Italien und Österreich?

(Es wird beschlossen, die Frage der Reparationen zu erörtern.)

Truman: In diesem Falle möchte ich eine Erklärung über die Reparationen aus Italien abgeben. Wie ich bereits am ersten Tag der Erörterung der Frage Italien ausführte, genauer der Frage über die Erleichterung der Waffenstillstandsbedingungen für Italien, mußten wir gemeinsam mit der britischen Regierung Italien etwa 500 Millionen Dollar zur Wiederherstellung seiner Wirtschaft zur Verfügung stellen. Wir beabsichtigen, Italien eine weitere halbe Million Dollar zu diesem Zwecke zu geben. Die USA-Regierung ist bereit, diese Mittel für bestimmte Zwecke zur Verfügung zu stellen, über die ich bereits sprach, und nicht dazu, daß Italien Reparationen an alliierte und andere Länder zahlt. Wenn es in Italien Rüstungsbetriebe mit Schwerindustrie gibt, die von der Sowjetunion benötigt wird, sind wir einverstanden, daß die Sowjetunion diese Ausrüstung nimmt. Aber die Mittel, die wir Italien zur Verfügung stellen wollen, müssen in erster Linie durch den Export aus Italien abgedeckt werden.

Stalin: Man könnte vereinbaren, von Österreich keine Reparationen zu nehmen, da Österreich kein selbständiger Staat war. Aber für unser Sowjetvolk ist es schwer zu begreifen, daß es überhaupt keine Reparationen aus Italien gibt, da es ein selbständiger Staat war, dessen Truppen bis zur Wolga vordrangen und an der Verwüstung unseres Landes mitbeteiligt

waren. Österreich hatte keine eigenen Streitkräfte, man kann auf Reparationen verzichten; Italien hatte eigene Streitkräfte, und es muß Reparationen zahlen.

Truman: Wenn es in Italien Objekte für die Reparationsentnahme gibt, so bin ich einverstanden, sie der Sowjetunion zu übergeben. Aber wir sind nicht bereit und lehnen es ab, Italien Geld zur Verfügung zu stellen, damit es mit diesem Geld Reparationen an alliierte und andere Länder zahlt.

Stalin: Ich verstehe den Standpunkt des Präsidenten, aber ich möchte, daß der Präsident meinen Standpunkt versteht. Woher nimmt das Sowjetvolk das moralische Recht, von Reparationen zu sprechen? Daher, daß weite Teile des Territoriums der Sowjetunion durch feindliche Truppen okkupiert waren. Dreieinhalb Jahre befanden sich Sowjetmenschen unter dem Stiefel der Okkupanten. Hätte es keine Okkupation gegeben, hätten die Russen vielleicht kein moralisches Recht, von Reparationen zu sprechen. Vielleicht.

Truman: Ich fühle mit Ihnen durchaus mit.

Stalin: Der Präsident sagt, daß es vielleicht in Italien Ausrüstung gibt, die die Russen benötigen, und daß diese Ausrüstung vielleicht zur Tilgung der Reparationen verwandt wird. Gut, ich will nicht viel fordern, aber ich möchte die ungefähre Summe dieser Reparationen festlegen. Italien ist ein großes Land. Welche Summe kann man von Italien verlangen, wie hoch kann man die Reparationen wertmäßig festsetzen? Wenn der Präsident nicht bereit ist, diese Frage zu beantworten, bin ich bereit zu warten, aber irgendeine Reparationssumme muß man festlegen.

Truman: Ich kann diese Frage jetzt nicht beantworten.

Bevin: Bei Festlegung der Reparationssumme schlage ich vor, das abzusetzen, was Amerika und Großbritannien Italien geben, und nur das in Rechnung zu stellen, was Italien gegenwärtig besitzt.

Stalin: Natürlich, ich habe nicht vor, die Interessen Amerikas und Englands zu beeinträchtigen.

Attlee: Ich möchte sagen, daß wir dem, was der Präsident gesagt hat, voll zustimmen. Gleichzeitig hege ich ein tiefes Mitgefühl mit dem russischen Volk, das so viel erduldet hat. Aber auch wir haben viel erduldet durch den Überfall Italiens. Auch unser Land ist verwüstet, und man kann sich die Gefühle des englischen Volkes vorstellen, wenn Italien Reparationen aus Mitteln zahlen soll, die ihm faktisch von Amerika und Großbritannien zur Verfügung gestellt wurden. Sollte es allerdings in Italien Ausrüstung geben, die man entnehmen kann, so ist das eine andere Sache, aber einer Bezahlung von Reparationen aus solchen Mitteln, die wir und Amerika gegeben haben, wird unser Volk niemals zustimmen.

Stalin: Wir sind einverstanden, Ausrüstung zu nehmen.

Attlee: Rüstungsanlagen?

Stalin: Rüstungsanlagen.

Attlee: Werden das einmalige Entnahmen von Rüstungsanlagen sein und keine Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion?

Stalin: Einmalige Entnahmen.

Bevin: Ich möchte fragen: Handelt es sich um Rüstungsanlagen für die Produktion von Kriegsmaterial?

Stalin: Nein, warum? Es handelt sich um die Ausrüstung von Rüstungsbetrieben, die für die Produktion von Friedensgütern genutzt wird; die gleiche Ausrüstung entnehmen wir aus Deutschland.

Attlee: Das, was ich im Auge hatte, ist Ausrüstung, die nicht für die Friedensproduktion genutzt werden kann.

Stalin: Jede Ausrüstung kann für die Friedensproduktion genutzt werden. Unsere Rüstungsbetriebe überführen wir jetzt auf die Friedensproduktion. Es gibt keine Rüstungsanlagen, die nicht für die Produktion von Friedensgütern genutzt werden können. Unsere Panzerwerke haben beispielsweise begonnen, Kraftwagen zu produzieren.

Bevin: Es ist sehr schwer zu bestimmen, was Sie nehmen werden.

Stalin: Natürlich können wir die Ausrüstung jetzt nicht benennen. Wir wollen nur, daß hier im Prinzip der Beschluß gefaßt wird, und dann formulieren wir unsere Forderungen.

Truman: Soweit ich verstanden habe, wollen Sie, daß hier im Prinzip vereinbart wird, daß Italien Reparationen zahlen muß?

Stalin: Durchaus richtig. Man muß die Reparationssumme festlegen, wobei ich damit einverstanden bin, eine geringe Summe zu erhalten.

Truman: Ich denke, daß wir im Prinzip keine großen Differenzen in dieser Frage haben. Ich will nur, daß unsere Vorschüsse, die wir Italien gegeben haben, dabei nicht angetastet werden.

Stalin: Ich denke nicht an diese Vorschüsse.

Bevin: Es erhebt sich die Frage: Was soll in erster Linie entnommen werden? Die ersten Ansprüche gegenüber Italien, das sind die Ansprüche Großbritanniens und der USA, die einen Kredit gewährt haben, die zweiten Ansprüche sind die Reparationen.

Stalin: Wir können nicht Italien und andere Aggressoren dadurch belohnen, daß sie straflos aus dem Krieg hervorgehen, ohne auch nur teilweise zu bezahlen, was sie zerstört haben. Darauf zu verzichten heißt, ihnen eine Prämie für den Krieg zu zahlen.

Truman: Ich bin völlig einverstanden mit Ihnen.

Bevin: Ich höre schlecht, das Flugzeug ist schuld. *(Man wiederholt Bevin die Äußerung Stalins.)*

Truman: Ich bin mit der Erklärung des Generalissimus einverstanden, daß der Aggressor keine Prämie erhalten soll, sondern bestraft werden muß.

Stalin: Die Engländer hatten besonders unter Italien zu leiden.

Attlee: Wir vergessen das nicht.

Truman: Legen wir für unsere morgige Sitzung die Uhrzeit fest. Wie gewöhnlich um fünf?

Stalin: Bitte.

Truman: Vielleicht beginnen wir unsere Arbeit um vier Uhr? Mit allgemeiner Zustimmung beginnen wir die morgige Sitzung um vier Uhr.

Elfte Sitzung 31. Juli 1945

Truman: Über die gestrige Sitzung der Außenminister wird Herr Bevin berichten.

Bevin: Ich schlage vor, keinen gesonderten Bericht zu erstatten, da fast alle Fragen der gestrigen Tagesordnung der Sitzung der Außenminister auf der heutigen Tagesordnung für die Sitzung der „großen Drei“ stehen.

(Bevins Vorschlag wird angenommen.)

Truman: Der erste Punkt unserer Tagesordnung - Vorschläge der USA über die deutschen Reparationen, über die Westgrenze Polens und über die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Herr Byrnes wird jetzt über diese Vorschläge berichten.

Byrnes: Unsere Vorschläge zur Frage der Reparationen wurden als Teil eines Gesamtvorschlages eingebracht, der die drei strittigen Fragen betrifft. Diese Fragen sind; Fragen der Reparationen, Fragen der Westgrenze Polens und Fragen der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Alle diese drei Fragen sind miteinander verbunden. Die USA-Delegation hat auf der Sitzung der Außenminister erklärt, daß sie Zugeständnisse im Hinblick auf die Westgrenze Polens und die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen macht unter der Bedingung, daß in allen drei Fragen eine Einigung erzielt werden kann.

Stalin: Sie sind nicht miteinander verbunden, es sind verschiedene Fragen.

Byrnes: Das ist richtig, es sind verschiedene Fragen, aber sie standen vor uns im Verlaufe von zwei Wochen, und wir vermochten keine Einigung darüber zu erzielen. Die USA-Delegation hat ihre Vorschläge zu allen diesen drei Fragen eingebracht in der Hoffnung, eine Einigung zu erzielen. Wir erklären jedoch hier noch einmal, daß wir nicht bereit sind, Zugeständnisse bezüglich der polnischen Grenze zu machen, wenn keine Einigung in den zwei anderen Fragen erzielt wird.

In unseren Vorschlägen über die Reparationen, die auf der gestrigen Sitzung der Minister erörtert wurden, war vorgesehen, daß 25 Prozent der industriellen Ausrüstung des Ruhrgebiets, die überflüssig ist zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft, der Sowjetunion im Austausch gegen Lebensmittel, Kohle, Zink, Kalium, Erdölprodukte, Holz usw. aus der sowjetischen Zone übergeben werden. Außerdem schlugen wir vor, 15 Prozent dieser industriellen Ausrüstung aus dem Ruhrgebiet, die als überflüssig für die Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft erachtet wird, der Sowjetunion ohne Bezahlung oder Tausch zu übergeben.

In der gestrigen Diskussion erklärte die britische Delegation, daß sie sich nicht damit einverstanden erklären kann, daß all dies aus dem Ruhrgebiet übergeben wird, daß sie aber einer Übergabe der Ausrüstung aus allen Westzonen an die Sowjetregierung zustimmen kann. Wir erklärten uns einverstanden, daß der einzige Unterschied zwischen dem englischen und dem amerikanischen Vorschlag in der Höhe des Prozentsatzes besteht, und wenn man die Prozentsätze auf alle drei westlichen Besatzungszonen bezieht, so muß ihre Höhe auf die Hälfte des für das Ruhrgebiet festgesetzten gesenkt werden, und zwar statt 25 Prozent werden es 12,5 Prozent und statt 15 Prozent 7,5 Prozent sein.

Die sowjetische Delegation stimmte diesem Vorschlag nicht zu, die amerikanische und britische Delegation hingegen vertraten die Ansicht, daß dies in administrativer Hinsicht bedeutend einfacher sein wird. Wir waren desgleichen der Auffassung, daß die Entnahme aus allen drei Westzonen auch für die Sowjetunion bedeutend vorteilhafter wäre.

Stalin: Wir halten es ebenfalls für richtig, die Entnahme nicht nur aus dem Ruhrgebiet, sondern aus allen Westzonen vorzunehmen.

Byrnes: Das bietet Ihnen eine größere Auswahl in bezug auf die Ausrüstung, da diese Ausrüstung sowohl aus der amerikanischen wie auch aus der englischen und französischen Zone kommen kann.

Auf der Sitzung der Außenminister wurde vorgeschlagen, daß die Frage entschieden werden muß, wer über die Ausrüstung bestimmt, die nicht zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft benötigt wird und für Reparationen zur Verfügung steht. Die sowjetische Delegation war der Meinung, daß genau festzulegen ist, wer die Menge und den Charakter der industriellen Ausrüstung bestimmt, die nicht für die Friedenswirtschaft benötigt wird und für Reparationen zur Verfügung steht. Ich schlug vor, daß diese Festlegung durch den Kontrollrat erfolgt, gemäß den Richtlinien der alliierten Reparationskommission, und die endgültige Entscheidung von dem Kommandierenden der Zone getroffen wird, aus der die Entnahme dieser Ausrüstung erfolgen soll. Ich schlug vor, daß diese Festlegung vom Kontrollrat getroffen wird, da im Kontrollrat alle vier Mächte vertreten sind und der Kontrollrat ein Verwaltungsorgan ist, das Exekutivfunktionen hat, während die Reparationskommission ein Organ ist, das sich mit der Ausarbeitung der generellen Politik im Hinblick auf die Reparationen befaßt.

Ich wiederhole hier den Vorschlag, den ich gestern unterbreitet habe, und zwar, daß die Entnahme der industriellen Ausrüstung innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein soll und die Lieferungen an die Sowjetunion im Austausch gegen Lieferungen aus ihrer Besatzungszone innerhalb von fünf Jahren erfolgen sollen. Ich schlug desgleichen vor, daß die Reparationsansprüche der anderen Länder aus den westlichen Besatzungszonen zu befriedigen sind.

Die beiden anderen Fragen, von denen ich sprach und die in unseren Vorschlägen miteinander verbunden werden, das ist die Frage der Westgrenze Polens und die Frage der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen. Wir stimmen der Lösung dieser Fragen zu unter der Bedingung, daß Übereinstimmung in der Hauptfrage, der Reparationsfrage, erzielt wird.

Entsprechend unserem Vorschlag über die polnische Westgrenze wird der polnischen Regierung das Recht gewährt, eine Verwaltung in dem gesamten Gebiet zu bilden, das die Polen gefordert haben.

Was die Frage der Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen betrifft, so haben wir vor drei Tagen unseren Vorschlag zurückgezogen. Wir bringen jedoch nunmehr erneut einen Vorschlag zu dieser Frage ein, dessen Fassung, wie wir hoffen, die Sowjetunion zufriedenstellt.

Die Fassung des Vorschlages, die wir vor vier Tagen erörtert haben, lautete: „Die drei Regierungen sind, jede gesondert für sich, einverstanden, in nächster Zeit die Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu prüfen.“ Die englische Delegation hat erklärt, daß dies für sie unakzeptabel sei, da die englische Regierung einer Herstellung voller diplomatischer Beziehungen zu einem Lande, mit dem sie sich im Kriegszustand befindet, nicht zustimmen kann. Daraufhin stellte der sowjetische Regierungschef die Anfrage, ob die englische Regierung bereit ist, die Regierungen dieser Länder voll oder teilweise anzuerkennen. Deshalb bringe ich jetzt einen Vorschlag in folgender Fassung ein:

„Die drei Regierungen kommen überein, jede für sich in naher Zukunft im Lichte der dann vorherrschenden Bedingungen die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu untersuchen, soweit dies vor Abschluß von Friedensverträgen mit diesen Ländern möglich ist.“

Ich hoffe, daß unsere sowjetischen und englischen Freunde bereit sein werden, unseren Vorschlag in dieser Fassung zu akzeptieren.

Stalin: Ich habe im Prinzip keine Einwände gegen diese Fassung.

Byrnes: Wir haben desgleichen vorgeschlagen, einen neuen Punkt hinzuzusetzen, wonach die drei Regierungen dem Wunsch Ausdruck verleihen, daß im Hinblick auf die veränderten Umstände, bedingt durch das Kriegsende in Europa, die Vertreter der alliierten Presse volle Freiheit genießen, der Welt über die Ereignisse in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland zu berichten. Das ist fast die gleiche Fassung, auf die wir uns im Falle Polens einigten.

Stalin: Das kann man akzeptieren, aber man sollte den Wortlaut ändern und statt „die drei Regierungen geben dem Wunsch Ausdruck“ - „die drei Regierungen zweifeln nicht, daß ...“ usw. setzen.

Byrnes: Was die USA betrifft, so ist das für uns akzeptabel. Ich meine, daß wir dieses Dokument jetzt annehmen sollten, wie es ist.

Wir haben also drei Vorschläge eingebracht, und ich hoffe sehr, daß alle drei Vorschläge hier angenommen werden.

Stalin: Wir haben Vorschläge über die Reparationen.

(Es werden dann die folgenden Vorschläge der sowjetischen Delegation zur Frage der Reparationen aus Deutschland vorgelesen:

„1. Jede Regierung entnimmt Reparationen aus ihrer Besatzungszone. Diese haben zwei Formen: einmalige Entnahmen aus dem Nationalvermögen Deutschlands [Ausrüstung, Materialien], die innerhalb von zwei Jahren nach der Kapitulation vorgenommen werden, und jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, die innerhalb von zehn Jahren nach der Kapitulation vorgenommen werden.

2. Die Reparationen haben das Ziel, die schnellste Wiederherstellung der durch die deutsche Okkupation heimgesuchten Länder zu fördern unter Beachtung der Notwendigkeit einer allseitigen Einschränkung des Rüstungspotentials Deutschlands.

3. Über die aus der eigenen Zone entnommenen Reparationen hinaus erhält die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen:

a) 15 Prozent derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen Ausrüstung, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrie, die nach Festlegung des Kontrollrats in Deutschland gemäß dem Bericht der Reparationskommission in den Westzonen der Entnahme auf Reparationskonto unterliegt; diese Ausrüstung wird der Sowjetunion im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Kali, Holz, keramischen Erzeugnissen und Erdölprodukten innerhalb von fünf Jahren übergeben;

b) 10 Prozent der industriellen Ausrüstung, die aus den westlichen Zonen auf Reparationskonto entnommen wird, ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art. Die Festlegung des Umfangs der Ausrüstung und Materialien, die aus den Westzonen auf Reparationskonto zu entnehmen sind, muß spätestens innerhalb von drei Monaten erfolgen.

4. Außerdem erhält die UdSSR auf Reparationskonto:

a) für 500 Millionen Dollar Aktien von Industrie- und Transportbetrieben in den Westzonen;

b) 30 Prozent der Auslandsanlagen Deutschlands;

c) 30 Prozent des deutschen Goldes, das in die Verfügung der Verbündeten gelangt ist.

5. Die UdSSR übernimmt die Regelung der Reparationsforderungen Polens aus ihrem eigenen Reparationsanteil. Die USA und Großbritannien tun das gleiche im Hinblick auf Frankreich, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und Norwegen.“)

Stalin: Herr Byrnes hatte hier vorgeschlagen, daß diese drei Fragen alle zu einem Paket zusammengefaßt werden. Ich verstehe seinen Standpunkt. Er schlägt die Taktik vor, die er für zweckmäßig hält. Jede Delegation ist berechtigt, einen solchen Vorschlag einzubringen, aber die sowjetische Delegation wird unabhängig davon zu jeder Frage gesondert ihre Stimme abgeben.

Die russische Delegation hat ihre Vorschläge gemacht. Die Hauptfrage, die Differenzen und Meinungsverschiedenheiten verursacht, ist die Frage der Reparationen aus Deutschland. Wir haben unsere Überlegungen dargelegt. Sie haben wahrscheinlich bemerkt, daß die russische Delegation sich den Standpunkt der amerikanischen Delegation zu eigen gemacht hat, denn sie hat darauf verzichtet, eine bestimmte Summe und Mengen zu benennen, und ist auf Prozentsätze übergegangen.

Vom Hauptthema abschweifend, möchte ich etwas über die Entnahmen sagen, die von den Engländern aus der russischen Besatzungszone vor deren Einnahme durch die sowjetischen Truppen vorgenommen wurden. Es handelt sich um den Abtransport von Waren und

Ausrüstung. Überdies gibt es eine Niederschrift des sowjetischen Militärkommandos darüber, daß die amerikanischen Behörden vom gleichen Territorium 11 000 Waggon weggeschafft haben. Was mit diesem Eigentum wird, weiß ich nicht. Wird dieses Eigentum den Russen zurückgegeben oder auf irgendeine Art und Weise erstattet? Jedenfalls haben die Amerikaner und Engländer Ausrüstung nicht nur aus ihrer Zone abtransportiert, sondern auch aus der russischen Zone, und wir haben aus Ihren Zonen keinen einzigen Waggon weggeschafft und keinerlei Ausrüstung aus Ihren Betrieben entnommen. Die Amerikaner hatten versprochen, nichts wegzuschaffen, haben es aber doch getan.

Jetzt zur Sache selbst. Ich meine, daß es möglich ist, sich über die Frage der Reparationen aus Deutschland zu einigen. Was sind die wichtigsten Leitsätze des amerikanischen Planes? Erstens - jeder nimmt Entnahmen aus seiner Zone vor. Wir sind damit einverstanden. Zweitens - es wird nicht nur aus dem Ruhrgebiet, sondern aus allen Westzonen Ausrüstung entnommen. Diesen zweiten Leitsatz haben wir akzeptiert. Dritter Leitsatz - ein Teil der aus den Westzonen entnommenen Reparationen wird innerhalb von fünf Jahren durch ein entsprechendes Äquivalent aus der russischen Zone abgedeckt. Dann der vierte Leitsatz - daß der Kontrollrat den Umfang der Entnahmen aus den Westzonen festlegt. Auch das ist akzeptabel.

Worüber bestehen demnach noch Meinungsverschiedenheiten? Uns interessiert die Frage der Fristen, die Frage, wann die Berechnung des Umfangs der Reparationen abgeschlossen ist. Das ist im amerikanischen Entwurf nicht enthalten. Wir möchten eine Frist von drei Monaten festlegen.

Byrnes: Die Frage der Fristen muß vereinbart werden.

Stalin: Es handelt sich um die Frist für die Festlegung des Umfangs der Reparationen. Irgendeine Frist muß vorgeschlagen werden. Wir schlagen drei Monate vor. Ist das ausreichend?

Truman: Meines Erachtens ist das ausreichend.

Attlee: Das ist eine kurze Frist. Ich muß noch etwas nachdenken.

Stalin: Nachdenken kann natürlich nicht schaden. Drei, vier, fünf Monate, aber eine Frist ist festzulegen.

Attlee: Ich schlage sechs Monate vor.

Stalin: Gut, einverstanden.

Bleibt da noch der Prozentsatz der Entnahmen. Auch hier kann eine Einigung erzielt werden. Ein Prozent mehr oder weniger ist nicht entscheidend. Ich meine, daß die Engländer und Amerikaner uns bei der Festlegung des Prozentsatzes der Entnahmen entgegenkommen werden. Wir haben in diesem Krieg sehr viel Ausrüstung verloren, schrecklich viel. Und ich rechne damit, daß Herr Attlee unseren Vorschlag unterstützen wird.

Attlee: Nein, das kann ich nicht.

Stalin: Denken Sie nach und unterstützen Sie uns.

Attlee: Ich habe gestern den ganzen Tag darüber nachgedacht. *(Heiterkeit)*

Stalin: Was soll man tun? Ich denke, daß man erreichen muß, daß sich in dieser Frage alle einig sind.

Bevin: Im sowjetischen Dokument fehlen die Worte, die ich gestern gebrauchte, und zwar, „Ausrüstung, die für die Friedenswirtschaft unnötig ist“.

(Die sowjetische Delegation trägt noch einmal den entsprechenden Teil ihrer Vorschläge zur Reparationsfrage vor.)

Bevin: Ich schlage vor, daß Sie meinen Satz übernehmen, da er meine Gedanken genau wiedergibt.

Stalin: Worin besteht dieser?

Bevin: Der Kontrollrat hat zunächst festzulegen, welche Menge von Ausrüstung zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft in Deutschland verbleibt.

Stalin: Das ist ein und dasselbe.

Bevin: Dann nehmen Sie vielleicht meinen Satz an?

Stalin: Und welcher Unterschied ist da?

Bevin: Ein großer Unterschied. Ich möchte nicht, daß es dabei Mißverständnisse gibt. Ihr Text kann auch anders verstanden werden, und zwar als 15 Prozent der gesamten Ausrüstung.

Stalin: Nein, wir meinen 15 Prozent der zur Entnahme bestimmten Ausrüstung, das heißt der Ausrüstung, die nicht zur Aufrechterhaltung der Friedenswirtschaft benötigt wird.

Bevin: Ich würde vorschlagen, dies in dem Dokument festzuhalten, damit völlige Klarheit herrscht.

Stalin: Und was ist hier unklar? Der Kontrollrat legt fest, welche Ausrüstung für die Friedenswirtschaft erforderlich ist. Und das, was verbleibt, das bildet das Gesamtvolumen für die Reparationen.

Byrnes: In unserer Fassung drückt dieser Satz die gemeinsame Auffassung der englischen und amerikanischen Delegation aus.

Stalin: Was schlagen Sie vor?

Byrnes: Den Umfang der Ausrüstung, die als unnötig für die Friedenswirtschaft und damit als verfügbar für die Reparationen eingeschätzt wird, legt der Kontrollrat auf Direktive der interalliierten Reparationskommission fest, und dieser unterliegt der endgültigen Billigung des Oberbefehlshabers der Zone, aus der diese Ausrüstung entnommen wird.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Byrnes: Die einzige Frage, die somit offenbleibt, ist die Frage der Prozentsätze. Wollen Sie 15 Prozent oder 10 Prozent statt 12,5 und 7,5 Prozent?

Stalin: Ja.

Byrnes: Aber außerdem wünschen Sie auf Reparationskonto für 500 Millionen Dollar Aktien von Industrieunternehmen in den Westzonen, 30 Prozent der Auslandsanlagen Deutschlands und 30 Prozent des deutschen Goldes, das in die Verfügungsgewalt der Verbündeten gelangt ist, zu bekommen. Über das Gold kann ich, soweit mir die Meinung unseres Stabes bekannt ist, sagen, daß ein Teil Gold dabei ist, das früher Eigentum anderer Länder war. Es wäre ungerecht, die Ansprüche dieser Länder abzulehnen.

Stalin: Das bezieht sich auf das deutsche Gold.

Byrnes: Nach unseren Informationen gibt es kein deutsches Gold, da die Deutschen das gesamte Gold während des Krieges zusammengeraubt haben. Wir müssen dieses Gold den Ländern zurückgeben, denen es früher gehört hat. Wenn die sowjetische Delegation darauf besteht, daß die Sowjetunion zusätzlich zu diesen Prozentsätzen für 500 Millionen Dollar Aktien von Industrieunternehmen bekommen soll, wie dies in den sowjetischen Vorschlägen dargelegt ist, 30 Prozent der Auslandsanlagen Deutschlands und 30 Prozent des Goldes, so muß diese Frage hier erörtert werden.

Stalin: Wir möchten das bekommen, wenn es möglich ist.

Byrnes: Was verstehen Sie unter den Auslandsanlagen Deutschlands?

Stalin: Anlagen der Deutschen einschließlich derer in Amerika.

Byrnes: Was die Anlagen in Amerika betrifft, so haben wir diese gesperrt, und es erfordert einen Gesetzgebungsakt, um die Ansprüche auf diese Fonds zu regeln. Der Kongreß soll das schon getan haben. Ich zweifle nicht, daß alle möglichen Ansprüche an diese Fonds erhoben werden von selten der Flüchtlinge, die sich in Amerika aufhalten. Diese Frage erfordert eine juristische Lösung.

Außerdem bin ich überzeugt, daß beispielsweise in den Ländern Lateinamerikas, wo es in bestimmtem Umfang deutsche Anlagen gibt, die Regierungen dieser Länder Ansprüche an diese Mittel anmelden werden.

Stalin: Das ist möglich.

Bevin: Wir hatten uns gestern geeinigt, daß Frankreich in die Reparationskommission aufgenommen wird, um an der Bestimmung der Ausrüstung, die auf Reparationskonto zu

entnehmen ist, teilzunehmen. Ich möchte, daß Frankreich in diese Kommission aufgenommen wird.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Bevin: Über die Prozente. Mir schien, daß wir Ihnen gestern auf der Sitzung der Außenminister entgegengekommen sind, indem wir 12,5 Prozent zustimmten.

Außerdem möchte ich wissen: Wird die Frage der Reparationen nicht den üblichen Warenaustausch mit Deutschland insgesamt behindern, wenn man bedenkt, worüber wir uns gestern bezüglich der wirtschaftlichen Grundsätze und des normalen Warenaustauschs in Deutschland geeinigt haben?

Stalin: Wir werden auch diese Frage erörtern, wenn wir über die wirtschaftlichen Grundsätze sprechen.

Bevin: Die Lösung der Goldfrage bereitet große Schwierigkeiten. Was die deutschen Auslandsguthaben betrifft, wären Sie bereit, sich auf Guthaben der neutralen Gebiete zu beschränken?

Stalin: Dem könnte man zustimmen.

Byrnes: Wir können keinerlei Ergänzung zu unserem Hauptvorschlag zustimmen. Ich meine dabei Punkt 4 der sowjetischen Vorschläge.

Stalin: Dann muß man den Prozentsatz erhöhen. Lassen Sie uns im dritten Punkt den Prozentsatz erhöhen, um so mehr, als Sie aus unserer Zone viel Ausrüstung weggeschafft haben. (*Heiterkeit*) Bei uns wurde schrecklich viel Ausrüstung vernichtet. Man muß wenigstens einen kleinen Teil dieser Ausrüstung ersetzen.

Truman: Ich möchte folgende Bemerkung zu den Entnahmen aus Ihrer Zone machen. Wir haben davon vor drei Tagen erfahren, als uns eine Liste dieser Ausrüstung übergeben wurde. Ich habe General Eisenhower geschrieben, er soll die Sache untersuchen und Bericht erstatten. Wenn eine solche Entnahme erfolgt ist, so versichere ich Ihnen, daß dies nicht auf Befehl der USA-Regierung erfolgt ist. Ich kann Ihnen versichern, daß wir Möglichkeiten zur Entschädigung finden werden.

Stalin: Ich schlage vor, zur Erörterung der Frage der Prozente zurückzukehren.

Truman: Wenn Sie bereit sind, den vierten Punkt zurückzuziehen, so bin ich bereit, 15 Prozent und 10 Prozent zu akzeptieren.

Stalin: Gut, ich ziehe zurück.

Bevin: Es wird uns schwerfallen, Frankreich, Belgien und Holland aus der verbleibenden Menge an Ausrüstung zu befriedigen. Ich würde 12,5 Prozent und 10 Prozent vorschlagen. Außerdem bitten wir, den vierten Punkt zurückzuziehen.

Stalin: Wir haben dem bereits zugestimmt. Die USA gehen auf unseren Vorschlag ein; warum wollen Sie das nicht?

Bevin: Wir sind verantwortlich für die Zone, aus der die größte Menge an Ausrüstung entnommen wird, und außerdem werden große Forderungen seitens Frankreichs, Belgiens und Hollands erhoben werden.

Byrnes: Der letzte Satz in unseren Vorschlägen lautet, daß die Ansprüche auf Reparationen seitens anderer Länder, die Anspruch auf Reparationen haben, aus den westlichen Besatzungszonen zu decken sind. Ich bitte, unsere Fassung über die Ansprüche anderer Länder zu erörtern.

Stalin: Gut, ich bin einverstanden, daß man die Länder nicht nennt, sondern das in allgemeiner Form tut.

Byrnes: Ich meine, daß dies zweckmäßig wäre, denn es hieß bereits, daß Griechenland in der Liste fehlt. Wir halten es auch für zweckmäßig, das in allgemeiner Form auszudrücken.

Stalin: Gut.

Bevin: Mir ist ein Gedanke gekommen, daß Sie, wenn Sie die von Ihnen geforderten Prozente erhalten, zusammen mit dem, was Sie aus Ihrer Zone erhalten, mehr als 50 Prozent aller deutschen Reparationen bekommen werden.

Stalin: Bedeutend weniger. Außerdem geben wir für 15 Prozent ein Äquivalent, das ist eigentlich ein Austausch von Reparationen und sind keine neuen Reparationen. Aus den Westzonen erhalten wir alles in allem 10 Prozent der Reparationen. Das sind Reparationen im eigentlichen Sinne; was die 15 Prozent betrifft, so werden sie für einen bestimmten gleichen Gegenwert gegeben. Unsere Forderungen sind minimal. Wir erhalten von Ihnen 10 Prozent, und das übrige erfolgt im Austausch; dafür zahlen wir ein Äquivalent. Ihnen verbleiben 90 Prozent. Wenn wir 7,5 Prozent der Reparationen statt 10 Prozent erhalten, so wäre das ungerecht. Ich bin dafür, daß es 15 Prozent und 10 Prozent sind. Das ist gerechter. Die Amerikaner stimmen zu. Wie steht es mit Ihnen, Herr Bevin?

Bevin: Gut, ich bin einverstanden.

Truman: Wir sind ebenfalls einverstanden.

Byrnes: Somit wird der Entwurf unseres Vorschlages mit neuen Prozentsätzen plus Festlegung der Frist für die Bestimmung der Reparationssumme angenommen.

Stalin: Es scheint, daß wir alle unsere Meinungsverschiedenheiten in der Reparationsfrage erschöpft haben. Könnte man diesen Entwurf nicht zur Schlußredaktion überweisen?

(Der Vorschlag wird angenommen; es wird eine Kommission zur Redaktion des gebilligten Beschlusses gebildet.)

Truman: Die nächste Frage - über die Westgrenze Polens.

Byrnes: Wir haben unsere Vorschläge gestern übergeben, und sie wurden auch gestern erörtert. Meines Erachtens braucht man sie nicht noch einmal vorzulesen. Wenn es Bemerkungen oder Abänderungen gibt, bin ich bereit, sie zu hören, aber ich hoffe, daß unsere sowjetischen und englischen Kollegen unseren Vorschlägen zustimmen werden.

Bevin: Was die Haltung der britischen Regierung betrifft, so habe ich die Instruktion, an der Grenze entlang der östlichen Neiße festzuhalten. Deshalb möchte ich präzisieren, worin dieser neue Vorschlag besteht. Geht diese gesamte Zone in die Hand der polnischen Regierung über und werden die sowjetischen Truppen vollständig von dort abgezogen, wie dies in den anderen Zonen der Fall war, wo die Truppen der einen Seite abgezogen und die andere Seite die Zone übernahm?

Ich hatte mich mit den Polen getroffen und sie gefragt, was sie im Hinblick auf die Erfüllung der in dem USA-Dokument erwähnten Erklärung zu tun beabsichtigen. Ich fragte sie, welche Absichten sie hinsichtlich der Durchführung freier und unbehinderter Wahlen auf der Grundlage einer geheimen Abstimmung haben. Sie versicherten mir, daß sie diese Wahlen sobald als möglich durchführen wollen und damit rechnen, sie Anfang 1946 durchzuführen. Das wird natürlich von einigen Bedingungen abhängen, die es ihnen ermöglichen, diese Wahlen durchzuführen.

Sie erklärten sich auch mit der Pressefreiheit in Polen einverstanden und auch damit, daß ausländische Journalisten in Polen zugelassen werden und ihre Informationen ohne Zensur übermitteln können. Sie gaben mir Zusicherungen bezüglich der Glaubensfreiheit in ihrem Lande.

Aber es gibt auch eine sehr wichtige Frage, und zwar die Frage der Repatriierung nicht nur von Zivilpersonen, sondern auch von Truppen, die unter alliierterem Kommando in verschiedenen Ländern stehen. Ich bat die Polen, dazu eine Erklärung abzugeben, damit wir sicher sein können, daß diesen Menschen nach ihrer Rückkehr in die Heimat die gleichen Bedingungen gewährt werden wie allen übrigen Bürgern.

Die nächste Frage, die besonders die Sowjetunion und die britische Regierung betrifft und die von der polnischen Regierung jetzt nicht geregelt werden kann, ist die Frage einer militärischen Fluglinie Warschau-Berlin-London, mit deren Hilfe die britische Regierung eine ständige Verbindung mit ihrem Botschafter in Warschau unterhalten kann. In dieser Frage möchte ich ein sofortiges Abkommen erreichen. In dem von den USA vorgelegten Dokument heißt es, daß diese Zone unter Verwaltung der polnischen Regierung stehen und keinen Bestandteil der sowjetischen Zone darstellen wird. Nach Aussage von Herrn Byrnes wird

diese Zone der Verantwortung der Polen unterstehen. Ich verstehe das aber so, daß diese Zone, obgleich wir sie der Verwaltung der polnischen Regierung unterstellt haben, weiterhin der militärischen Kontrolle der Alliierten unterstehen wird.

Byrnes: Wir befinden uns in einer Situation, wo Polen, mit Einverständnis der Sowjetunion, faktisch dieses Gebiet verwaltet. Angesichts dessen einigten sich die drei Mächte, daß die Verwaltung dieses Gebietes in polnischer Hand verbleibt, damit die Auseinandersetzungen über den Status dieses Gebietes aufhören. Dabei erübrigt es sich, daß Polen einen Vertreter im Kontrollrat hat.

Bevin: Ich bestehe nicht darauf. Wenn wir alle verstehen, worum es geht, habe ich keine Einwände. Man wird mir nach der Rückkehr verschiedene Fragen stellen, und deshalb möchte ich wissen, was in dieser Zone geschehen wird. Werden die Polen diese ganze Zone nehmen, und werden die sowjetischen Truppen von dort abziehen?

Stalin: Die sowjetischen Truppen würden abziehen, wenn durch dieses Territorium nicht die Nachschubwege der Roten Armee gingen, über die Truppenteile der Roten Armee versorgt werden. Es gibt dort zwei Strecken: die eine verläuft nach Berlin vom Norden, die andere südlich von Krakow. Diese beiden Linien sind die Nachschubwege für die Versorgung der Sowjetarmee. Das ist das gleiche wie in Belgien, Frankreich und Holland.

Bevin: Ist damit auch die Truppenstärke beschränkt?

Stalin: Ja, ja. Wir haben bereits vier Fünftel aller Truppen, die sich dort während des Krieges gegen Deutschland befanden, abgezogen. Wir beabsichtigen, auch den restlichen Teil zu reduzieren. Was die Zone betrifft, die entsprechend dem eingebrachten Vorschlag an Polen geht, so verwaltet Polen de facto bereits diese Zone und hat dort seine Verwaltung; es gibt dort keine russische Verwaltung.

Bevin: Können Sie uns jetzt nicht behilflich sein mit dieser militärischen Fluglinie? Wir versuchten, uns in dieser Frage mit der polnischen Regierung zu einigen, aber sie kann gegenwärtig nicht zustimmen.

Stalin: Warum kann sie nicht zustimmen?

Bevin: Ich habe das so verstanden, daß diese Frage das sowjetische Militärkommando angeht, weil wir teilweise durch die russische Zone fliegen müssen.

Stalin: Sie fliegen ja auch jetzt durch die russische Zone nach Berlin.

Bevin: Könnten Sie zustimmen, daß wir bis Warschau fliegen?

Stalin: Wir würden dem zustimmen, wenn Sie uns Flugstrecken durch Frankreich nach London einrichten. (*Heiterkeit*) Und außerdem muß man sich mit den Polen einigen. Ich stelle mir die Angelegenheit so vor: Von Berlin nach Warschau wird eine Flugverbindung eingerichtet, und es werden englische oder polnische Flugzeuge fliegen, entsprechend einem Vertrag zwischen England und Polen. Was die Flugverbindung mit Moskau auf dieser Strecke betrifft, so werden von der Stelle, an der die Grenze mit Rußland beginnt, russische Flieger fliegen. Was die Befriedigung des Bedarfs der Russen an Flügen nach Paris und London betrifft, so werden dort offensichtlich englische oder französische Flugzeuge fliegen. Dann besteht eine Flugstrecke London-Paris-Moskau. So stelle ich mir die Angelegenheit vor.

Bevin: Diese Frage der Flugverbindung ist natürlich eine zu große Frage, als das sie jetzt hier entschieden werden könnte, aber wir werden stets bereit sein, diese Frage einer Fluglinie London-Moskau zu erörtern. Und jetzt bitte ich Sie, uns bei der Einrichtung der Linie London-Warschau zu unterstützen, die uns wesentliche Erleichterungen schafft.

Stalin: Ich verstehe. Ich werde alles tun, was möglich ist.

Bevin: Ich danke Ihnen!

Truman: Haben wir die polnische Frage abgeschlossen?

Stalin: Die englische Delegation ist einverstanden?

Bevin: Einverstanden.

Stalin: Die Sache geht also an die Polen, wenn ich recht verstanden habe. Gut, wir haben die Angelegenheit abgeschlossen.

Bevin: Wir müssen den Franzosen die Änderung der polnischen Grenze mitteilen.

Stalin: Bitte.

Byrnes: Unser nächster Vorschlag betrifft den Beitritt Italiens und der anderen Vasallen zur Organisation der Vereinten Nationen. Wir haben unser Dokument zu dieser Frage bereits übergeben.

Bevin: Die britische Delegation ist einverstanden.

Stalin: Unsere Abänderung wurde bereits mitgeteilt. Sie betrifft den neuen Punkt 4, genauer gesagt, den Satz, der mit den Worten beginnt: „Die drei Regierungen geben dem Wunsch Ausdruck, daß“ usw. Wir schlagen vor zu sagen: „Die drei Regierungen zweifeln nicht, daß“ usw.

(Truman und Attlee stimmen diesen redaktionellen Änderungen zu.)

Truman: Die Entscheidung über die wirtschaftlichen Grundsätze gegenüber Deutschland wurde bis zur Entscheidung der Reparationsfrage vertagt. Meines Erachtens wird es keine Schwierigkeiten bereiten, diese Frage zu lösen.

Byrnes: Zum Dokument der wirtschaftlichen Grundsätze habe ich zwei Vorschläge, die ich unterbreiten möchte. Der erste bezieht sich auf Punkt 13, wo von der gemeinsamen Politik hinsichtlich der Währung und des Bankwesens, der zentralen Besteuerung und der Zölle die Rede ist. *(Verliest die redaktionelle Abänderung, die angenommen wird.)* Außerdem schlage ich vor, in diesem Punkt einen neuen Unterpunkt „g“ über das Transport- und Verkehrswesen einzufügen. Das muß ebenfalls zentralisiert werden.

Stalin: Es wird irgendein zentraler Verwaltungsapparat für Deutschland erforderlich sein. Es ist schwierig, eine gemeinsame Politik gegenüber Deutschland durchzuführen, ohne einen zentralen deutschen Apparat.

Byrnes: Das ist richtig.

Der zweite Vorschlag betrifft den Unterpunkt „d“ in Punkt 14. Ich schlage vor, den letzten Satz so zu ändern, daß er folgendermaßen lautet: „Außer in Fällen, wo eine interessierte Besatzungsmacht meint, daß dies für einen unerläßlichen Import benötigt wird, kann eine Gewährung von Subsidien oder Krediten an Deutschland und die Deutschen seitens jeder beliebigen ausländischen Person oder Regierung nicht gestattet werden.“

Bevin: Vielleicht wäre es besser, diesen Satz ganz wegzulassen?

Byrnes: Einverstanden. Ich habe noch eine Bemerkung. Im Ergebnis unseres Abkommens über die Reparationen meinen wir, daß der Punkt 18 entfällt.

(Stalin und Bevin bekunden ihre Zustimmung zum Wegfall dieses Punktes.)

Bevin: Es gibt noch eine Frage über den Vorrang der Bezahlung von Importen, worüber wir auf der gestrigen Sitzung der Außenminister sprachen. Die britische Delegation schlug gestern vor, in die wirtschaftlichen Grundsätze folgenden Satz einzufügen: „Die Bezahlung der genehmigten Importe nach Deutschland soll in erster Linie durch Erlöse aus dem Export von Produkten aus der laufenden Produktion und aus Warenbeständen erfolgen.“

Die sowjetische Delegation schlug vor, folgenden Satz hinzuzufügen: „Was letzteren betrifft, so ist Reparationen der Vorrang gegenüber der Befriedigung anderer wirtschaftlicher Bedürfnisse einzuräumen.“ Die britische und die amerikanische Delegation konnten diesen sowjetischen Vorschlag nicht annehmen. Die britische Delegation bittet, ihren Vorschlag anzunehmen.

Stalin: Uns scheint, daß diese Frage völlig weggefallen ist.

Truman: Ich habe es ebenso verstanden.

Bevin: Mir scheint, daß dies der Behandlung Deutschlands als einheitliches Ganzes im Hinblick auf den Export, Import usw. widerspricht. Dadurch wird Deutschland in drei Zonen aufgeteilt, und wir werden nicht in der Lage sein, Deutschland beispielsweise in der Frage der Steuererhebung als einheitliches Ganzes zu behandeln.

Stalin: Dazu bedarf es eines zentralen deutschen Verwaltungsapparates, um über ihn auf die deutsche Bevölkerung einwirken zu können. Diese Frage wird in dem Abschnitt „Politische Grundsätze gegenüber Deutschland“ behandelt werden.

Bevin: Im Prinzip sind wir mit der Bildung eines solchen zentralen Apparates einverstanden, wir haben lediglich einige Abänderungen eingebracht. Vielleicht stellt man diese Frage zurück und geht zu den politischen Grundsätzen über, dann werden wir sehen, was auch in dieser Frage getan werden kann.

(Stalin und Truman bekunden ihre Zustimmung.)

Die sowjetische Delegation bemerkt, daß sie in Zusammenhang mit der Behandlung der Frage der wirtschaftlichen Grundsätze einen Vorschlag zur Frage des Ruhrgebiets eingebracht hat, der vorsieht, daß das Ruhrindustrialgebiet als Teil Deutschlands anzusehen und über das Ruhrgebiet eine Viermächtekontrolle zu errichten ist, wozu ein entsprechender Kontrollrat aus den Vertretern der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion zu bilden ist.)

Bevin: Ich kann, wie ich bereits gestern sagte, diese Frage nicht in Abwesenheit der Franzosen behandeln. Das ist eine große prinzipielle Frage, und die Franzosen sind sehr an ihr interessiert.

Stalin: Vielleicht könnte man die Frage der Kontrolle über das Ruhrgebiet jetzt vertagen, aber den Gedanken, daß das Ruhrgebiet ein Teil Deutschlands bleibt, dieser Gedanke soll in unserem Dokument festgehalten werden.

Truman: Es ist unbedingt ein Teil Deutschlands.

Stalin: Vielleicht sollte man das in einem unserer Dokumente sagen?

Bevin: Warum wird diese Frage gestellt?

Stalin: Diese Frage wird deshalb aufgeworfen, weil auf einer der Konferenzen, auf der Teheraner Konferenz, die Frage gestellt wurde, das Ruhrgebiet aus dem Bestand Deutschlands auszugliedern als ein besonderes Gebiet unter Kontrolle eines Rates. Einige Monate nach der Teheraner Konferenz, als Herr Churchill nach Moskau kam, wurde diese Frage ebenfalls anläßlich eines Meinungsaustausches zwischen den Russen und den Engländern erörtert, und wieder wurde der Gedanke geäußert, daß es gut wäre, das Ruhrgebiet als besonderes Gebiet auszugliedern. Die Idee von der Ausgliederung des Ruhrgebietes aus dem Bestand Deutschlands entsprang der These von der Aufteilung Deutschlands. Danach erfolgte eine Sinneswandlung in dieser Frage. Deutschland bleibt ein einheitlicher Staat. Die sowjetische Delegation stellt die Frage: Sind Sie einverstanden, daß das Ruhrgebiet im Bestand Deutschlands verbleibt? Deshalb stand diese Frage hier.

Truman: Meine Meinung ist die, daß das Ruhrgebiet ein Teil Deutschlands ist und ein Teil Deutschlands bleibt.

Stalin: Es wäre gut, das in einem unserer Dokumente zu sagen. Ist die englische Delegation damit einverstanden, daß das Ruhrgebiet im Bestand Deutschlands bleibt?

Bevin: Ich kann meine Zustimmung nicht geben, da ich im Augenblick keine Vorstellung von der vorangegangenen Erörterung dieser Frage habe. Ich weiß, daß die Idee von einer Internationalisierung des Ruhrgebiets geäußert wurde, um das Kriegspotential Deutschlands zu verringern. Diese Idee wurde erörtert. Ich bin einverstanden, daß das Ruhrgebiet bis zur Entscheidung dieser Frage unter Verwaltung des Kontrollrats bleibt. Aber ich möchte die Möglichkeit haben, in dieser Frage mit meiner Regierung Rücksprache zu nehmen, und würde vorschlagen, diese Frage dem Rat der Außenminister zu übergeben, um Zeit zu haben, sie wirklich zu studieren.

(Stalin und Truman erklären sich mit dem Vorschlag Bevins einverstanden.)

Truman: Die nächste Frage - über die politischen Grundsätze.

Bevin: Die sowjetische Delegation hat einen Entwurf zur Frage der Organisation einer zentralen deutschen Verwaltung vorgelegt, die den Kontrollrat unterstützen soll. Wir schlagen

vor, zu dieser Frage unseren Entwurf anzunehmen, der kürzer ist. Wir schlagen vor, für eine bestimmte Zeit überhaupt keine deutsche Zentralregierung zu schaffen.

Ich schlage vor, unseren kurzen Entwurf statt des Entwurfs der sowjetischen Delegation anzunehmen.

Stalin: Kann man annehmen.

Truman: Ich habe keine Einwände.

Bevin: Was Punkt 19 der wirtschaftlichen Grundsätze betrifft, so schlage ich vor, diesen Punkt an die Wirtschaftskommission zur Behandlung zu überweisen. Soll sie diese Frage jetzt, solange wir hier sind, behandeln.

Stalin: Soll sie ihn behandeln.

Truman: Die nächste Frage - über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen und aus der Tschechoslowakei.

Byrnes: Der Bericht der Kommission, die sich mit dieser Frage beschäftigt hat, wird in allen Teilen angenommen, bis auf den letzten Satz, der lautet: „Die Tschechoslowakische Regierung, die Polnische Regierung und die Alliierte Kontrollkommission in Ungarn werden gleichzeitig von obigem in Kenntnis gesetzt und an sie die Bitte gerichtet werden, inzwischen weitere Umsiedlungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen diese Frage geprüft haben.“ Ich halte diesen letzten Punkt für sehr wichtig, denn dadurch wird der Beschluß wirksam.

Stalin: Und ich fürchte, daß ein solcher Beschluß kein nennenswertes Ergebnis bringt. Es geht nicht darum, daß man die Deutschen direkt ergreifen und aus diesen Ländern austreiben würde. So einfach steht die Sache nicht. Aber sie werden in eine Lage versetzt, wo es für sie besser ist, diese Gebiete zu verlassen. Formal könnten die Tschechen und Polen sagen, daß es den Deutschen nicht verboten ist, dort zu leben, aber tatsächlich werden die Deutschen in eine solche Lage versetzt, in der sie dort nicht leben können. Ich fürchte, daß die Annahme dieses Beschlusses keine positiven Ergebnisse bringt.

Byrnes: Es heißt in diesem Punkt, daß man an diese Regierungen die Bitte richten wird, inzwischen, bis nach der Behandlung dieser Frage im Kontrollrat, die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung einzustellen. Wenn diese Regierungen die Deutschen nicht aussiedeln und nicht zwingen, Polen und die Tschechoslowakei zu verlassen, dann wird dieses Dokument natürlich ohne Ergebnis bleiben. Wenn sie dies aber tun, könnten wir sie bitten, vorübergehend diese Handlungen einzustellen. Die Umsiedlung der Deutschen in andere Länder wird unsere Last vergrößern. Wir möchten, daß diese Regierungen in diesem Fall mit uns zusammenarbeiten.

Stalin: Die Polen und die Tschechen werden sagen, daß es keinen Befehl zur Aussiedlung der Deutschen gibt. Wenn Sie aber darauf bestehen, kann ich dem Vorschlag zustimmen, fürchte allerdings, daß es kein nennenswertes Ergebnis bringen wird.

Truman: Wenn Sie zustimmen, so sind wir dankbar. Möglicherweise wird der Vorschlag die bestehende Situation nicht verändern, aber er gibt uns die Möglichkeit, uns an diese Regierungen zu wenden.

Stalin: Gut, ich bin nicht dagegen.

Bevin: Wir wollten die Franzosen davon informieren.

(Stalin und Truman stimmen zu.)

Stalin: Wir möchten heute die Frage der deutschen Flotte abschließen.

Truman: Diese Frage ist heute noch nicht soweit.

Stalin: Wir wollen uns einigen, sie für morgen vorzubereiten.

Truman: Gut, ich bin einverstanden. Ich wollte morgen abreisen, aber ich kann auch bleiben.

Stalin: Es wurde im Prinzip ein Beschluß über die deutsche Flotte gefaßt, aber dieser Beschluß wurde nicht ausgefertigt. Die drei Regierungschefs haben diese Frage entschieden, der Beschluß ist auszufertigen.

Truman: Die Kommission kann morgen vormittag darüber Bericht erstatten.

Stalin: Gut. Vielleicht übergibt man die Angelegenheit den Ministern, da die Frage im Prinzip entschieden ist?

Bevin: Vielleicht wird eine Einigung erzielt?

Byrnes: Nach den mir vorliegenden Informationen hofft die Kommission, heute eine Einigung zu erzielen. Die Zusammenkunft ist für heute abend angesetzt.

Stalin: Im Prinzip wurde beschlossen, daß der Sowjetunion ein Drittel der Kriegsflotte mit Ausnahme der U-Boote, die zum größten teil versenkt werden, und ein Drittel der Handelsflotte übergeben wird. Ich bitte, die Frage nicht aufzuschieben und sie morgen zu entscheiden.

(Truman und Attlee erklären ihr Einverständnis.)

Truman: Die Delegation der Vereinigten Staaten hat Dokumente hinsichtlich einer Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn eingebracht.

Byrnes: Unsere Vorschläge über die Erfüllung der Erklärung von Jalta über das befreite Europa wurden vorgelegt und geprüft. Über einige Teile dieser Vorschläge konnten wir keine Einigung erzielen. Aber über zwei Punkte konnte eine Einigung erzielt werden, die sich auf die Verfahrensrevision der alliierten Kontrollkommissionen in den drei Ländern beziehen. Der erste Punkt lautet:

„Die drei Regierungen nehmen zur Kenntnis, daß die Sowjetvertreter bei den alliierten Kontrollkommissionen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn ihren britischen und amerikanischen Kollegen Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Kontrollkommissionen übermittelt haben, nachdem die Feindseligkeiten in Europa aufgehört haben. Diese Vorschläge sehen als wünschenswert regelmäßige und häufige Treffen der drei Vertreter, die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für die britischen und amerikanischen Vertreter und die vorherige gemeinsame Beratung der Direktiven vor.“

Der zweite Punkt lautet:

„Die drei Regierungen kamen überein, daß die Revision des Verfahrens der alliierten Kontrollkommissionen in diesen Ländern jetzt durchgeführt werden könne, wobei sie als Diskussionsgrundlage die oben dargelegten Vorschläge nehmen und wobei die Interessen und Verantwortlichkeiten der drei Regierungen berücksichtigt sind, die den jeweiligen Ländern gemeinsam die Waffenstillstandsbedingungen vorgelegt haben.“

Wir bitten, diesen Punkt zu prüfen, und übergeben Ihnen ein Dokument, überschrieben: „Über die Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn“ vom 31. Juli 1945.

Stalin: Diese Frage stand nicht auf der Tagesordnung. Möglicherweise werden wir keinen Einwand erheben, wenn wir uns mit der Frage befaßt haben.

Byrnes: Man kann sie morgen behandeln.

Stalin: Gut, behandeln wir sie morgen.

Truman: Nächste Frage - über Jugoslawien. Es gibt englische Vorschläge.

Stalin: Wir haben soeben einen Entwurf, die griechische Frage betreffend, verteilt. Was Jugoslawien betrifft, so haben wir gestern einen Entwurf über Triest und Istrien übergeben.

Bevin: Mir scheint, daß wir hinsichtlich Jugoslawiens einen sehr vernünftigen Vorschlag unterbreitet haben. Die sowjetische Delegation hat zwei andere Vorschläge vorgelegt. Ich schlage vor, von der Behandlung aller drei Vorschläge Abstand zu nehmen.

Stalin: Gut.

Truman: Die letzte Frage - über die Kriegsverbrecher.

(Die sowjetische Delegation erklärt, daß sie bereit ist, den Entwurf der britischen Delegation zu dieser Frage mit einer geringfügigen Abänderung als Grundlage anzunehmen. Sie schlägt vor, im letzten Satz dieses Entwurfs, wo davon die Rede ist, daß die drei Regierungen es als eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit betrachten, daß der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher zum frühestmöglichen Zeitpunkt beginnt, nach den Worten

„Hauptkriegsverbrecher“ die Worte hinzuzusetzen: „Solche wie Göring, Heß, Ribbentrop, Rosenberg, Keitel und andere“.)

Attlee: Unsere Schwierigkeit bei der Auswahl der Kriegsverbrecher besteht darin, daß wir dem Staatsanwalt den Entwurf des Abkommens vorgelegt haben und er dort möglicherweise eine ganze Reihe anderer Leute einsetzt. Deshalb meinen wir, daß man sich besser auf unseren früheren Vorschlag beschränkt, keine Namen von Hauptkriegsverbrechern zu nennen.

Stalin: In meiner Abänderung schlagen wir nicht vor, unbedingt nur diesen Leuten den Prozeß zu machen, sondern wir schlagen vor, Leuten wie Ribbentrop und anderen den Prozeß zu machen. Es wurde bereits viel über die Kriegsverbrecher gesprochen, und die Völker erwarten, daß wir irgendwelche Namen nennen. Unser Schweigen über diese Personen wirft einen Schatten auf unser Ansehen. Sie können dessen versichert sein. Deshalb gewinnen wir in politischer Hinsicht, und die öffentliche Meinung Europas wird zufrieden sein, wenn wir einige Personen nennen. Wenn wir diese Personen als Beispiel nennen, so wird der Staatsanwalt sich meines Erachtens nicht übergangen fühlen. Der Staatsanwalt kann sagen, daß einige Personen zu Unrecht genannt sind. Aber einen Grund dafür, daß der Staatsanwalt sich übergangen fühlt, gibt es nicht. Politisch werden wir nur gewinnen, wenn wir einige dieser Personen nennen.

Byrnes: Als wir gestern diese Frage erörterten, hielt ich es nicht für zweckmäßig, bestimmte Personen zu nennen oder über ihre Schuld hierzu befinden. Jedes Land hat unter den Naziverbrechern seine „speziellen Freunde“, und wenn wir diese Verbrecher nicht auf die Liste setzen, wird es uns schwerfallen zu erklären, warum sie nicht auf der Liste sind.

Stalin: Aber in dem Vorschlag heißt es ja auch: „Solche wie ... und andere.“ Das begrenzt nicht die Zahl, schafft aber Klarheit.

Byrnes: Das verschafft denen, die wir nicht nennen, einen Vorteil. (*Heiterkeit*)

Attlee: Ich meine nicht, daß die Aufzählung von Namen unserem Dokument mehr Gewicht gibt. Ich beispielsweise meine, daß Hitler lebt, und er steht nicht auf der Liste.

Stalin: Aber er befindet sich nicht in unseren Händen.

Attlee: Aber Sie stellen die Namen der Hauptkriegsverbrecher als Beispiel hin.

Stalin: Ich bin einverstanden, Hitler auch auf die Liste zu setzen (*Allgemeine Heiterkeit*), obgleich er sich nicht in unseren Händen befindet. Ich mache dieses Zugeständnis. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Attlee: Ich meine, daß die Welt weiß, wer Hauptkriegsverbrecher ist.

Stalin: Aber sehen Sie, unser Schweigen in dieser Frage wird so gewertet, daß wir uns anschicken, die Hauptkriegsverbrecher zu retten, daß wir uns an den Kleinen schadlos halten und den Großen die Möglichkeit geben, sich zu retten.

Byrnes: Ich sprach heute telefonisch mit Richter Jackson, dem Vorsitzenden unseres Obersten Gerichts. Er ist unser Vertreter in der Kommission für Kriegsverbrecher, die in London tagt. Er sprach die Hoffnung aus, daß vielleicht heute oder morgen eine Einigung über den Internationalen Gerichtshof erzielt wird. Richter Jackson will mich morgen anrufen, um mich in der Frage des Gerichtshofs zu informieren. Die Mitteilung über die Schaffung des Internationalen Gerichtshofs⁵ ist eine gute Nachricht für die Völker, die einen baldigen Prozeß gegen die Kriegsverbrecher erwarten.

Stalin: Aber das ist eine andere Frage.

Byrnes: Aber wir können in unsere Erklärung die Mitteilung über die in London erzielte Vereinbarung aufnehmen. Das verleiht unserer Erklärung großen Nachdruck.

Stalin: Ohne Nennung einiger besonders verhaßter Personen unter den deutschen Kriegsverbrechern wird unsere Erklärung politisch nicht effektiv sein. Ich habe mit russischen Journalisten gesprochen, und sie denken, daß es besser wäre, einige Personen zur Orientierung zu nennen.

Truman: Ich möchte einen Vorschlag machen. Wir erwarten eine Benachrichtigung von unserem Vertreter in London morgen vormittag. Können wir diese Frage nicht auf morgen vertagen?

Stalin: Gut.

Truman: Ich bin sehr an der Frage der Binnenwasserstraßen interessiert. Es wäre gut, diese Frage zu erörtern und zu einigen grundsätzlichen Beschlüssen zu kommen. Wir haben diese Frage am 23. Juli beraten, und sie wurde an eine Kommission überwiesen, die allerdings, soweit mir bekannt, kein einziges Mal zusammentrat. Ich wünsche dringend, daß irgendein bestimmter Beschluß über die Benutzung dieser Verkehrswege ausgearbeitet wird, weil die Bewegungsfreiheit auf diesen Verkehrswegen von großer Bedeutung ist. Ich denke, daß eine gemeinsame Politik in der Nutzung dieser Binnenwasserstraßen eine große Rolle spielen kann. Es ist leicht möglich, daß wir keine Einigung über die Details dieser Frage erzielen können, aber ich halte diese Frage für so wichtig, daß eine Erörterung lohnend wäre.

Attlee: Ich bin im allgemeinen mit den amerikanischen Vorschlägen zu dieser Frage einverstanden.

Stalin: Diese Frage tauchte zusammen mit der Frage der Schwarzmeer-Meerengen auf, die hier zur Debatte stand. Die Frage der Schwarzmeer-Meerengen wurde von den Engländern eingebracht und dann vertagt. Die Frage der Binnenwasserstraßen wurde hier zusätzlich gestellt. Das ist eine ernste Frage, und sie erfordert ein Studium. Diese Frage kam für uns unerwartet, wir haben das entsprechende Material nicht zur Hand. Es ist eine neue Frage, man braucht Leute, die mit dieser Angelegenheit vertraut sind. Vielleicht gelingt es, bis zur Beendigung der Konferenz etwas zu tun, aber eine große Hoffnung besteht nicht.

Truman: Ich schlage vor, daß diese Frage an den Rat der Außenminister in London überwiesen wird, und inzwischen kann man das notwendige Material sammeln und sich mit der Frage befassen.

(Stalin und Attlee stimmen zu.)

Truman: Ich möchte den Vertretern der polnischen Regierung, die sich hier aufhalten, nun unsere Beschlüsse über die Westgrenze Polens mitteilen.

Stalin: Gut.

Truman: Wer kann mit der Übermittlung der Mitteilung beauftragt werden?

Stalin: Vielleicht beauftragt man die Minister oder schickt eine schriftliche Mitteilung. Man könnte auch den Präsidenten bitten, dies zu tun, da er unsere Konferenz leitet.

Truman: Gut. Ich möchte bekanntgeben, daß die Kommission zur Vorbereitung der Mitteilung gut arbeitet. Wann versammeln wir uns morgen? Um vier Uhr?

Stalin: Ich denke, daß wir uns zweimal treffen müssen: Die erste Sitzung legen wir für drei Uhr fest und die zweite für acht Uhr abends. Das wird die Abschlusssitzung sein.

(Truman und Attlee stimmen zu.)

Zwölfte Sitzung

1. August 1945

Truman: Über die Sitzung der Außenminister wird heute Herr Byrnes Bericht erstatten.

Byrnes: Die Kommission, die sich mit den Fragen der Reparationen aus Deutschland befaßt, berichtet, daß sie nicht in allen Fragen des Abkommens über die Reparationen zu einer Einigung gelangen konnte. Die Vertreter der USA und Großbritanniens waren der Ansicht, daß die Vertreter der Sowjetunion sich bereit erklärt haben, als Gegenleistung für die vereinbarten Prozente der industriellen Ausrüstung, die der Sowjetunion nach Punkt 4 des Abkommens übergeben wird, auf Ansprüche hinsichtlich der deutschen Auslandsguthaben, auf Gold, das bei den Deutschen erbeutet wurde, und Aktien deutscher Unternehmen in den Westzonen Deutschlands zu verzichten. Daher waren die Vertreter der USA und Englands der Ansicht, daß die Auslandsguthaben Deutschlands in Punkt 3 aufgenommen werden sollten, als Reparationsquelle für andere Länder, außer der Sowjetunion. Sie erklärten, anderenfalls würden die in Punkt 4 vereinbarten Prozente der Industrieausrüstung für die Vertreter der USA und Englands unannehmbar.

Der sowjetische Vertreter war der Ansicht, daß noch keine vereinbarte Entscheidung über den Verzicht der Sowjetunion auf Ansprüche aus Auslandsguthaben Deutschlands, Gold und Aktien vorliegt. Deshalb lehnte der sowjetische Vertreter die Aufnahme der deutschen Auslandsguthaben unter Punkt 3 ab und schlug vor, diese Frage den Regierungschefs zur Entscheidung vorzulegen.

Die Vertreter der USA und Englands erklärten, daß der Entwurf eines Abkommens über die Reparationen für sie unter der Bedingung annehmbar wäre, daß der sowjetische Vertreter den oben dargelegten Vorschlägen über die Auslandsguthaben Deutschlands, Gold und Aktien zustimmt. Der sowjetische Vertreter erklärte, daß er sich damit nicht einverstanden erklären kann, wie diese Frage hier von den Vertretern der USA und Englands gestellt wird.

Das Problem besteht darin, ob man davon ausgehen kann, daß die „großen Drei“ gestern eine Einigung über die Reparationsfrage erzielt haben, als der sowjetische Vertreter erklärte, daß er nicht auf der Übergabe von dreißig Prozent des deutschen Goldes, der Auslandsguthaben und Aktien an die Sowjetunion bestehen wird.

Stalin: Wie soll man das in Ihren Vorschlägen verstehen, daß die Sowjetunion keine Ansprüche auf Industrieaktien erhebt? Betrifft das nur die Westzone?

Truman: Ich denke, daß die Außenminister, als sie von der Westzone sprachen, die Zonen der USA, Großbritanniens und Frankreichs im Auge hatten.

Stalin: Könnte man sich nicht so einigen: Die sowjetische Delegation verzichtet auf das Gold; was die Aktien der deutschen Unternehmen in der Westzone betrifft, so verzichten wir ebenfalls und werden davon ausgehen, daß das gesamte Gebiet Westdeutschlands zu Ihnen gehört und das, was Ostdeutschland betrifft, uns gehört.

Truman: Diesen Vorschlag muß man erörtern.

Stalin: Was die deutschen Anlagen betrifft, so würde ich die Frage wie folgt stellen: Die deutschen Anlagen in Osteuropa bleiben bei uns, und alles übrige verbleibt Ihnen.

Truman: Handelt es sich nur um die deutschen Anlagen in Europa oder auch in anderen Ländern?

Stalin: Ich sage es noch konkreter: Die deutschen Anlagen, die es in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland gibt, sind uns vorbehalten. Alles übrige ist Ihnen vorbehalten.

Bevin: Die deutschen Anlagen in den anderen Ländern bleiben uns vorbehalten?

Stalin: In allen übrigen Ländern, in Südamerika, in Kanada usw., das gehört alles Ihnen.

Bevin: Folglich werden alle deutschen Guthaben in den Ländern, die westlich der Besatzungszonen Deutschlands liegen, den USA, Großbritannien und den anderen Ländern gehören? Bezieht sich das auch auf Griechenland?

Stalin: Ja.

Byrnes: Wie sieht das dann bei der Frage der Aktien deutscher Unternehmen aus?

Stalin: In unserer Zone werden wir sie haben und in Ihrer Zone Sie. Es gibt eine Westzone und eine Ostzone.

Byrnes: Den gestrigen Vorschlag haben wir so verstanden, daß Sie keine Ansprüche auf Aktien in der Westzone erheben.

Stalin: Das werden wir nicht.

Byrnes: Und Ihren zweiten Vorschlag, über die Anlagen im Ausland, ziehen Sie ebenfalls zurück?

Stalin: Hier liegen die Dinge etwas anders.

Bevin: Als wir gestern die Reparationsfrage entschieden, verstand ich es so, daß die sowjetische Delegation auf ihre Ansprüche aus Auslandsanlagen Deutschlands verzichtet hat.

Stalin: Ich war der Ansicht, daß die Anlagen in der Ostzone uns vorbehalten bleiben. Wir hatten die Westzone im Auge, als wir von dem Verzicht auf Anlagen sprachen. Wir verzichteten auf Anlagen in Westeuropa und in allen übrigen Ländern. Bekanntlich gibt es in Westeuropa und Amerika weitaus mehr Anlagen als im Osten. Wir hofften, dreißig Prozent aller Anlagen zu bekommen, verzichteten dann aber. Sie müssen dann aber auch auf ihre Ansprüche in Osteuropa verzichten.

Bevin: Ich muß sagen, daß ich, als ich dem Vorschlag des Generalissimus zustimmte, seinen Vorschlag als Verzicht der sowjetischen Delegation auf deutsche Auslandsanlagen überhaupt auffaßte.

Stalin: Aber nicht in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland.

Byrnes: Das ist verständlich. Und ich möchte bezüglich der Aktien von Industrie- oder Transportunternehmen in Deutschland präzisieren: Wenn beispielsweise die Leitung eines solchen Unternehmens ihren Sitz in Berlin hat, während das Unternehmen selbst und sein ganzes Vermögen in der Westzone oder in den USA liegt, werden Sie dann Ansprüche auf dieses Unternehmen erheben?

Stalin: Wenn das Unternehmen im Westen liegt, werden wir keinerlei Ansprüche erheben. Die Leitung kann getrost ihren Sitz in Berlin haben, darum geht es nicht, sondern darum, wo das Unternehmen selbst liegt.

Byrnes: Wenn ein Betrieb nicht in Osteuropa, sondern in Westeuropa oder in anderen Teilen der Welt liegt, so bleibt das Unternehmen uns vorbehalten?

Stalin: In den USA, in Norwegen, in der Schweiz, in Schweden, in Argentinien (*Allgemeine Heiterkeit*) usw., das gehört alles Ihnen.

Bevin: Ich möchte den Generalissimus fragen: Ist er bereit, auf alle Ansprüche aus deutschen Auslandsguthaben zu verzichten, die sich außerhalb der von russischen Truppen besetzten Zone befinden?

Stalin: Ich bin bereit zu verzichten.

Byrnes: Und bezüglich des Goldes?

Stalin: Unsere Ansprüche auf Gold haben wir bereits zurückgezogen.

Byrnes: Es gibt Guthaben Deutschlands in anderen Ländern. Wie ist in dieser Hinsicht der sowjetische Vorschlag zu verstehen?

Stalin: Wir behalten uns nur die vor, die sich in der Ostzone befinden.

Byrnes: Meines Erachtens ist es sehr wichtig, daß wir uns gegenseitig verstehen. Herrn Bevins Frage zielte darauf ab, ob sich die russischen Ansprüche auf die von der russischen Armee besetzte Zone beschränken. Ich möchte, daß Sie dem Standpunkt von Herrn Bevin zustimmen.

Stalin: Wir sind einverstanden.

Byrnes: Vor einigen Minuten sprachen wir von den Guthaben, die sich in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland befinden. Ich möchte jetzt volle Klarheit schaffen, damit künftig kein Mißverständnis auftritt. Bedeutet Ihr Vorschlag, daß Sie keinerlei Ansprüche auf

Guthaben erheben, die sich außerhalb Ihrer Besatzungszone befinden? Erheben Sie nur Ansprüche auf diejenigen Guthaben, die sich in der sowjetischen Zone befinden?

Stalin: Ja. Die Tschechoslowakei wird nicht dazu gehören, Jugoslawien wird nicht dazu gehören. Der östliche Teil Österreichs wird dazu gehören.

Bevin: Es ist klar, daß die Guthaben in dieser Zone, die Großbritannien und den USA gehören, nicht angetastet werden.

Stalin: Natürlich. Wir kämpfen ja nicht gegen Großbritannien und die USA. (*Allgemeine Heiterkeit*)

Bevin: Aber diese Guthaben könnten während des Krieges von den Deutschen geraubt worden sein.

Stalin: Das wird in jedem konkreten Falle untersucht werden müssen.

Truman: Ich denke, daß wir gestern abend übereingekommen sind, die Ansprüche der Tschechoslowakei und Jugoslawiens zu befriedigen. Aber wie geschieht das, wenn sie keine Ansprüche auf deutsche Guthaben stellen werden, die sich auf ihren Territorien befinden?

Stalin: Wir werden keine Ansprüche auf Guthaben in der Tschechoslowakei, Jugoslawien und im westlichen Österreich erheben.

Vielleicht sollte man diesen Beschluß im Protokoll festhalten?

Byrnes: Ich denke, das wäre besser, damit es kein Mißverständnis gibt.

Stalin: Gut.

Byrnes: Vielleicht sollte das veröffentlicht werden?

Stalin: Meinetwegen, wie Sie wollen.

Byrnes: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen Satz im dritten Punkt des Berichts der Kommission für Reparationsfragen lenken, wo es heißt, daß die Reparationsansprüche der USA, des Vereinigten Königreichs und der anderen Staaten, die Anspruch auf Reparationen haben, aus der Westzone und aus den deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden. In Anbetracht der soeben erzielten Einigung denke ich, daß es wahrscheinlich keine Meinungsverschiedenheiten über den Wortlaut geben wird.

Stalin: Ich schlage vor zu sagen „und aus den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben“. Und im Protokoll könnte man diese Formulierung präzisieren.

Byrnes: Wir werden die Redaktionskommission beauftragen, diesen Satz zu redigieren.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Attlee: Ich habe zwei Fragen, die ich hier aufwerfen möchte: die erste, daß die Französische Regierung von den Regierungen Großbritanniens, der UdSSR und der USA eingeladen wird, von heute ab als Mitglied der Reparationskommission zu fungieren.

Stalin: Lassen Sie uns doch noch Polen einladen, es hat sehr gelitten.

Attlee: Ich hatte so verstanden, daß wir der Einladung Frankreichs zugestimmt haben.

Stalin: Und warum darf Polen nicht eingeladen werden?

Truman: Gestern vereinbarten wir, daß die Sowjetunion es übernimmt, die Reparationsansprüche Polens zu befriedigen und wir unsererseits die Befriedigung der Reparationsansprüche Frankreichs und anderer Länder übernehmen. Die Einbeziehung Frankreichs in diese Kommission würde meines Erachtens eine gewisse Verwirrung schaffen.

Stalin: Bleibt Herr Attlee dabei?

Attlee: Ich möchte doch dabei bleiben.

Stalin: Gut ich habe keine Einwände.

Attlee: Meine zweite Frage besteht in folgendem: Ich habe ein Memorandum vorgelegt, wonach der englische und der amerikanische Oberbefehlshaber 40 000 Tonnen Lebensmittel monatlich und 2 400 Tonnen Kohle täglich für den britischen und den amerikanischen Sektor in Berlin zu liefern haben, und zwar für die Dauer von dreißig Tagen ab 15. Juli. Der Kontrollrat ist zu beauftragen, unverzüglich für die nächsten sechs Monate ein Programm für die Versorgung Groß-Berlins mit Lebensmitteln und Kohle und anderen Brennstoffen auszuarbeiten. Diese Mengen werden von der Sowjetregierung nach Groß-Berlin als

Vorauslieferungen nach Punkt 4a des Abkommens über die Reparationen geliefert. Es sind praktische Maßnahmen zur Befriedigung des laufenden Bedarfs.

Stalin: Die Frage ist nicht vorbereitet, wir sind mit dieser Frage nicht vertraut, die Meinung des Kontrollrats zu dieser Frage ist uns nicht bekannt. Deshalb fällt es uns einfach schwer, diese Frage jetzt zu entscheiden. Ich meine, daß man vorher die Ansicht des Kontrollrats erfahren muß, wie er den Bevölkerungsbedarf zu befriedigen gedenkt, welche Pläne er hinsichtlich der Versorgung hat.

Attlee: Ich habe aber so verstanden, daß die Lieferungen von Industrieausrüstung aus dem Ruhrgebiet unverzüglich beginnen soll, und mir scheint, daß die Lieferung der erforderlichen Lebensmittel und Brennstoffe für Groß-Berlin ebenfalls unverzüglich beginnen sollte. Die Menge kann natürlich vom Kontrollrat festgelegt werden.

Stalin: Ein Abkommen muß es natürlich geben, aber man muß die Menge angeben, was wir jetzt ohne Bericht des Kontrollrats über dessen diesbezügliche Pläne nicht tun können. Ich muß sagen, daß der Kontrollrat diese Frage besser entscheiden wird, als wir es tun könnten, da er an die Entscheidung dieser Frage praktisch herangeht.

Attlee: Gerade darum bitte ich. Ich bitte, daß der Kontrollrat ein Programm aufstellt, aber wir müssen uns im Prinzip darüber einigen.

Stalin: Mir ist nicht bekannt, wie es mit der Angelegenheit bestellt ist. Ich kann nichts entscheiden, ohne wirkliches Material zur Hand zu haben. Ich kann mir keine Ziffern ausdenken. Die Ziffern müssen doch fundiert sein.

Attlee: Ich bitte nicht um Ziffern, in meinem Memorandum bitte ich, daß der Kontrollrat dieses Programm aufstellt.

Stalin: 40000 Tonnen Lebensmittel monatlich, 2400 Tonnen Kohle täglich - woher kommen diese Ziffern, worauf basieren sie?

Attlee: Diese Ziffern wurden vereinbart, und die Mengen werden faktisch bereits geliefert.

Stalin: Ich weiß nichts davon.

Bevin: Es geht darum, daß ein befristetes Abkommen über die monatlichen Lieferungen für Berlin besteht.

Stalin: Wer hat das genehmigt?

Bevin: Im Kontrollrat wurde ein befristetes Abkommen über die Lieferungen abgeschlossen, demzufolge die britischen und die amerikanischen Behörden die Verpflichtung übernommen haben, diese Mengen für die Dauer eines Monats nach Berlin zu liefern, was auch gegenwärtig geschieht. Wir schlagen vor, daß der Kontrollrat im Prinzip das erforderliche Programm aufstellt und daß die sowjetischen Behörden nach Ablauf des Monats mit der Lieferung der genannten Mengen beginnen. Wenn diese Frist verstrichen ist, erhebt sich die Frage: Wer wird dann weiterhin Lebensmittel und Brennstoffe liefern?

Stalin: Man muß den Kontrollrat und seine Überlegungen anhören, dann kann man überhaupt entscheiden.

Attlee: Ich habe so verstanden, daß entsprechend Ihrem Wunsch mit der Lieferung von Industrieausrüstung aus dem Ruhrgebiet bereits jetzt begonnen werden soll. Wir bitten das gleiche bezüglich Ihrer Lebensmittel- und Brennstofflieferungen.

Stalin: Ich verstehe das, aber ich möchte wissen, welche Überlegungen es im Kontrollrat gibt, damit man sie erörtern und einen Beschluß fassen kann. Meiner Ansicht nach muß die Frage vertagt werden.

Bevin: Wir wollen gemeinsam miteinander arbeiten.

Stalin: Und wenn wir auf diese Frage nicht vorbereitet sind, was ist dann?

Bevin: Dann wird man vertagen müssen.

Stalin: Darum bitten wir.

Bevin: Wir wollten nur zu einem gegenseitigen Übereinkommen gelangen, um einander zu helfen.

Stalin: Wir sind auf diese Frage nicht vorbereitet, ich habe nicht die Möglichkeit, mich mit dem Kontrollrat zu beraten und seine Überlegungen zu erfahren.

Truman: Es scheint, daß wir alle Meinungsverschiedenheiten in der Reparationsfrage geklärt haben?

Attlee: Ich habe den Generalissimus so verstanden, daß wir von Österreich keine Reparationen fordern werden. Vielleicht sollte man das im Protokoll vermerken.

Stalin: Das kann man im Protokoll vermerken.

Byrnes: Die nächste Frage, das ist die Frage der wirtschaftlichen Grundsätze gegenüber Deutschland. Die Vertreter der USA und Englands schlagen vor, in das Dokument über die wirtschaftlichen Grundsätze einen Punkt über die deutschen Auslandsguthaben aufzunehmen. Das wird der Punkt 18 sein, der folgendermaßen lautet: „Der Kontrollrat hat entsprechende Schritte zur Verwirklichung der Kontrolle und der Verfügung über alle deutschen Guthaben im Auslande zu übernehmen, welche noch nicht unter die Kontrolle der alliierten Nationen, die an dem Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, geraten sind.“

Stalin: Was ist das, eine Abänderung oder ein neuer Vorschlag?

Byrnes: Das ist eine Empfehlung der Kommission für Wirtschaftsfragen. Sie empfiehlt, diesen Punkt in das Dokument über die wirtschaftlichen Grundsätze gegenüber Deutschland aufzunehmen.

Stalin: Bedarf es nicht einer Abänderung in diesem Punkt nach Annahme des Beschlusses über die Reparationen? Wir haben von diesem Punkt erst erfahren, als wir uns bereits über diese Frage geeinigt hatten.

Byrnes: Die sowjetischen Vertreter in der Kommission für Wirtschaftsfragen erklärten, daß sie sich für diese Frage wenig interessieren, und behielten sich eine Stellungnahme bis zur Prüfung dieser Frage vor. Die gegebene Frage betrifft die Kontrolle.

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Truman: Danke.

Byrnes: Die Kommission konnte keine Übereinstimmung über den Punkt 19 der wirtschaftlichen Grundsätze erzielen, der die Bezahlung der Importe nach Deutschland betrifft. Außerdem erklärte der sowjetische Vertreter, daß er zur Zeit nicht bereit ist, die Frage der Erdöllieferungen nach Westeuropa weiter zu erörtern.

Stalin: Wir haben keine Einwände gegen die britische Formulierung des Punktes 19.

Byrnes: Wie ich verstanden habe, sind die englischen Vertreter und die amerikanischen Vertreter darin einig, im Falle der Annahme des Punktes 19 die von den amerikanischen Vertretern vorgeschlagenen Worte hinzuzufügen, wonach die in diesem Punkt genannte Bedingung nicht angewandt wird bei Ausrüstung und Gütern, die unter Punkt 4a und 4b des Abkommens über die deutschen Reparationen genannt sind. Wir meinen, daß diese Ergänzung sich aus dem Abkommen über die Reparationen ergibt, das wir gestern erzielt haben.

Stalin: Gut.

Attlee: Einverstanden.

Byrnes: Damit sind alle Differenzen zum Entwurf über die wirtschaftlichen Grundsätze beseitigt.

Die nächste Frage - über die Kriegsverbrecher.

Bevin: Ich bitte um Verzeihung, aber meines Erachtens müßten über diese wirtschaftlichen Grundsätze die Franzosen informiert werden.

Stalin: Bitte.

Byrnes: Die nächste Frage - über die Kriegsverbrecher. Die einzige Frage, die offen bleibt, geht darum, ob die Namen einiger der größten deutschen Kriegsverbrecher zu nennen sind. Die Vertreter der USA und Englands hielten es auf der heutigen Sitzung der Außenminister für richtig, keine Namen zu nennen, sondern dies dem Staatsanwalt zu überlassen. Sie einigten sich auch darauf, daß der englische Text angenommen werden soll. Die sowjetischen

Vertreter erklärten, daß sie mit dem englischen Entwurf einverstanden sind, allerdings unter der Bedingung, daß einige Namen eingefügt werden.

Stalin: Die Namen sind meines Erachtens notwendig. Das ist für die Öffentlichkeit notwendig. Es ist notwendig, daß die Menschen das wissen. Werden wir irgendwelche deutschen Industriellen vor Gericht stellen? Ich denke, wir werden das. Wir nennen Krupp. Wenn Krupp nicht taugt, dann lassen Sie uns andere benennen.

Truman: Mir gefallen sie alle nicht. (*Heiterkeit*) Ich denke, wenn wir irgendwelche Namen erwähnen und andere unerwähnt lassen, so wird man denken, daß wir die anderen nicht zur Verantwortung ziehen wollen.

Stalin: Aber die Namen werden hier als Beispiel angeführt. Es verwundert beispielsweise, warum Heß bislang in England sitzt, es sich gut gehen läßt und nicht zur Verantwortung gezogen wird? Man muß diese Namen nennen, das wird für die öffentliche Meinung, für die Völker wichtig sein.

Bevin: Über Heß brauchen Sie sich keine Gedanken zu machen.

Stalin: Es geht nicht um meine Meinung, sondern um die öffentliche Meinung, um die Meinung der Völker in allen Ländern, die von den Deutschen okkupiert waren.

Bevin: Wenn Sie irgendwelche Bedenken bezüglich Heß' haben, so kann ich die Verpflichtung abgeben, daß er vor Gericht gestellt wird.

Stalin: Ich wünsche keine Verpflichtungen von Herrn Bevin, es reicht völlig seine Erklärung, um Bedenken auszuräumen, dies könnte nicht geschehen. Aber es geht nicht um mich, sondern um die Völker, um die öffentliche Meinung.

Truman: Wie Sie wissen, haben wir Richter Jackson als Vertreter für die Londoner Kommission benannt. Er ist ein hervorragender Richter und ein sehr erfahrener Jurist. Er ist mit dem juristischen Verfahrensweg gut vertraut. Jackson ist gegen die Erwähnung der Namen von Kriegsverbrechern und erklärt, das würde ihre Arbeit erschweren. Er versichert, daß das Gerichtsverfahren in dreißig Tagen vorbereitet sein wird, und jede Skepsis über unsere Ansichten bezüglich dieser Menschen ist fehl am Platz.

Stalin: Vielleicht nennt man nicht viele Namen, eventuell nur drei?

Bevin: Unsere Juristen sind der gleichen Ansicht wie die amerikanischen.

Stalin: Und unsere sind der gegenteiligen Ansicht. Vielleicht einigen wir uns darauf, daß spätestens nach einem Monat die erste Liste der deutschen Kriegsverbrecher, denen der Prozeß gemacht wird, erscheint?

(Truman und Attlee stimmen dem Vorschlag Stalins zu.)

Byrnes: Die nächste Frage - über die Verwendung von alliierterem Eigentum für Reparationen der Vasallen oder als Kriegsbeute. Ich habe diesen Vorschlag gestern überreicht. Auf der heutigen Sitzung bat die sowjetische Delegation, ihr die Möglichkeit einer gründlicheren Kenntnisnahme des Vorschlags zu geben.

(Die sowjetische Delegation erklärt, sie habe keine Zeit gehabt, den Text dieses Vorschlages zu studieren, da heute faktisch keine Pause zwischen den beiden Sitzungen war. Sie meint, daß ihr der Vorschlag im wesentlichen richtig und annehmbar erscheint, man aber die Formulierung prüfen müsse.)

Byrnes: Ich stimme einer Vertagung auf die Abendsitzung zu.

Attlee: Ich schlage vor, daß auf der Tagesordnung der heutigen Abendsitzung möglichst wenige Fragen stehen.

Byrnes: Die nächste Frage - über die Erdölversorgung Westeuropas. Die Frage wird gegenwärtig von der Wirtschaftskommission behandelt.

Die nächste Frage - über die antisowjetische Tätigkeit der russischen Weißemigranten und anderer der UdSSR feindlich gesonnener Personen und Organisationen in der amerikanischen und der britischen Besatzungszone in Deutschland und Österreich. Die anglo-amerikanischen Vertreter erklärten, daß sie die in dem diesbezüglichen sowjetischen Dokument dargelegte Frage und die Fakten untersuchen und die Sowjetunion unverzüglich über die Ergebnisse

dieser Untersuchung unterrichten und dann bereit sein werden, Maßnahmen zur Unterbindung dieser Tätigkeit zu erörtern.

Die sowjetische Delegation lenkte die Aufmerksamkeit der britischen und der amerikanischen Delegation auf die überreichte Denkschrift betreffend die Repatriierung von Sowjetbürgern. Die britischen Vertreter erklärten, daß sie die in dem sowjetischen Dokument dargestellte Lage klären und sich unverzüglich nach ihrer Rückkehr nach London mit dieser Frage beschäftigen werden.

Die sowjetischen Vertreter überreichten ein neues Dokument zu dieser Frage und unterstrichen, daß sie dieser Angelegenheit eine große Bedeutung beimessen. Die amerikanischen und die britischen Vertreter erklärten, daß sie sich schnellstmöglich mit dieser Frage beschäftigen werden.

Die Außenminister erörterten den Bericht der Kommission zur Abfassung des Konferenzprotokolls. Die Kommission konnte über vier Fragen keine Einigung erzielen, aber den Außenministern gelang es, eine Einigung in dieser Frage zu erzielen. Sie kamen auch überein, daß nur wichtige Konferenzbeschlüsse in das Protokoll aufgenommen werden. Sie wiesen die Protokollkommission darauf hin, daß auch die letzten Konferenzbeschlüsse in das Protokoll aufgenommen werden sollen.

Die nächste Frage - über die Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Es wurde der USA-Entwurf zu dieser Frage angenommen, in dem der zweite Absatz gestrichen wurde. Es wurde beschlossen, an seine Stelle die Punkte 3, 4 und 5 aus dem Schreiben des sowjetischen Vertreters an die Vertreter der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in der Alliierten Kontrollkommission in Ungarn zu setzen. Diese Frage wurde der Redaktionskommission übergeben, die uns nach Beratung folgenden Text vorschlägt: „Die drei Regierungen nehmen zur Kenntnis, daß die Sowjetvertreter bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn ihren britischen und amerikanischen Kollegen Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Kontrollkommissionen übermittelt haben, nachdem die Feindseligkeiten in Europa aufgehört haben.

Die drei Regierungen kamen überein, daß die Revision des Verfahrens der alliierten Kontrollkommissionen in diesen Ländern jetzt durchgeführt werden könne, wobei die Interessen und Verantwortlichkeiten der drei Regierungen berücksichtigt sind, die gemeinsam die Waffenstillstandsbedingungen den jeweiligen Ländern vorgelegt haben, und wobei die Vorschläge der Sowjetregierung für die Alliierte Kontrollkommission in Ungarn als Grundlage für alle drei Länder dienen sollen.“

Können wir den Vorschlag der Redaktionskommission in dieser Fassung annehmen?

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Truman: Heute habe ich den polnischen Präsidenten und vier Mitglieder der Provisorischen Polnischen Regierung empfangen. Ich habe ihnen die Beschlüsse über Polen mitgeteilt und eine Kopie dieser Beschlüsse überreicht. Sie werden sich mit Äußerungen über diese Beschlüsse bis zur Veröffentlichung in der Presse zurückhalten. Sie baten mich im Namen der polnischen Regierung, allen drei auf dieser Konferenz vertretenen Regierungen den Dank zu übermitteln.

Bevin: Ich möchte hier erwähnen, daß die Schwierigkeiten mit der militärischen Fluglinie London-Warschau, über die ich gestern sprach, jetzt beseitigt sind. Wir haben uns mit Polen in dieser Frage nun geeinigt.

Byrnes: Auf der Sitzung der Außenminister habe ich vorgeschlagen, daß in den Dokumenten über Polen und über den Zutritt zur Organisation der Vereinten Nationen, dort, wo von den Möglichkeiten die Rede ist, die den Vertretern der alliierten Presse zu gewährleisten sind, die Worte „und den Vertretern des Rundfunks“ hinzugefügt werden.

Stalin: Es ist überflüssig, das zu tun.

Attlee: Ich halte das ebenfalls nicht für angebracht.

Truman: Bei uns in Amerika hat der Rundfunk eine andere Stellung als in den anderen Ländern, beispielsweise in England. Der englische Rundfunk untersteht der Kontrolle durch die Regierung, während sich in Amerika die Rundfunkstationen in der gleichen Lage befinden wie die Zeitungen. Wir möchten, daß die Vertreter des Rundfunks die gleichen Rechte erhalten wie die Zeitungskorrespondenten.

Stalin: Das ist überflüssig.

Truman: Die Vertreter des amerikanischen Rundfunks werden wie Zeitungskorrespondenten tätig sein, nur werden sie ihre Informationen über den amerikanischen Rundfunk senden.

Stalin: Ich würde nicht empfehlen, das zu tun. Außerdem muß man sich mit Polen einigen.

Bevin: Aber Sie werden nichts gegen Abkommen mit den entsprechenden Regierungen einwenden?

Stalin: Nein, warum denn?

Truman: Dies ist für uns annehmbar.

Stalin: Bitte. Aber wir beschließen hier, nicht darüber zu schreiben.

Truman: Gut. Ich bin einverstanden.

Byrnes: Die nächste Frage - über die deutsche Kriegs- und Handelsmarine.

Truman: Soweit ich verstehe, wird der Bericht der Kommission zu dieser Frage angenommen. Wir bestätigen den vorbereiteten Beschluß.

Stalin: Ja, richtig.

Byrnes: Wir sind auch übereingekommen, daß der Wortlaut dieses Beschlusses später veröffentlicht wird.

Bevin: Herr Präsident, ich habe den Wortlaut des Punktes über den Anteil Polens und der anderen Länder formuliert, dem wir meines Erachtens zustimmen können. Er lautet: „Das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten werden aus ihren Anteilen an den übergebenen deutschen Handelsschiffen die entsprechende Anzahl für andere alliierte Staaten bereitstellen, deren Handelsschiffahrt im Kampf für die gemeinsame Sache gegen Deutschland schwere Verluste erlitten hat, mit Ausnahme Polens, für das die Sowjetunion aus ihrem Anteil Schiffe bereitstellen wird.“

Stalin: Ich habe keine Einwände.

Truman: Ich bin einverstanden.

Attlee: Ich möchte vor der Pause die Frage stellen, ob die Regierungschefs es für angebracht halten, Herrn Churchill und Herrn Eden ein Telegramm zu schicken, in dem ihnen der Dank für die Teilnahme am ersten Teil unserer Konferenz und für ihre Teilnahme an anderen Konferenzen ausgesprochen wird?

Stalin: Das wäre angebracht.

Truman: Ich bin einverstanden.

(Nach der Pause.)

Byrnes: Konnten Sie unser Dokument über die Verwendung des alliierten Eigentums zur Bezahlung von Reparationen durch die Vasallen oder als Kriegsbeute noch studieren?

Stalin: Ich sehe im Prinzip keine Schwierigkeiten für die Lösung dieser Frage, über die Formulierung jedoch muß ich mich noch beraten.

Attlee: Ich denke, daß dieses Dokument noch geprüft werden muß, da nicht alle Formulierungen insgesamt annehmbar erscheinen.

Byrnes: In welcher Hinsicht ist der Entwurf nicht annehmbar?

Attlee: Wenn alliierten Ländern gehöriges Eigentum von diesen in Vasallenländern als Kriegsbeute genommen wurde, so ist das natürlich, da die Vasallenländer die alliierten Länder entschädigen müssen, denen dieses Eigentum gehört. Wenn aber dieses Eigentum von einer dritten Seite erbeutet wurde, erhebt sich die Frage: muß jene dieses Eigentum den alliierten Ländern bezahlen, oder müssen wir die Vasallenländer veranlassen, dieses Eigentum zu bezahlen. Außerdem meine ich, daß der Punkt 3 über die Währung ebenfalls einer Erörterung bedarf. Meines Erachtens muß dies alles noch geprüft werden.

Truman: Gut.

Vielleicht machen wir uns jetzt mit der Mitteilung vertraut.

Stalin: Die Kommission hat die Ausarbeitung noch nicht ganz abgeschlossen.

Attlee: Ich schlage vor, daß die Kommission zur Ausarbeitung des Protokolls und die Kommission zur Ausarbeitung der Mitteilung sich unverzüglich mit dieser Frage befassen und daß wir auseinandergehen und sofort wieder zusammentreten, sobald die Kommissionen ihre Arbeit abgeschlossen haben. Den Zeitpunkt des Zusammentreffens kann man telefonisch verabreden. Die Regierungschefs würden sich mit der Frage der Mitteilung befassen und die Außenminister mit der Frage des Protokolls.

Stalin: Es wäre gut, einen Zeitpunkt für den Beginn der Sitzung festzusetzen, acht Uhr dreißig oder neun Uhr. Der Zeitpunkt wird festgesetzt, um die Kommission anzuspornen, sie wird sich dann beeilen.

Truman: Drei Stunden Unterbrechung sagen mir zu.

Byrnes: Es gab noch den Vorschlag des Präsidenten über die Binnenwasserstraßen. Die Kommission für das Protokoll und die Kommission für die Mitteilung konnten sich noch nicht über eine Entscheidung zum Vorschlag des Präsidenten einigen.

Truman: Diese Frage wurde dem Rat der Außenminister in London zur Behandlung überwiesen, aber ich bin daran interessiert, daß dies in der Mitteilung publiziert wird. Ich möchte darum bitten, daß diese Frage in der Mitteilung erwähnt wird.

Stalin: Wir haben sie nicht erörtert.

Truman: Ich habe mich dreimal zu dieser Frage geäußert, und die Kommission hat sie an mehreren Tagen behandelt.

Stalin: Sie stand nicht auf der Liste der Fragen, wir haben uns zu dieser Frage nicht vorbereitet und hatten keinerlei Material, unsere Experten für diese Frage sitzen in Moskau. Wozu diese Hast, warum muß man sich so beeilen?

Truman: Diese Frage ist nicht endgültig entschieden, sondern dem Rat der Außenminister in London zur Behandlung überwiesen.

Stalin: Die Schwarzmeer-Meerengen werden ebenfalls nicht in der Mitteilung erwähnt, obwohl die Frage auf der Tagesordnung stand. Die Frage der Wasserwege entstand als Gratisbeilage zur Frage der Meerengen. Und weshalb der Frage der Binnenwasserstraßen ein solcher Vorrang vor der Meerengenfrage eingeräumt wird, verstehe ich nicht.

Truman: Die Frage der Schwarzmeer-Meerengen wird sowohl in der Mitteilung als auch im Protokoll angeführt.

Stalin: Meines Erachtens besteht keine Notwendigkeit, sie in die Mitteilung aufzunehmen, es genügt, sie ins Protokoll aufzunehmen.

Ich schlage vor, in der Mitteilung weder die Meerengen noch die Binnenwasserstraßen zu erwähnen, sondern diese beiden Fragen nur ins Protokoll aufzunehmen.

Truman: Gut, keine Einwände.

Bevin: Ich schlage vor, daß wir Frankreich bitten, sich unserem Beschluß über die Kriegsverbrecher anzuschließen. Frankreich ist Mitglied des Rates der Außenminister in London.

Stalin: Gut.

Truman: Ich habe keine Einwände.

Ich verstehe allerdings nicht, warum wir einen hier angenommenen und ins Protokoll aufgenommenen Beschluß nicht auch in die Mitteilung aufnehmen können.

Stalin: Das ist nicht notwendig. Die Mitteilung wird ohnehin schon zu umfangreich.

Truman: Ich möchte eine Frage stellen: Gibt es Geheimabkommen auf dieser Konferenz?

Stalin: Nein, keine Geheimabkommen.

Byrnes: Ich möchte unterstreichen, daß wir beschlossen haben, die Frage der Binnenwasserstraßen an den Rat der Außenminister zur Behandlung zu überweisen. Somit besteht zu dieser Frage eine Festlegung. Haben wir das Recht, den Beschluß zu dieser Frage

zu verlautbaren? Wenn dies nicht in die Mitteilung aufgenommen wird, sondern nur in das Protokoll, können wir dann diese Frage vor der Beratung im Rat der Außenminister öffentlich behandeln?

Stalin: Nehmen wir die Materialien der Krim-Konferenz oder der Teheraner Konferenz. Auf der Teheraner Konferenz wurde eine Reihe von Fragen in das Protokoll aufgenommen, aber es gab auch eine andere Reihe von Beschlüssen, die für alle von Interesse waren, die unsere Politik in den Hauptfragen bestimmten, und diese Beschlüsse wurden in die Mitteilung aufgenommen.

Nun zur Arbeit der Krim-Konferenz. Dort wurden ebenfalls zwei Reihen von Beschlüssen festgehalten. Die erste Reihe von Beschlüssen - die weitaus größere - kam in das Protokoll, und niemand verlangte, sie in die Mitteilung zu übernehmen. Die andere Reihe von Beschlüssen - die weit geringere - kam in die Mitteilung. Dies waren Beschlüsse, die unsere Politik bestimmen. Ich schlage vor, diese gute Regel beizubehalten, da wir sonst keine Mitteilung, sondern einen ganzen Folianten bekommen.

Ein Teil der Beschlüsse hat keine schwerwiegende Bedeutung, einige Fragen, wie die Frage der Binnenwasserstraßen, wurden nicht einmal erörtert, sie kommen ins Protokoll, und niemand kann uns vorwerfen, wir würden diese Fragen verheimlichen. Eine andere Sache sind die Fragen über Deutschland, über Italien, über die Reparationen usw., die große Bedeutung besitzen, sie kommen in die Mitteilung. Ich meine, daß wir diese gute Tradition nicht verletzen sollten und daß kein Grund besteht, alle Fragen in die Mitteilung aufzunehmen. Die Mitteilung ist die Mitteilung, und das Protokoll ist das Protokoll.

Truman: Ich habe keine Einwände gegen dieses Verfahren, wenn es für alle Beschlüsse angewandt wird. Aber wenn ich eine Erklärung vor dem Senat abgeben sollte, daß diese Frage dem Rat der Außenminister zur Behandlung überwiesen wird, habe ich dann das Recht dazu?

Stalin: Niemand kann Ihre Rechte antasten.

(Truman schließt die Sitzung.)

Dreizehnte (abschließende) Sitzung 1. August 1945

(Truman eröffnet die Sitzung.)

Byrnes: Die Kommission für Wirtschaftsfragen hat den Bericht über die Reparationen vorbereitet. Es ist gelungen, Vorschläge auszuarbeiten, die für alle Delegationen annehmbar sind. In Punkt 1 heißt es, daß die Reparationsansprüche der Sowjetunion aus der von der Sowjetunion besetzten Zone Deutschlands und aus den entsprechenden deutschen Guthaben im Ausland befriedigt werden.

Ich lenke die Aufmerksamkeit auf die Punkte 8 und 9 dieses Dokuments. Ich würde sehr gern jetzt gleich eine Abänderung einbringen, denn ich meine, daß diese im Interesse aller liegt. Punkt 8 lautet: „Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Ansprüche auf Aktien deutscher Unternehmen usw.“ Ich schlage vor, nach den Worten „auf alle Ansprüche“ die Worte „bezüglich der Reparationen“ einzufügen. Der Zweck dieser Abänderung besteht darin, den Eindruck zu vermeiden, daß die Sowjetunion auch außerhalb der Reparationen noch Ansprüche auf deutsche Unternehmen erhebt. Die gleiche Abänderung ist auch bei Punkt 9 vorzunehmen, wo von Forderungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs die Rede ist.

Stalin: Richtig.

Byrnes: Es ist meine einzige Abänderung. Kann man annehmen, daß das Dokument über die Reparationen gebilligt ist?

Bevin: Wie soll man einen solchen Fall werten, wenn deutsche Unternehmen, die Eigentum britischer Untertanen waren, vor 1939 für Kriegszwecke übernommen wurden? In solchen Fällen gehen Engländer wegen dieser Änderung ihrer Eigentumsrechte verlustig.

Byrnes: In dem Falle, den Herr Bevin anführt, ändert die Abänderung nichts an der bestehenden Lage.

Bevin: Ich habe keine Einwände.

Byrnes: Wir können jetzt die Frage der Verwendung von alliierterem Eigentum zur Reparationszahlung oder als Kriegsbeute erörtern, wenn die sowjetische Delegation die Zeit hatte, sich mit dem Vorschlag zu befassen.

Stalin: Wir hatten keine Zeit, den Wortlaut dieses Entwurfs zu beraten. Ich schlage vor, den folgenden Beschluß zu notieren: „Die Konferenz hat beschlossen, den amerikanischen Vorschlag im Prinzip anzunehmen. Der genaue Wortlaut des Vorschlags ist auf diplomatischem Wege abzustimmen.“

Wir hatten keine Zeit, den Wortlaut zu durchdenken, aber in der Sache sind wir mit dem Vorschlag einverstanden.

Truman: Ich bin mit dem Vorschlag der sowjetischen Delegation einverstanden.

Attlee: Ich bin ebenfalls einverstanden.

Byrnes: Man hat mir mitgeteilt, daß die Kommission, die sich mit der Aufstellung des Protokolls befaßt hat, eine Einigung erzielen konnte. Ich halte es für überflüssig, das ganze Protokoll vorzulesen, sondern nur die Punkte, über die es einzelne Meinungsverschiedenheiten gibt. Wir müssen natürlich noch den Vorschlag der sowjetischen Delegation über die Kriegsbeute hinzufügen, den wir soeben angenommen haben. Andere Abänderungen habe ich nicht.

Stalin: Ich habe eine Abänderung. Zur Frage der Westgrenze Polens heißt es im zweiten Absatz, daß die Grenze auf der Linie der Ostsee durch Swinemünde verläuft, als würde die Grenze durch die Stadt selbst gehen. Ich schlage daher vor zu sagen, daß die Grenzlinie von der Ostsee unmittelbar westlich oder etwas westlich von Swinemünde verläuft. Auf der Karte ist das deutlich.

(Truman und Attlee billigen die Formulierung „unmittelbar westlich von Swinemünde“.)

Stalin: Die zweite Abänderung betrifft die Grenze des Gebietes Königsberg. Im zweiten Absatz steht geschrieben, daß der genaue Grenzverlauf von Experten festzulegen ist. Es wird vorgeschlagen zu sagen: „Dabei ist der genaue Grenzverlauf am Ort von Experten der UdSSR und Polens festzulegen.“

Bevin: Wir können das nicht der Sowjetunion und Polen allein überlassen.

Stalin: Es handelt sich aber um die Grenze zwischen Polen und Rußland.

Bevin: Aber das muß von den Vereinten Nationen sanktioniert werden. Wir haben uns geeinigt, daß wir auf der Friedenskonferenz den sowjetischen Wunsch hinsichtlich dieser Grenze unterstützen werden, und jetzt sagen Sie uns, daß diese Grenze von der Sowjetunion und Polen festgelegt wird und uns das nichts angeht.

Stalin: Das ist ein Mißverständnis. Die Grenze insgesamt wird von der Friedenskonferenz festgelegt, aber es gibt einen anderen Begriff, den örtlichen Grenzverlauf. Es wird ein genereller Grenzverlauf vorgegeben, aber der örtliche Grenzverlauf kann von dieser gedachten Linie bis zu einem halben Kilometer nach dieser oder jener Seite abweichen. Die Grenze verläuft beispielsweise durch eine Siedlung. Warum soll man die Siedlung durch eine Grenzlinie teilen? An der Festlegung des örtlichen Grenzverlaufs sind nur Polen und Rußland interessiert. Wenn Sie meinen, daß das nicht ganz gewährleistet ist, wer soll dann noch in die Kommission aufgenommen werden? Jemand für England, für die USA? Wen Sie belieben, wir haben keine Einwände.

Attlee: Mir scheint, daß die Frage in folgendem besteht. Wir haben uns geeinigt, einen Vorschlag über die Grenzen im Prinzip anzunehmen. Was die endgültige Abgrenzung dieser Gebiete, die endgültige Grenzfestlegung, betrifft, so ist das Sache der Konferenz. Wenn wir die Sache jetzt Experten Polens und der Sowjetunion übergeben, so verletzen wir damit die technische Arbeit der Friedenskonferenz.

Stalin: Wie sieht das Herr Bevin?

Bevin: Wir wollen eine Expertenkommission, die von der Friedenskonferenz benannt wird.

Byrnes: Ich denke, daß man folgende Fassung vorschlagen könnte: Wenn sich Polen und die Sowjetunion auf der Friedenskonferenz über die Grenze einig sind, ist die ganze Sache abgeschlossen, und es bedarf keiner Experten. Wenn aber auf der Friedenskonferenz zwischen Polen und Rußland Meinungsverschiedenheiten herrschen werden, wird man eine Expertenkommission benennen müssen, deren Zusammensetzung durch den Rat der Außenminister oder durch die Friedenskonferenz selbst bestimmt wird. Das allerdings nur im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen Polen und der Sowjetunion.

Stalin: Lassen wir es bei der vorherigen Formulierung. Dort ist aber nicht gesagt, aus welchen Experten die Kommission bestehen soll.

(Truman und Attlee stimmen zu, daß die vorherige Formulierung bestehen bleibt.)

Dann bringt die sowjetische Delegation eine Abänderung zum Abschnitt über den Abschluß der Friedensverträge und über die Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen ein. Die sowjetische Delegation weist darauf hin, daß zwischen dem ersten und dritten Absatz des Dokuments ein Widerspruch besteht. Im ersten Absatz heißt es, die drei Regierungen betrachten es als wünschenswert, daß die gegenwärtige anormale Stellung Italiens, Bulgariens, Rumäniens, Ungarns und Finnlands nach dem Abschluß von Friedensverträgen beendet werden soll, während der dritte Absatz die Möglichkeit der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn vor Abschluß der Friedensverträge mit diesen Ländern vorsieht. Die sowjetische Delegation schlägt vor, aus dem ersten Absatz die Worte „nach dem Abschluß von Friedensverträgen“ zu streichen.)

Attlee: Das scheint mir nicht richtig zu sein, denn als wir den dritten Absatz formulierten, dachten wir an eine Herstellung diplomatischer Beziehungen „soweit ... dies möglich ist“. Streicht man aus dem ersten Absatz die Worte „nach dem Abschluß von Friedensverträgen“, so wird das bedeuten, daß wir weitergehen, als wir beabsichtigten. Diese Worte müssen stehenbleiben.

Stalin: Aber im ersten Absatz heißt es, daß diplomatische Beziehungen erst nach dem Abschluß von Friedensverträgen aufgenommen werden können, und im dritten Absatz heißt es anders. Es ergibt sich ein Widerspruch.

Attlee: Gerade deshalb wünschen die Engländer diese Worte. Im ersten Absatz ist eine notwendige Handlung vorgesehen, nämlich die Herstellung diplomatischer Beziehungen nach dem Abschluß von Friedensverträgen, im dritten Absatz hingegen ergeht die Empfehlung zu versuchen, dies zu tun, soweit dies vor Abschluß der Friedensverträge möglich ist.

Stalin: Wir können dem nicht zustimmen, da der Versuch, der im dritten Absatz bezüglich der Herstellung diplomatischer Beziehungen eingeräumt wird, im ersten Absatz direkt negiert wird. Das ändert den Sinn dieser Entscheidung. Wie soll man dem zustimmen können?

Attlee: Mir scheint hier kein Widerspruch vorzuliegen: Im ersten Fall ist von der Herstellung normaler Beziehungen die Rede, das heißt voller diplomatischer Beziehungen, und im zweiten Fall der Versuch, nach Möglichkeit näher an die Herstellung solcher Beziehungen heranzukommen.

Stalin: Ich kann einer solchen Auslegung auf keinen Fall zustimmen. Ich nehme als konkretes Beispiel Finnland. Es gibt keine Begründung, um weiterhin die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Finnland zu verweigern. Während im ersten Absatz die Worte „nach dem Abschluß von Friedensverträgen“ die Herstellung diplomatischer Beziehungen direkt verbieten. Das ist völlig falsch.

Attlee: Wir befinden uns noch im Kriegszustand mit Finnland.

Stalin: Mit Italien ist der Kriegszustand ebenfalls nicht beendet, indessen unterhält Amerika diplomatische Beziehungen mit Italien, und auch wir unterhalten diplomatische Beziehungen.

Attlee: Mir scheint, daß wir jetzt wieder zurückkehren zu dem, was wir vor einigen Tagen erörtert haben. Wir haben unseren Standpunkt erschöpfend dargelegt, und wir sind der Sowjetunion entgegengekommen, soweit dies nach unserer Verfassung überhaupt möglich war. Wir finden, daß wir große Zugeständnisse gemacht haben, über die hinaus wir nicht gehen können.

Stalin: Daraus wird nichts. Finnland hat wesentlich größere Rechte auf die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen als Italien. In Finnland besteht eine frei gewählte Regierung, die seitdem den Krieg gegen die Alliierten längst beendet und Deutschland den Krieg erklärt hat. In Italien gibt es keine frei gewählte Regierung, und die Beteiligung am Krieg gegen Deutschland nach der Kapitulation war minimal. Mit welcher Begründung sollen wir die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Finnland hinausschieben? Wo bleibt die Logik?

Bevin: Ich möchte zu einer Einigung kommen und unterbreite deshalb folgenden Vorschlag. Ich schlage die folgende Fassung des ersten Absatzes vor: „Die drei Regierungen betrachten es als wünschenswert, daß die gegenwärtig anormale Stellung Italiens, Bulgariens, Finnlands, Ungarns und Rumäniens durch Abschluß von Friedensverträgen beendet werden soll. Sie vertrauen darauf, daß auch die anderen interessierten alliierten Regierungen diese Ansicht teilen.“

Stalin: Gut. Die sowjetische Delegation hat keine weiteren Abänderungsvorschläge.

Bevin: Hurra! (*Heiterkeit*)

Byrnes: Die nächste Frage - über die Mitteilung. Wir haben von der englischen Delegation eine neue Fassung der Einleitung erhalten. Wir haben keine Einwände dagegen.

Stalin: Gibt es einen großen Unterschied? Worin besteht dieser Unterschied?

Byrnes: Auf Seite zwei wird eine Veränderung rein redaktionellen Charakters vorgenommen, der Sinn ändert sich nicht.

Stalin: Vielleicht verfahren wir so: Nach der Übersetzung in die russische Sprache sehen wir uns diese Veränderung an und gehen jetzt zum nächsten Abschnitt über.

(*Truman und Attlee stimmen zu.*)

Byrnes: Abschnitt II - über die Einrichtung eines Rates der Außenminister. Hier gibt es keine Meinungsverschiedenheiten.

(Abschnitt II wird angenommen.)

Byrnes: Abschnitt III - über Deutschland. Im ersten Absatz gibt es Einwände gegen die Worte „denen es laut Beifall spendete“.

Stalin: Man kann sagen, „welche es ... offen gebilligt hat“.

Bevin: Blind gehorcht hat, das heißt, auf dumme Weise gehorcht hat.

Stalin: Ich schlage vor, doch folgendermaßen zu sagen: „welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat“.

(Der Vorschlag wird angenommen.)

Byrnes: Andere Abänderungen gibt es nicht?

Stalin: Nein.

Bevin: In Punkt 12 der wirtschaftlichen Grundsätze ist eine Wiederholung dessen, was bereits in Punkt 9 (IV) der politischen Grundsätze gesagt ist.

Stalin: Ich schlage vor, diesen Ausdruck aus den wirtschaftlichen Grundsätzen zu streichen und ihn in den politischen Grundsätzen aufzunehmen. *(Alle stimmen zu.)* Wir haben keine weiteren Abänderungen.

Byrnes: Der Abschnitt IV - über die Reparationen aus Deutschland. Es gibt keine Abänderungen.

Abschnitt V - über die Kriegs- und Handelsflotte Deutschlands.

Stalin: Es gibt einen vereinbarten Beschluß, wir haben keine Abänderungen.

Byrnes: Abschnitt VI - über die Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet.

Stalin: Einverstanden.

Byrnes: Abschnitt VII - Kriegsverbrecher.

Stalin: Ich denke, daß der erste einleitende Absatz zu streichen wäre und nur der zweite Absatz bleiben sollte, der mit den Worten beginnt: „Die drei Regierungen haben Kenntnis genommen“ usw.

Bevin: Wir haben es bereits gestrichen.

Stalin: Gut.

Byrnes: Abschnitt VIII - über Österreich.

(Die sowjetische Delegation schlägt vor, aus dem Abschnitt über Österreich den letzten Satz über die Reparationen zu streichen und ihn nur im Protokoll stehenzulassen.)

Truman: Wir nehmen den Vorschlag der sowjetischen Delegation an, den letzten Satz aus der Mitteilung zu streichen.

Byrnes: Abschnitt IX - über Polen.

Stalin: Keine Abänderung.

Bevin: Ich möchte eine kleine Abänderung redaktionellen Charakters vorschlagen. Im zweiten Abschnitt statt der Worte „ihre Haltung wurde in der folgenden Feststellung definiert“ zu sagen „definieren sie ihre Haltung in der folgenden Feststellung“.

Stalin: Das kann man.

Bevin: Auf Seite zwei würde ich hinsichtlich Polens ebenfalls die einleitenden Worte „bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt“ ersetzen durch die Worte „bezüglich der Westgrenze Polens legten sie folgenden Standpunkt fest“.

Truman: Ich habe bereits den Vertretern der polnischen Regierung mitgeteilt, daß wir der früheren Formulierung zugestimmt haben.

Stalin: Dann ist es besser, die frühere Formulierung zu belassen.

Bevin: Der Vorschlag des Generalissimus, „unmittelbar westlich von Swinemünde“ zu sagen, ist meines Erachtens sehr treffend.

Stalin: Ja, so sollte man besser sagen. Gehen wir zum X. Abschnitt über.

Bevin: Hier möchte ich eine kleine Abänderung vor allem psychologischen Charakters machen. Ich würde den einleitenden Teil des Abschnitts X folgendermaßen fassen : „Die Konferenz einigte sich auf die folgende Erklärung über eine gemeinsame Politik zur

möglichst baldigen Schaffung der Bedingungen für einen dauerhaften Frieden nach der siegreichen Beendigung des Krieges in Europa.“ Das klingt besser.

Stalin: Dem Wesen nach ist es die gleiche Formulierung, sie gibt nichts Neues.

Truman: Beides ist akzeptabel.

Bevin: Englisch liest sich das besser. Im Amerikanischen vielleicht schlechter? (*Heiterkeit*)

Truman: Beides ist akzeptabel.

Stalin: Die frühere Formulierung enthält den gleichen Gedanken wie bei Herrn Bevin, aber er ist kürzer dargelegt. Man kann aber natürlich auch das andere akzeptieren.

Bevin: Dann ziehen Sie diesmal bitte unsere Fassung vor. (*Heiterkeit*)

Stalin: Wenn Herr Bevin darauf besteht, kann man wohl seine Formulierung akzeptieren.

Truman: Ich bin einverstanden. Abschnitt XII - über die Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn.

Stalin: Das ist vereinbart.

Truman: Abschnitt XIII - Überführung deutscher Bevölkerungsteile.

Stalin: Hier ist bereits besser gesagt - „ordnungsgemäße Überführung“.

Truman: Die Frage der militärischen Verhandlungen.

Stalin: Ist von allgemeinem Interesse. Wir haben keine Einwände, daß die Frage in der Mitteilung erscheint.

Bevin: Die englische Delegation hat eine Frage zu Abschnitt XII über die Verfahrensrevision bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn. In den letzten drei Zeilen heißt es: „und nimmt als Grundlage bezüglich der drei Länder die Vorschläge der Sowjetregierung für die Alliierte Kontrollkommission in Ungarn an“. Aber wir sagen nicht, worin diese Vorschläge bestehen. Deshalb könnte man sagen, „wobei die vereinbarten Vorschläge als Grundlage dienen sollen“.

Stalin: Dem kann man zustimmen. Wer wird die Mitteilung unterzeichnen?

Truman: Es unterzeichnen alle.

Stalin: Gut.

Truman: Kehren wir zum einleitenden Teil der Mitteilung zurück.

Stalin: Wir haben keine Einwände.

Bevin: Wir möchten die Mitteilung am Freitagmorgen in der Presse veröffentlichen.⁶

Stalin: Und wann kann sie im Rundfunk gesendet werden?

Bevin: Donnerstag, 9.30 Uhr abends, Greenwich-Zeit.⁶

Stalin: Gut.

Byrnes: Bezüglich des Ruhrgebiets. Im russischen Text des Protokolls heißt es, daß die Konferenz die sowjetischen Vorschläge bezüglich des Ruhrindustrialgebiets behandelt hat. Es wurde beschlossen, diese Frage dem Rat der Außenminister in London zur Diskussion zu überweisen. Im englischen Text des Protokolls fehlt der Hinweis auf das Ruhrgebiet. Ich habe das so aufgefaßt, daß es keinen solchen Beschluß gab, aber der Präsident sagt, daß dies auf seinen Vorschlag hin angenommen wurde. Ich schlage deshalb vor, die Fassung zu präzisieren. Hier ist nicht gesagt, worin der Vorschlag der sowjetischen Delegation besteht, der dem Rat der Außenminister in London zur Behandlung überwiesen wird.

Stalin: Diese Frage muß man meines Erachtens absetzen.

Truman: Gut.

Stalin: (*nach Kenntnisnahme der Grußadresse an Churchill und Eden*) Ich habe keine Einwände gegen den vorgeschlagenen Text der Adresse.

Attlee: Ich schlage vor, daß das Telegramm in englischer Sprache vom Präsidenten und vom Generalissimus unterzeichnet wird.

Stalin: Wäre es nicht möglich, daß der Präsident als Vorsitzender der Konferenz als erster unterschreibt?

Attlee: Es werden hier drei Unterschriften stehen.

(*Die Grußadresse wird von den drei Regierungschefs unterzeichnet.*)

Byrnes: Ich denke, daß man Vertreter benennen sollte, die den Text des Protokolls überprüfen.

(Es werden die Vertreter für die Kommission zur Redigierung des Protokolls benannt.)

Truman: Ich erkläre die Berliner Konferenz für geschlossen. Bis zur nächsten Begegnung, die, wie ich hoffe, bald stattfinden wird.

Stalin: Gott geb's!

Attlee: Herr Präsident, bevor wir auseinandergehen, möchte ich dem Generalissimus unseren Dank aussprechen für die ausgezeichneten Maßnahmen, die hier getroffen wurden zu unserer Unterbringung und zur Schaffung guter Arbeitsbedingungen und Ihnen, Herr Präsident, für die so geschickte Leitung dieser Konferenz.

Ich möchte die Hoffnung ausdrücken, daß unsere Konferenz sich als wichtiger Markstein auf dem Wege erweisen wird, auf dem unsere drei Völker gemeinsam zu einem dauerhaften Frieden schreiten, und daß die Freundschaft zwischen uns drei, die wir uns hier getroffen haben, fest und von langer Dauer sein wird.

Stalin: Das ist auch unser Wunsch.

Truman: Im Namen der amerikanischen Delegation möchte ich dem Generalissimus den Dank aussprechen für alles, was er für uns getan hat, und ich möchte mich den Worten von Herrn Attlee anschließen.

Stalin: Die russische Delegation schließt sich den von Herrn Attlee hier ausgesprochenen Dank an den Präsidenten für dessen geschickte und exakte Leitung an.

Truman: Ich danke Ihnen für die gute Zusammenarbeit bei der Lösung aller wichtigen Fragen.

Stalin: Ich möchte Herrn Byrnes meinen persönlichen Dank aussprechen, der uns in unserer Arbeit wertvollen Beistand geleistet und das Zustandekommen unserer Beschlüsse gefördert hat.

Byrnes: Ich bin tief gerührt durch die liebenswürdigen Worte des Generalissimus und hoffe, daß ich gemeinsam mit meinen Kollegen für die Arbeit dieser Konferenz nützlich war.

Stalin: Die Konferenz kann man wohl als gelungen bezeichnen.

Truman: Ich möchte den anderen Außenministern und all denen, die uns in unserer Arbeit so sehr geholfen haben, danken.

Attlee: Ich schließe mich den Gefühlen, die hier an die Adresse unserer drei Außenminister geäußert wurden, an.

Truman: Ich erkläre die Berliner Konferenz für geschlossen.

(Die Konferenz endete am 2. August 1945 um 00.30 Uhr.)

Anmerkungen

1. Der Punkt 1 lautete: „Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern Großbritanniens, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten.“ (Anm. in der Quelle.)
2. Vgl. dazu das unter Reg.-Nr. 1 abgedruckte Dokument (d. Hrsg.).
3. Anm. in der Quelle zum ersten Satz dieses Absatzes: Dieser Satz lautete: „Es [Italien] versichert, ein zuverlässiger Verfechter der Politik des Friedens und des Widerstandes gegen eine Aggression zu werden.“
4. Vgl. dazu das unter Reg.-Nr. 2 abgedruckte Dokument (d. Hrsg.).
5. Vgl. dazu das unter Reg.-Nr. 10 abgedruckte Dokument (d. Hrsg.).
6. Die Veröffentlichung der Mitteilung sollte im Rundfunk am 2. August 1945 und in der Presse am 3. August 1945 erfolgen (d. Hrsg.).